



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

IX Legislatura - IX Gesetzgebungsperiode
1983 - 1988

SEDUTA **52.** SITZUNG

19.12.1985

Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte

INDICE

Disegno di legge n. 36:
"Disposizioni transitorie nell'at-
tesa della riforma delle Unità
Sanitarie Locali", presentato
dalla Giunta regionale

pag. 1

Disegno di legge n. 32:
" Bilancio di previsione della
Regione Trentino-Alto Adige per
l'esercizio finanziario 1986"

pag. 2

Interrogazioni e Interpellanze

pag. 209

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 36:
"Übergangsbestimmungen in Erwar-
tung der Reform der lokalen
Sanitätseinheiten", eingebracht
vom Regionalausschuß

Seite 1

Gesetzentwurf Nr. 32:
"Haushaltsvoranschlag der Region
Trentino-Südtirol für die
Finanzgebarung 1986"

Seite 2

Anfragen und Interpellationen

Seite 209

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

LORENZINI (Democrazia Cristiana)	pag. 1
LANGER (Lista Alternativa Lista Verde/ Alternative Liste Grüne Liste)	" 2-178-192-203-208
FEDEL (Partito del Popolo Trentino Tirolese per l'Unione Europea-Due Stelle Alpine)	" 31-176-204
TONELLI (Gruppo Misto)	" 38
PAHL (Südtiroler Volkspartei)	" 45
KLOTZ (Südtirol)	" 63
WOSP (Südtiroler Volkspartei)	" 68
BENEDIKTER (Südtiroler Volkspartei)	" 91
RELLA (Partito Comunista Italiano)	" 107-181
ACHMULLER (Südtiroler Volkspartei)	" 112
BOESSO (Partito Repubblicano Italiano)	" 128-169-205

MONTALI (Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)	pag. 133
TOMAZZONI (Partito Socialista Italiano)	" 142
MERANER (Südtirol)	" 146-171-205
FERRETTI (Democrazia Cristiana)	" 155-182
CASAGRANDA (Partito del Popolo Trentino Tirolese per l'Unione Europea-Due Stelle Alpine)	" 162
CADONNA (Partito Liberal-Socialdemocratico)	" 164
TRETTER (Unione Autonomista Trentino Tirolese- Stella Alpina)	" 172
BAZZANELLA (Democrazia Cristiana)	" 184-195
ZIOSI (Partito Comunista Italiano)	" 202
MITOLO (Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)	" 206

Presidenza del Presidente Sembenotti.

Ore 9.50.

PRESIDENTE: Procediamo con l'appello nominale.

TOMAZZONI (segretario): (fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Dichiaro aperta la seduta. Hanno comunicato la loro assenza i cons. Barbiero De Chirico, Peterlini, Binelli (per il mattino), Plotegher e Tononi.

Diamo lettura del processo verbale della seduta del 12 dicembre 1985.

TOMAZZONI (segretario): (legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale s'intende approvato.

Comunicazioni:

Il cons. Franceschini ha presentato l' interrogazione n. 61 in ordine al problema della applicazione delle misure antincendio relativamente alla sala di rappresentanza sita nel palazzo della Regione.

Il testo dell'interrogazione e la relativa risposta faranno parte integrante del resoconto stenografico della presente seduta.

Continuiamo la trattazione dell'ordine del giorno. Era in discussione il punto 33): Disegno di legge n. 36: "Disposizioni transitorie nell'attesa della riforma delle Unità Sanitarie Locali".

Se ricordate, la discussione generale era stata chiusa e avevamo posto in votazione il passaggio alla discussione articolata, che non è stato approvato, essendo mancato il numero legale.

Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata. Viene approvato a maggioranza con 29 voti favorevoli e 9 astensioni.

Ha chiesto la parola l'assessore Lorenzini, prego.

LORENZINI: Signor Presidente, chiederei se fosse possibile sospendere momentaneamente l'esame dell'articolato, anche perché la Giunta ha necessità di un ulteriore approfondimento. Per cui pregherei, se è

possibile, di continuare con altri punti all'ordine del giorno e sospendere momentaneamente la trattazione di questo disegno di legge. Grazie.

PRESIDENTE: C'è la proposta di sospendere la trattazione di questo disegno di legge, penso per un periodo temporaneo. Se non ci sono opposizioni, continuiamo con il punto successivo.

Per accordi intervenuti con i Capigruppo, oggi è la giornata destinata al bilancio, perciò passiamo alla discussione del punto 31) dell'ordine del giorno: Disegno di legge n. 32: "Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1986".

Nell'ultima seduta sono state lette le dichiarazioni della Giunta e pertanto, se non ci sono osservazioni, dò per lette le relazioni tecniche al bilancio, la relazione della Commissione e passiamo subito alla discussione.

Va bene. Allora iniziamo la discussione generale sul bilancio. E' iscritto a parlare il cons. Langer. Ne ha facoltà.

LANGER: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen des Regionalausschusses! Ich erlaube mir, diesmal meine Stellungnahme, unsere, sagen wir die erste unsere Stellungnahme zum Regionalhaushalt, mit einer kurzen Lesung einzuführen, die ich mir erlaube im Zitat vorzulesen und zwar aus dem alten Testament, aus dem Buch Daniel. Ich hoffe, daß Sie das interessiert und ich werde Ihnen dann auch erklären, in welchem Zusammenhang das mit uns steht. Ich lese also ein Stück aus dem 5. Kapitel des Buches Daniel vor, wo in kurzen Worten glaube ich mehr gesagt ist, als in dem langen Bericht, den uns der Präsident Bazzanella letztesmal vorgelesen hat. Es geht da um eine Episode, die manche von Ihnen, zumindest die deutscher Muttersprache sind, auch aus der Poetik kennen, als berühmte Ballade von Heine, nämlich um die Episode mit dem König Belsazar, da heißt es:

"Der König Belsazar veranstaltet ein großes Gastmahl für seine tausend Großwürdenträger und mit den tausenden zechte er Wein. Im Weinrausch ließ er die goldenen und silbernen Gefäße herbeiholen, sein Vater Nebukadnezar hatte sie aus dem Tempel zu Jerusalem herbeigeschafft, damit der König seine Großwürdenträger, seine Frauen und Nebenfrauen daraus trinken sollten. Da holte man die goldenen und silbernen Gefäße, die man aus dem Gotteshaus in Jerusalem fortgenommen hatte - das ganze spielt in der babylonischen Gefangenschaft - und der König seine Großwürdenträger, seine Frauen und Nebenfrauen tranken

daraus. Sie tranken Wein und priesen dabei ihre Götter aus Gold, Silber, Erz, Eisen, Holz und Stein. Zur gleichen Stunde erschienen Finger einer Menschenhand und schrieben auf der Kalktünche an der Wand des königlichen Palastes, gegenüber dem Leuchter. Der König bemerkte den schreibenden Handrücken. Es verfärbte sich das Angesicht des Königs, seine Gedanken gerieten in Verwirrung, seine Hüftgelenke lösten sich und seine Knie schlugen aneinander. Der König rief laut nach den Zauberern, Chaldäern und Sterndeutern. Er hob an und sprach zu den Weisen von Babel: Wer immer diese Schrift lesen und deuten kann, der soll in Purpur gekleidet werden und soll an seinem Halse eine goldene Kette tragen und als Rangdritter im Reiche herrschen. Da traten alle königlichen Weisen an, sie vermochten aber nicht, ihre Schrift zu lesen und ihre Deutung dem König kundzutun und....."

Wie Sie wissen, ich lese Ihnen jetzt nicht das ganze vor, es kann vielleicht als Anregung zum Selberlesen betrachtet werden, wie Sie wissen, wird dann im ganzen Reich also, ja werden dann die Weisen gefragt:

Gibt es jemanden, der eine solche Schrift entziffern kann und dann fällt jemanden ein, es hätte da schon einen Propheten gegeben, der schon dem Vater des Königs Belsazar also wichtige Geheimnisse enthüllt hatte, also der heißt Daniel und er wird dann geholt und der König sagt, also wenn du mir das jetzt entziffern kannst, dann sollst du also der Dritte des Reiches werden und in Purpur gekleidet werden usw., einen Orden kriegen praktisch, würde man heute sagen, und der Prophet Daniel sagt ihm aber - das ist dann im Vers 17

".....da hob Daniel an und sprach vor dem König: Deine Gaben mögen dir verbleiben und deine Geschenke gib einem anderen. Indes will ich die Schrift dem König vorlesen und ihre Deutung zur Kenntnis bringen...."

Und dann bezieht er sich zuerst noch auf den Vater und sagt:

"Oh, König, der allerhöchste Gott hat das Reich und die Machtfülle, die Ehre und die Herrlichkeit deinem Vater Nebukadnezar verliehen...." Der Machtfülle wegen, die er ihm gab, zitterten alle Völker, Nationen und Zungen und sie schauderten vor ihm. Wen immer er töten wollte, konnte er töten, wen er wollte, konnte er am Leben lassen und wen immer er wollte, konnte er emporrichten, wen immer er wollte, konnte er erniedrigen. Da sich aber sein Herz überhob und sein Geist bis zur Vermessenheit verstockte, stieß man ihm vom Thron seines Reiches hinab und seine Würde ward von ihm genommen" und dann erklärt er ihm wenig später - Vers 24:

".....da ward von ihm diese Hand gesandt und diese Schrift da geschrieben, dies ist die Schrift, die geschrieben war - Mene Mene Tekel Parsin - so aber lautet ihre Deutung - mene, das heißt gezählt hat Gott deine Königsherrschaft und er zahlt sie aus, tekel, das heißt gewogen bist du auf der Waage und zu leicht befunden, parsin, das heißt getrennt wird dein Reich und den Medern und Persern gegeben...."

Der König hält dann sein Versprechen, gibt ihm seinen Orden und dann heißt es weiter, noch in derselben Nacht ward der König getötet, also noch in derselben Nacht hat sich diese Prophezeiung erfüllt.

Jetzt erlauben Sie mir, daß ich ohne den Anspruch zu stellen, Sterndeuter ...der Abgeordnete Benedikter wird sich vielleicht eine neue Brille zulegen müssen, denn die Zeichen von denen ich rede, muß man vielleicht anderswo her entnehmen..., ohne jetzt also Anspruch auf Sterndeuterkunst oder so zu erheben, scheint mir, daß ein solcher Passus, der mir, - jeder kann sich das in der Sprache vorstellen, in der er es will - mir ist das ganze, diese Episode eingefallen, bei einem Anlaß, der kürzlich in Meran gefeiert wurde, nämlich beim 40jährigen Jubiläum der SVP und ich habe mir gedacht, er würde ganz gut in diese Haushaltsdebatte passen, wo ja auch der Bericht des Präsidenten Bazzanella zwar ja davon ausgeht, daß es eine ganze Reihe von Krisenerscheinungen gibt, daß die Region zu wenig Geld hat, daß sie unter Umständen, vielleicht auch, wenn sie das Geld hätte, nicht ganz wüßte, was sie damit anfangen sollte, weil ja die Kompetenzen, die sie hat sehr gering sind usw., aber mir scheint, daß es wichtiger ist, als sich um solche Details zu kümmern, deren wir ja immer mehr haben könnten und wollen, daß wir uns irgendwie fragen, ja wie schaut es mit den Feuerzeichen aus.

Sind wir nicht gegenüber der Situation unserer Autonomie, unserer Region und der beiden autonomen Länder, die sie bilden, sind wir nicht an einen Punkt gelangt, wo wir auch schon etliche solche Signale sehen hätten können, sie vielleicht nicht bemerkt haben, aber rechtzeitig die Folgen daraus ziehen sollten, bevor es zuspät wird. Ich werde dann im Verlauf meiner Ausführungen einen Versuch machen, diese Signale auch zu entziffern, die der Kollege Benedikter nicht sieht, fragt aber, wo stehen sie geschrieben - ich werde dann versucher darauf hinzuweisen. Auf den ersten Blick könnte man vielleicht annehmen, daß bei uns eben durchaus noch die Situation nach dem Zechen aussieht. Man könnte sich noch - so wie es am Anfang des verlesenen Textes heißt - mit Großwürdenträgern, Frauen und Nebenfrauen Wein aufischen lassen und

herrlich und in Freuden leben, wir haben ein Land, in dem das im großen und ganzen möglich ist, indem wir eine Reihe von Schwierigkeiten, die es anderso gibt, gar nicht kennen, wir haben weder unter der Verstopfung der dichtbesiedelten Großräume zu leiden, noch kennen wir die Probleme der Metropolen, wir haben eine relativ guterhaltene Landschaft, wir haben eine vergleichsweise, sozial relativ ausgeglichene Gesellschaft - ich sage immer vergleichsweise - wir haben ein doch recht hohes Maß an Eigenständigkeit und Selbstverwaltung, wir haben vergleichsweise ziemlich viel Geld, mit dem das ganze finanziert werden kann; also es könnte an sich kein Grund sein, mit dem Feiern zurückzuhalten und nicht aufzischen und auftragen zu lassen und sich der Dinge zu freuen.

Trotzdem - und das kann heute glaube ich niemand mehr leugnen, es sei denn er sei wirklich also sehr sehgeschädigt - mehren sich die Zeichen, daß eine Art von Schwindsucht, ich glaube das was italienisch als "mal sottile" bezeichnet wird, also daß sich als eine Art von Schwindsucht, die auch der Präsident der Region in seinem Bericht mit anderen Worten angedeutet hat, sich immer stärker bemerkbar macht. Eine Art Schwindsucht, die sich, wenn man will, an vielen kleinen Symptomen ablesen kann z.B. die sich mehrenden Streitereien über Durchführungsbestimmungen zur Autonomie, über Interpretationen zu Kompetenzen, rückverwiesene Gesetze z.B. Schwierigkeiten, die autonomen Körperschaften, die vorgesehen sind mit entsprechenden Geldern und institutionellen Aufgaben auszustatten, oder beispielsweise kleinere Reibereien, die es ja auch zwischen den Koalitionsparteien hin und wieder gibt - kürzlich wurde hier vor einer Woche, hat man hier im Hintergrund z.B. die Geschichte der Straße Laurein-Proveis, die ja der Zankapfel der hiesigen Regierungskoalition sein dürfte - irgendwie in Erinnerung gerufen und die Beispiele brauche ich jetzt gewiß nicht alle zu nennen, denn sie sind uns mehr oder weniger bekannt.

Aber wenn man versucht, sich über die kleinen Einzelsymptome hinauszuerheben, dann glaube ich ist es schwer zu übersehen, daß auch die Überzeugungskraft, die noch vor 10-15 Jahren der Autonomie unserer Region, im besonderen der Südtirol-Autonomie, aber auch als Reflex dazu der Autonomie des Trentino, die ja irgendwie - das haben wir öfters schon gesagt - in Manchem eine Art blinder Passagier bei den Autonomieverhandlungen und bei der Autonomiegewährung war, gegenüber der Südtirol-Autonomie, muß man sagen, daß diese Schwindsucht schon zu spüren ist. Man hat z.B. den Eindruck, daß keinerlei Bewegungsspielraum vorhanden sei. Denken wir an die kürzlich erfolgten Aussprachen zwischen Österreich und Italien, anlässlich des Besuches des österreichischen

Bundeskanzlers Sinowatz bei Ministerpräsidenten Craxi in Rom, oder auch - soweit man davon weiß, - an die Gespräche zwischen den beiden Staatspräsidenten Cossiga und Kirchschräger oder denken wir an das, was hie und wieder - vorwiegend durch die Presse, ganz selten einmal auch durch direkte Äußerungen der Mitglieder der Zwölfer- und Sechserkommission - bekannt wird über das dortige Verhandlungsklima, bzw. das wir sowieso kennen, die äußerst festgefahrene Situation im bezug auf Durchführungsbestimmungen oder wenn wir daran denken, wie sich jetzt - selbst wenn die römische Regierung es wollte, es kaum wahrscheinlich ist, daß sie sich leicht tut, die weiteren Durchführungsbestimmungen in der Form zu verabschieden, wie es sie die SVP vielleicht wünschen würde, andere wurden dazu ja normalerweise nicht gehört und gefragt und dann muß man sich schon fragen, wo ist heute die Autonomiebegeisterung, wo ist heute die Überzeugungsfähigkeit, wo ist heute die positive Grundstimmung, die vielleicht vor 15 und mehr Jahren z.Z. des Paketabschlusses da sein mochte oder die zumindest bei einem Teil der Bevölkerung und auch der damit befaßten Politiker da war und damals auch Energien, Kräfte, ja sagen wir ruhig auch Begeisterung, Ideen in der Bevölkerung und bei den politisch und sozial Verantwortlichen in Bewegung gesetzt hat. Wo sind diese Ideen heute, wo ist die Begeisterung, wo steht heute ein überzeugendes Ziel, auf das hin man sich mobilisieren könnte?

Mir scheint, daß es heute eher vorkommt - und das müßte schon zu denken geben - daß solche positive und sagen wir irgendwie mitreißende oder überzeugende Zielsetzung sich heute eher bei Kräften finden, die in der Minderheit oder in der Opposition stehen, d.h. die dem gegebenen Rahmen gegenüber kritisch sind, die in irgend einer Weise verändern oder sogar abschaffen möchten, ganz gleich von welcher Warte her, die jedenfalls sich darin nicht erkennen, als in denen die den status quo geschaffen haben und theoretisch auch verteidigen müßten.

Wo finden wir heute die großen Ideen, die ziehen, bzw. wo finden wir heute Mobilisierungspotenzial der Bevölkerung gegenüber? Eher scheint mir, daß die mit dem gegenwärtigen Zustand nicht zufrieden sind, diesen verändern möchten, daß die sich in irgend eine Richtung ein anderes Ziel, ein anderes Ideal stellen z.B. das Ideal, wie es da und dort aufklingt, den staatsrechtlichen Zustand Südtirols global zu verändern oder z.B. das Ideal oder das Ziel derer die sagen, die Autonomie, die Paketautonomie usw. hat uns nur Schaden gebracht, dahin geht, sie abzuschaffen. Da sind z.B. Tausende von Unterschriften gesammelt worden. Leute haben sich Hoffnungen gemacht und ähnliches,

während umgekehrt man oft den Eindruck hat, daß auf der Seite des bestehenden Zustandes, daß auf der Seite der bestehenden Art der Autonomie sich wenschon eher Karrieregelüste und Subventionsappetit regen und im übrigen vielleicht mehr die Zyniker auf der Seite des Bestehenden stehen. Die Zyniker, sie sich's inzwischen an der Macht bequem gemacht haben, die inzwischen sich in den bestehenden Rahmen einfach durch die Verteilung der Macht ganz wohnlich eingerichtet haben und die im großen und ganzen sehr wohl wissen, daß sie die Ideale zwar hie und wieder als Opium fürs Volk aus der Mottenkiste herausziehen müssen und mit Idealen natürlich ihre Sonntagsreden bestreiten, aber im übrigen, im Grund also sehr wohl wissen, daß es darauf ankommt, wieviel Milliarden sie zu diesem oder jenem Zweck da oder dort einsetzen können, bzw. wie sie ihre eigene Karriere und ihren politischen Aufstieg organisieren können.

Dieses Fehlen großer und kräftiger Ideen hat vielleicht auch einen anderen Grund, den ich hier zur Diskussion stellen möchte, nämlich daß - mehr als das sonst in der Gesellschaft anderswo passiert - es bei uns den gegenwärtigen, wie soll ich sagen, Nachfahren, derer die einst z.B. für das Los von Trient für die Autonomie gekämpft haben, heute kaum noch möglich ist, irgend etwas an ihrer Welt und erst recht an ihrer Zukunft zu gestalten. Mit anderen Worten - wir können das auch da sehen, von einigen Ausnahmen abgesehen, z.B. Kollege Benedikter, Kollege Magnago, Kollege Zelger, - ja mehr oder weniger, also von wenigen Ausnahmen abgesehen -, sitzen hier lauter Leute und der Präsident der Region hat das bei seiner Kandidaturrede ja auch selber gesagt Leute, die diese Autonomie schon so vorgefunden haben, wie sie ist, Leute die im großen und ganzen sich, kann man sagen, auch ins gemachte Bett gelegt haben, wie wir alle, wir jüngeren, bzw. alle die nicht den Rahmen wesentlich mitbestimmt und mitgeschaffen haben, sondern ihn als schon vorgefunden vor sich sehen.

Nur dieser Rahmen wird zunehmend enger und genauer und präziser und sagen wir ruhig auch kleinkariierter ausgestaltet, so als ob die jetzt politikfähigen Generationen und die noch kommenden, eigentlich überhaupt nur mehr Erfüllungsgehilfen eines schon abgesegneten und verschnürten Paketes sein könnten, also ob von jetzt eigentlich schon von 1972 ab, praktisch die gesamte Aufgabe unserer Gesellschaft darin bestünde nur mehr, - erlauben Sie diesen Vergleich - Durchführungsbestimmungen zu erlassen und anzuwenden. Durchführungsbestimmungen im weitesten Sinne, ich meine nicht nur die, die mit Dekret des Staatspräsidenten erscheinen, aber

Durchführungsbestimmungen zu einem Rahmen, der schon abgesteckt ist und in dem man - ob man will oder nicht - hineinpassen muß und dieses gemachte Bett erweist sich für so manchen unserer Gesellschaft und nicht nur für einzelne Personen, auch für bestimmte kulturelle, politische und soziale Lager, ein gemachtes Bett, in dem man sich irgendwo nicht wohl fühlt, in das man nicht unbedingt so genau hineinpaßt.

Das spürt man natürlich in Südtirol stärker, auch weil im Trentino man sich nicht so stark an einen vorgegebenen Rahmen gebunden fühlt, im Trentino kann man immerhin, das ist ja auch schon passiert, von Generation zu Generation bzw. auch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt eine bestimmte Weichenstellung vornehmen. Wir haben gesehen, wie die Trentiner Paketgeneration die Autonomie gestaltet hat, also sagen wir noch mit Kessler und Grigolli, wir haben gesehen, wie nachher eine politische Garnitur angetreten ist, die vor allem den Geldsegen, die Geldlawine verwaltet hat und wir haben gesehen, wie man jetzt sagt, daß auch das jetzt vorbei wäre, man sucht sich jetzt einen neuen Weg, bzw. man möchte einen neuen Weg gehen und die kürzlich angetretene Regierungskoalition im Trentino setzt sich im Grund zum Ziel, heute aus dieser Autonomie irgendwie auch etwas Neues zu machen, ob es dann gelingt, muß man erst sehen, aber sie setzt sich zumindest dieses Ziel.

In Südtirol hingegen ist das alles nicht passiert und auch die Region, die ja als solche zunehmend abgewertet wird und die auch bestimmt nicht unbedingt sehr begehrte Posten, Ämter zu vergeben hat, inbegriffen die der Regionalregierung, die Region muß sich bemühen, in diesem sich verkleinernden präkonstituierten Bett zurecht zu finden und in Südtirol - es klingt fast ein bißchen makaber, irgendwie ist ja ein bestimmter Wahn, ein bestimmter Allmachtswahn verbunden - denkt man sich, daß zumindest bis zum Andreas-Hofer-Tag des Jahres 2002 die - das ist nämlich der Stichtag, damit der Proporz stimmen soll - der 20. Februar des Jahres 2002, ich glaube Februar, ich glaube es ist der 20. Februar, aber der Kollege Benedikter kann da sicher eine authentische Interpretation liefern (Unterbrechung)

...der Jänner, gut dann habe ich mir das wirklich zu schön ausgemalt, ich habe das wirklich mit dem Andreas-Hofer-Tag gut dann müssen wir es also einen Monat vorverschieben: Sebastianitag.

Jedenfalls der Wahn, der besteht darin zu sagen, gut bis zum Jahre 2002 läuft die Wiedergutmachungsphase und vom Jahr 2002 soll dann die Maschinerie so laufen, wie sie eigentlich geplant war, d.h. von dort ab beginnt die Normalität. Eine Normalität, die natürlich weiterhin aus Proporz zu bestehen hat und aus allen diesen Normen, die wir ja kennen

und von denen noch etliche zu erlassen sind und von dort ab beginnt dann die Phase der Normalität.

Glauben Sie wirklich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, daß sich die Leute, die dann im Jahre 2002 dasein werden, damit begnügen, die Durchführung dessen, was 30 Jahre vor ihnen ausgedacht worden ist, als gemeinschaftliches Lebensziel zu übernehmen. Immer vorausgesetzt, daß nicht von außen her weiß Gott welche Störungen eintreten usw., glauben wir wirklich, daß es unsere Gesellschaft in dieser Region und im besondern in Südtirol, wo dieses Mieder noch steifer und enger verfertigt ist, daß es uns sozusagen genügt, nur das auszufüllen, was die vor uns, - die zum Teil ja noch an der Macht sind -, ausgedacht und erfunden haben, bzw. glauben wir, daß der Konsens, der nur mit Mühe vor 15 Jahren diesen Rahmen zuwege gebracht hat, sozusagen als vergangener Konsens genügt, so gewissermaßen wie jemand, der vielleicht bestimmte Wertpapiere eingekauft hat und dann nur immer mit dem Coupon, praktisch seine Dividenden kassieren kann.

Glauben Sie, glauben wir, daß es genügt, einmal einen solchen Konsens gefunden zu haben und daß es dann sozusagen unwichtig ist, ob in Zukunft ein neuer Konsens entsteht und daß man nur von den Dividenden der einstigen Vereinbarung leben kann. Ich glaube, daß wir uns nicht der Illusion hingeben können, daß wenn nicht ein neuer Konsens, eine neue Überzeugung, ein neues Zusammenstehen, auch ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl, ein neues gemeinsames Ziel erarbeitet wird, auch erstritten wird und auch ideelle Energien und Reserven mobilisiert, dann glaube ich nicht, daß unsere Autonomie nur dadurch Zukunft hat, daß man sagt, der Buchstabe wurde einst im Jahre 1971 oder 1969, je nachdem wo man das ansetzen will, abgesegnet und von dort ab kann man immer nur sagen: kein Jota darf sich ändern und eben die Dividenden werden so alle Jahre - oder ich weiß nicht, alle 6 Monate, wie das halt so passiert - kassiert und man hofft, daß es so weitergeht.

Mir scheint hingegen, daß eben Zeichen da sind, die man nicht übersehen sollte. Z.B. sehen wir mindestens drei - ich beschränke mich jetzt auf diese drei, dieser Entwicklungen, Tendenzschübe, die unserer Meinung nach das absolut in Frage stellen, daß nämlich der damals erreichte Konsens genügt, um für die nächsten Jahrzehnte damit weiterleben zu können. Ein solcher Tendenzschub bezieht sich - und dazu brauch ich nicht mehr all zu viel sagen - auf das Verhältnis der Sprachgruppen untereinander in Südtirol. Ich habe schon bei einer anderen Gelegenheit hier näher ausgeführt, daß es kurzsichtig wäre, nicht zu bemerken, daß sich heute immer mehr eine Situation

herausentwickelt, in der ein Teil der Bevölkerung Südtirols, im wesentlichen der deutschsprachige und ladinischsprachige Teil auf Grund der damit verbundenen materiellen Vorteile und auf Grund der besseren Rechtssicherung - das sei gerne anerkannt und zugestanden - mit der Paketautonomie im großen und ganzen identifizieren kann, obwohl es auch dort immer mehr Leute gibt, die sich nicht damit begnügen, einen vollen Landeshaushalt anstelle der Ideale, Überzeugungen und Hoffnungen zu setzen.

Aber auf der anderen Seite ich es auch nicht zu übersehen, daß ein immer größerer Teil der italienischen Sprachgruppe sich schlechthin als die Opposition zur Landesautonomie versteht. Ich würde sagen, zum Teil unabhängig davon, wie sie sich heute politisch artikuliert, - was dann in Zukunft noch kommen wird, muß man erst sehen -, aber irgendwie unabhängig davon, daß sie sozusagen zur Opposition konstituiert ist und zwar nicht immer nur auf Grund eigener Ideen und Vorstellungen, auch zum Teil auf Grund der tatsächlichen Lage der Dinge.

Also der zunehmende Konflikt zwischen den Volksgruppen in Südtirol - und darüber haben wir andere Male gesprochen, ich möchte Sie jetzt nicht damit länger als notwendig ist aufhalten - das scheint mir einer dieser Tendenzschübe zu sein - systematisch gefördert in all diesen Jahren mit einer Politik der Volksgruppentrennung - ein solcher Tendenzschub, der irgendwo auf einen Bruch hin sich hinentwickelt.

Ein zweiter Tendenzschub, der vielleicht weniger fundamentalen Charakter hat, aber in seinen Auswirkungen nicht weniger nachhaltig sein dürfte, ist, glaube ich, die Tatsache, daß irgendwann die von mir vorher angesprochene Politikerriege, die bis jetzt im wesentlichen das Paket erkämpft und dann verwaltet und dessen Ausbau dem Staat gegenüber vertreten hat, auch auf internationaler Ebene usw., daß diese Generation jetzt irgendwo damit rechnen muß, also nicht mehr ewig zu dauern. Der Südtiroler Landeshauptmann Magnago hat in letzter Zeit wiedereinmal - das hat er früher auch schon mehrmals getan, aber vielleicht stimmt's diesmal, man weiß nicht - aber jedenfalls seinen relativ baldigen Rücktritt angekündigt, man hört von anderen hochrangigen Politikern der Paketgeneration, daß sie aus den verschiedensten Gründen, manchmal vielleicht aus gesundheitlichen Gründen oder einfach aus Altersgründen, manchmal aus anderen Gründen, die jetzt hier nicht zur Diskussion stehen, ich sage nicht aus politischer Resignation heraus, sondern aus verschiedenen Gründen, irgendwo nicht mehr ewig dauern werden und daß also spätestens also im Verlauf eines Jahrzehnts also noch vor dem Jahr 2002 und dem Stichtag des Beginns der Normalität, der so programmierten

Normalität, sicher ein großer Generationswechsel stattfinden wird.

Wie schaut der Nachwuchs aus? Wie werden die Leute damit zurecht kommen, die praktisch die Nachpaketzeit - vorausgesetzt es läuft alles wie programmiert - verwalten. Mir scheint, daß also, wenn ich mir so die Bänke uns gegenüber anschau - abgesehen davon, daß ich jetzt viele Lücken sehe und deswegen die entsprechenden menschlichen Antlitze, die ich sehen müßte, mir nur denken kann - aber ich glaube daß bis jetzt viele Leute im Lande, auch relevante gesellschaftliche Kräfte im Lande, sich da erhebliche Sorgen machen. Ich will jetzt nicht mehr viel dazu sagen, ich glaube, daß sich auch manche dieser Gründerzeit erhebliche Sorgen machen. Ich glaube, daß sich z.B. ein Alfons Benedikter, ein Silvius Magnago usw. auch von ihrem Standpunkt aus - der glaube ich nicht der unsere ist - aber auch von ihrem Standpunkt aus, erhebliche Gedanken machen müssen, wie das nach ihnen oder ohne sie weitergehen soll. In jedem Fall hat man den Eindruck, daß leider eine Linie vorzuherrschen scheint, die sich mehr auf die eher kleinkarierte Verwaltung des existenzbegründenden Konflikts mit Rom und des ebenfalls existenzbegründenden Konflikts zwischen den Sprachgruppen konzentriert, denn das gibt, das verleiht politische Legitimation, das hält diese Art von Politik auf Trab. Es gibt da die Existenzberechtigung, also mehr dadurch legitimiert als durch sonst irgendetwas. Bestimmt es gibt auch Ausnahmen und wir wissen diese Ausnahmen zu schätzen aber der Tendenzschub scheint mir geht in diese Linie und auch da glaube ich führt es zu irgendeinen Bruch.

Ein weiterer Punkt, der unserer Meinung nach zu diesen wichtigen Tendenzschüben gehört - und ich habe gesagt ich will nur 3 davon erwähnen - ist die ganze Frage des Paketendes. Wir haben schon andere Male die Überzeugung vertreten, daß man immer weniger damit rechnen kann, daß das Paket je abgeschlossen wird. Es ist immer unwahrscheinlicher, daß es je zu einer Erklärung der SVP kommen wird, daß das Paket nun in ihren Augen erfüllt sei, auch weil damit ein weiterer wichtiger Existenzgrund aufgegeben würde, nämlich des Konflikts mit Rom und vielleicht auch des Konflikts zwischen den Sprachgruppen und es ist deswegen relativ auch unwahrscheinlich, daß Österreich ohne dieses Einverständnis der SVP irgendwann seine Endfertigung erklären wird, Österreich möchte es vielleicht, aber Österreich hat sich diesbezüglich zu sehr in den Sack der SVP begeben in den letzten Jahren, als daß es überhaupt bei der derzeitigen politischen Konstellation und bei der in den nächsten Jahren noch zu erwartenden politischen Konstellation irgendwie etwas leisten könnte, was nicht von der SVP

abgesegnet ist, auch aus innenpolitischen Gründen und die Tatsache, daß sich in den letzten Monaten auch die wichtigste Regierungspartei in Österreich, die SPÖ, auch noch stärker und noch enger an die Leinen der SVP nehmen hat lassen - freiwillig - ist in dem Sinn eher noch eine weitere Bestätigung in diese Richtung, d.h. also, daß von niemandem in Österreich heute zu erwarten ist, daß er sich leisten kann, selbst wenn er das denken sollte, in Sachen Südtirol autonome Schritte zu tun, von sich aus Bewegung hineinzubringen, eher hat man den Eindruck, daß es sich um eine Situation handelt, in der die österreichische Politik immer stärker quer durch die Parteien sich als Erfüllungsgehilfin der SVP versteht und der so beschriebenen Tendenz innerhalb der SVP. Wenn diese Tendenzschübe, die natürlich alle in der Südtiroler Gesellschaft an der Basis der Südtiroler Bevölkerung dann ihre Auswirkungen zeitigen, - und man sieht die im täglichen Klima -, nicht nur in den Medien, auch unter den Leuten, dann möchte ich gerne wissen, wie sich die Regierer und Verwalter dieses Zustandes von sich aus die Zukunft vorstellen. Ob sie glauben, daß es tatsächlich weiterhin so geht, daß man immer auf Grund einer schon erlassenen Bestimmung eine weitere Bestimmung reklamiert, dann eine Korrekturbestimmung erläßt, dann irgendwo ein Gericht anruft, dann mit einem Gutachten versucht, die irgendwo so verfahrenere Situation durch weitere kleine Korrekturen zu verbessern und daß man halt auf diese Weise gewissermaßen, wie so bestimmte Bausünden, die entstandenen Schwierigkeiten durch neue Zubauten und Anbauten und Durchstiche usw. versucht zu verbessern. Nicht daß wir glauben, daß man den gegebenen Rahmen, also den Rahmen des 2. Autonomiestatuts einfach über Bord werfen könnte und sollte.

Wir glauben daß dieser Rahmen - und wir haben das oft gesagt und es ist uns wichtig, das hier zu wiederholen - wir glauben, daß dieser Rahmen des 2. Autonomiestatutes viele Verbesserungen gegenüber dem vorherigen Zustand gebracht hat. Viele Verbesserungen im bezug auf ein Mehr an Selbstverwaltung und Eigenständigkeit, viele Verbesserungen im bezug auf Minderheitenrechte, also sprachliche und kulturelle Rechte und sagen wir über Lebensgarantien zu Gunsten der deutsch- und ladinischsprachigen Tiroler Bevölkerung, auch bestimmt viele Verbesserungen im bezug auf beispielsweise die finanzielle Ausstattung der Autonomie.

Also es sind bestimmt viele Dinge dadurch besser geworden als vorher und das darf auf keinen Fall geleugnet werden und auch all diejenigen, die sich wie wir, oder auch wer sich wie wir, in diesem präkonstituierten Bett oft beengt und irgendwie also geschmälert fühlt,

sieht, daß eine Rückkehr zum Zustand vorher z.B., eine pauschale Verurteilung etwa der reformierten Autonomie absolut fehl am Platz wäre und wir haben das oft genug wiederholt.

Genauso fehl am Platz aber wäre unserer Meinung nach eine Festlegung, wie wir sie immer wieder von manchen profilierten SPV-Exponenten hören, die eben gewissermaßen jetzt schon, wie so ein Leierkasten immer wieder sagen: Kein Jota darf geändert werden, wenn ein Jota geändert wird, dann fällt unser Konsens usw., die also praktisch den Anspruch erheben, es dürfte ab 1972 bis weiß Gott wie lang überhaupt nichts mehr verändert werden, sonst würde alles zusammenbrechen und da hat man Dinge zusammengemischt, die nicht zusammengehören, da hat man z.B. - wie wir oft kritisieren - den Proporz zu einer tragenden Säule des Autonomiestatuts erklärt.

Unserer Meinung nach ist Autonomie Selbstregierung noch lange nicht identisch mit Proporz und der ethnische Proporz darf auf keinen Fall sozusagen als die inhaltliche Ausgestaltung, als die Substanz der Autonomie erklärt werden. Das wäre sehr kurzsichtig, das wäre äußerst kurzsichtig. So hat man also Dinge zusammengekoppelt und Jungteams hergestellt, die das Leben und die Ausgestaltung unserer Autonomie wesentlich schwieriger gemacht haben und heute zur gegenwärtigen Situation der Unbeweglichkeit geführt haben. Aber wenn man - wie Sie in anderen Bereichen auch immer wieder sagen - oft Reformen gemacht hat, die nicht in allem den Erwartungen entsprochen haben, warum soll man dann eine Reform nicht auch reformieren können? Warum soll nicht dasselbe, was wir vor einer Woche hier in Sachen Gesundheitswesen diskutiert haben, nicht auch für andere Bereiche gelten. Wenn die Gesundheitsreform z.B. in manchem nicht das gehalten hat, was sie versprochen hat, oder was man sich erwartet hat, warum soll dann eine Reform nicht reformiert werden können und dasselbe ist von der Autonomiereform zu sagen. Warum soll die Autonomie nicht reformiert werden können. Wir sind der Meinung, daß man die Autonomie reformieren sollte, solange es in der Bevölkerung noch möglicherweise einen autonomiefreundlichen oder autonomiefreudigen Konsens geben kann, der natürlich quer durch die Sprachgruppen greifen muß. Die Binsenwahrheit, die jetzt endlich auch der Abgeordnete Riz verkündet, daß die Autonomie nur im Konsens zwischen den verschiedenen Sprachgruppen haltbar ist und verteidigt werden kann, die verkünden wir schon die längste Zeit und andere auch, also es kann einen höchstens wundern, wenn das jetzt der Abgeordnete Ritz - einer der Obmannstellvertreter der SVP - verkündet, daß das jetzt da und dort wie das Ei des Columbus gefeiert wird. Bitte,

wir sind erfreut, daß auch er sich jetzt zu der Überzeugung bekennt, aber das war längst schon so und längst schon fällig und es ist Zeit, daß man auch an der Spitze der SVP darüber laut nachzudenken beginnt.

Ich sage also, eine Autonomiereform - ohne daß es zu einem neuerlichen Bruch kommen muß, ohne daß es zu einem neuerlichen Zusammenstoß kommen muß - wäre in den letzten Jahren leichter gewesen, - man hätte nur vielleicht dazu manche Dinge vermeiden - und in ein anderes Geleise zu lenken brauchen, als jetzt. Es wird immer schwieriger; in der Zeit zwischen der Mitte der 70iger Jahre und der Mitte der 80iger Jahre hat es z.B. auch bei der italienischen Bevölkerung Südtirols eine relative Autonomiebereitschaft gegeben. Eine Bereitschaft mit der Autonomie zu leben, sich in der Autonomie einrichten zu wollen. Diese Bereitschaft wurde immer wieder frustriert, beispielsweise das Verbot des frühzeitigen Deutscherwerbs seitens italienischer Kinder. Im Kindergarten ist diesbezüglich eines der größten Eigentore, die von Seiten der SVP und der Landesregierung geschossen wurden. Ich weiß nicht ob heute noch und für wie lange noch die Bereitschaft besteht, sich für eine Autonomiereform, aber eben für eine Autonomie, in Südtirol quer durch die Sprachgruppen einzusetzen. Heute gibt es diese Disponibilität vielleicht noch, wir hoffen, daß es sie noch gibt und wir arbeiten dafür, daß es sie gibt. Ob es sie in 5 Jahren noch geben wird, ist schon sehr viel fraglicher und ob es sie in 10 Jahren noch geben wird, ist noch fraglicher. Wollen wir also in eine Situation hineinschlittern, in der man die verschiedenen Tendenzschübe, die auf einen Bruch hinführen, auf einen Zusammenstoß einfach sich weiterentwickeln läßt oder wollen wir rechtzeitig versuchen, einen neuen positiven Konsens aufzubauen, ein neues gemeinsames Ziel zu formulieren, das quer durch die Sprachgruppen hindurch, die Leute überzeugen und motivieren kann.

Wir sind dieser zweiten Meinung. Wir glauben immer noch - obwohl wir inzwischen manche Hoffnung aufgeben mußten; die Fehler der letzten Jahre sind zum Teil auf lange Sicht hin irreversibel - aber wir glauben immer noch, daß es möglich ist, auch heute in Südtirol, oder möglich wäre, auch heute noch in Südtirol und in der ganzen Region, denn das ganze geht nicht ohne Einbeziehung auch des gesamt-tirolischen Raumes, sowohl nach Süden, in Richtung Trentino, als nach Norden und Osten in Richtung Nord- und Osttirol, wir glauben immer noch, daß es möglich wäre, einen neuen Konsens für eine Autonomie aufzubauen, in der das Zusammenleben in einer mehrsprachigen und demokratischen und selbstverwalteten Gesellschaft, in der eine echte Solidarität zwischen

den Sprachgruppen ohne gegenseitige Barrikerisierung möglich ist.

Das glauben wir und das ist das Ziel, an dem wir ja schließlich arbeiten, das ist das Andere Südtirol, das wir uns als möglich vorstellen und nicht nur als Wunschtraum und das ist das Andere Südtirol, in dessen Namen - soweit es sich schon in der Gesellschaft artikuliert wird - wir uns ja auch in diesem Regionalrat und im Südtiroler Landtag zu sprechen bemühten. Aber eine solche Entwicklung, die durchaus auch sich auf bestimmte politische Tauschhandel einlassen könnte, z.B. weniger Proporz und weniger Autonomie, z.B. Proporzabbau, also Diskriminierungsabbau und dafür Demokratie- und Autonomieausbau, die also durchaus an dem bisherigen Gerüst Veränderungen vornehmen könnte, die von der gesamten Bevölkerung als positiv akzeptiert werden können und damit auch bestimmte Reformen überzeugender machen und attraktiver gestalten könnten.

Diese Richtung - sage ich - wäre schon durch zahlreiche Feuerzeichen an der Wand angezeichnet worden. Erinnern Sie sich - und da komme ich jetzt zu der kleinen Sehhilfe, die ich mir erlaube, dem Fraktionssprecher Alfons Benedikter von der SVP anzubieten:

Wenn Sie 1978 den Konsens, der damals der Liste der Neuen Linken - Nuova Sinistra zugesprochen wurde und sich dann bei den Gemeindewahlen 1980 konsolidiert hat, wenn sie damals dieses Zeichen, dieses erste Feuerzeichen gesehen und richtig interpretiert hätten, hätten Sie vielleicht verstanden, daß in der Südtiroler Gesellschaft eine Bereitschaft heranwächst, quer durch die Sprachgruppen hindurch, gemeinsam etwas aufzubauen und bestimmte Feinzähligkeiten und auch gegenseitige Defensivpsychologien und -psychosen der Vergangenheit zu überwinden, dann hätten Sie vielleicht einen Kern zu einem möglichen neuen Konsens, zu einer möglichen neuen Vorstellung des Zusammenlebens erkennen können. Dann hätten Sie vielleicht auch die Paketkritik, die damals von demokratischer Seite und mit positiver Vorstellung zur Weiterentwicklung der Autonomie ausgedrückt wurde zur Kenntnis nehmen können und darauf reagieren. Aber da hat man nicht reagiert, im Gegenteil, das hat man kriminalisiert.

Ein zweites solches Feuerzeichen hätte man vielleicht 1981 rechtzeitig erkennen können und sollen und auf diese diskriminierende völkische Aufschreibung verzichten sollen. Die Bewegung, die sich damals gegen die Option 1981 gebildet hat und gegen die gegenseitige Grenzziehung zwischen den Volksgruppen, hat auch ein demokratisches volksgruppenübergreifendes gemeinsames Leben in unserer Region und in unserem Lande zum Inhalt gehabt. Diese Bewegung wurde frontal

abgewiesen, und niedergekämpft.

Das dritte Feuerzeichen ist jetzt schon viel mehr beunruhigender, denn das dritte Feuerzeichen, das am letzten 12. Mai gekommen ist, mit dem starken Wahlsieg der Neufaschisten, bedient sich zwar demokratischer Mittel, demokratisch vorgesehener Mittel: Unterschriftensammlung und Stimmabgabe sind demokratisch vorgesehene Mittel, aber der Boden, auf dem das stattfindet ist, glaube ich, ein schon unkontrollierbarer Boden. Auch wenn wir bestimmt nicht behaupten wollen, daß all die Leute, die am 12. Mai neofaschistisch gestimmt haben, wirkliche Neufaschisten sind, das wollen wir nie und nimmer glauben und annehmen und das stimmt auch nicht, das würde nicht der Wahrheit entsprechen, aber das ist schon ein Feuerzeichen, von dem aus es sehr viel schwieriger sein wird, bei solchen Leuten, die nicht nur eine Absage ans Paket damit signalisiert haben, sondern in vielen Fällen auch eine Absage an die andere Sprachgruppe, eine Absage ans Zusammenleben, auch eine Absage an die Autonomie und umgekehrt die Hoffnung, daß Rom vielleicht stärker eingreift.

Diese Entwicklung läßt sich jetzt nicht mehr durch kleine Schönheitskorrekturen, durch marginale kosmetische Operationen verändern. Da werden wir noch alle sehr daran zu beißen haben. Diese Entwicklung, die eher weitergehen dürfte, denken wir nur an die nächsten Wahlen z.B., aber denken wir an alles, was in der Zwischenzeit im gewerkschaftlichen Bereich passieren könnte, im sozialen Bereich, in der öffentlichen Meinung, unter der Jugend usw. Es ist schon ein bißchen bedrückend, zu merken, daß bestimmte Aufweichungen bei der SVP, dieses neofaschistischen Wahlsiegs bedurft haben, um an die Oberfläche zu kommen. Hätte sich z.B. ein Riz nicht schon früher so äußern können, wie er es jetzt getan hat, hätte die SVP bestimmte Überlegungen, die nun in ihren Reihen beginnen nicht vielleicht früher anstellen sollen, solange von demokratischer Seite solche Warnungen gekommen sind.

Wenn nun heute - und der Präsident der Region hat es in seiner Rede ja auch angesprochen - von Seiten der politischen Mehrheit her zugegeben wird, daß das Autonomiestatut eben doch kein Tabu ist, daß beispielsweise die Finanzregelung in Zukunft anders aussehen könnte, als man es sich 1969 und dann 1971 gedacht hat. Das also offensichtlich, das mit dem Jota ein Bluff ist, das stimmt einfach nicht, daß der oberste Hüter der Theorie, - daß kein Jota verändert werden darf - heute hergeht und zum Teil unter Umgehung seiner eigenen Parteisatzungen, wonach ja eine Landesversammlung scheint's darüber zu beschließen hätte, inzwischen vom Buchstaben des Autonomiestatutes Abschied nimmt und ich

glaube im großen und ganzen in die richtige Richtung, das sagen wir ja auch dazu, wir glauben, daß es richtig ist, sich an der Finanzierung der eigenen Autonomie angemessen zu beteiligen und sich dafür verantwortlich zu machen, aber wenn das passiert, dann wird man doch nicht weiter den Götzen aus Stein und Erz und Gold und Silber und Messing usw. opfern können, von denen ich vorhin gelesen habe und diese Götzen heißen halt eben auch bestimmte Durchführungsbestimmungen oder Vorstellungen, die man sich dazu macht, bestimmte Verirrungen, die schlechthin mit der Autonomie und mit dem Paket identifiziert werden, aber nur äußerst kontingente, äußerst saisonbedingte, würde ich sagen, politisch konjunkturbedingte Äußerungen darstellen. Das ist letztlich eben das, was wir sagen wollen.

Reformieren wir rechtzeitig die Autonomiereform, kriminalisieren wir nicht die Diskussion darüber, tabuisieren wir nicht diesen Götzendienst am Kleingedruckten des Paketes, wenn wir nicht wirklich in relativ kurzer Zeit in eine Situation hineinschlittern wollen, in der die derzeitigen Tendenzen zum Bruch und zum Zusammenstoß führen, zu einem neuen Kräfteressen, zu neuen Kraftproben, von denen heute glaube ich keiner sagen kann, wie sie ausgehen und die wir uns in jedem Fall nicht wünschen können.

(Signor Presidente, colleghi della Giunta regionale, mi permetto di introdurre la nostra prima presa di posizione in merito al bilancio della Regione con una breve lettura di un brano del vecchio testamento tratta dal libro di Daniele. Spero che ciò possa interessare i colleghi e spiegherò più avanti la connessione con la nostra situazione. Leggo pertanto un brano dal V capitolo del libro di Daniele, dove in poche parole si dice molto di più di quanto contenuto nella lunga relazione, che il Presidente Bazzanella ci ha letto la scorsa seduta. Trattasi di un episodio che qualcuno di loro, almeno i consiglieri di madrelingua tedesca, conoscono dalla poetica, quale nota ballata di Heine, ispirata all'episodio del re Baldassare.

"Il re Baldassare diede un gran convitto ai suoi mille dignitari e dinnanzi a quei mille beveva del vino. Baldassare, mentre gustava il vino, ordinò che si portassero i vasi d'oro e d'argento che Nabucodonosor, suo padre, aveva asportati dal tempio di Gerusalemme, affinché vi bevessero il re, i suoi dignitari, le sue mogli e le sue concubine. Si portarono dunque i vasi d'oro asportati dal santuario della casa di Dio che era a Gerusalemme; lì bevvero il re, i suoi dignitari, le sue mogli e le sue concubine. Bevvero del vino e lodarono

gli dei d'oro e d'argento, di bronzo e di ferro, di legno e di pietra.

In quell'istante apparvero le dita di una mano d'uomo che scrivevano, di fronte al lampadario, sull'intonaco della parete del salone reale; il re vide l'estremità della mano che scriveva. Allora il re cambiò di colore, i suoi pensieri lo spaventarono, le giunture delle sue anche si rilassarono e le sue ginocchia cominciarono a sbattere l'uno contro l'altro. Il re gridò forte che si facessero venire i maghi, i Caldei e gli astrologi. E il re prese a dire ai sapienti di Babilonia: chiunque leggerà questa scrittura e me ne darà la spiegazione sarà rivestito di porpora con una collana d'oro al collo e sarà costituito il terzo del regno. Vennero allora tutti i sapienti del re nel farne conoscere la spiegazione al re."

Non leggo l'intero episodio ovviamente, ma quanto citato può essere un invito ad ognuno di leggerlo per conto proprio, ma come loro sanno si interrogano i sapienti di tutto il regno, se qualcuno fosse in grado a decifrare queste scritture e improvvisamente qualcuno ricorda che vi fu già un profeta che aveva svelato a suo padre, il re Nabucodonosor, importanti segreti e che questo profeta si chiamava Daniele. Si condusse Daniele davanti al re che gli promise, qualora riuscisse a decifrare la scrittura, di vestirlo di porpora e di costituirlo come il terzo nel regno, ecc., gli promise un ordine praticamente, riferendosi ai tempi nostri, ma il profeta Daniele al verso 17 gli risponde:

"Allora Daniele prese a dire in presenza del re: a te restino i tuoi doni e i tuoi regali d'essi ad altri. Quanto a me io leggerò ugualmente lo scritto al re e gliene farò conoscere la spiegazione."

Quindi Daniele si riferisce prima a suo padre e poi continua:

"Tu sei il re, Dio altissimo ha dato il regno e la grandezza e la gloria e l'onore a Nabucodonosor, tuo padre. Per la grandezza che gli aveva concessa temevano e tremavano dinnanzi a lui popoli, nazioni e lingue; egli uccideva chi voleva e lasciava vivere chi voleva; chi voleva egli elevava e chi voleva umiliava. Ma quando il suo cuore si gonfiò e il suo spirito si indurì fino alla tracotanza egli fu deposto dal trono del suo regno e gli fu tolta la gloria."

Poi Daniele prosegue:

"Perciò da lui fu inviata questa estremità di mano e fu tracciata questa scrittura. Questa è la scrittura che è stata tracciata Menè, Techel e Parsin. Ed ecco la spiegazione delle parole: Menè: Dio ha misurato il tuo regno e gli ha posto fine. Techel: sei stato pesato sulla bilancia e il tuo peso si trova scarso. Parsin: il tuo regno è

stato diviso e dato ai Medi e ai Persiani".

Il re mantiene la sua parola, gli concede il suo ordine e poi si legge che quella stessa notte il re fu assassinato, quindi in quella stessa notte si avverrà la profezia.

Ora mi si permetta senza pretendere di essere io un astrologo - il cons. Benedikter dovrà forse procurarsi nuovi occhiali, poiché i segni di cui io parlo vanno individuati in altra parte - ma senza pretendere, ribadisco, di conoscere l'arte dell'astrologia, mi sembra che simile passo - ognuno può immaginare l'episodio nella lingua che meglio desidera - si adatti alla nostra situazione, l'episodio infatti mi è venuto in mente in occasione della celebrazione del quarantesimo giubileo del S.V.P., svoltosi recentemente a Merano, e ho pensato che si collocherebbe bene in questo dibattito sul bilancio, dato che la relazione del Presidente Bazzanella parte dal presupposto che esiste una serie di fenomeni di crisi, che la Regione dispone di troppo pochi mezzi finanziari, che a queste condizioni, anche se forse avesse il denaro, non saprebbe che cosa farsene, poiché le sue competenze sono assai ridotte, ecc., ma a me sembra più importante della preoccupazione di un simile dettaglio, dei quali potremmo e desideriamo averne sempre di più, porre a noi stessi la domanda a che punto ci troviamo con i segni di fuoco.

Nei confronti della situazione della nostra autonomia, della nostra Regione e delle due Province autonome, che la costituiscono, non siamo forse giunti al punto che avremmo dovuto avvertire diversi simili segnali, forse non li abbiamo avvertiti, ma dovremmo trarre le dovute conclusioni in tempo utile, prima che sia troppo tardi. Nel corso delle mie esposizioni cercherò di decifrare questi segnali che il collega Benedikter non vede, pur chiedendoci dove siano stati scritti, ma comunque cercherò di indicarli. A prima vista si potrebbe forse presumere che la nostra situazione sia ancora fra le migliori, che si potrebbe ancora - come si può leggere all'inizio dell'episodio citato - banchettare con dignitari, mogli e concubine e vivere in ricchezza e con gioia, la nostra Provincia grosso modo permetterebbe tutto questo, non conoscendo noi una serie di difficoltà che in altre Regioni esistono, non dovendo soffrire della tracotanza delle aree abitative sovrappopolate, né conosciamo i problemi della metropoli, disponiamo di un paesaggio relativamente ben mantenuto, a confronto di altre, la nostra società è socialmente relativamente equilibrata - dico queste cose a confronto di altre realtà - disponiamo in misura piuttosto alta di una Amministrazione autonoma e di una certa indipendenza, disponiamo

in certa misura di mezzi finanziari da poter finanziare tutto questo; non dovrebbe esserci motivo di trattenersi con i festeggiamenti, a non pasteggiare e a non farsi servire le cose migliori gioendo delle cose stesse.

Ciononostante - e nessuno credo possa oggi negare, a meno che non sia effettivamente un videoleso - si moltiplicano i segni, che una specie di mal sottile, indicato peraltro anche dal Presidente della Regione con altre parole nella sua relazione, si manifesta sempre in misura maggiore. Una specie di mal sottile, che può essere letto, se si desidera, da molti piccoli sintomi, ad esempio dalle crescenti vertenze sulle norme di attuazione dell'autonomia, su interpretazioni delle funzioni, dei provvedimenti legislativi rinviati, ad esempio difficoltà ad adottare gli enti autonomi previsti con irrispettivi mezzi finanziari e con compiti istituzionali, oppure ad esempio piccoli attriti che avvengono talvolta anche tra i partiti di coalizione - recentemente, la scorsa settimana, nello sfondo è risorto in certo qual modo il problema della strada Lauregno-Proves, che potrebbe essere il pomo della discordia dell'attuale coalizione di governo - non occorre che elenchi tutti gli esempi, in quanto più o meno sono noti a noi tutti.

Se si cerca di elevarsi al di sopra di questi singoli e piccoli sintomi è difficile che possa sfuggire che non esiste più la forza di convinzione, che ancora 10-15 anni fa esisteva per l'autonomia della nostra Regione, soprattutto per l'autonomia dell'Alto Adige e di riflesso anche per l'autonomia del Trentino, che, come abbiamo avuto modo di affermare più volte, in un certo senso è stato un passeggero cieco sia nelle trattative per l'autonomia sia nella fase di concessione della stessa, ma nei confronti dell'autonomia sudtirolese si deve affermare che questo mal sottile si fa effettivamente sentire. Si ha, ad esempio, l'impressione che non esiste nessun spazio di movimento. Consideriamo ad esempio i recenti colloqui avvenuti fra l'Austria e l'Italia, in occasione della visita fatta dal cancelliere austriaco Sinowatz al Presidente del Consiglio dei ministri Craxi a Roma, oppure anche - per quanto se ne sappia - i colloqui tra il Presidente della Repubblica Cossiga e Kirschläger e consideriamo pure quanto trapela ogni tanto attraverso la stampa e raramente dalle dirette dichiarazioni dei componenti delle Commissioni dei 12 e dei 6, sul clima delle trattative in tali sedi, che conosciamo già di per sé, consideriamo inoltre la situazione stagnante, riferita alle norme di attuazione e consideriamo pure che, se anche il Governo romano lo desiderasse, la qual cosa è improbabile, non potrebbe facilmente emanare le ulteriori norme di

attuazione nella forma probabilmente desiderata dal S.V.P. - altri non sono stati come al solito sentiti o interrogati - e chiediamoci quindi dove si possa trovare l'entusiasmo per l'autonomia e la capacità di convincimento, dove si possa trovare quel clima fondamentale, che si registrava forse ancora 15 anni or sono, ai tempi della conclusione del pacchetto, che era presente almeno in una parte della popolazione, negli uomini politici che si occupavano del problema, clima che ha provocato a suo tempo anche energie, forze, diciamo tranquillamente entusiasmi ed idee, sia nella popolazione e sia nei responsabili dei problemi politici sociali. Dove sono oggi queste idee, dove si può trovare l'entusiasmo, qual è oggi lo scopo, per il quale ci si potrebbe mobilitare?

Mi sembra - e ciò dovrebbe essere motivo di meditazioni - che simili scopi positivi e diciamo in certo qual modo trascinanti, oppure persuasivi siano oggi giorno presenti piuttosto nelle forze della minoranza o dell'opposizione, che assumono posizioni critiche nei confronti dell'attuale quadro, che vorrebbero modificare o in certo qual modo addirittura eliminare, non importa a quale orientamento appartengono, ma che comunque non si identificano in tale quadro, cornice non in coloro che hanno creato questo stato di cose e che dovrebbero teoricamente difenderlo.

Dove troviamo oggi le grandi idee trainanti, oppure dove troviamo il potenziale di mobilitazione nei confronti della popolazione? Mi sembra piuttosto che coloro, che sono insoddisfatti dell'attuale situazione e desiderosi di modificarla, si pongano altro scopo in qualsiasi direzione, un altro ideale, ad esempio l'ideale, che si può intravedere qua e là, di modificare globalmente la situazione dello stato di diritto dell'Alto Adige, oppure ad esempio l'ideale o lo scopo di coloro che affermano che l'autonomia, l'autonomia del pacchetto, ecc. ha arrecato danno, ideale o scopo che tende ad abrogare questa autonomia. Sono state raccolte migliaia di firme. Certi cittadini si sono creati delle speranze e qualcosa di simile, mentre viceversa si ha spesso l'impressione che da parte della situazione esistente, cioè da parte dell'attuale autonomia si registra semmai la voglia di far carriera, l'appetito di sovvenzioni e diciamo che forse dalla parte della situazione esistente troviamo più che altro delle persone ciniche. I cinici che nel frattempo si sono accomodati nel salotto del potere, che si sono messi a loro agio nell'ambito di questo quadro per mezzo della distribuzione del potere e che tutto sommato sanno benissimo che gli ideali devono essere tolti, ogni tanto, come opio per il popolo dal proprio involucro e pronunciano così i loro discorsi della domenica, pur

sapendo in definitiva che ciò che vale è la misura in cui possono impiegare i miliardi per questo o per quell'altro scopo, ossia in cui possono meglio organizzare la propria carriera e la loro ascesa politica.

Questa mancanza di grandi e vigorose idee trova forse un altro motivo che desidero porre qui in discussione, cioè il fatto che - più di quanto succede altrove nella società - nella nostra attuale situazione, vorrei dire i successori di coloro che una volta hanno lottato ad esempio per il "Los von Trient" e per l'autonomia, sono quasi impossibilitati a dare forma in certo qual modo al loro mondo, per non parlare del futuro. Con altre parole - possiamo notare tutto questo ed escluse alcune eccezioni, ad esempio il collega Benedikter, il collega Magnago, il collega Zelger, come ho già detto a prescindere da queste poche eccezioni - qui siedono molte persone e lo stesso Presidente della Regione lo ha fatto presente nelle dichiarazioni della sua candidatura, che hanno già trovato concretizzata questa autonomia, persone che tutto sommato, come si suol dire, si sono coricate nel letto già fatto, come del resto noi tutti, noi più giovani, ossia come tutti coloro che non hanno partecipato a determinare ed a creare questo quadro, avendolo già trovato esposto.

Questa cornice comunque diventa sempre più stretta, più precisa e diciamo tranquillamente di vedute ristrette, come se le nuove generazioni capaci di far politica e quelle che verranno potessero essere considerati semplicemente aiutanti del completamento di un pacchetto già chiuso e benedetto, come se da questo momento, a dire il vero già dal 1972, il compito globale della nostra società consistesse ormai soltanto nell'emanare ed applicare norme di attuazione; chiedo scusa per questo rapporto. Norme di attuazione nel senso più lato della parola, non intendo quelle da emanarsi con D.P.R., ma intendo norme di attuazione a completamento di un quadro, che è perfettamente definito, entro il quale volenti o nolenti si deve trovare la propria collocazione e questo letto già pronto si dimostra per certi della nostra società e non soltanto per persone singole, ma anche per determinati ambienti culturali, politici e sociali, un giaciglio poco confortevole, non tanto adatto allo scopo.

Questo fatto naturalmente si fa maggiormente sentire in Alto Adige, anche perché nel Trentino non ci si sente così fortemente legati ad una cornice predeterminata, nel Trentino è pur sempre possibile, è già accaduto, procedere da generazione a generazione, ossia da decennio a decennio ad aprire nel percorso determinati scambi. Abbiamo notato

come la generazione trentina del pacchetto ha dato forma all'autonomia, diciamo ancora con Kessler e Grigolli, e come poco dopo si è affacciata una nuova generazione politica, che ha amministrato la benedizione, o meglio quella slavina di denaro e notiamo che ora si afferma che anche questa fase sarebbe da considerarsi conclusa e si cerca quindi una nuova via e la stessa nuova coalizione nel Trentino, iniziata recentemente, si pone come scopo di trarre un qualcosa di nuovo da questa autonomia, e si dovrà naturalmente attendere per constatare se riuscirà effettivamente in questo suo intento.

In Alto Adige tutto questo non è avvenuto e anche la Regione, che come tale viene crescentemente svalutata e che non ha da offrire uffici ed incarichi di assoluto prestigio, ivi compresi quelli della Giunta regionale, deve sforzarsi per trovarsi a proprio agio in questo letto preconstituito ed in Alto Adige - può suonare un po' macrabo, a tanto forse è collegata anche una certa pazzia, di onnipotenza - in Alto Adige comunque, ribadisco, si pensa che almeno fino all'anniversario di Andrea Hofer dell'anno 2002, dovrebbe essersi concluso il conto di pareggio per quanto riguarda la proporzionale etnica, credo che la data precisa sia il 20 febbraio del 2002, ma il collega Benedikter potrà senz'altro fornirci un'interpretazione autentica a tal proposito.

(Interruzione)

LANGER: ...Scade a gennaio, allora mi ero fatto un quadro troppo alettante, credevo che coincidesse tutto con la giornata di Andreas Hofer, va bene, anticiperemo di un mese, al giorno di San Sebastiano.

Tuttavia la fobia consiste nell'affermazione che fino all'anno 2002 ci troveremo nella fase della riparazione e da quel momento in poi la macchina dovrà correre come è stata progettata, vale a dire che da quel giorno in poi inizia la normalità. Una normalità che dovrà ulteriormente essere costituita dalla proporzionale e di tutte queste norme che noi conosciamo e di alcune altre che debbono essere ancora emanate, ma comunque, ribadisco, da quel giorno inizia la fase della normalità.

Colleghe e colleghi, credete veramente che i cittadini che vivranno negli anni 2002 si accontenteranno di attuare quanto era stato progettato 30 prima della loro esistenza e assumere tutto questo come scopo della loro vita comunitaria. Sempre premesso che dall'esterno non intervengano chissà quali disturbi, ecc., crediamo veramente che per la nostra società in questa regione ed in particolare in Alto Adige, dove

questo busto è stato confezionato nel modo più rigido e ristretto, sarà sufficiente adempiere a quanto hanno inventato e progettato quelli che erano prima di noi e che in parte si trovano ancora al potere, ossia crediamo che il consenso, il quale 15 anni fa a fatica è riuscito a costruire questa situazione, o meglio questo consenso del passato sia sufficiente, affinché le future generazioni incassino con un buono praticamente i dividendi, come se si trattasse di titoli di credito acquistati precedentemente da qualcuno.

Credono loro, o crediamo noi che sia sufficiente aver trovato un simile consenso e che sia per così dire poco importante il sorgere in futuro una nuova adesione o crediamo forse che si possa vivere dei dividendi di un accordo precedente. Credo che non possiamo abbandonarci all'illusione che, se non sorgesse un nuovo consenso, una nuova convinzione, una nuova unione, anche un nuovo senso di appartenenza, una nuova meta comune, mobilitando anche energie a carattere ideale e riserve, la nostra autonomia potrebbe avere un futuro, per la sola affermazione che la lettera stabilita e benedetta nell'anno 1971 o 1969, dipende da dove la si vuol collocare, non può essere modificata nemmeno in una virgola e quindi i dividendi vengono incassati annualmente, oppure ogni sei mesi come prassi, sperando che le cose possano continuare in questo senso.

Mi sembra invece che ci sono dei segnali che non si possono ignorare. Ad esempio ne vediamo almeno tre, il cui sviluppo e spinte di tendenze pongono tutto questo in discussione, almeno dal nostro punto di vista, cioè nel senso che il consenso raggiunto a suo tempo non può essere sufficiente per poter vivere nei prossimi decenni. Una simile spinta di tendenza si riferisce - a tal proposito non devo dire tanto - al rapporto dei gruppi etnici in Alto Adige.

In altre occasioni ho esposto in questa sede che sarebbe miopia non accorgersi che si sta sviluppando sempre più una situazione, in cui una parte della popolazione dell'Alto Adige, essenzialmente la parte di lingua tedesca e ladina, si identifica grosso modo nei vantaggi materiali o nella maggiore garanzia in materia del diritto - riconosco volentieri ed ammetto tale circostanza - derivanti dall'autonomia del pacchetto, sebbene anche in tali parti della popolazione stia crescendo il numero delle persone che non si accontentano più di porre al posto di ideali, convinzioni e speranze un ben dotato bilancio provinciale.

Dall'altra parte non si può del resto ignorare che sempre un maggior numero di cittadini di lingua italiana interpreta la propria funzione come oppositori all'autonomia provinciale. Dico in parte e ciò

indipendentemente dall'attuale articolazione politica - per quanto avverrà in futuro si dovrà ancora attendere - ma in certo qual modo indipendentemente dal fatto che si è costituita come opposizione e non sempre sulla base di proprie idee e concezioni, ma in parte anche per l'effettivo stato delle cose.

Dunque il crescente conflitto tra i gruppi etnici dell'Alto Adige - di ciò abbiamo già discusso altre volte, per cui non intendo soffermarmi più del necessario - mi sembra essere una di queste spinte di tendenza - favorita sistematicamente in tutti questi anni con una politica della separazione etnica - che tende in certo qual modo alla rottura.

Una seconda spinta di tendenze che assume forse carattere meno fondamentale, ma che nei propri effetti non dovrebbe essere meno consistente è, a mio avviso, il fatto che la squadra degli uomini politici poc'anzi da me menzionata, che finora ha essenzialmente lottato per il pacchetto, per poi amministrarlo e sostenere nei confronti dello Stato il suo ampliamento, operando anche a livello internazionale, ecc., che questa generazione deve un certo momento fare i conti con la realtà di non poter più durare in eterno. Il Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, Magnago, ha ripetuto recentemente - anche precedentemente ha fatto più volte analoga dichiarazione, ma forse questa è la volta buona, non si sa - ha comunque annunciato che quanto prima si dimetterà e si sente dire da parte di altri uomini politici di alto rango della generazione del pacchetto, che per i più svariati motivi, forse qualche volta per motivi di salute o semplicemente per il raggiungimento di un determinato limite di età, talvolta anche per motivi ancora diversi, che non sono ora in discussione, ma comunque non per rassegnazione politica, ma bensì per i più disparati motivi, non potranno rimanere in eterno sulla breccia e che quindi al più tardi nel corso dell'attuale decennio, per cui prima dell'anno 2002, cioè prima della data fissata per l'inizio della normalità, anzi, della cosiddetta normalità programmata, dovrà avvenire gioco-forza una grande alternanza di generazione.

A che punto sta il cosiddetto vivaio di successione? Come riusciranno a raccappezzarsi le persone chiamate ad amministrare praticamente i tempi del post-pacchetto, sempre premesso che tutto si svolga come programmato. Dando uno sguardo ai seggi che mi stanno di fronte - a prescindere dal fatto che in questo istante vi sono molti spazi vuoti, dato che i visi che mi dovrebbero stare di fronte li posso soltanto per il momento immaginare - ritengo che molte persone nella

nostra Provincia, anche forze sociali di una certa rilevanza siano a tal riguardo non poco preoccupate. Non voglio aggiungere molto a tale argomento, ma ritengo che determinate persone dei tempi della fondazione siano preoccupate assai. Credo ad esempio che un Alfons Benedikter, un Silvius Magnago, ecc. debbano preoccuparsi anche dal loro punto di vista - che ritengo non sia il nostro - dello sviluppo che dovrà avvenire dopo o senza di loro. In ogni caso si ha l'impressione che predomini purtroppo la linea che si concentra più sull'amministrazione di vedute ristrette e su conflitto con Roma motivato dall'esistenza, come pure sulla contrapposizione etnica, la qual cosa offre legittimazione e tiene in tensione un simile modo di fare politica. La motivazione dell'esistenza è legittimata quindi più dalle tensioni che non da qualche altro motivo. Ci sono senz'altro delle eccezioni, e sappiamo anche valutarle, ma la spinta di tendenza va in questo senso, che in qualche maniera dovrà condurre ad una qualsivoglia rottura.

L'ulteriore punto che a nostro avviso fa parte di queste importanti spinte di tendenza - ho già detto di volerne menzionare soltanto tre - riguarda l'intera problematica della conclusione del pacchetto. Già altre volte abbiamo espresso la nostra convinzione che su tale chiusura si può fare sempre meno affidamento, vale a dire che l'applicazione del pacchetto probabilmente non sarà mai conclusa. E' sempre più improbabile che l'S.V.P. dichiari adempiuto il pacchetto dal proprio punto di vista, anche perché con tale dichiarazione si rinunciarebbe ad un ulteriore e importante motivo di esistenza, cioè al conflitto con Roma e forse anche al conflitto fra i gruppi etnici ed è inoltre relativamente improbabile che l'Austria, senza il consenso del S.V.P. rilasci a qualcuno quietanza liberatoria, anche se forse l'Austria desidererebbe agire in tal senso, ma a tal proposito in questi ultimi anni si è lasciata troppo coinvolgere dal S.V.P., da non poter minimamente intraprendere qualche cosa in tal senso, data l'attuale e prossima costellazione politica. Senza la benedizione del S.V.P. nulla da parte austriaca si potrà attendere, anche per motivi di politica interna e proprio in questi ultimi mesi il partito di governo austriaco più importante, il S.P.O. si è fatto legare al guinzaglio liberamente nel modo più stretto, del S.V.P. la qual cosa significa ovviamente un'ulteriore conferma che nessuno in Austria potrà compiere nella questione altoatesina alcun passo autonomo, movimentando eventualmente la problematica, in quanto si ha piuttosto l'impressione che trattasi di una situazione, in cui la politica austriaca va intesa sempre più, con un coinvolgimento di tutti i partiti, come un ausilio di adempimento del

S.V.P. e della tendenza già illustrata, che prevale nell'ambito del partito sudtirolese. Se queste spinte di tendenza dimostrano naturalmente i propri effetti nella società sudtirolese, alla base della popolazione altoatesina - ciò vien notato nel clima giornaliero - e non soltanto nei mass media, ma anche tra le persone semplici, vorrei sapere come gli amministratori di questa situazione si raffigurino il futuro, se credono che le cose debbono continuare affettivamente su questo binario, se si intende reclamare sulla base di una norma già emanata ulteriori norme e far emanare eventuali norme di correzione, invocare poi un qualsiasi tribunale e cercare con un parere giuridico a migliorare in certo qual modo, con ulteriori piccole correzioni, una situazione già di per sè stagnante, cercando di eliminare così errori come nel caso di determinati "peccati di costruzione", mediante costruzioni adiacenti e trafori ecc. Con ciò non intendiamo dire che l'attuale quadro derivante dal secondo statuto di autonomia sia da gettare oltre bordo, in quanto inadeguato.

Noi riteniamo invece che questo quadro - ciò è stato detto da noi molte volte ed è importante ripeterlo - riferito al secondo statuto di autonomia abbia portato notevoli miglioramenti alle condizioni autonomistiche precedenti. Molte correzioni in tema di amministrazione autonoma e di indipendenza, molte correzioni in riferimento ai diritti delle minoranze, dunque diritti linguistici culturali e diciamo anche garanzie di vita a favore della popolazione tirolese di lingua tedesca e ladina, come pure molte correzioni nel settore della dotazione finanziaria dell'autonomia.

Molte cose certamente sono migliorate rispetto a prima, ciò non può essere negato in nessun modo e anche coloro, che come noi si sentono spesso legati in questo letto precostituito, notano che un ritorno alla condizione precedente, condannando ad esempio in blocco l'autonomia riformata, sarebbe fuori luogo e questo concetto è stato da noi più volte ripetuto.

A nostro avviso sarebbe pure fuori luogo la fissazione, che spesso sentiamo da certi esponenti importanti del S.V.P. ripetere una cantilena, che nessuna virgola può essere modificata e qualora ciò avvenisse verrebbe a mancare anche il nostro consenso ecc., pretendendo così praticamente che quanto stabilito nell'anno 1972 non possa essere modificato per chissà quanto tempo, altrimenti tutto verrebbe annullato e a tal proposito si sono messe insieme delle cose stridenti tra loro, dichiarando ad esempio, ciò che noi criticiamo sempre, la proporzionale una colonna portante dello statuto di autonomia.

A nostro avviso l'autonomia e l'autogoverno non si identificano nella proporzionale e la proporzionale etnica non può essere dichiarata in nessun caso formazione del contenuto, o sostanza dell'autonomia, la qual cosa significherebbe soffrire di estrema miopia. In questo modo si è voluto unire cose e creare giovani teams che hanno reso più difficile la strutturazione della nostra autonomia e ci hanno portato nell'attuale situazione dell'assoluta immobilità. Come loro stessi spesso affermano in altri settori, riformati in modo non adeguato alle esigenze si potrebbe far valere la stessa affermazione anche in altre materie e chiederci per quale motivo non dovrebbe essere possibile riformare una riforma. Come abbiamo discusso una settimana fa sulla riforma sanitaria, perché lo stesso modo di vedere le cose non dovrebbe valere anche per altri settori? Se la riforma sanitaria ad esempio non risponde alle spettanze, per quale motivo questa non potrebbe essere ritoccata e la stessa cosa dicasi dunque anche per la riforma dell'autonomia. Per quale motivo non si può riformare l'autonomia? Siamo dell'opinione che si dovrebbe riformarla, finché nell'ambito della popolazione si può riscontrare un consenso favorevole all'istituto autonomo, che dovrà naturalmente coinvolgere tutti i gruppi linguistici. La verità lapalissiana annunciata ora finalmente anche dall'on. Riz, che l'autonomia può essere mantenuta e difesa soltanto con il consenso di tutti i gruppi linguistici, è stata da parte nostra e da altri già da molto tempo propalata, dunque può suscitare al massimo stupore che queste affermazioni provengano dall'on. Riz, uno dei vicepresidenti del S.V.P., nel senso che si vuole celebrare l'uovo di Colombo. Ci fa piacere che anche egli esterni questa sua convinzione, ma un simile atteggiamento avrebbe dovuto essere assunto molto tempo prima ed è giunto il momento che anche il vertice del S.V.P. inizi a pensare ad alta voce.

Dico quindi che una riforma dell'autonomia - senza che si debba giungere per questo ad una nuova rottura, ad un nuovo scontro - avrebbe facilitato in questi ultimi anni il lavoro - molte cose forse si sarebbero potute evitare - ed il tutto non si sarebbe dovuto deviare su un altro binario. Tutto diventa ora più difficile. A metà degli anni '70 e '80 anche la popolazione di lingua italiana dell'Alto Adige era ben disposta verso l'autonomia, a vivere con l'autonomia ed a inserirsi in questa. Tale disponibilità è sempre stata frustrata, ad esempio anche con il divieto dell'insegnamento precoce della lingua tedesca. Proprio nel settore della scuola materna il S.V.P. e la Giunta provinciale si sono fatte la più grave autorete. Non so fino a quando sussisterà ancora

questa disponibilità a riformare l'autonomia, l'autonomia intesa come coinvolgimento di tutti i gruppi linguistici, oggi comunque questa disponibilità esiste ancora, speriamo, che esista ancora e noi lavoriamo in tal senso. Se esisterà ancora fra cinque anni è già più difficile da prevedere e pressochè impossibile fra dieci anni. Noi siamo di questa seconda opinione, noi ci crediamo ancora sebbene nel frattempo abbiamo dovuto rinunciare a qualche speranza; gli errori compiuti in questi ultimi anni sono in parte a lungo andare irreversibili, ma noi crediamo ancora a questa possibilità in Alto Adige ed in tutta la Regione, in quanto il tutto non è più possibile senza il coinvolgimento dell'intera area tirolese, sia in direzione nord che in direzione sud come in direzione ovest, ma comunque riteniamo che sarebbe ancora possibile ottenere un nuovo consenso per un'autonomia, nella quale si possa convivere in una società plurilingue, democratica e autoamministrata, in cui regni una vera solidarietà tra i gruppi linguistici senza reciproche barricate.

Questo noi crediamo e questa è la meta per la quale in definitiva lavoriamo, questo è l'altro Sudtirolo che noi immaginiamo come una possibile realtà e non come un sogno, e questo è l'altro Sudtirolo, in nome del quale, per quanto si sia già finora articolato nella nostra società, ci premuriamo di parlare in questo Consiglio regionale come pure in Consiglio provinciale di Bolzano. Ma un simile sviluppo per il quale potrebbe anche avvenire un certo baratto politico, ad esempio meno proporzionale e meno autonomia, come pure meno proporzionale, dunque meno discriminazione e per contro più democrazia e maggiore autonomia, che potrebbe apportare modifiche all'attuale impalcatura, le quali potrebbero essere accettate positivamente da tutta la popolazione, per cui anche determinate riforme potrebbero assumere aspetti più convincenti e attrattivi.

Questa direzione sarebbe già stata scritta sull'intonaco da numerosi segni di fuoco. Ricordo quanto ebbi a dire all'inizio del mio intervento e come promesso vengo ora al piccolo aiuto di interpretazione, che mi permetto di offrire al capogruppo del S.V.P., Alfons Benedikter:

se lei avesse scorto e giustamente interpretato il primo segno di fuoco, che risale al 1978, anno in cui la lista Nuova Sinistra aveva ottenuto un consenso che si è poi consolidato alle elezioni comunali del 1980, avrebbe forse dovuto comprendere che nella società sudtirolese sta crescendo una disponibilità, che coinvolge tutti e tre i gruppi etnici, a costruire un qualche cosa in comune per superare certi calcoli

aritmetici e reciproche psicologie o psicosi difensive del passato, allora avrebbe potuto anche riconoscere forse il nocciolo di un possibile nuovo consenso ad una possibilmente nuova interpretazione della convivenza. Forse avrebbe potuto anche prendere atto e reagire alla critica del pacchetto verso la parte democratica, dotate di precise idee positive a favore dell'ulteriore sviluppo dell'autonomia. Non si è voluto però reagire, anzi tutto è stato criminalizzato.

Un secondo segno di fuoco si sarebbe potuto riconoscere forse nel 1981, rinunciando al censimento discriminatorio. Il movimento formatosi a suo tempo contro l'opzione del 1981, contro la reciproca limitazione dei gruppi etnici, aveva come contenuto politico una vita in comune democratica al di sopra delle appartenenze etniche nell'ambito della nostra regione e della nostra provincia. Questo movimento è stato respinto frontalmente e soffocato.

Il terzo segno di fuoco è già di per sé più preoccupante, poichè il segnale avuto lo scorso 12 maggio con la vittoria elettorale dei neo-fascisti è frutto di mezzi previsti dalla democrazia: infatti la raccolta di firme e l'espressione del voto sono mezzi democratici, ma il suolo sul quale questo si compie è a mio avviso non controllabile, anche se certamente desideriamo affermare che tutte le persone che il 12 maggio hanno votato a favore del M.S.I. non sono in effetti neofascisti, ci rifiutiamo di crederlo comunque e ciò risponde anche alla realtà, ma è comunque un segno di fuoco molto più difficile, provenendo esso da persone che non hanno segnalato in questo modo soltanto la denuncia del pacchetto, ma che in molti casi rappresenta anche la rinuncia all'altro gruppo etnico una rinuncia alla convivenza ed alla autonomia stessa, mentre viceversa è speranza che Roma intervenga forse in modo più incisivo.

Questo sviluppo non è più modificabile con piccole correzioni di bellezza con interventi cosmetici marginali. Noi tutti avremmo in tal senso filo da torcere. Questo è lo sviluppo che è destinato a continuare; si tengano presenti ad esempio le prossime consultazioni elettorali, ma consideriamo pure tutto quanto nel frattempo potrebbe accadere nell'ambito sindacale, sociale, dell'opinione pubblica tra i giovani ecc., è un po' opprimente notare che per far venire a galla nell'ambito del S.V.P. determinate morbidezze ci è voluta questa vittoria elettorale neo-fascista, ad esempio l'on. Riz non avrebbe potuto esprimersi in questi termini molto prima, lo stesso S.V.P. non avrebbe dovuto forse fare determinate considerazioni che ora qualcuno nelle sue fila inizia a palesare, finchè da parte democratica non

provenivano segnali in tal senso. Se ora oggi da parte della maggioranza politica si ammette, lo stesso Presidente della Regione ne ha accennato nel suo discorso, che lo statuto di autonomia non è un tabù, dato che in futuro la regolamentazione finanziaria potrebbe assumere altra forma di quella programmata negli anni 1968 e 1971. La storia della virgola quindi è soltanto un bluff non è reale, come può essere che il sommo tutore della teoria, che nessuna virgola può essere toccata, si permetta nel frattempo di accomiatarsi la lettera dello statuto di autonomia, in parte raggirando lo statuto del proprio partito, secondo il quale sembra essere il congresso a doversi esprimere, se anche imboccando a nostro avviso la strada giusta, partecipando in maniera dovuta al problema del finanziamento della propria autonomia, assumendone la piena responsabilità, ma se accadono tutte queste cose non si potranno compiere ulteriormente sacrifici agli dei di pietra, di ferro, di bronzo, d'oro e d'argento ecc., sui quali ho letto il brano poc'anzi, determinati smarrimenti, che in definitiva vengono identificati nell'autonomia e nel pacchetto, ma che rappresentano in sostanza soltanto espressioni estremamente contingenti e condizionati dalla congiuntura politica.

Controriformiamo quindi in tempo utile la riforma dell'autonomia e non criminalizziamo la discussione su questo argomento, non cerchiamo di trasformare in tabù questo servizio agli idoli, peraltro di vedute ristrette, connesso con il pacchetto, se non desideriamo in breve tempo scivolare effettivamente in una situazione, in cui le attuali tendenze conducono alla rottura ed allo scontro, ad un nuovo misurarsi delle forze, a nuova prova di forza, delle quali oggi nessuno può prevederne l'esito e che in tutti i casi non ci possiamo permettere di desiderare).

(Assume la Presidenza il Presidente Achmüller).

PRESIDENTE: Das Wort hat Abg. Fedel.

La parola al cons. Fedel.

FEDEL: Signor Presidente, signori colleghi, credo che si possa dire che la relazione del Presidente della Giunta sia una relazione ambivalente, nel senso che fin dalle prime righe si descrive una Regione sostanzialmente svestita, ma, man mano che si prosegue nella lettura, ecco, che egli da buon sarto cerca di vestirla, tentando di darle qualche contenuto.

Evidentemente questa è una tecnica, che chiamo ambivalente, perché prima di tutto si mette le mani in avanti, per giustificare quasi con il deficit la mancata attività politica e amministrativa. Chiarito questo, si deve pur cercare di giustificarla, di darle un significato e quindi si va alla ricerca di un vestito, ricorrendo a proposte legislative, ad iniziative, a propositi europeisti ed altre cose di estremo interesse, che evidentemente noi abbiamo anche in parte apprezzato.

Dopo questa breve introduzione, inizierò a commentare qualche passo della relazione stessa, come è un po' mia abitudine e riprendo l'ultima affermazione, signor Presidente della Giunta, a pag 86: "Per queste ragioni io credo che le istituzioni autonomistiche - e la Regione in primo luogo per quanto ci riguarda e per quanto è nostro dovere fare - devono cercare di essere almeno all'altezza della società che sono chiamate a governare".

Ecco, io credo signor Presidente, che questa conclusione della relazione possa riabilitare tutta la relazione nel suo complesso, perché lei lancia una sfida prima di tutto a sé stesso, affermando: "La Regione dovrebbe essere all'altezza delle popolazioni e della società che è chiamata a governare". E' una affermazione, un impegno che chiude la sua relazione, dandole un taglio estremamente valido, rispetto a quanto afferma prima; concludendo lei dimostra di avere dentro di sé buona volontà e speranza, vuole essere all'altezza della società, non desidera essere scavalcato, essere il rimorchio, ma si pone come guida della società, così lei interpreta la Regione.

Ebbene, mi consenta, considerato che la Regione è proprio un ente politico, che ha un quadro politico e storico ben motivato e mi creda, la sua conclusione è bella, ci è piaciuta, trattandosi di una affermazione molto importante.

Cito a pag. 81: "Ma questo sfatta anzitutto l'ingannevole convincimento che a bilancio esiguo debba corrispondere eseguità di argomenti, di problemi e di impegni."

Anche qui un ponte, una affermazione di speranza, non è detto che necessariamente la Regione possa essere eliminata, per l'esiguità del bilancio. E' un momento di speranza che lei esprime, sul quale concordiamo. Evidentemente non basta rassegnarsi limitandosi a dire che il bilancio è esiguo, ma cercheremo più avanti di indicare che cosa, a nostro avviso si dovrebbe fare, anziché rassegnarsi o limitarsi a enunciare soltanto buone intenzioni.

La Regione ha una sua valenza nel quadro nazionale e nel

contesto internazionale, che le ha sempre conferito, fin dalla sua costituzione, e che le conferisce oggi un significato e un peso politico che vanno ben al di là del peso che avrebbe per ragioni puramente demografiche od economiche. A pag. 83 ripete quanto già detto a pag. 81. Cioè sostanzialmente un altro momento di speranza, un altro momento di credo politico in questa istituzione, ci mancherebbe evidentemente che il suo Presidente non avesse questo credo politico nell'ente che va ad amministrare da qualche tempo.

Comunque per quanto ci riguarda ci consenta che noi, a compimento di questa lettura della sua relazione, di una parte, indichiamo come Partito del popolo trentino per l'unione europea alcuni punti che ci sembrano interessanti.

Va ricalcato quindi che la Regione Trentino-Südtirol è l'unica Regione a Statuto speciale che si riferisce ad un trattato internazionale, l'accordo Degasperi-Gruber, dal 5.9.1946. Ma non basta, è l'unica Regione a Statuto speciale che ha avuto la sua storia, un suo movimento istituzionale, che è culminato nel varo da parte del Parlamento italiano di un nuovo Statuto di autonomia del 10.11.1971, risultato di accordi internazionali raccomandati da due risoluzioni dell'ONU del 31.10.1960, dal 28.11.1961 e praticamente conclusi con l'incontro di Copenhagen fra Moro e Waldheim il 30.11.1969.

Lo Statuto della Regione Trentino-Südtirol è l'unico Statuto speciale che prevede al suo interno due entità autonome e fra loro separate, in realtà due vere e proprie regioni a Statuto speciale: le Province autonome di Trento e di Bolzano.

In questo contesto i problemi che si pongono sotto il profilo istituzionale sono almeno tre e riguardano, secondo il nostro partito: la Regione Trentino-Sudtirolo in sé stessa, le sue funzioni e le ragioni della sua sopravvivenza, dopo l'esperienza del primo periodo di attuazione dello Statuto del '71; la Provincia autonoma di Bolzano, con i problemi particolari di convivenza etnica al suo interno, con riferimento alla tutela dei diritti delle minoranze etnico-linguistiche, senza che peraltro questo comporti riduzione dei diritti della popolazione italiana; la Provincia autonoma di Trento, di per sé esentata direttamente da problemi immediati - sottolineo immediati, ma non per questo inesistenti - di convivenza etnica, è legata per storia, tradizione e cultura al Sudtirolo e in qualche misura disponibile per mediare e supportare. Va ricordato a questo proposito che la Provincia autonoma di Trento ha nel proprio territorio 4 comuni ove è parlata la lingua tedesca e 7 ove è parlata la lingua ladina. Va da sé che se

l'art. 6 della Costituzione e l'art. 2 dello Statuto speciale di autonomia hanno un significato, essendo leggi costituzionali e quindi è superfluo ricordare fondamentali, la specificità e quindi l'autonomia speciale è un diritto delle nostre popolazioni.

La Regione quindi va mantenuta in una visione più ampia e realistica dei rapporti politico-amministrativi di qua e di là del Brennero, in cammino fra l'altro anche attraverso istituzioni come l'Arge Alp, della quale non si può sottacere l'importanza. L'autonomia della Provincia di Bolzano e il suo carattere di specialità è fuori discussione, come altrettanto dicasi per la Provincia autonoma di Trento.

Queste tre realtà autonomistiche garantiscono il futuro di pace solo se sono uguali e se hanno ragione di collegamento fra loro. Va da sé quindi che rispettiamo la Costituzione, ma ne esigiamo il rispetto e l'applicazione anche da parte del Governo centrale e non accettiamo in nome di emergenze, delle quali non ne siamo responsabili, che sia diminuita, dimenticata, scavalcata la nostra specificità sia culturale che economica ed etnica. Nel caso nostro, quindi, la Regione Trentino-Südtirol ed in essa le due Province autonome di Trento e Bolzano hanno motivazione di ordine storico, linguistico, etnico del tutto particolari, che ne supportano l'esistenza istituzionale e ne motivano le esigenze legislative e finanziarie. Lamentiamo, senza approfondire ulteriormente la questione, le numerosissime leggi respinte dal governo romano, indipendentemente dal colore politico rappresentato al vertice. Lamentiamo anche l'emanazione da parte del Governo e del Parlamento dei decreti leggi-quadro, che di fatto coartano la competenza primaria della Regione e delle Province autonome.

Questo è il nostro pensiero attorno alla Regione, signor Presidente, e credo che sia un ragionamento che noi abbiamo fatto in pieno rispetto di quelle che sono le leggi costituzionali, noi rispettiamo la Costituzione, ma chiediamo anche agli altri di rispettarla, sia la Costituzione come i trattati internazionali.

Vengo ad un'altra affermazione della sua relazione a pag. 79: "Queste sono le realizzazioni che la Giunta può presentare e le proposte concrete che intende realizzare - con il concorso del Consiglio - per la promozione di uno spirito e, prima, di una mentalità europea, a cominciare dall'area alpina in cui siamo naturalmente collocati". E' la conclusione delle proposte legislative che lei ci ha elencato per vestire, appunto, questa Regione e afferma che si deve operare per essere cittadini d'Europa. Noi possiamo anche essere d'accordo e vediamo

insieme che cosa si potrebbe dire succintamente delle proposte legislative qui menzionate.

Prima di tutto la sua relazione parla di debiti a carico della Regione, dei crediti che vanta, sfiora il problema dell'assistenza ed affronta quello delle leggi elettorali che fanno parte del controllo politico, secondo il nostro punto di vista - a tal proposito siamo molto critici, vorremmo avere un confronto molto più approfondito, anche se si notano momenti di apertura, auspicando lei stesso di volere un vero dibattito - lei parla molto della necessità della riforma sanitaria, sulla quale noi siamo d'accordo, si deve cambiarla, del resto noi a suo tempo non eravamo favorevoli all'attuale sistema sanitario. Avevamo assunto questo atteggiamento con estrema chiarezza, ma ciononostante si è voluto insistere ed ora si deve porre rimedio. Sembra che questo problema rappresenti l'unico contatto utile per avvicinare la Provincia di Bolzano, poiché sia nell'una come nell'altra Provincia il settore sanitario ha offerto prestazioni piuttosto carenti e quindi "sul mal di pancia, si potrebbe forse trovare un accordo con gli altoatesini, almeno ciò sembra emergere dalla sua relazione.

Altro problema più volte ripetuto, che trova la nostra approvazione ed al quale lei dedica estrema attenzione, riguarda il lancio della Regione in senso europeo, erigendola a ponte.

Lei prosegue poi con i servizi del catasto e del tavolare, che sembra essere il fiore all'occhiello della Regione, dove può operare più o meno liberamente. Qui ci si confronta con le ultime conquiste tecniche, con l'informatica e via dicendo. Ci è piaciuta un po' meno l'impressione da lei suscitata che il menzionato servizio dovrebbe servire più che altro per censire i cittadini ed imporre loro tasse regionali, dato che il Governo non mantiene i propri impegni. E' un problema da non sottovalutare, ma nell'apprendere che la Regione incassa 4 miliardi di imposte, destinati ad aumentare con questi censimenti, non posso fare a meno di esprimere il dubbio che si voglia spremere un limone, per far sopravvivere questa Regione.

Come già detto, tutti devono fare il proprio dovere e non soltanto i cittadini.

La relazione prosegue con il solito pianto per le norme di attuazione ancora mancanti, che impediscono di operare essendo così la Regione compressa dalle due realtà provinciali e quindi cercheremo, afferma coraggiosamente il Presidente, sembra quasi una minaccia di richiedere le norme di attuazione separate. Non sarebbe nemmeno inopportuno, se non altro per sollecitare le due Province autonome ad

occuparsene dato che presentano le pendenze a tal proposito.

Sembra che le sue affermazioni possano essere interpretate nel senso che la Regione è compressa talmente dalle due Province che non le permettono di decollare Cerchi di agire senza creare rotture, non essendo questo il nostro intendimento, poiché per noi il rispetto dello stato di fatto è un dato positivo, pur interpretando l'autonomia come un momento dinamico, la qual cosa è stata da noi detta al momento del suo insediamento e la ribadiamo ora. Comunque sia, ancora nell'ambito di questa discussione generale presenterò un ordine del giorno, al fine di sollecitare l'emanazione delle norme di attuazione ancora mancanti.

Lei ricorda altresì la difficoltà che la Regione e le due Province incontrano nei rapporti con il Governo, che potrebbe significare la morte per inedia della Regione. E' una cosa gravissima, perché la morte naturale deve essere accettata, ma quella per inedia può essere provocata da una scelta politica. Anche su questo punto noi crediamo di dover invitare la Giunta a chiedere colloqui chiarificatori con il Governo, con la Presidenza della Repubblica, con il Presidente del Consiglio dei Ministri e faccia partecipare a questi incontri magari con sé anche i Capigruppi consiliari, signor Presidente della Giunta. A tal proposito presenteremo il secondo ordine del giorno, affinché si comprenda che rispettiamo la Costituzione, ma che pretendiamo che venga rispettata anche dalla controparte.

Avendo già espresso in altre occasioni il nostro punto di vista sulla Regione e la sua funzione, vorremmo ribadire la nostra proposta più volte avanzata, di svincolare il Consiglio regionale dai due Consigli provinciali, trasformandolo in un collegio regionale unico, in un parlamentino regionale autonomo, non per sfuggire al peso delle due Province, la qual cosa significherebbe avversare lo spirito del quadro autonomistico, ma per dargli un proprio significato e maggiori libertà e possibilità di operare. Non dovrebbe allarmarsi nessuno, se si tracciano saldamente le responsabilità ed i compiti della Regione, da definirsi in modo tale, da non violare l'autonomia delle due Province. Ma se ha un significato la Regione, come qui viene detto e ripetuto da tutti, perché dovrebbe costituire un ponte fra l'Italia e l'Europa, allora sarebbe pure significativa una propria autonomia rappresentativa, diversa da quella attuale. In questo senso, a nostro avviso, daremmo il giusto significato all'accordo internazionale Degasperì-Gruber, che è il fondamento e la base dei nostri diritti autonomistici.

Mi auguro di essere riuscito a spiegare questa possibilità operativa nuova della Regione, vista dalla nostra triangolazione.

Altra proposta, che forse dipende dalla realizzazione della prima, ma in certe materie qualcosa si può fare anche oggi, bisogna riscoprire l'art. 103 dello Statuto di autonomia, che consente al Consiglio regional di prendere iniziative per modificare il nostro Statuto di autonomia, perché i tempi sono mutati e quindi anche le esigenze. Comunque sia, se non si può modificare proprio lo Statuto, si dovranno trasformare certe competenze secondarie in primarie, che sono la palla al piede della gestione autonomistica sia della Regione come delle due Province. A tanto credo si possa arrivare con un po' di volontà politica, di fantasia, se vogliamo, invocando l'art. 103 dello Statuto di autonomia. E qui potremo dare risposte in materia di assistenza e in molti altri settori, che lei, signor Presidente, ha qui elencato con quanto intende fare, per attribuire alla Regione un significato legislativo, in un certo senso nuovo, pur sempre rispettando la situazione delle due Province autonome.

Altra proposta, sempre connessa con l'art. 103, riguarda i 7 comuni di lingua ladina ed i 4 comuni di lingua tedesca della provincia di Trento, essendo scorretto ed improprio, oltretutto ingiusto, che in una Regione autonoma non esista equità di trattamento a favore delle minoranze linguistiche dell'una e dell'altra provincia. Intendo i problemi della valle del Fersina, di Luserna e della Valle di Fassa, signor Presidente.

(Interruzione)

FEDEL: E' tutto da discutere!

Premere per l'emanazione delle norme di attuazione, lo abbiamo già detto, questo è l'altro incarico, stando alla relazione di bilancio.

All'inizio della sua esposizione lei affronta anche i problemi economici, riferiti al bilancio della nostra Regione, che non possono riguardare soltanto il bilancio, ma anche un po' tutto l'insieme del nostro contesto autonomistico. Anche qui noi vorremmo avanzare una proposta: i confini di libertà e le indicazioni di operatività della Regione dovrebbero essere determinati alla mano dall'art. 103, capovolgendo la situazione fiscale, per fare una specie di rivoluzione copernicana nel settore fiscale. Il 1972, anno in cui si è voluto concentrare tutte le imposte nell'erario dello Stato, fu un anno nero per l'autonomia finanziaria delle Regioni in generale e delle nostre due Province. Si tratta di promuovere un'adeguata iniziativa, sollecitando anche le altre Regioni, ma importante sarebbe dare un impulso in tal

senso, avere una fantasia politica lungimirante, da cui dedurre una dinamicità. Potremmo così rimediare alla disoccupazione giovanile, instaurare un nuovo rapporto nel collocamento al lavoro, essendovi spazi di manovra e se non sono sufficienti le competenze secondarie, ricorriamo anche in questo caso all'art. 103. Signor Presidente, non è questa un'inutile ripetizione, ma è un aggancio che noi individuiamo per risolvere anche i problemi dell'assistenza, dell'occupazione giovanile, del part time, dell'avviamento al lavoro.

Altro punto, che abbiamo più volte ribadito: promuovere iniziative atte a trasformare questo Stato nazionale centralista diventi uno Stato federale in funzione europea. Se ha un senso questa Regione e il fare politica, possiamo tranquillamente iniziare un discorso di questo tipo, altre Regioni ci seguiranno, ne sono convinto. Siamo una Regione costituzionale e abbiamo quindi il compito di agire anche sulla Costituzione, di cambiare quanto ormai è superato.

Sono questi gli intendimenti con i quali noi guardiamo a questo scorcio di legislatura della Regione, augurando buon lavoro a chi è chiamato ad amministrarla.

PRESIDENTE: Abg. Tonelli.
Cons. Tonelli.

TONELLI: Penso che nella relazione del Presidente Bazzanella non è contenuta nel modo più assoluto, quell'elemento qualificante di un'analisi. La cosa non mi scandalizza, perché capisco che la Regione dispone soltanto di determinate competenze, comprendo pure la logica nella quale Bazzanella si muove, che risulta bloccata, in cui la Giunta regionale è costretta a lavorare, per cui l'unica cosa che si possa fare è la riforma elettorale o cose di questo tipo, ma nella relazione non si vuole affrontare, come già detto, quell'elemento, che è un'analisi nuova, forse anche nuova rispetto agli interventi che questa mattina hanno preceduto il mio, su questa concezione, che stranamente rimane, di questa Regione Trentino-Alto Adige opulenta, in cui non ci sono grandi problemi sociali, una Regione tutto sommato che va bene rispetto al resto del territorio nazionale, ecc.

Non credo che questo sia vero, credo invece che ci troviamo di fronte ai profondissimi squilibri sociali, a grandissimi problemi occupazionali, a delle profonde sacche di crisi, propri di questo nostro territorio. In tutti questi anni l'autonomia non è riuscita ad evitare quanto espresso anche nelle altre Regioni con modalità diverse. Vi sono

delle zone geografiche, delle aree sociali che si sono arricchite ed hanno trovato in questo tipo di sviluppo economico il benessere economico, che significa anche potere politico, ecc., ma vi sono altre zone geografiche ed aree sociali soprattutto, che si sono impoverite.

Credo che si debba valutare con serietà questo tipo di discorso. Siamo troppo abituati a ragionare soltanto in ragione del rapporto fra i finanziamenti che giungono in questa regione, sia all'ente Regione, come pure alle due Province autonome ed al numero di abitanti. Siamo sempre stati piuttosto frettolosi su queste cose e nessuno si era mai reso conto, adesso finalmente qualcuno inizia ad accorgersene, dopo anni che lo ribadiamo, che la zona di Rovereto, per esempio, o la Vallagarina non trovano riscontro su tutto il resto del territorio nazionale, vale a dire che in tutto il resto del territorio nazionale non si registra una così elevata percentuale di disoccupazione e di cassa di integrazione a zero ore, soprattutto in riferimento alla popolazione attiva e soprattutto ai lavoratori dipendenti. Indico innanzitutto la Vallagarina per esempio, seguita dalla la Val di Non o almeno alcune zone di essa, nelle quali la situazione è completamente diversa. Quindi noi dobbiamo affrontare - e credo che la Regione debba porsi questi problemi - la problematica degli squilibri enormi, peraltro da noi creati all'interno della nostra realtà e che siamo soliti a non analizzare ed esaminare con la dovuta attenzione. Infatti in questi anni ha operato una serie di ammortizzatori sociali ed economici ad evitare che la situazione si ponesse in termini così drammatici, come a Napoli, Torino, o alla periferia di qualche grande metropoli meridionale, a Reggio Calabria o a Palermo.

Ma in realtà, quando questi ammortizzatori sociali avranno esaurito la loro funzione - mi riferisco in particolare alle casse di integrazione speciali a zero ore - in provincia di Trento ben 5.400 persone non avranno da che vivere - riprenderò questo ragionamento in sede di discussione del bilancio provinciale - se anche in situazioni profondamente diverse, sotto il profilo psicologico e della mentalità, e ciò dipende se si tratta di giovani o meno giovani. Non intendo dire che il problema si prospetta in tono minore, certo, vi è la problematica di creare posti di lavoro, ma in qualche modo in questi casi si è in cerca della prima occupazione, si tenta di affacciarsi per la prima volta sul mercato del lavoro. Ma per il cassa-integrato a zero ore, che è di fatto licenziato, affronta un dramma psicologico, umano, sociale, oltretutto economico. Può la Regione fare qualcosa in questa direzione? Non lo so, credo che un modo debba pur esserci. Siccome nella relazione si parla

dell'attivazione dell'art. 6, innestando così il discorso della previdenza sociale, ecc., incominciamo finalmente ad occuparci del problema che in provincia di Trento fra un anno 5.000 persone, non so quante saranno in provincia di Bolzano, si troveranno nello stato della disoccupazione speciale, privi di contribuzione previdenziale. Tenendo presente che in certi casi lavora anche la moglie, saranno 4.500 famiglie, ma aggiungendo la provincia di Bolzano credo che raggiungeremo le 4.800 o 5.000 unità familiari che fra un anno in questa Regione, quando scadranno tutti i periodi di cassa integrazione speciale a zero ore, saranno completamente sprovviste di qualsiasi contribuzione previdenziale per lo scioglimento definitivo del rapporto di lavoro.

Per tanti posti di lavoro riuscissimo a creare nel turismo o nell'agricoltura, e se anche inventassimo chissà che cosa, giustamente questi posti di lavoro sarebbero riservati ai giovani, cioè per quei 17.000 che sono iscritti alle liste di collocamento della provincia di Trento o meglio per i 10.000 giovani disponibili, che saranno anche 13.000, se si calcola pure coloro che non si iscrivono.

Come ho già ripetuto tantissime volte, ribadisco anche oggi di essere contrario in linea teorica al principio dell'assistenza all'interno della società, ma sono anche contrario affinché la gente debba soffrire la fame. Ritengo che un ex cassa integrato di 50 anni, abbiamo visto l'esempio della SLOI ieri in una discussione, non ha più possibilità di lavoro, in quanto nessuno lo assume più.

Ora noi possiamo utilizzare le potestà che l'art. 6 offre alla Regione in materia di contribuzione per garantire la vita e che i lavoratori appartenenti a queste fasce si affacciano all'età pensionistica con un minimo di assicurazione, cioè per garantire loro pensione dignitosa. Si vuole esplorare questa possibilità, penso che la Giunta regionale abbia l'obbligo di percorrere questa strada e utilizzare, sempre che ci siano l'oro e le ricchezze, di cui parlava prima il cons. Langer, le disponibilità ed indirizzarle il meno assistenzialisticamente possibile, ma garantendole a vita in quella direzione. Si devono valutare tutte le componenti, mi rendo perfettamente conto del tipo difficoltà che ci troviamo di fronte, ma penso che un coordinamento fra la Regione, la Provincia di Trento, per quanto riguarda l'assessorato del lavoro, lo Stato, per quanto riguarda determinate possibilità, possa concorrere, attivando certi meccanismi, che oggi risultano indirizzati verso altre realtà geografiche della nostra realtà nazionale, a sollevare la situazione. Se però non si provvederà ad uno sforzo coordinato in questa direzione, non riusciremo

ad utilizzare fino in fondo le possibilità esistenti. A me non piacciono le "sparate" demagogiche, mi rendo conto, ripeto, delle difficoltà che ci circondano, ma questa strada deve essere imboccata e a tal proposito la relazione introduttiva non fa alcun accenno non dico a questo fatto, ma alla realtà che questa Regione non è più, semmai lo fosse stata in passato, "bengodi", quel Eldorado che poteva sembrare a prima vista, esaminando le cifre assolute dei bilanci delle due Province e della Regione.

Quindi credo che questo sia un gravissimo problema e me ne rendo conto sempre di più, ogni volta che ne parlo, essendo la terza o la quarta volta che lo espongo, come ho già fatto in sede provinciale. Mi si risponde che il problema riguarda la creazione di nuovi posti di lavoro, sono d'accordo, ma credo che all'interno della società si dovrà fare in modo di evitare ricadute, che creano squilibri deleteri a livello sociale e psicologico. Queste sono le realtà distruttive delle casse di integrazione, dei licenziamenti a 40 anni, a 50 anni, dell'impossibilità di trovare un posto di lavoro e sentirsi emarginato dalla società, sentirsi dei mantenuti anche in termini economici, non potendo lavorare e mantenere la famiglia con i propri mezzi; sono tutti questi i meccanismi che scattano, che, come nel caso di Torino, hanno provocato centinaia di suicidi. Alcuni mesi fa il giornale "Il Manifesto" ha pubblicato un'indagine della U.S.L. di Torino, dalla quale risultava che dei 20 mila cassintegrati della FIAT, ben 150 si erano suicidati, ma non occorre guardare tanto lontano, fra i 200 cassintegrati dell'Alluminio Italia di Mori vi sono 3 suicidi, quindi anche questi avvenimenti ci forniscono il quadro esatto del significato di essere ridotti in quelle condizioni.

Il secondo elemento, che riguarda sempre lo sforzo che l'ente pubblico deve fare e quindi anche la Regione, per cercare di rispondere a queste problematiche e di rimettere in circolo il capitale inoperoso, direbbe Marx, per tentare attraverso gli strumenti pubblici le possibilità di investimento anche all'interno della nostra Regione. Credo che sia il settore del credito ad offrire spazi di manovra. Dispongo dei dati della Provincia di Trento, ma non credo che quelli globali della Regione siano molto diversi, dai quali risulta un rapporto fra i depositi e gli investimenti totali, semmai è l'esportazione di investimenti ad avvenire su aree diverse, ma credo che il dato dell'esportazione di investimenti sia anche ivi molto presente e si trova notevolmente al di sotto di una realtà accettabile ed è soprattutto il tasso degli investimenti a superare la realtà geografica,

nella quale è stato effettuato il rastrellamento del risparmio.

Disponiamo di una rete immensa di casse rurali, abbiamo una cassa di risparmio, ecc., però purtroppo si tende ancor sempre a momenti di rastrellamento del risparmio per investimenti che vanno in tutt'altra direzione. Credo che la Regione, ponendosi il problema delle competenze del credito, della possibilità di agire, di manovrare su questo elemento, deve con forza porsi questo problema in termini significativi. Una situazione di questo tipo è per noi inaccettabile. È evidente che i flussi di capitale vanno dove sono più appetibili i tassi di guadagno rispetto all'investimento, ma è altrettanto evidente che la funzione dell'ente pubblico è proprio quella di vedere se, attraverso le proprie capacità, anche attraverso lo spirito di convinzione, anche solo attraverso un'opera culturale della Giunta regionale, è possibile fermare il più possibile i capitali nella nostra Regione, indirizzandoli verso determinati investimenti, anche se non appetibili.

Per esempio, una difesa seria del territorio, sarebbe creare un blocco, affinché i capitali non si indirizzino alla speculazione edilizia, che presenta dei tassi elevatissimi di guadagno rispetto al settore degli investimenti veri e propri e credo che questo già sia un elemento importantissimo.

Certo, il Presidente Bazzanella mi dirà che non è competenza della Regione, è competenza delle due Province, ne ripareremo in quella sede, ma comunque ci sono elementi in questa direzione che debbono essere considerati, anche perché credo che se non ci poniamo questi problemi in termini seri, si proseguirà con una tendenza per la quale il risparmio, che pure viene rastrellato in termini notevoli all'interno della nostra realtà, fuoriesce, orientandosi in direzioni non produttive per il settore lavorativo, non essendo il parametro lavoro implicito all'interno di qualsiasi investimento, è considerato peraltro parametro sociale, ma anche in definitiva è pure economico, dato che un disoccupato costa alla società parecchi denari. Facendo un calcolo all'interno dei Paesi dell'OCS, la disoccupazione ha creato un calo dell'1,4% nelle entrate fiscali, a parte il 3,4% di perdita della crescita del prodotto interno lordo, che è la logica del capitale. Nei Paesi dell'OCS ci sono quindi dei costi: 3,4 in meno come tasso di sviluppo, 1,4 in meno come gettito fiscale, oltre ai costi necessari per assistere il disoccupato, che fanno registrare elementi negativi pesantissimi in termini economici.

Quindi se potessimo agire nella direzione del credito delle

casse rurali, avremmo un altro elemento positivo importante.

Un altro problema è rappresentato dagli ECA, come si sottolinea nella relazione. Qualche anno fa abbiamo legiferato in materia, sciogliendo giustamente gli ECA, creando un settore immenso, grandissimo, che cresce sempre di più, tant'è vero che le previsioni di bilancio, sempre per quanto riguarda la Provincia autonoma di Trento, nel 1985 nel settore assistenziale sono state di gran lunga separate, ci sono enti per l'assistenza ai minori, ecc., ecc. in provincia di Trento, che oggi, al 20 dicembre 1985, attendono ancora i finanziamenti per l'85 e operano con anticipazioni bancarie. Mi riferisco alla situazione dei minori nella provincia di Trento, Iori lo saprà meglio di me, non ha ancora ricevuto i denari del 1985, ha ricevuto lettere dall'assessorato all'assistenza che invitavano a richiedere anticipazioni, in quanto le previsioni sono saltate e le disponibilità sono state utilizzate per il minimo vitale.

Ecco il problema: abbiamo approvato una legge per il scioglimento degli ECA, ma la Regione non può limitarsi ad una legislazione assolutamente riduttiva, anche rispetto alle competenze contenute nello Statuto. Non credo che ordinamento significhi risolvere i problemi, sciogliendo con un articolo di legge gli ECA, tanto lasciando operare le due Province. Questo non è ordinamento, ma significa lavarsene le mani, come Ponzio Pilato.

Qui notiamo un'ulteriore abdicazione di fronte a possibili competenze della Regione. Non parlo di rivalutazione dell'ente Regione nei confronti delle due Province, ma non potete, a mio avviso, lavorare per demolire completamente l'ente Regione, del quale andate a dire che deve individuare tutte le possibilità ancora esistenti.

(Interruzione)

TONELLI: Questo è il rischio, per cui alla fine riuscirete unicamente nel vostro intento, che è quello di assassinare le opposizioni, per mezzo di un qualche meccanismo "lauricelliano" o di altro tipo, ma non desidero entrare nel merito dell'argomento, poiché ho già detto quanto penso; se volete prevedere una soglia, ebbene questa sia del 10%, così staremo tutti tranquilli.

In questo modo la riduzione e la semplificazione politica sarà notevole, ma comunque avremo senz'altro modo di parlarne più a lungo, perché davanti al pericolo di essere uccisi, si tenta disperatamente di evitare questa fine, ma come già detto non intendo entrare ora nel

merito di questo argomento.

Riprendo il discorso degli ECA. Non è possibile accettare dall'ente Regione, titolare del potere ordinamentale, l'aver approvato una legge che ha sciolto determinati organismi preposti ad assistere i casi di bisogno della nostra società, senza l'aver valutato le conseguenze pratiche di questo progetto legislativo regionale. In Provincia di Trento di conseguenza gli ECA risultano da anni bloccati, i Consigli di amministrazione sono decaduti, per dimissioni o per morte sopraggiunta dei vari componenti, per cui molti ECA della Provincia di Trento risultano commissariati. Questo è il problema, in una realtà sociale così difficile, così complicata e per la quale si dovrebbero avere moltissime attenzioni, manca una sede democratica di discussione e di intervento, al quale in qualche modo supplivano i Consigli di amministrazione degli ECA. Meglio sarebbero state le sedi comunali, ma siccome non siamo ancora arrivati a questo punto, la situazione intermedia è rappresentata da un commissario o dai Consigli di amministrazione, in carica da chissà quante amministrazioni e che non funzionano nel modo più assoluto. Anche questo è uno degli elementi, su cui agire rapidamente; noi abbiamo fatto la nostra proposta in Provincia di Trento, per una serie di ragioni, perché riteniamo che sia a quel livello che si possa anche intervenire, ma credo che non si debba rinunciare nel modo più assoluto alla capacità ordinamentale della Regione.

Quindi volevo solo sottolineare questi aspetti, perché troppo spesso in questa sede sono costretto a ripetere le grandi opzioni, sulle quali ognuno di noi si impegna politicamente, ma sono stanco di ripeterle a vuoto, almeno per quanto riguarda quest'anno, ne abbiamo peraltro discusso in occasione dell'elezione di Bazzanella a Presidente della Giunta regionale.

Desidero porre soltanto questi tre aspetti, secondo me fondamentali, soprattutto il primo. Si dovrà esaminare le possibilità attraverso la nostra competenza concorrente nel settore previdenziale per intervenire a favore di coloro che finiranno il periodo di cassa integrazione e non avranno più nessuna contribuzione previdenziale. L'intervento nel settore del credito, cioè il rapporto fra il risparmio e gli investimenti e soprattutto il riferimento alle aree entro le quali questi investimenti operano, terzo, l'occhio molto ma molto attento ai problemi dei più bisognosi all'interno della nostra realtà e quindi le competenze ordinamentali in materia sanitaria e assistenziale devono essere svolte fino in fondo dalla Regione.

PRESIDENTE: Abg. Pahl.
Cons. Pahl.

PAHL: Herr Präsident! Ich habe die Erklärungen des Herrn Präsidenten Dr. Bazzanella sehr aufmerksam bei seinem Vortrag mitverfolgt und möchte einige kurzgefaßte Bemerkungen dazu geben.

Der Herr Präsident Bazzanella klagt über den geringen Spielraum und über das Defizit von etwa 2 Milliarden Lire im Haushalt der Region. Er beschreibt die Funktionen der Region als zu eingengt, meint es würden der Region immer mehr Kompetenzen einfach von selbst zuwachsen, in Form von zusätzlichen Aufgaben. Gleichzeitig sei aber der finanzielle Spielraum immer enger geworden. Wenn man seinen Bericht mitverfolgt und gleichzeitig auch die einschlägigen Zahlen liest, dann kann man ihm nur zustimmen. Die Kompetenzen der Region sind zwar - wie wir alle wissen - auf einige wenige Zuständigkeiten eingegrenzt. Wichtig sind aber nach wie vor die Kompetenzen für die Wahlgesetzgebung des Regionalrates, die Gemeindeordnung und Grundbuch- und Katasterwesen. Nun ist es bestimmt nicht neu, daß von Seiten der Südtiroler Volkspartei die Region niemals freiwillig als Institution anerkannt worden ist.

Das ist darauf zurückzuführen, daß die Südtiroler Volkspartei immer schon der Meinung war und nach wie vor ist, daß Südtirol sämtliche Kompetenzen autonom selbst verwalten soll. Jedoch ist diese Diskussion gegenwärtig nicht von Belang. Der Region ist erhalten geblieben und so bleibt uns - ob man ihr innerlich zustimmt oder nicht - immerhin einige Chance noch offen. Wir sollen sie mit vollem Recht wahrnehmen, in dem Sinn, daß wir die Kompetenzen, die tatsächlich gegeben sind, voll ausnützen. Es wäre falsch, wenn man aus einer inneren Ablehnung der Institution der Region aus politischen Gründen, weil man die Autonomie für ganz Südtirol möchte, daß man aus diesem Grunde die Kompetenzen nicht mehr voll ausschöpft, die sie tatsächlich hat und gegenwärtig auch bestimmt nicht wird abgeben müssen.

Die Region kann - nachdem sie einmal eingerichtet ist - durchaus sinnvoll sein, über die Wahrnehmung der Kompetenzen in legislativer und administrativer Hinsicht hinaus, als ein Ort des politischen Dialogs. Wenn man immer wieder spricht von der Notwendigkeit der politischen Auseinandersetzung, der sachlichen Diskussion zwischen Vertretern zweier verschiedener, bzw. dreier verschiedener Volksgruppen, dann ist u.a. auch dieses Haus, der Regionalrat, durchaus eine sinnvolle Möglichkeit. Es ist nicht zu übersehen, daß in diesem Hause sich Vertreter verschiedener Volksgruppen zunächst einmal kennenlernen können

und ihre verschiedenen Ansichten austauschen mögen, sei es auch - wie unvermeidlich in jedem politischen Dialog - hin und wieder auf sehr polemische Art. Der Geist der Autonomie soll aber auch in diesem Hause deshalb hochgehalten werden, weil sich jede Art der echten glaubwürdigen Verteidigung der Autonomie indirekt zugunsten der Autonomie beider Provinzen niederschlägt. Wenn der Herr Präsident in seinem Bericht zum Haushaltsvoranschlag des Jahres 1986 auf diese Dinge bezug genommen hat und die Notwendigkeit der Verteidigung der Autonomie ausdrücklich unterstreicht, so kann ich ihm in jedem Punkt zustimmen. Wir wissen, unbeschadet mancher unterschiedlicher Auffassungen in beiden Ländern Trentino und Südtirol, daß Rom nach wie vor in vielen Fällen nicht eine Hilfe für die beiden Provinzen ist, sondern ein Gegner in Frage der Verwaltung, der Anwendung der legislativen Durchsetzung politischer Vorstellungen. Es sind allemal Vorstellungen der Autonomie, wie sie im Wesentlichen im Konsens der Regierungsparteien in beiden Ländern vorangetragen werden und auch als Konsens der Regierungsparteien des Regionalausschusses aufscheinen. Der Konsens in der Grundauffassung über die Autonomie, die Einigkeit darüber, daß die Autonomie in erster Linie den örtlichen, d.h. den Gemeinschaften beider Länder dienen muß, unbeschadet der Notwendigkeiten, unterschiedliche Einstellungen zu achten und unterschiedliche Lebensweisen, Sprachen und Kulturen zu erhalten und zu fördern, ungeachtet dieser Unterschiede wissen die Vertreter beider Länder - Trentino und Südtirol - daß sie durch eine positive Grundhaltung, ja eine entschiedene Verteidigung autonomer Vorstellung der gesamten Bevölkerung der Region nützen mögen.

Ich glaube den Herrn Präsidenten Bazzanella in diesem Sinne verstanden zu haben. In diesem Sinne stimme ich ihm auch voll und ganz zu. Wir sehen, daß seit mehreren Jahren schon - und in zunehmendem Maße in den letzten Monaten - eine sehr intensive Pressekampagne von örtlichen, regionalen, überregionalen und italienischen Medien gegen die Autonomie geführt wird. Zwar richten sich die Angriffe in erster Linie gegen die Autonomie Südtirols. Aber unabhängig davon, ob sich diese Kritiken zunächst auf die spezielle Autonomie Südtirols richten, auf die Verwaltung der Autonomie durch die dortigen Koalitionsparteien, insbesondere durch die Südtiroler Volkspartei, so steht doch gleichzeitig fest, daß ein Angriff auf die Autonomie indirekt auch der Autonomie der Region insgesamt schadet. Ich frage mich aber, hätte das Presseamt der Region nicht auch manche Möglichkeiten gehabt, falschen Darstellungen entgegenzutreten und rechtzeitig durch eigene Berichte, bzw. mindestens durch Berichtigungen auf das Pressewesen in Italien

einzuwirken. Das Presseamt der Region hat zwar in erster Linie die Aufgabe, Verwaltungsangelegenheiten nach außen kund zu tun, das ist richtig. Es soll sich bestimmt nicht in erster Linie zu politischen Fragen äußern, geschweige denn, in politische Auseinandersetzungen und innerhalb der Parteien eintreten. Das wäre nicht Sache des regionalen Presseamtes. Es ist aber auch nicht geschehen. Wohl aber sollte es dann tätig werden, wenn autonome Sachverhalte, Zuständigkeiten, Auswirkungen und Gesetzesmaßnahmen im autonomen Rahmen der Region von italienischen Medien zu unrecht angegriffen werden.

Der Herr Präsident hat dann im weiteren eine Anmerkung bezüglich zu den Finanzen gemacht. Es ist ja mehr als bedauerlich feststellen zu müssen, daß mehr oder weniger 10 Jahre lang in der Frage der Durchführungsbestimmung der Finanzregelung nichts weiter gegangen ist. Dabei war es doch so - der Präsident hat zurecht darauf verwiesen - daß im Jahre 1973 eine grundsätzliche Regelung bereits einmal erreicht war, abgesehen von einem - allerdings wichtigen - Punkt. Als man im Jahre 1983 die Diskussion über die Durchführungsverordnung zur Finanzregelung wieder aufgriff, war es wahrscheinlich politisch etwas spät, denn inzwischen hatte sich die allgemeine politische Einstellung etwas verändert, hervorgérufen durch die Meinungen, die von der Presse veröffentlicht worden waren. Zwar soll man nicht die öffentliche Meinung verwechseln mit der Meinung die in der Presse veröffentlicht wird. Die öffentliche Meinung und die veröffentlichte Meinung sind keineswegs immer identisch.

Als politische Mandatare achten wir vielleicht manchmal mehr auf die Pressemeinung, als auf die tatsächliche Meinung in der Bevölkerung selbst und diese ist für uns auch nicht immer sehr einfach festzustellen, es sei denn, man hat laufenden Kontakt zu der Bevölkerung bei Versammlungen und anderen Gelegenheiten. Jedenfalls ist aber festzustellen, daß dieses Provisorium ohne fixe Bestimmungen, die die Finanzen regeln, weiterzuleben sehr schwer sein wird. Wenn man nach 12 Jahren immer noch nicht wirklich finanziell planen kann, so ist das umsomehr von Schaden, als der finanzielle Rahmen ja ohnehin schon mehr als eingengt ist. So sehr ich innerlich - und das wird niemand verwundern, genauso wie viele andere Kollegen von mir - Vorbehalte gegen die Institution der Region habe, dagegen, daß man den finanziellen Spielraum in der Region einengt, habe ich bestimmt keine Freude daran, denn eine Institution, die einmal existiert, muß, wenn sie schon da ist, ihre Funktionen auch tatsächlich ausüben. Anderenfalls wird der Bevölkerung, für die sie geschaffen ist, bestimmt nicht genützt. Wenn

heute der finanzielle Rahmen in der Region nur noch 8 Milliarden Lire beträgt und selbst von diesem, mehr als die Hälfte schon festgeschrieben ist, dann ist die Ermessensfreiheit in der Verwaltung der Finanzmittel kaum noch ernsthaft gegeben. Andererseits - das hat die Entwicklung mit sich gebracht - nehmen die Aufgaben der Region immer mehr zu, das bedeutet zwar nicht, daß offiziell ihr neue Kompetenzen zuwachsen würden, de facto aber ist eine Ausweitung der Kompetenzen der Region durch vermehrte Aufgaben tatsächlich gegeben.

Wir haben vor längerer Zeit mit Bestürzung feststellen müssen, daß das Erkenntnis des Staatsrates bezüglich der Ungültigkeit der Wahlen im Wahlkreis Trentino eine arge Verwirrung geschaffen hat. Vielleicht hat man es aber damals von Seite der Regionalbehörden, bzw. der politischen Parteien dieses Hauses doch etwas versäumt, die eigene Auffassung über die Autonomie und über die Legitimität der Wahl klarzustellen. Wir haben als Parteien dieses Hauses mehr oder weniger bestürzt, verwirrt, unschlüssig, ratlos einfach zugesehen und abgewartet, was von römischen Gremien neues an Schlimmen auf die Region zukommen würde. In jenen Wochen, in denen das Erkenntnis des Staatsrates öffentlich bekanntgegeben, bzw. diskutiert worden war, haben wir und als Parteien dieses Hauses nicht als überzeugte Demokraten gewährt, die den römischen Ansprüchen einmal entschieden entgegengetreten wären, sondern wir haben uns ganz offen einschüchtern lassen. Sind wir denn allesamt als Parteien wirklich so wenig überzeugt von der demokratischen Legitimität, daß wir fast diskussionslos einfach zugesehen hätten, daß eine Wahl über Nacht annulliert worden wäre wegen Kleinigkeiten, die nicht einmal der Rede wert sind. Zweifellos hat der Staatsrat damals mit seinem massiven Eingriff in eine im Grunde doch wirklich interne Angelegenheit der Region bzw. des Trentino eingegriffen, wir aber haben ihm keinen ernsthaften Widerstand entgegengesetzt. Zwar denkt niemand daran - von unserer Seite - offizielle Kompetenzen des Staatsrates, die er juristisch hat, als solche in Frage zu stellen. Es geht aber gleichzeitig nicht an, von Seiten des Staatsrates, einfach diskussionslos, widerstandslos, jedes Erkenntnis, das jede politische Billigkeit mißachtet, ohne Widerspruch hinzunehmen. Wir haben aber an diesem Fall gesehen, auch wenn er vorläufig abgewendet worden ist, daß die Institution dieses Hauses, der Regionalrat jederzeit mit einem Federstrich von Rom rechnen muß, der seine Existenz über Nacht vernichtet. Das trifft auch das Lebensinteresse Südtirols, nicht bloß der Provinz Trient und vor allem betrifft es unsere eigene Auffassung von Autonomie und von demokratischer Legitimität.

Wenn wir als Demokraten wirklich überzeugt wären, daß ein Volksauftrag, der einmal offiziell als berechtigt anerkannt worden ist, dessen Korrektheit festgestellt worden ist, daß dann die Entscheidung der Bevölkerung über die Vertretung im Regionalrat, bzw. in den Provinzen nicht mehr in Frage gestellt werden dürfte. Auf Seite 15 bis 17 des deutschen Textes spricht Herr Präsident Dr. Bazzanella dann in einem längeren Exkurs, der mich zwar überrascht hat, den ich aber trotzdem mit Interesse gelesen habe, über sogenannte geistige Gährungen und Veränderungen im Denken der Bevölkerung in der Region, wie sie bei Tagungen, bei Seminaren von Seiten verschiedenster Verbände, Institutionen und Parteien in Gang gekommen sei. Dr. Bazzanella gibt sich am Ende trotzdem optimistisch, denn er meint: letztliche würden diese ganzen Diskussionen, diese Auseinandersetzungen, dieser Austausch von Meinungen klarlegen, daß man auf den Menschen in der Gemeinschaft abziele, der in die Gemeinschaft eingegliedert sei, aber von ihr nicht restlos in Dienst genommen werden dürfe.

Ich glaube daraus zu ersehen, daß der Präsident Herr Dr. Bazzanella eine Auffassung von Gemeinschaft vertritt, der ich ausdrücklich zustimmen möchte, denn in der Gemeinschaft hat der einzelne seinen unverwechselbaren Platz als Person, die ausgestattet ist mit unveräußerlichen Freiheitsrechten. Dieser Begriff von Gemeinschaft steht dem entgegen, was manche Parteien dieses Hauses, - sei es die äußerste Rechte wie die äußerste Linke, einschließlich auch die Kommunistische Partei - als uns als kollektiv vorstellt im Gegensatz zur Gemeinschaft. Wir sollten immer wieder klarlegen, daß unsere Auffassung von Gemeinschaft unmittelbar sich auswirkt in jedem Gesetz, das in diesem Hause verabschiedet wird und in jeder Anwendung des Gesetzes auf administrativem Wege. Die Gemeinschaft stellt sich schon begrifflich gegen den Kollektiv entgegen, weil die Gemeinschaft ihre Autonomie, ihre Eigenständigkeit, ihre Unabhängigkeit verteidigt gegenüber dem Zentralismus, der über das Kollektiv herrscht. Der Gemeinschaftsbegriff enthält gleichzeitig auch die Wahrung der Würde der Person gegenüber dem Individium, dem Einzelnen, der im Kollektiv letztlich nur eine Funktion als Nummer hat. Die Gemeinschaft verteidigt Freiheitsrechte, die unveräußerlich und von Natur gegeben sind, das Kollektiv aber erlaubt die totale Staatskontrolle, wenn es darauf ankommt. Die Gemeinschaft erkennt den Staat als notwendig an, im Gegensatz zu den Versuchen der früheren Neuen Linken, heutigen Alternativen, eine Staatsanarchie fahrlässig herbeiführen zu lassen. Die Anerkennung der Notwendigkeit des Staates bedeutet aber gleichzeitig seine Eingrenzung als auf Sachzwecke,

während der Staat gegenüber dem Kollektiv sich selbst verherrlicht, das ist zu sehen an der Neufaschistischen Partei, bzw. als totaler Herrscher auftreten kann, das ist das Element des politischen Denkens vieler linker Parteien, nicht aller allerdings, ausgenommen sind sicher die demokratischen Sozialisten.

Wahre Krisen sind immer Krisen des Geistes, schreibt der Herr Präsident auf Seite 17 und meint alle anderen Krisen seien nur Folgeerscheinungen. In diesem Punkt gebe ich ihm völlig recht. Wir sollten das immer wieder auch deutlich hervorkehren und analysieren, weil politische Folgen, oder negative Folgeerscheinungen Auswirkungen von Gesetzen und administrativen Verordnungen nichts anderes sind, als die unmittelbare Folgerung geistiger Haltungen und Einstellungen. Es ist also bestimmt nicht gleichgültig, von welchen Parteien, d.h. von welcher Weltanschauung eine Gemeinschaft verwaltet wird. Das, was und die kommunistische Partei vorsetzen würde, oder auf ihr gegenübergestellt, die neufaschistische Partei oder die anarchische Alternative, wäre bestimmt nicht das, was unsere Gemeinschaft in der Region nützen könnte. Der Herr Präsident Bazzanella verweist dann kurz auf einige Gesetzesvorhaben in der Zukunft. Ich kann nur unterstreichen, daß manche davon sehr dringend sind. Die Errichtung von Katasterämtern zu jedem Grundbuch ist im Gange. Ich bin sehr froh darüber, daß die Regionalregierung in dieser Hinsicht ihre Initiativen gesetzt hat und daß sie gezielt weitergeführt werden. In dieser Hinsicht ersuche ich den Herrn Präsidenten Bazzanella in Zukunft auch dafür zu sorgen, daß dieses Werk - der Errichtung von Katasterämtern, bzw. die Einstellung des Personals, die Mechanisierung und das Informatikprojekt - zügig vorankommt. Ich danke gleichzeitig auch den Assessoren der Regionalregierung, im Besonderen ihrem Vizepräsidenten und dem zuständigen Assessor für ihre Arbeit in dieser Richtung. Dringend ist aber auch - und das wird allseitig anerkannt - daß das Gemeindewahlgesetz, die Novellierung des Gemeindewahlgesetzes vorangetrieben wird. Wir sollten nicht warten, bis man kurz vor einer neuen Wahl steht. Noch dringender aber ist eine Novellierung des Wahlgesetzes für die Regionalratswahlen, bzw. Landtagswahlen. In diesem Punkt wird es zweifellos zu einer Auseinandersetzung kommen, wenn man versuchen wird, ein gewisses Quorum einzuführen, damit Parteien in diesem Hause vertreten sein können.

(Unterbrechung)

PAHL: Genosse Langer, um Ihren Einwand habe ich jetzt nicht gebeten.

Es wird unabdenkbar sein, daß man entweder ein Vollmandat oder eine bestimmte Porzentklausel einführt, in diesem Falle wohl kaum unter 5 Prozent, damit Parteien, die in diesem Hause vertreten sind, tatsächlich von sich sagen können, daß sie die Bevölkerung und nicht von kaum in der Bevölkerung wahrnehmbaren Grüppchen vertreten. Bisher hat sich ja erwiesen - und nicht bloß in dieser Region, sondern im gesamten Staate Italien - daß eine Fülle von Parteien nicht automatisch auch eine bessere Verwaltung des Staates, bzw. eine bessere Regierung bringt. Es ist aber dringend, weil die Regionalratswahlen des Jahres 1988 nur noch etwa knapp 3 Jahre entfernt sind, rasch mit der Arbeit der Novellierung voranzugehen. Zweifellos wird es zu einer Auseinandersetzung mit den Kleinstparteien dieses Hauses kommen, aber es wird wohl niemand von sich behaupten können, daß eine 2,5%-Partei eine ernstzunehmende Volksvertretung darstellen kann. Wenn man auf die Großparteien blickt, so stellt man fest, daß etwa von der Südtiroler Volkspartei jeder einzelne Mandatar schon 3% der Bevölkerung vertritt, d.h. also mehr als eine ganze Reihe von Parteien für sich insgesamt. Dieses Regionalwahlgesetz sollte aber noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Zum Abgeordneten Langer kurz einige Bemerkungen, weil er wiederum ein Beispiel seiner zwar nur relativen, aber immerhin gegebenen Kunst der Verdrehung der Begriffe und der Verwechslung der absichtlichen Verwirrung von Inhalten gebracht hat. Der Abgeordnete Langer gibt sich nicht zum ersten, sondern zum x-mal als sogenannter Vertreter der Autonomie, der Minderheitenrechte, eines wahrhaften Geistes des Schutzes der Volksgruppen und anderes mehr. Er freut sich - seiner eigenen Aussage nach - über die sogenannte Überlebensgarantie, die mit der neuen Autonomie für die Südtiroler gekommen sei, über Verbesserungen und betrachtet - seiner eigenen Aussage nach allerdings nur - die Autonomie als wichtig. Er spricht davon, daß aber verschiedene Tendenzen vorhanden wären - ich meine vielmehr es sind zwar nicht echte Tendenzen, es sind immerhin aber bestimmte Anzeichen - im Wesentlichen verwechselt aber Dr. Langer Tendenzen mit seinen eigenen Wunschvorstellungen. Deswegen will ich seine eigenen Aussagen nicht einfach leicht nehmen, sondern sie ernsthaft kurz untersuchen. Er meint wir steuern mehr als in der Vergangenheit auf einen Konflikt der Volksgruppen zu. Die Trennungspolitik, die sogenannte SVP, habe dies gefördert. Eine kurze Bemerkung zu ihrem Begriff:

Trennungspolitik, Kollege Langer. Das was Sie als

Trennungspolitik bezeichnen und in Ihren Aussagen nur als negativ zu verstehen ist, ist nichts anderes als eine Überlebenspolitik für die Südtiroler. Wenn man in bestimmten Fragen der Schulen, der Vereine und in einigen anderen wichtigen Bereichen nicht grundsätzlich, vom Grundsatz her auf eine Trennung der Volksgruppen aus ist, dann kann man nur für die Nichttrennung, d.h. für die Vermischung sein.

Das ist nichts anderes als der Anfang vom Ende des Überlebens der deutschen und ladinischen Volksgruppe in Südtirol und kann somit nicht das sein, was Sie als Minderheitenrechte, als Minderheitenschutz, als Ziel Ihrer Politik anzugeben glauben. Sie sprechen weiter, Kollege Langer, von der kleinkarierten Konfliktverwaltung, die als Existenzberechtigung für die Mehrheitsvertretung der Deutschen und Ladiner in Südtirol gegeben sei. Die SVP ist bekanntlich eine Sammelpartei und als Sammelpartei nur aus der Notwendigkeit der kompakten Vertretung der Minderheitenrechte entstanden. In dem Augenblick, wo ein politischer Zustand eintreten könnte, der eine vollkommene, jedenfalls nach menschlichem Ermessen vollkommene Absicherung der Minderheitenrechte der Südtiroler bringen würde, könnte man auf die Sammelpartei durchaus verzichten. Der Hauptzweck der Sammelpartei ist die Durchsetzung der Überlebensgarantien für die Südtiroler. Ist diese Aufgabe entfallen, entfällt auch die Sammelpartei von selbst und sie strukturiert sich wiederum in Parteien auseinander; das aber wird so leicht nicht geschehen und vor allem nicht so bald. Es wird solange nicht sein, als der Staat Italien über Südtirol eine Kontrolle hat und so lange ebenfalls nicht, als die Südtiroler Bevölkerung zu fast 9/10 der Meinung ist, daß sie in der Südtiroler Volkspartei gut vertreten ist.

Zu einer Frage des Paketabschlusses, den sie angeführt haben, Herr Dr. Langer, man braucht sich vor einem Abschluß des Paketes dann nicht zu fürchten, wenn dieser Abschluß eindeutig eine Verbesserung der Minderheitenrechte der Südtiroler bringt und einen mutmaßlichen Zustand gewährleistet, der sicherstellt, daß ernsthafte Besorgnisse über die Existenz der Deutschen und Ladiner in Südtirol nicht gegeben sind. Die Streitbeendigungserklärung muß von Österreich abgegeben werden. Das trifft zu, aber ebenso ist klar, daß Österreich nach einem nicht schriftlichen, aber selbstverständlichen und immer wieder geäußerten Konsens in Abstimmung mit der Südtiroler Volkspartei handeln wird, d.h. sie wird in Abstimmung mit jener Partei handeln, die zu größten Teilen die südtiroler Bevölkerung vertritt. Das ist das Demokratieverständnis Österreichs. Österreich könnte sich - wenn dem nicht so wäre - ja nur

noch nach den konfusen Vorstellungen von Kleinstparteien dieses Hauses halten, das wäre u.a. Ihre Vermischungskonfusions- und Anarchiepartei. Wenn Sie sich darüber beklagen, daß die Österreichische Sozialdemokratie, die SPÖ, diesen Konsens in der Südtirolfrage ausdrücklich wieder hervorgestrichen hat, so danke ich für das damit verbundene indirekte Lob auch für die Südtiroler Volkspartei, die durch ihre Verbindung zur Österreichischen Sozialdemokratie vor allem auch mit auf Bezug auf ihre Präsenz, ihre Führung der österreichischen Regierung, daß die SVP in dieser Hinsicht gezeigt hat, daß sie Sammelpartei ist. Darüber hinaus vor allem aber gezeigt hat, daß das Überlebensinteresse Südtirols der Primärkonsens in der SVP ist, bzw. auch der Konsens der österreichischen demokratischen Parteien im Nationalrat in Wien.

Wenn Sie behaupten, Herr Dr. Langer, daß für Sie die Autonomie wichtig sei, daß Minderheiten Rechte haben müssen, daß Überlebensgarantien geschaffen werden müssen, dann antworten Sie doch den Wählern auf die Frage: Warum treten Sie immer wieder gegen den Proporz ein? Warum bezeichnen Sie die Volkszählung als eine Käfigsituation für die Volksgruppen? Warum lassen Sie Ihren Agitationen nie nach und versuchen, aufzuzeigen, daß Ihrer Meinung nach diese Autonomiepolitik gerade zum Gegenteil führe, von dem was Sie angeblich vertreten, Sie treten gegen die Zweisprachigkeit ein, Sie bezeichnen, Sie erzeugen in der Volkszählungszeit des Jahres 1981 eine regelrechte politische Hetze, die Erklärung zu den verschiedensten Volksgruppen, die freie Erklärung der Zugehörigkeit zu dieser oder jener Volksgruppe ist für Sie ja nichts anderes als die Einordnung in einen Käfig. Wie aber wollen Sie Volksgruppen schützen, Herr Dr. Langer, wenn Sie nicht anerkennen, daß solche Volksgruppen tatsächlich existieren, bzw. daß sie damit auch das Recht haben, sich zählen zu lassen, in einer freien Erklärung jedes einzelnen.

Ihr Begriff von Autonomie ist nichts anderes als in Wahrheit die Antiautonomie. Ihr Begriff von Proporz ist die Auflösung des Proporztes. Ihr Begriff von einer Verbesserung der Zweisprachigkeit ist die de facto Auflösung des Rechtes auf den Gebrauch der Muttersprache der Südtiroler im öffentlichen Bereich.

Bezüglich der Erklärung des Präsidenten möchte ich nur noch anfügen - ich gehe davon aus, daß er auch den Minderheitengruppen, den Deutschen im Trentino, in dem Sinn eine Aufmerksamkeit wird zukommen lassen, wie es durch eine kürzliche Initiative des Abg. Fruet angeregt worden ist. Es ist eine Frage, ob man dieser oder jener Meinung ist, in welcher Weise man sich auch der kulturellen, der sprachlichen

Bedürfnisse und Rechte der Deutschen im Trentino annehmen soll. Entschieden aber sollte man in dieser Richtung etwas mehr unternehmen.

Ich erwarte mir, daß die Regionalregierung die Parteien, die in ihr die Koalition bilden, unter ihrem Präsidenten in der Zukunft die wichtigen Gesetzesvorhaben, die in dem Bericht aufgezählt sind, entschieden vorantreiben und vor allem daß die Regionalverwaltung auch durch eine bessere Ordnung des Personals und die Mechanisierung der Ämter in die Lage kommt, dem Bürger schneller noch als bisher zu dienen. Ich anerkenne ausdrücklich das Bemühen das bisher vorhanden ist. Ich drücke aber den Wunsch aus, daß in Zukunft noch zügiger in dieser Richtung gearbeitet wird. Herr Präsident, ich danke Ihnen.

(Signor Presidente, ho seguito con attenzione le dichiarazioni del Presidente dott. Bazzanella e vorrei fare a tal riguardo alcune brevi osservazioni.

Il Presidente Bazzanella si lamenta dello spazio limitato di manovra e del deficit di circa 2.000 miliardi di lire risultante dal bilancio della Regione. Egli descrive le funzioni dell'ente regionale come inadeguate e ritiene che le competenze dovrebbero di per sé aumentare sotto forma di compiti aggiuntivi. Nel frattempo però l'aspetto finanziario offre minori possibilità, per cui seguendo la sua relazione e confrontando nel contempo le cifre indicate nel bilancio, gli si può dare soltanto ragione. Le competenze della Regione sono limitate, come noi tutti sappiamo ad alcune funzioni, ma importanti appaiono le competenze concernenti l'elezione del Consiglio regionale, l'ordinamento dei Comuni e del Libro fondiario. Non è certamente un dato nuovo che da parte del S.V.P. questa Regione non è mai stata riconosciuta volontariamente come istituzione.

Questo atteggiamento si fonda sull'opinione, sempre presente nelle fila del S.V.P. che l'Alto Adige dovrebbe amministrare autonomamente tutti i settori interessati. La Regione è stata comunque mantenuta e pertanto per noi rimangono aperte ancora alcune possibilità, indipendentemente dal fatto che la si intenda accettare o meno. Ne dobbiamo prendere atto a buon diritto, nel senso di impiegare nel modo più assoluto tutte le competenze che effettivamente sono ancora riservate all'amministrazione regionale. Sarebbe un errore ignorare in parte le competenze regionali che effettivamente esistono e che non si dovranno senz'altro restituire, per il fatto che si desidererebbe l'intera autonomia per l'Alto Adige o per un'avversità interna verso l'istituto Regione.

Dato che tale istituto esiste, questo può adempiere una funzione non poco significativa, potendo essere un luogo del dialogo politico, al di là delle competenze legislative ed amministrative. Siccome si afferma ripetutamente la necessità di un confronto politico, di una oggettiva discussione tra rappresentanti di due, ossia di tre gruppi etnici diversi, questo consesso rappresenta una significativa possibilità. Non si deve ignorare il fatto che in quest'aula rappresentanti di diversi gruppi etnici hanno la possibilità di conoscersi innanzitutto e di scambiarsi i vari punti di vista, se anche talvolta, come è inevitabile in qualsiasi dialogo politico, in modo assai polemico. Lo spirito dell'autonomia deve essere tenuto alto anche in quest'ambito, dato che qualsiasi vera e credibile difesa dell'autonomia si ripercuote indirettamente anche a favore delle autonomie delle due Province. Se il signor Presidente nella sua relazione accompagnatoria al bilancio di previsione dell'anno 1986 si è riferito a queste cose ed alla necessità, come ha dichiarato espressamente, di difendere l'autonomia, posso soltanto concordare con lui in ogni sua parte. Fermo restando il dato di fatto che nelle due Province di Bolzano e Trento sussistono punti di vista differenziati sui vari problemi, sappiamo comunque che in molti casi la sede romana non è di aiuto alle due Province autonome, anzi avversa l'amministrazione, l'attuazione legislativa e la realizzazione di determinate visioni politiche. Trattasi delle visioni autonomistiche, che sembrano essere presenti essenzialmente nel consenso dei partiti che governano le due province autonome, come pure nella maggioranza che sostiene questa Giunta regionale. Il consenso nell'interpretazione fondamentale dell'autonomia, l'unità nel concepirla soprattutto al servizio delle collettività e delle realtà locali della due Province, fermo restando le necessità di rispettare i differenziati modi di vedere e di mantenere, nonché di favorire i diversi modi di vita, le diverse lingue e culture, dunque fermo restando, ribadisco, queste differenze i rappresentanti delle due Province del Trentino e dell'Alto Adige si rendono conto che con il loro atteggiamento fondamentale e positivo e con una decisa difesa della visione autonomistica possono rendere un servizio a tutta la popolazione della Regione.

Credo di aver interpretato le dichiarazioni del Presidente Bazzanella in questo senso, al quale va a tal proposito il mio pieno appoggio. Notiamo che da diversi anni ed in modo crescente negli ultimi mesi è in atto sulla stampa locale, regionale, nazionale e attraverso i mass media di tutto il territorio italiano, una campagna contro

l'autonomia. Gli attacchi sono rivolti soprattutto contro l'autonomia dell'Alto Adige, ma a prescindere da tutto questo che le critiche sono rivolte in particolare all'autonomia dell'Alto Adige, al modo di amministrarla da parte dei partiti di coalizione e soprattutto dal S.V.P., ma nel contempo è fuori dubbio che un attacco all'autonomia danneggia indirettamente anche quella della Regione. Mi chiedo pertanto se l'ufficio stampa dell'amministrazione regionale non avesse avuto qualche possibilità di opporsi a certe false esposizioni e di incidere in tempo utile con propri articoli o rettifiche che nel mondo italiano della carta stampata sono pur sempre possibili. L'ufficio stampa della Regione ha soprattutto il compito di divulgare notizie concernenti l'amministrazione regionale e ciò è giusto ed equo. Non deve in primo luogo esprimersi su problemi politici, per non parlare di un proprio intervento in confronti politici che scaturiscono fra i partiti. Non sarebbe questo il compito dell'ufficio stampa, ma ciò non è nemmeno avvenuto. Dovrebbe comunque attivarsi qualora i mass media italiani attaccano ingiustamente dati di fatto, competenze ed effetti derivanti dall'applicazione di leggi regionali.

Il signor Presidente ha inoltre fatto un'osservazione in merito alle finanze. E' più che deplorabile dover constatare che per dieci anni circa nulla è stato intrapreso per risolvere il problema della norma di attuazione, che dovrebbe disciplinare la questione finanziaria. Il signor Presidente ha giustamente indicato come nell'anno 1973 era stata raggiunta una regolamentazione di massima, a prescindere da un punto assai importante. Allorquando nell'anno 1983 si riprese la discussione sulla norma finanziaria, sotto il profilo politico sembra si fosse in ritardo, dato che nel frattempo era mutata la concezione politica in generale, causa le opinioni che erano state pubblicate dalla stampa. A tal proposito si deve distinguere tra opinione pubblica e quella del giornalismo. Infatti l'opinione pubblica e l'opinione pubblicata dalla stampa non sono sempre identiche.

I titolari di un mandato politico seguono talvolta maggiormente l'opinione giornalistica che gli indirizzi della popolazione stessa e per noi non è sempre semplice scinderli, a meno che non si curino costantemente i contatti con la popolazione, partecipando a riunioni e presenziando ad altre manifestazioni. Comunque si deve constatare che questo provvisorio, privo di norme definitivamente stabilite, che disciplina il settore finanziario, avrà un futuro estremamente difficile. Se dopo 12 anni non è ancora possibile affrontare veri e propri programmi finanziari, ciò rappresenta un

maggior pregiudizio della inadeguatezza che il quadro finanziario di per sè già presenta. Per quanto io nel mio intimo - e di ciò nessuno deve meravigliarsi, anche molti altri miei colleghi si trovano nella mia stessa posizione - celo riserve contro l'istituzione della Regione, sono contrario alla limitazione dello spazio finanziario della stessa e non ne gioisco per questo, poichè un'istituzione che esiste, deve poter esplicare effettivamente le proprie funzioni, diversamente la popolazione, per la quale è stata creata non ne potrebbe trarre vantaggio. Se oggi l'ambito finanziario regionale comprende soltanto 8 miliardi di lire e di questi più del 50% sono impegnati per spese obbligatorie, la discrezionalità dell'amministrazione riferita ai mezzi finanziari non può essere più considerata seriamente. D'altronde - ciò è il risultato dello sviluppo - le funzioni della Regione si trovano in una fase ascendente non per l'accrescimento di competenze, ma di fatto l'ampliamento delle competenze regionali avviene attraverso l'aumento del volume dei propri compiti.

Tempo fa abbiamo dovuto constatare con sgomento, che una decisione del Consiglio di Stato circa la non validità delle elezioni nel collegio di Trento aveva creato uno scompiglio senza precedenti. Forse da parte delle autorità regionali, ossia dei partiti politici rappresentati in questo consesso è stato perso per così dire il treno, per non aver posto in rilievo la propria opinione sull'autonomia e sulla legittimità dell'elezione. Tutti i partiti rappresentati in Consiglio hanno atteso con sgomento, smarrimento, esitazione e perplessità quanto di negativo poteva essere ancora posto a carico della Regione da parte degli organi romani. In quelle settimane, in cui la decisione del Consiglio di Stato era stata resa pubblica, come partiti di questo consesso non ci siamo opposti da democratici convinti al dettato romano, ma ci siamo semplicemente lasciati intimorire. Noi tutti come partiti siamo veramente così poco convinti della legittimità democratica, avendo noi praticamente assistito senza alcuna discussione all'annullamento di un'elezione per motivi futili, nemmeno degni di essere menzionati. Certamente il Consiglio di Stato è intervenuto massicciamente in una questione che in definitiva può essere realmente ritenuta interna della nostra Regione, ossia del Trentino, ma noi non abbiamo opposto la pur minima resistenza. Da parte nostra nessuno intende porre in dubbio le competenze prettamente giuridiche del Consiglio di Stato, ma non si può nel contempo accettare da parte del sommo organo di giustizia amministrativa una decisione che non tiene conto dell'opportunità politica, senza discussione e un minimo tentativo di opposizione o

meglio ancora senza contraddittorio. In questo caso abbiamo notato, anche se nel frattempo è stato temporaneamente sospeso, che l'istituzione di questo consesso, vale a dire il Consiglio regionale, deve tener conto in ogni momento della circostanza di poter essere depennato dagli organi romani, cioè distrutto in una notte nella sua esistenza. Ciò riguarda naturalmente anche l'interesse di vita dell'Alto Adige e non soltanto della Provincia di Trento, ma soprattutto il nostro proprio concetto dell'autonomia e di legittimità democratica.

Se come democratici fossimo veramente convinti che, una volta riconosciuto un mandato politico a tutti i livelli ed accertata la rispettiva correttezza, le scelte della popolazione circa la rappresentanza in Consiglio regionale, rispettivamente nelle due Province non dovrebbero essere più poste in dubbio. Alle pag. 15, 16 e 17 del testo in lingua tedesca il Presidente Bazzanella in un discorso esteso, che mi ha un po' meravigliato, ciò nonostante lo ho letto con molto interesse, sulla cosiddetta fermentazione spirituale e mutamenti nel pensare da parte della popolazione regionale espressi peraltro in conferenze, in seminari delle più varie associazioni, nelle istituzioni stesse e nei partiti. Il dott. Bazzanella si dichiara infine comunque ottimista, dato che è dell'opinione che in sostanza tutte queste discussioni, confronti e scambi di opinioni chiariscono come si tenda alla figura dell'uomo collocato nella società, ma che però non deve essere posto incondizionatamente al servizio di questa.

Da tale espressione credo di poter comprendere che il Presidente Bazzanella sostiene un concetto di collettività, sul quale mi trova consenziente, dato che nella società ogni persona assume il proprio ruolo non intercambiabile, dotato di diritti di libertà irrinunciabili. Questo concetto di società si contrappone all'immagine di collettivo sostenuta da diversi partiti di questo consesso, sia dell'estrema destra come dell'estrema sinistra, ivi compreso il P.C.I. Noi dobbiamo non omettere mai di chiarire che il nostro concetto di società si esprime immediatamente attraverso ogni legge approvato dal Consiglio regionale ed in ogni atto applicativo della legislazione. La società o comunità si oppone già nel proprio concetto al collettivo, poichè la comunità difende la propria autonomia, la propria indipendenza nei confronti del centralismo che governa il collettivo. Il concetto comunità abbraccia nel contempo il rispetto della dignità della persona nei confronti dell'individuo del singolo, che nel collettivo assume soltanto la funzione di un numero. La comunità difende i diritti di libertà irrinunciabili per natura, mentre il collettivo permette, se

necessario, il controllo totale da parte dello Stato. La comunità riconosce lo Stato quale necessità, in contrapposizione ai tentativi del raggruppamento politico denominato prima Nuova Sinistra ed ora Lista Alternativa, di rendere possibile colposamente l'avvento di uno stato anarchico. Il riconoscimento della necessità dello Stato significa però nel contempo la sua limitazione agli scopi cui è preposto, mentre lo Stato si esalta nei confronti del collettivo, vedi M.S.I., in cui può assumere il ruolo di imperante, il che è anche l'elemento del pensiero politico di molti partiti di sinistra, non tutti, poiché si devono escludere certamente i socialisti democratici.

Le vere crisi sono sempre crisi dello spirito, scrive il signor Presidente a pag. 17, ritenendo tutto il resto soltanto fenomeni conseguenti. In questo punto condivido pienamente la sua opinione. Sarebbe nostro compito sottolineare ed analizzare tale verità in quanto le conseguenze politiche, o i fenomeni consequenziali negativi negli effetti delle leggi e delle ordinanze amministrative null'altro sono che la conseguenza immediata del modo di pensare e di configurazioni spirituali. Non è pertanto indifferente da quali partiti, ossia da quale ideologia risulti amministrata la comunità. Quanto ci offrirebbe a tal proposito il partito comunista o, andando all'opposto, l'M.S.I. o la Lista Alternativa di ispirazione anarchica, non rappresenterebbe nulla di utile per la nostra comunità della Regione. Il Presidente Bazzanella indica poi brevemente alcuni disegni di legge che saranno affrontati in futuro. Posso soltanto fare presente che alcuni di questi sono estremamente urgenti. L'impianto degli uffici catastali in ogni sede degli uffici tavolari è già in corso e sono soddisfatto che la Giunta regionale abbia concretamente posto in atto in tal senso le proprie iniziative e che si è impegnati in tale settore in modo consono allo scopo. In tal senso prego il Presidente Bazzanella di voler vigilare affinché questa opera dell'impianto degli uffici catastali, l'assunzione di personale specializzato, la meccanizzazione ed il progetto riguardante l'informatica vengano concretizzati speditamente. Ringrazio nel contempo anche gli assessori regionali e in particolare il Vicepresidente e l'assessore competente per il loro lavoro svolto in questa direzione. Peraltro appare urgente, e ciò è anche riconosciuto, porre mano alla legge concernente l'elezione dei consigli comunali, non essendo nostra intenzione attendere a tal proposito il periodo immediatamente precedente alle prossime elezioni. Ancora più urgente però appare la rielaborazione della legge che riguarda le elezioni del Consiglio regionale, ossia dei due Consigli provinciali. Su questo punto

dovrà svolgersi senza dubbio un approfondito confronto, dato che si cercherà di introdurre un determinato quorum per poter contare su una rappresentanza in Consiglio regionale.

(Interruzione)

PAHL: Compagno Langer, la sua osservazione in questo momento non è gradita.

Sarà indispensabile prevedere o un mandato pieno o una clausola che preveda una percentuale, che in ogni caso non può essere al di sotto del 5%, affinché un partito possa ottenere un seggio in questo consesso e rappresentare effettivamente la popolazione e non un gruppetto di elettori pressochè ininfluente. L'esperienza ha dimostrato, non soltanto nella nostra Regione ma anche a livello nazionale, che numerosi partiti non garantiscono automaticamente una migliore amministrazione dello Stato, vale a dire un miglior governo. E' urgente operare in tal senso, poichè l'elezione del Consiglio regionale dell'anno 1988 dista da noi soltanto tre anni. Indubbiamente aspro sarà il confronto con i più piccoli partiti del Consiglio regionale, ma nessuno potrà affermare che una rappresentanza con un consenso del 2,5% possa essere ritenuta una considerevole espressione popolare. Guardando ai partiti maggiori si deve constatare che, come nel caso del S.V.P., ogni singolo consigliere rappresenta il 3% della popolazione, vale a dire più di una serie di certi piccoli partiti messi insieme. Questa legge sull'elezione del Consiglio regionale dovrebbe essere approvata ancora prima delle vacanze estive.

Desidero fare, in merito alle affermazioni del cons. Langer, alcune brevi osservazioni, dato che egli ha nuovamente fornito un esempio della sua arte che, se anche relativa, pur sempre di arte si tratta, nel travisare i concetti e contorcere i contenuti per creare intenzionalmente confusione. Per l'ennesima volta il cons. Langer si dichiara come cosiddetto rappresentante dell'autonomia, dei diritti delle minoranze, di un vero e proprio spirito della tutela dei gruppi etnici ecc. Stando alle sue affermazioni egli è soddisfatto della cosiddetta garanzia di sopravvivenza offerta dalla nuova autonomia ai sudtirolesi, nonchè dei miglioramenti intervenuti e considera, tuttavia solo secondo la sua esposizione, importante l'autonomia. Egli afferma inoltre che sarebbero in atto diverse tendenze, personalmente ritengo che di vere tendenze non si tratta, vi sono comunque determinati segni, ma il cons. Langer non distingue tra tendenze e desideri propri. Per

questo motivo non desidero sottovalutare le sue esposizioni, ma bensì analizzarle seriamente, se anche in breve. Egli è dell'opinione che ci poniamo più che in passato sulla rotta della collisione etnica, parla della politica della separazione, favorita a suo dire dal cosiddetto S.V.P. Una breve osservazione a questo concetto:

Collega Langer la politica della separazione. Ciò che lei indica come politica di separazione, da interpretarsi negativamente stando alle sue affermazioni, null'altro è che una politica di sopravvivenza per i sudtirolesi. Se in determinati problemi che riguardano la scuola, le associazioni e altri settori importanti non si è favorevoli per principio alla separazione dei gruppi e nizi, allora si è favorevoli soltanto per la non separazione, che equivale a mescolanza. Ciò non è altro che l'inizio della fine della sopravvivenza dei gruppi etnici tedesco e ladino in Alto Adige e non può quindi rappresentare quanto lei crede di indicare come diritti e tutela delle minoranze, postosi come scopo della sua politica. Collega Langer, lei continua il suo intervento e parla dell'amministrazione di conflitti di visione ristretta, che giustificherebbe la rappresentanza di maggioranza delle popolazioni tedesca e ladina nel Sudtirolo. Notoriamente il S.V.P. è un partito di raccolta, dettato dalla necessità di rappresentare compattamente i diritti delle minoranze. Nel momento che subentrasse una condizione politica tale da garantire in Alto Adige una piena garanzia, intendo a giudizio d'uomo, dei diritti delle minoranze sudtirolesi, si potrebbe rinunciare senz'altro al partito di raccolta. Lo scopo principale di questo partito è dettato dalla necessità di far valere le garanzie di sopravvivenza a favore dei sudtirolesi, se un domani dovesse essere adempiuto tale compito, il partito di raccolta si scioglierebbe in modo naturale per ristrutturarsi in diversi partiti; sarà difficile che tutto questo accada e comunque non in un prossimo futuro. Ciò non accadrà finché lo Stato italiano avrà un controllo sull'Alto Adige e finché la popolazione sudtirolese sarà per nove decimi dell'opinione di essere bene rappresentata dal S.V.P.

Brevemente in merito al problema della chiusura del pacchetto da lei sfiorato, Dr. Langer, in merito al quale argomento desidero farle presente che non si dovrà temere questa conclusione, se tutto ciò significasse un miglioramento dei diritti della minoranza sudtirolese e garantisse una presunta condizione da assicurare l'eliminazione della serie di preoccupazioni per l'esistenza dei tedeschi e dei ladini in Alto Adige. La quietanza liberatoria dovrà essere concessa dall'Austria, ma è altrettanto chiaro che l'Austria non concederà nessuna quietanza

scritta, senza aver sentito il S.V.P., come ha sempre dichiarato pubblicamente, vale a dire che opererà in pieno accordo con quel partito che rappresenta la stragrande maggioranza della popolazione sudtirolese. Questo è il concetto democratico dell'Austria. L'Austria, se non fosse così, potrebbe prestare fede alle immagini confuse che esternano i mini-partiti presenti in questo consesso, dei quali fa parte anche il suo partito che tende alla confusione delle mescolanze e all'anarchia. Se lei continua a lamentare che la socialdemocrazia austriaca, il S.P.O ha di nuovo espressamente posto in rilievo questo consenso nella questione altoatesina, la ringrazio per il complimento indiretto, avendo il S.V.P. in ogni senso dimostrato di essere un partito di raccolta, attraverso il collegamento esistente con la socialdemocrazia austriaca, riferito anche alla sua presenza in seno al Governo austriaco. Oltre a questo ha dimostrato che l'interesse di sopravvivenza dell'Alto Adige è il consenso primario del S.V.P., come pure del partito democratico austriaco, presente nel Parlamento di Vienna.

Se lei afferma, Dr. Langer, che l'autonomia è importante, che le minoranze devono avere i loro diritti, che devono essere create le garanzie di sopravvivenza ecc., dia agli elettori una risposta a questa domanda: perché lei continua ad avversare la proporzionale? Perché ritiene il censimento una situazione di ingabbiamento dei gruppi etnici? Perché lei non abbandona le sue iniziative agitatorie, iniziando ad indicare che a suo avviso questa politica dell'autonomia conduce alla meta diametralmente opposta di quanto lei sembra di voler rappresentare; lei è contrario alla bilinguità, lei ha assunto nel periodo del censimento dell'anno 1981 la funzione vera e propria dell'agitatore politico, la libera dichiarazione di appartenenza ad un gruppo etnico per lei null'altro è che un allinearsi in una gabbia. Come intende invece tutelare i gruppi etnici, Dr. Langer, se non riconosce che esistono effettivamente, non riconoscendo loro il diritto di comparsi in una singola dichiarazione non coercitiva.

Il suo concetto di autonomia null'altro è in realtà che l'ampia autonomia. Il suo concetto di proporzionale è lo scioglimento della proporzionale. Il suo concetto di un miglioramento della bilinguità è di fatto l'abrogazione del diritto all'uso della madrelingua da parte dei sudtirolesi nella vita pubblica.

Ritornando alle dichiarazioni del Presidente, desidero esprimere l'augurio che lei voglia seguire con attenzione le vicissitudini anche dei gruppi di minoranza di lingua tedesca nel Trentino, nel senso indicato da una recente iniziativa del cons. Fruet.

Si tratta del problema del come e del modo si voglia accettare le esigenze culturali e linguistiche, nonché i diritti dei gruppi di lingua tedesca nella provincia di Trento, si può essere dell'una o dell'altra opinione, ma in questa direzione si dovrebbe decisamente operare.

Mi attendo che la Giunta regionale, i partiti che compongono questa coalizione, portino avanti decisamente sotto la guida del loro Presidente gli importanti disegni di legge menzionati nella relazione e soprattutto che la Giunta regionale riesca ad offrire al cittadino un servizio più celere per mezzo di un miglior ordinamento del personale e della meccanizzazione degli uffici, pur riconoscendo espressamente le premure finora dimostrate. Mi auguro che in futuro si operi più alacramente in questa direzione e con ciò la ringrazio, signor Presidente.)

(Assume la Presidenza il Presidente Sembenotti)

PRESIDENTE: E' iscritta a parlare la cons. Klotz. Ne ha facoltà.

KLOTZ: Herr Präsident! Da bereits in den programmatischen Erklärungen des damals noch designierten Regionalausschusspräsidenten vieles von dem vorweggenommen worden war, was hier wiederum angedeutet oder ausgesprochen wird, kann ich mir selbstverständlich Wiederholungen sparen. Das was ich anlässlich eben der Debatte zu den programmatischen Erklärungen gesagt habe, gilt für mich selbstverständlich weiterhin, auch wenn ich es nicht bei jeder Debatte wiederkaue. Darum begrenze ich, beschränke ich mich auf einige wesentliche Kernpunkte dieser Erklärungen zum Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1986.

Ich möchte beginnen mit einigen positiven Ankündigungen, beispielsweise mit dem Vorhaben der Verbesserung der Ämter und Personalgesetze durch den Einsatz eines Informatikprojektes. Dann ist die Rede von der beruflichen Weiterbildung des Personals, die gezielt gefördert und vorangetrieben werden soll. Das ist durchaus aner kennenswert und in diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal meinen Appell an Sie richten, das Personal dazu zu befähigen, daß es in der Lage ist, auch diejenigen Klagen entgegenzunehmen oder den Ansprüchen jener gerecht zu werden, die eben ihre deutsche Muttersprache in den Ämtern des Regionalrates gebrauchen wollen. Es ist des weiteren die Rede von der Übertragung des Grundbuchs auf Magnetbänder und von der Mechanisierung des Katasters. Auch das möchte ich als durchaus positiv bewerten. Weiters geht es hier auch um Aussagen betreffend einen

Gesetzentwurf über eine neue Gemeindeordnung und wir lesen dann hier in den Erklärungen von den Grundsätzen der Anerkennung der örtlichen Autonomien. Das wäre selbstverständlich die natürlichste Sache der Welt und die beste Sache, daß man den kleinen Gemeinschaften jene Befugnisse beläßt, die sie auch tatsächlich wahrnehmen können, so viel sie verkraften den Gemeinden übertragen und nur das was sie nicht verkraften, soll die nächsthöhere Einrichtung oder Instanz übernehmen.

Ich werde dem Haushaltsplan meine Zustimmung aber trotz dieser durchaus positiven Ansätze nicht geben, d.h. wenn ich überhaupt zu diesem Zeitpunkt noch anwesend sein kann, wenn darüber abgestimmt wird, weil ich mich nämlich zu einer Verwaltungsratssitzung begeben muß. Aber der Grund, weshalb ich meine Zustimmung nicht geben könnte, liegt in den Äußerungen betreffend das Vorhaben, die Gesetze zur Wahl des Regionalrates und der Gemeinderäte zu modifizieren und so abzuändern, wie es bereits verschiedene Vorredner ausdrücklich erwähnt haben, daß einige kleinere Gruppierungen verschwinden würden.

Nun halten wir unsere Beiträge hier für durchaus wichtig und ich glaube, daß durch unsere Präsenz manches verhindert, was vielleicht doch mehr Schaden anrichten könnte. Aus diesem Grunde kann ich selbstverständlich nicht einer Maßnahme zustimmen, die danach ausgerichtet ist, gerade auch unseren Einsatz auszuschalten, denn mit diesem Haushaltsvoranschlag werden wahrscheinlich auch die Mittel für diese Maßnahmen festgesetzt. Daher meine negative Haltung diesbezüglich. Es ist dann die Rede davon, daß das Koalitionsabkommen von der Abänderung dieses Wahlsystems spricht. Nun wissen Sie alle, daß mich dieses Koalitionsabkommen und meine politische Gruppierung in keiner Weise betrifft, daß ich in keiner Weise Partner dieser Koalition bin und insofern also geht sie mich nicht an. Es ist die Rede von rechtzeitig nötigen Korrekturen an den Wahlgesetzen und damit wird der Eindruck erweckt, als würde man etwas durchaus positives vorhaben, was selbstverständlich einer kleinen Umdrehung nahe kommt, denn ich bin der Meinung, daß es tatsächlich eine Bereicherung ist, daß wir hier auch vertreten sind und daß es solcher Korrekturen nicht bedarf. Ich komme aber nun zu einigen kurzen programmatischen Erklärungen noch.

Es ist auf S. 9 des deutschen Textes die Rede vom Zusammenleben und es heißt hier wörtlich: "Es lasse sich nicht daran denken, diese Probleme - also des Zusammenlebens - ein für alle mal zu lösen." Und dann steht hier noch: "Sie erforderten eine Art Forschung ohne Ende bei der immer wieder von vorne angefangen werden muß." Vielleicht mag das im italienischen Text etwas eleganter klingen, aber

im deutschen Text ist das im Grunde genommen eine Behauptung, die sehr leicht zu widerlegen ist. Ich möchte hier nur ein Argument in den Raum werfen, nämlich das, um welche gute Regelung kann es sich handeln, wenn sie auf eine Forschung ohne Ende angesetzt ist, ausgerichtet ist, die immer wieder von vorne begonnen werden muß. Das ist ein sinnloses Unterfangen, das ist eine sogenannte Sisyphusarbeit, bei der nichts neues herauskommt und durch die keine Verbesserungen erreicht werden können. Ich bin hier der Meinung, daß der Weg ein anderer sein müßte, nämlich ein für allemal die Voraussetzungen zu schaffen für ein wahrhaft natürliches Nebeneinander, nicht für ein künstliches Nebeneinander, das eben nicht funktioniert, wenn jeder in seinem eigenen Haus selber bestellen kann, dann wird auch das gegenseitige Verständnis größer sein, als wenn ein Zusammenleben auf Mißtrauen von vorneherein gebaut wird.

Ich komme abschließend und in diesem Zusammenhang nur noch einmal auf das sogenannte Gruber-Degasperi Abkommen zurück, denn auch in diesen Erklärungen werden die Feierlichkeiten vorweggenommen und zwar ist hier die Rede davon, daß von allen Jahresfeiern in diesen 40 Jahren, die Jahresfeier des Degasperi-Gruber Abkommens sicherlich und vergleichslos die wichtigste sei, weil sie jene ist - steht hier wörtlich - die seinerzeit diese Art von Zusammenleben begründet und legitimiert hat. Nun, dem möchte ich widersprechen. Diese Art von Zusammenleben hat der Pariser Vertrag nicht begründet und auch nicht legitimiert, denn wir wissen alle, was der Sinn, welcher der Sinn des damaligen Pariser Abkommens gewesen ist und ich glaube, daß kein echter Europäer - weil hier auch von der Europäischen Besinnung und von einer neuen Art des Europaverständnisses die Rede ist - daß kein echter Europäer eine Lösung gutheißen kann, die eben darauf begründet ist, einen Streit ohne Ende fortzuführen und die Zukunft so aufzurichten, daß man in alle Ewigkeit um Kleinigkeiten streiten, kämpfen muß. Insofern appelliere ich tatsächlich an die Fähigkeiten aller Kollegen ein wahrhaft europäisches Denken zu entwickeln, das eben nach bereits vorhandenen Beispielen ausgerichtet ist. Ich erwähne hier nur die erst vor kurzem getroffene Nordirland-Regelung, auf Grund welcher England der Republik Irland ein Mitspracherecht in der Regierung Nordirlands einräumt. Das ist ein Maßstab, an dem wir unsere derzeitige Politik messen könnten. Es gibt aber auch andere Maßstäbe. Ich denke da beispielsweise an die Regelung auf den Allands-Inseln, an die Regelung der Färöer beispielsweise und an Aussagen, die man immer wieder von Seiten der Europapolitiker, aber auch darüberhinaus hört. Ich möchte nur an die kürzlichen Erklärungen der PAN-Europa-Union erinnern, die eben

davon spricht, daß dieses Europa neu konzipiert werden muß, daß man den Mut haben muß, ein Europa echter Regionen, befriedeter Regionen zu schaffen, auf der Grundlage der Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes.

(Signor Presidente, siccome nelle dichiarazioni programmatiche del Presidente designato della Giunta regionale molto di quanto è stato enunciato in questa occasione era già stato anticipato, posso naturalmente evitare di ripetermi. Quanto ebbi a dichiarare in quell'occasione vale ancora oggi, anche se non mi ripeto in ogni dibattito. Per questo motivo mi limito ad alcuni punti essenziali di queste dichiarazioni al bilancio di previsione per l'anno 1986.

Desidero iniziare il mio intervento con alcune osservazioni positive, ad esempio con l'intendimento di migliorare il servizio dei vari uffici mediante una legge sul personale e con la concretizzazione di un progetto di informatica. Si parla inoltre di un perfezionamento professionale del personale ben finalizzato, da favorire e sostenere. Ciò è veramente degno di plauso e a tal proposito desidero rivolgere nuovamente un appello a lei, signor Presidente, di istruire il personale in modo tale da poter eliminare le lagnanze o soddisfare le esigenze di coloro, che intendono fare uso della loro madrelingua nei rapporti con gli uffici del Consiglio regionale. Si menziona inoltre l'intenzione di trasferire i dati del Libro fondiario su supporti magnetici, nonché della meccanizzazione del catasto. Anche questo è un punto da valutarsi positivamente. Lei ha inoltre parlato di un progetto di legge concernente il nuovo ordinamento dei comuni e nelle dichiarazioni leggiamo fra l'altro che si indicano i principi fondamentali del riconoscimento delle autonomie locali. Ciò sarebbe la cosa più logica del mondo, oltre a essere questa la miglior intenzione, cioè lasciare alle piccole comunità quelle competenze che possono essere assunte dai comuni e delegando loro altre funzioni per quanto ne possano adempiere, e soltanto quindi quelle funzioni, alle quali non sono in grado di provvedere, dovrebbero essere svolte dall'istanza immediatamente superiore.

Nonostante questi punti positivi da me ora sottolineati non voterò a favore del bilancio, sempre che ci possa essere presente al momento della votazione, in quanto dovrò presenziare ad una seduta di un Consiglio di amministrazione, ma il motivo per il quale non posso esprimere voto favorevole va ricercato nelle esposizioni riguardanti l'intendimento di modificare la legge sulla elezione del Consiglio

regionale e dei consigli comunali nel senso di far sparire raggruppamenti politici minori, come è stato menzionato espressamente da diversi oratori che mi hanno preceduta.

Noi riteniamo i nostri contributi ai dibattiti importanti e ritengo che la nostra presenza ha evitato determinate cose, che forse avrebbero potuto dimostrarsi più che altro deleterie. Per questo motivo non posso esprimermi a favore di un provvedimento che tende ad escludere anche questo nostro impegno, dato che il bilancio prevede probabilmente anche mezzi finanziari per l'attuazione di una simile norma. Da ciò scaturisce la mia posizione negativa. Si legge inoltre nelle dichiarazioni che l'accordo di coalizione prevede la modifica del sistema elettorale. Loro sanno benissimo che questo accordo di coalizione non interessa assolutamente il mio raggruppamento politico, non essendo noi partners di questa coalizione e in tal senso ne siamo estranei. Si parla infatti di necessarie correzioni da apportarsi in tempo utile alle leggi elettorali, la qual cosa suscita l'impressione che si intenda apportare modifiche positive, ma ciò sembra essere un piccolo travisamento dei fatti, dato che ritengo, ribadisco, la nostra presenza in questo consesso un arricchimento per tutti e quindi simili correzioni non sono peraltro necessarie. Vengo ora ad alcune brevi considerazioni sulle dichiarazioni programmatiche.

A pag. 9 del testo in lingua tedesca si parla di convivenza e si legge testualmente: è inimmaginabile che si possa risolvere questi problemi - dunque la convivenza - una volta per tutte. Si legge inoltre: richiederebbero una specie di ricerca senza fine che ci costringerebbe costantemente ad iniziare tutto daccapo. Può darsi che nel testo italiano questa dizione risulti essere più elegante, ma in quello tedesco si tratta in sostanza di una dichiarazione facile da controbattere. Desidero gettare in quest'aula soltanto un argomento chiedendomi di che tipo di regolamentazione possa trattarsi, se basata su una ricerca senza fine che dovrà essere sempre iniziata daccapo. Questa è un'impresa audace priva di senso, è un cosiddetto lavoro di Sisifo, che nulla produce e nessun miglioramento può portare. Sono dell'opinione che la via da percorrere dovrebbe essere un'altra, vale a dire creare una volta per tutte le premesse per una vera e naturale vita l'uno accanto all'altro senza artifici, dato che l'artificioso non può funzionare, ma se ognuno a casa propria può fare quello che meglio crede, la reciproca comprensione se ne può soltanto avvantaggiare e questo modello si contrappone ad un convivere basato sulla diffidenza.

Concludendo desidero ritornare a tal proposito sul cosiddetto

accordo Degasperi-Gruber, poiché anche in queste dichiarazioni si menzionano le rispettive celebrazioni, indicandole senz'altro come le più importanti trattandosi del 40° giubileo dell'accordo, che come si legge testualmente, a suo tempo ha legittimato e motivato questo quadro di convivenza. Desidero contrabbattere che l'accordo di Parigi non ha né motivato né legittimato questo modo di convivere, poiché tutti conosciamo il senso dell'accordo di Parigi e ritengo che nessun europeo vero - dico questo perché si parla anche del pensiero e di un nuovo concetto europeo - ritengo comunque che nessun europeo vero possa accettare una soluzione che si basa su una vertenza senza fine, offrendo in futuro una perpetua vertenza, contraddistinta da continue lotte anche per futilità. In tal senso lancia un appello alle capacità di tutti i colleghi di sviluppare un pensiero veramente europeo, orientato verso gli esempi concreti già esistenti. Menziono l'accordo raggiunto recentemente per l'Irlanda del Nord, con il quale l'Inghilterra riconosce alla Repubblica irlandese un "Mitspracherecht" nel governo dell'Irlanda del Nord. Questa è una misura con la quale potremmo confrontare la nostra attuale politica. Altre misure ancora esistono, desidero ricordare la regolamentazione del problema delle isole Alland, della questione delle isole Faeröer, nonché le numerose dichiarazioni che si odono spesso da parte di uomini politici dell'Europa e di altri Paesi non europei. Desidero ricordare inoltre la recente dichiarazione dell'Unione Pan-europea, che sostiene la necessità di rifondare l'Europa, coraggiosamente l'Europa delle vere regioni ripacificate, in cui sia attuabile il diritto di autodeterminazione).

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Hosp. Ne ha facoltà.

HOSP: Werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich vermerken, daß sich unser neuer Präsident Herr Dr. Bazzanella redliche Mühe gegeben hat, innerhalb der kurzen, ihm nun mehr seit Amtsantritt zur Verfügung stehenden Zeit, uns einen Bericht zum Haushaltsvoranschlag der Region für das Jahr 1986 vorzulegen und daß auch in der Tat - wie auch meine Vorredner zum Teil auch schon bemerkt haben - einiges beachtliche in diesem Berichte drinnen steht, wenngleich weder er noch andere, die nach ihm kommen werden, im Verhältnis zum Autonomiekonzept, wie es der Region verblieben ist, große Wunder wird zu vollbringen vermögen. Es ist, es reicht schon ein Blick in den Umfang der Ausgaben bzw. der Einnahmenseite für das bevorstehende Jahr und dieser Umfang umfaßt etwa 52 Milliarden Lire, um festzustellen, daß keine allzu großen

Sprünge im Rahmen dieser Regionalautonomie gemacht werden können und ich darf hier aus dem Bericht vor allem auch entnehmen, jenen Kehrreim, den es auch innerhalb der Berichte für die Haushaltsvoranschläge der autonomen Provinzen immer wieder zu hören gibt und der uns alle mit zunehmender Sorge belastet, nämlich jenen Kehrreim, der mit der endlichen Absicherung der Finanzen, der autonomen Körperschaften, in unserem Falle der Region, im Falle der beiden autonomen Provinzen auf der anderen Südtirols und auf der anderen Seite natürlich der Provinz Trient zu tun hat. Denn man kann nicht von Autonomie reden, wenn man nicht auch den Autonomien das entsprechende Finanzpolster gewährt, um auch Zug auf Zug mit den zunehmenden Bedürfnissen, die unsere Gesellschaften und unsere Bürger verspüren, auch die entsprechenden Maßnahmen finanziell abdecken zu können, Maßnahmen, die es natürlich immer wieder zu ersinnen gibt und Maßnahmen, für deren Kleidung in Gesetzestexte wir ja als gewählte Mandatäre dieses Hauses, bzw. in unserer zweiten Funktion auch der Landesparlamente zuständig sind.

Es hat mich besonders gefreut, daß der Herr Präsident in seinem Bericht auch ernsthaft das Vorantreiben der ansich schon fälligen Gesetzentwürfe anschneidet, betreffend die Gemeindeordnung, ferner auch den Gesetzentwurf, betreffend die Regionalwahlen - und hier hat meine Vorrednerin bereits eine Sorge durchklingen lassen, daß es möglicherweise Kleinstparteien morgen erschwert möglich sein könnte, in das regionale Parlament einzuziehen - daß mag sein, aber ich glaube, wenn wir die Beispiele in anderen ebenso demokratisch funktionierenden Vertretungskörperschaften in Europa betrachten, hat man sich auch dort, um sich nicht im sogenannten extensiv geprägten Demokratismus irgendwie zu verlaufen, hat man auch dort Zuflucht genommen zu gewissen Regelungen, bzw. Prozentsperrklauseln, bzw. was mir das mindeste erschiene, daß man eben allenfalls nur dann Anrecht hat auf die Verteilung von Reststimmenmandaten, wenn man zumindest einen so großen Konsens durch die Wählerschaft zu erringen vermag, daß es für ein ganzes Mandat reicht, denn ansonsten - so erscheint es mir - sind ja die anderen, die stärkeren Gruppierungen mit stärkerem Konsens durch die Bevölkerung ja bestraft, wenn sie nicht im gleichen Sinne behandelt werden und deswegen könnte es durchaus sein, daß die Parteienpräsenz morgen verkleinert wird - ich sage das könnte sein.

Ich frage mich aber auch gleichzeitig, ob dies nicht auch besser sein könnte für ein effizientes Arbeiten, denn die Vielfalt der Meinungen ist dann durch die immer noch vertretenen Parteien, glaube ich, in gediegenem Maße vorhanden und man sollte ein solches Gesetz

wennschon sehr rasch über die Bühne bringen, weil es auch die Kleinparteien oder die Parteien, die mit einem solchen Restmandat im Regionalrat sitzen, das sie nicht mit einem vollen Quotienten erreicht haben, selbstverständlich die Möglichkeit einer mehrjährigen Vorbereitung haben müssen, sei es durch Fusionierung mit anderen ähnlich denkenden Gruppierungen, sei es durch den Ausbau ihrer Erwerbe, bzw. ihrer Parteistrukturen.

Auf jeden Fall wäre es falsch, wenn man sie überraschen würde und deswegen begrüße ich grundsätzlich, daß man eben jetzt in diesem Bericht auch darüber redet und daß wir im neuen Jahr anbrechenden Monaten diesen Gesetzentwurf auch tatsächlich und endlich zur Behandlung vorgelegt bekommen. Was den Gesetzentwurf der Amtsentschädigung für die Bürgermeister anbelangt, so möchte ich auch positiv vermerken, daß ihn der Herr Präsident angeführt hat und nicht nur weil ich selbst lange Zeit die Ehre hatte, das Amt eines Bürgermeisters zu bekleiden, sondern auch auf Grund des Wissens um die zunehmenden Verantwortungsbereiche der Gemeindeverwalter erscheint es mir schon an dieser Stelle angebracht, dafür zu ersuchen, daß man die Aufwandsentschädigung für die Bürgermeister in einem beträchtlichen Ausmaße von jenen abhebt, die wir jüngst in italienischen Wirtschaftszeitungen lesen konnten, wie sie vom italienischen Parlament verabschiedet worden sind, denn entweder man sagt ja zu diesem Amte und erfüllt es auch mit den entsprechenden Verantwortungsbereichen, was durch die Gesetzesmaschinerie ja ständig geschieht, und sagt aber auch gleichzeitig ja zu der ganz selbstverständlichen Einstellung der Zeit, daß man für Leistungen auch etwas er bieten muß, in diesem Falle auch eine Aufwandsentschädigung an die Bürgermeister bieten muß, die den Verantwortungsbereich, der sie zu erfüllen haben, adäquat sind.

Ich teile auch die Sorgen des Präsidenten hinsichtlich des zunehmenden Angriffes der verschiedendsten Stellen auf die örtlichen Autonomien, in diesem Falle der Regionalautonomie, so gut wie der Provinzialautonomien, der beiden Provinzen Bozen-Südtirol, bzw. Trient im Zuge eines in zunehmendem Maße leider feststellbaren Neozentralismus hier in Italien, denn vom Konzept des Föderalismus sind wir hier sowieso meilenweit entfernt, aber die Gründer dieser Republik Italien haben sich die Neubegründer der Republik Italien nach den Wirren des 2. Krieges eigentlich in länger und gediegener Diskussion zu einer Art Regionalismus durchgerungen, und dieser Regionalismus wurde bereits wieder attackiert und unterspült, noch ehe er richtig Formen hat annehmen können.

Jetzt sind wir wieder voll in einem Zeitalter des Neozentralismus in Italien drinnen und wir merken insbesondere alle, die wir ein Empfinden haben für die kleineren Gemeinschaften, die durch Eigenautonomie zu verwalten sind, daß uns das mit Unbehagen erfüllt; im Falle Südtirols hat das auch noch mit anderen Dingen zu tun, die hier nicht näher zu erläutern sind, die aber ihren Ausfluß haben aus international-rechtlichen, also völker-rechtlichen relevanten Belangen, sprich Pariser-Südtirol Abkommen, und unabdingbare Rechte einer Volksgruppe, die einmal in Willkür und gegen alles Recht von ihrem natürlichen Mutterraum herausgerissen worden ist und dadurch besonderes Anrecht hat auf Schutz, wie heutzutage nirgends auf der Welt, zumindest in den Proklamationen und im Völkerrecht in Zweifel gezogen wird, wie es aber leider Gottes hier immer wieder geschieht und wie es leider Gottes auch von den einzelnen - ich sage nicht allen - aber von den einzelnen Parteien, die in diesem Hause vertreten sind und im staatlichen Konzept ihre sogenannten Mutterparteien haben, in einer nicht immer sehr offenen Art und Weise geschieht, wo man hier so redet und möglicherweise in Rom anders interveniert, ansonsten könnte ich mir diese wilden zunehmenden Attacken auf unsere Autonomie und auch auf die hart errungenen Rechte der Südtiroler, die immerhin auch in diesem Hause einen maßgeblichen Anteil und immerwieder bewiesen haben, daß sie an einem konstruktiven Aufbau auch dieser Gemeinschaft mit ihren Leistungen erbringen, also ansonsten könnte ich mir das nicht erklären.

(Colleghe e colleghi. Innanzitutto mi permetto di osservare che il nostro nuovo Presidente, il dott. Bazzanella, si è assai premurato in così breve tempo dopo il suo insediamento, a presentarci una relazione accompagnatoria al bilancio della Regione per l'esercizio finanziario 1986, contenente - come hanno già fatto presente alcuni oratori che mi hanno preceduto - punti di una certa rilevanza, se anche egli ed eventuali suoi successori non potranno fare grandi miracoli in rapporto al concetto dell'autonomia rimasto all'ente Regione. E' sufficiente dare un veloce sguardo ai capitoli delle uscite, ossia delle entrate previste per l'anno entrante per rendersi conto del volume delle sue funzioni, che tradotte in cifre risultano espresse in 52 miliardi di lire, che non permetteranno chissà quali manovre nell'ambito dell'autonomia regionale. Dalla relazione si può apprendere una costante, che si può leggere anche nelle relazioni ai bilanci di previsione delle Province autonome e che peraltro è causa di sempre maggiore preoccupazione, vale a dire la costante della definizione della

norma finanziaria degli enti autonomi, nel caso specifico della Regione, e nel caso delle due Province, dell'Alto Adige e naturalmente del Trentino. Non si può parlare di autonomia se a questa non si fornisce pure il rispettivo cuscinetto finanziario per dotare finanziariamente passo dopo passo le misure atte a soddisfare le crescenti esigenze sentite dalla nostra società e dai nostri concittadini, misure che devono essere naturalmente inventate e che noi titolari di un mandato popolare in questo e nei consessi provinciali abbiamo il compito di tradurle in testi di legge.

Ho notato con soddisfazione che il signor Presidente nella sua relazione ha affrontato seriamente l'argomento dei disegni di legge già da tempo attesi, riguardanti l'ordinamento dei comuni e le elezioni regionali - a tal proposito la collega che mi ha preceduto ha già fatto intendere la sua preoccupazione, che un domani i minipartiti potrebbero avere maggiori difficoltà a far parte di questo parlamento, ma se consideriamo quanto è avvenuto in Europa ad esempio in altri enti rappresentativi altrettanto democratici, dove si è ricorsi a determinate regolamentazioni, ossia clausole di sbarramento, che sarebbe a mio avviso il minimo, per non perdersi in un democraticismo per così dire di corno estensivo, riservando così il diritto di partecipazione alla suddivisione dei resti soltanto ai partiti che abbiano ottenuto un tale consenso, da esprimere almeno un mandato a quoziente pieno, altrimenti - così mi sembra - i raggruppamenti più forti, cioè con un consenso maggiore, risulterebbero penalizzati dalla popolazione, se a questi non si riservasse lo stesso trattamento e quindi per questo accorgimento un domani la presenza dei partiti in questo consesso potrebbe numericamente diminuire e a tal proposito ripeto "potrebbe".

Nel contempo mi chiedo pure se tutto questo non sia anche vantaggioso per un lavoro efficiente, poiché la varietà delle opinioni è garantita in misura ampia anche dai partiti presenti in Consiglio e sono quindi dell'avviso che un simile provvedimento legislativo dovrebbe essere approvato celermente, poiché anche i partiti minori, presenti in Consiglio regionale con un mandato espresso dai soli resti, non avendo raggiunto il quoziente pieno, devono avere naturalmente la possibilità di prepararsi con qualche anno in anticipo, sia procedendo a fusioni con altri raggruppamenti ideologicamente vicini, sia ampliando la loro piattaforma dei consensi, o le strutture di partito.

In ogni caso sarebbe errato sorprenderli e pertanto applaudo al fatto che in questa relazione si parli di tale intento e mi auguro che nei primi mesi dell'anno entrante ci venga sottoposto questo disegno

di legge per la relativa trattazione. Per quanto riguarda il provvedimento sulle indennità di carica a favore dei sindaci, desidero osservare positivamente che il signor Presidente ha menzionato tale iniziativa legislativa e la mia soddisfazione non proviene tanto dal fatto che per lunghi anni ho avuto l'onore di assumere la carica di sindaco, quanto dalla consapevolezza che i settori di responsabilità degli amministratori comunali si trovano in espansione e soprattutto per questo motivo mi sento in dovere di pregare la Giunta che le indennità in parola deroghino sostanzialmente da quelle approvate recentemente dal Parlamento italiano e che abbiamo potuto esaminare sui giornali economici nazionali. Si deve sostenere questo ufficio dotandolo delle rispettive responsabilità, la qual cosa avviene continuamente attraverso la macchina legislativa, rendendosi conto che per offrire determinate prestazioni è necessario dedicare alla cosa pubblica gran parte del proprio tempo ed in questo caso ai sindaci deve essere data una indennità adeguata alla responsabilità che si assumono con tale carica.

Condivido pure la preoccupazione del Presidente per i crescenti attacchi da parte di vari organi alle autonomie locali, nel caso specifico all'autonomia regionale, ma anche le autonomie provinciali delle due Province di Trento e Bolzano non ne sono immuni, nell'ambito di un disegno del crescente neocentrismo, che contraddistingue l'Italia, dal conetto federalista siamo già di per sé molto lontani, ma i fondatori di questa Repubblica italiana, dopo le confusioni della seconda guerra mondiale, hanno fatto valere, previa lunghe e approfondite discussioni, il concetto di una sorta di regionalismo, che è stato nuovamente attaccato ed innacquato ancor prima che potesse assumere forma.

Ora stiamo vivendo nuovamente l'epoca del neocentrismo italiano e noi tutti in particolare, sensibili alle esigenze delle piccole comunità che andrebbero amministrate con autonomia propria, avvertiamo un determinato disagio; nel caso dell'Alto Adige il centrismo è collegato ad altre cose ancora, che non intendo illustrare in questa sede, ma che si riferiscono anche a esigenze giuridico-internazionali, vedi l'accordo di Parigi, nonché a diritti irrinunciabili di un gruppo etnico che è stato strappato in modo discriminatorio e contro ogni principio del diritto dal proprio ambiente naturale, per cui vanta il diritto di tutela speciale che in nessuna parte del mondo, almeno nelle proclamazioni e nel diritto internazionale non è posto minimamente in dubbio, ma purtroppo nel nostro caso ciò non si verifica, poiché non tutti ma singoli partiti, rappresentati in questo consesso e che trovano

le proprie radici nel concetto nazionale, si comportano in loco palesemente in un determinato modo, per assumere poi altri atteggiamenti in sede romana, altrimenti non potrei spiegarmi questi crescenti e feroci attacchi alla nostra autonomia e ai diritti dei sudtirolesi conquistati con fatica, diritti che hanno comunque dimostrato anche in questo consesso che con i loro effetti contribuiscono costruttivamente anche alla formazione di questa comunità.)

PRESIDENTE: La seduta è sospesa. Riprenderemo alle 14.30.

(Ore 12.30)

(Ore 14.39)

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Continua il suo intervento il cons. Hosp.

HOSP: Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich darf dort meine Ausführungen wieder aufnehmen, wo ich mittags stehengeblieben bin, nämlich bei den vom Präsidenten Bazzanella in seinem Bericht beklagten Sorgen betreffend die allenthalben festzustellenden Angriffe auf die Autonomien und ich habe bereits Gelegenheit gehabt, auszuführen, wie sehr eine Art des Neozentralismus, wie man sie derzeit wieder im Staatsbereiche feststellen kann, diesen Autonomien, für die wir glaube ich, ein breites Verständnis haben und die letztendlich für eine sprachliche Minderheit, wie die der deutsch- und ladinischsprechenden Tiroler zwischen Brenner und Salurn überdies eine Aufgabe haben, die damit zusammenhängt, daß wir ansonsten eine Überlebenschöglichkeit gar nicht zu erspähen vermöchten.

Aus diesem Grund teilen wir in ganz besonderem Ausmaße die Sorgen um die Beschneidung der Autonomien, die man eben in zunehmendem Maße feststellen kann und diese spricht - und darin gehe ich mit dem Präsidenten des Regionalausschusses einer Meinung - auch aus seinem Bericht. Ich lege selbstverständlich die Sorge um die Autonomie so aus, daß mir ebenfalls die Provinzautonomie, d.h. in unserem Falle die Autonomie der Provinz Bozen-Südtirol und natürlich parallel dazu gekoppelt die Autonomie der Provinz Trient, in erster Linie Ausdruck einer Sorge bereitet, weil für mich die Provinzautonomie abgeleitet von den internationalen, von den völkerrechtlichen Aspekten, wie dem Pariser Vertrag auf Südtirol bezogen, von dem ich bereits und über dessen

Bedeutung ich bereits die Gelegenheit hatte hier kurz Ausführungen zu treffen und von denen ich bereits besprochen habe, von der Ableitung aus diesen völkerrechtlichen Grundnormen liegt mir an der Vorrangigkeit der Autonomie der Provinzen, aber ich glaube, wenn ich dadurch auch automatisch die Autonomien der Region und wollen Sie mir das nachsehen, als zweitrangig einstufe, so möchte ich es doch nicht verabsäumen, auch dem Präsidenten dahingehend recht zu geben, daß er beispielsweise trefflich anführt, die Bedeutung der Regionalautonomie für den Bereich des gesamten Europas, in das wir hineingestellt sind, insbesondere aber auch für den Bereich der europäischen Zusammenarbeit hinsichtlich kultureller, verkehrstechnischer und auch umwelttechnischer Belange, die sicherlich größere, sogenannte europäische Regionen bedürfen, um geregelt zu werden, bzw. um im Rahmen jenes heute noch sogenannten, aber ich hoffe in absehbarer Zeit zu realisierenden, vereinigten Europa konkrete Formen annehmen zu können.

Ich begrüße selbstverständlich auch - wie es mein Vorredner bereits getan hat - die Absicht nicht nur aber die konkreten Vorarbeiten für die Einführung von 22 Katasterämtern im Anschluss an die bestehenden Grundbuchsämtern und möchte auch, was Südtirol anbelangt, den Regionalausschuß in aller Ernsthaftigkeit ersuchen, die Zweisprachigkeit in diesen Ämtern zu forcieren, noch stärker darauf Gewicht zu legen, als es bisher aus Gründen, die ich hier nicht näher zu erörtern brauche, überhaupt möglich gewesen ist.

Der Präsident spricht in seinen Ausführungen auch die Sorgen an, die er als Auswirkungen hinsichtlich der Wahlvorgänge bezeichnet, auch im Zusammenhang mit der Frage, wie es im Bericht steht, nach der Rechtmäßigkeit der Art und Weise, in der die Volksgruppenzählung vorgenommen wurde. Er spricht hier ohne Zweifel eine Sorge an, die mehr bzw. ausschließlich mit dem Schutz der Südtiroler und mit südtirolspezifischen Autonomie zutun hat und ich möchte hier ohne irgend etwas vorwegzunehmen sagen, daß die Mehrheitspartei der Südtiroler, die Sammelpartei SVP, ganz sicher nicht nachlässig über diese Dinge hinwegdenkt, sondern daß man auch dort darüber nachgedacht hat und auch dort mehr als in anderen Parteien darauf aus ist, friedliche bzw. Mittel zu ersinnen, die die sogenannte friedliche Zusammenarbeit verbessern helfen, nur glaube ich niemals unter Herbeiführung - immer auf Südtirol bezogen - einer sogenannten vierten eigenständigen Gruppe, die aus den Verweigerern der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung allenfalls hervorgehen könnte, sondern wenschon daß man sich gemeinsam darüber Sorgen macht, wie man diejenigen, die aus welchen Gründen immer, zu den

Verweigerern gehören - es sind deren nicht mehr sehr viele - zumindest zu den zivilen...

(Unterbrechung)

HOSP: das ist die übliche Aufmache Kollege Langer, Ihre übliche Aufmache und die Ihres Schreibbügelhalters, weil es waren ja nur etwa 700 Verweigerer, bei allen anderen waren es vielerlei andere Gründe, beispielsweise zählt zu der Zahl 4000 ja auch, und da müssen Sie mir doch beipflichten, diejenigen 1700 Jugendlichen, die die Erklärung gar nicht abzugeben brauchten, weil kurzfristig vor der Volkszählung eine Durchführungsbestimmung richtigerweise bestimmt hat, daß die Eltern von Minderjährigen die Erklärung nicht abzugeben brauchen und mittlerweile sind ja auch noch einige der Verweigerer vernünftigerweise dazu gekommen und haben den Weg zur Erklärung beschritten und sind dadurch natürlich bei Herrn Langer und Konsorten auf ewig gezeichnet.

Aber trotz allem stehe ich nicht an zu behaupten, daß wir für die noch Verbleibenden einen Weg finden könnten, zumindest hinsichtlich der Herstellung ihrer zivilen Rechte, weil es tatsächlich auf die Dauer nicht vertretbar ist, daß sie beispielsweise von gewissen Rechten, wie sie die Verfassung für den Bürger vorgibt ausgeschlossen bleiben, aber ich glaube, daß sind Erfahrungen, die man mit der Praxis gemacht hat, die hätte man sich auch ersparen können, wenn man einigermaßen versucht hätte, redlich den Dingen ihren Lauf zu lassen, aber ich glaube, daß kann man nicht damit erkaufen, bzw. da wird sich die wesentliche Kraft in Südtirol dagegen versperren, wenn man möchte, eine sogenannte künstliche, vierte Gruppe zulassen, hinsichtlich Verteilung jener Agenten, die wir in Südtirol zu verteilen haben. Verzeihen Sie mir diese kleine Ausscherung, aber sie hat doch auch mit dem Gesamtkontext der Autonomie zu tun und war also wahrscheinlich auch in dieser Weise überlegt, im Bericht des Herrn Präsidenten zu entnehmen.

Auch mich hat der Satz des Herrn Präsidenten angesprochen, der da lautet: Mit Recht wurde in diesen Tagen gesagt, daß die wahren Krisen immer solche des Geistes sind. Es hat der Präsident damit sicherlich versucht, gewisse Unbehagensmomente in diese Form des Ausdrucks zu kleiden und man kann ihm da nicht - zumindest nicht beweiskräftig - widersprechen, sondern es bedarf halt für jedes Zusammenleben, angefangen von der Familie bis hinauf zu den höheren Stufen, nun verwaltungs- und gesetzestechnisch gesehen eines Regionalrats, eines Geistes, der zusammenarbeiten will und wir haben hier bisweilen auch in

diesem Hause verdammt hausgebackene Kleinkrisen zu bewältigen, wenn ich daran denke, wie beispielsweise mein Turnschuhkollege, der Herr Franceschini drüben, den ich auf Grund seiner Lässigkeit durchaus respektiere und der sicherlich in die moderne Kategorie der Turnschuhpolitiker hineinfällt, manchesmal in der Früh um halb zehn dasteht und in lässiger Form die Häupter seiner Lieben abzählt und dann zufrieden ist, ja gerade in kindlicher Anmut sich von dannen schleicht, wenn er merkt, daß er das Plenum wieder einmal zum Zusammenbruch geführt hat, in gesetzlichen vollkommener Form.

(Unterbrechung)

HOSP: mit so einem Burschen tät ich ganz anders verfahren, lieber Herr Franceschini..aber lassen wir das dahingestellt sein.

Ich glaube, es ist einfach nicht fair, mit so vielen hier verantwortlich immerhin tätigen Kollegen so zu verfahren, wenn er dann dableibe, dann hätte er recht, aber der junge Herr sucht dann das Weite, fährt irgendwo hin und überläßt uns die Arbeit aber er hat die Genugtuung die Sitzung zur "Sau" gemacht zu haben. Abgesehen davon haben Sie ja ein herrliches Beispiel was dieser junge Turnschuhpolitiker für eine Kinderstube hat.

(Unterbrechung)

HOSP: Ich laß jeden ausreden , Herr Franceschini und erbitte mir das auch von Ihnen, Sie jugendlicher Dampfplauderer, erfahrungsloser.

Ich glaube einmal im Jahr muß man die Gelegenheit haben und deswegen sind ja diese Diskussionen wohl da, muß man auch die Gelegenheit haben, das zu sagen, was einem berührt und das hat mir schon am Herzen gelegen, weil ich das einige Male mitgemacht habe, wobei ich keinem, der die Sitzung aus diesen oder jenen Gründen nicht besuchen kann und wer zählt nicht dazu - auch ich hab manchmal nicht Zeit und entschuldige mich dafür rechtzeitig - es nicht zum Vorwurf machen kann, weil wir ja hier kein Kindergarten sind, glaube ich, der hier Präsenzen abzusitzen hat, sondern weil wir eine Gemeinschaft sind, jeweils nach Auftrag der eigenen Wählerschaft nach den Besten unserer Gemeinschaft zu sinnen.

Der Herr Kollege Langer hat heute ein Menetekel abgezogen und hat sich als ein Ausleger und Kenner des Alten Testaments hier zurechtgerückt und hat versucht, in den ominösen Auslegungen jener

bekanntem Feuerzeichens an der Wand, das schon vor langen, langen Zeiten stattgefunden hat, eine Verbindung zu einer jüngst stattgefundenen Jubiläumsversammlung meiner Partei herzustellen und er hat es natürlich nicht versäumt, dieser Partei wieder einmal in der alten Leier die üblichen Verfehlungen zuzuschreiben, die ihn bzw. seiner politischen Gruppe, und das ist seine Sache, nicht ins Konzept passen. Er hat auch von einer Schwindsucht geredet, weil heutzutage oder derzeit fast nur noch über Kompetenzen gestritten würde und weil derzeit fast nur noch um Durchführungsbestimmungen gefeilscht würde.

Herr Kollege Langer, was bleibt und schon übrig als Südtiroler, als um die Durchführung jener Rechte, mit allen uns gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln anzuhalten? Was bleibt uns schon anderes übrig, als nichts zu unterlassen und die ganze Kraft der Gemeinschaft in die Waagschale zu legen, um mindestens das zu erreichen, was man uns versprochen hat, wobei ich nicht dem Fehler verfallen möchte, wie Sie es in Ihren Ausführungen angedeutet haben, daß wir dann auf einer erfüllten Autonomie sitzen bleiben würden, sondern ich glaube, man muß schon auch der künftigen Generation, der heute jungen Generation, etwas zutrauen, man muß auch der heute jungen Generation zutrauen, daß sie in der Zukunft aus dieser Autonomie, die wir ihr bereiten möchten, etwas machen kann, denn würde man ihr das absprechen, dann wäre das gleichbedeutend damit, dieser künftigen Generation Impulsfähigkeiten, Schaffenskraft und neue Ideen abzustreiten und daß die Autonomie ausgegoren und fertig wäre, wenn die letzten sogenannten Durchführungsbestimmungen erlassen sein werden zu dem jetzigen Autonomiestatut, das glaube ich ist eine Behauptung, die uns zwar oder auch Ihnen zusteht, aber die wir nicht über die Köpfe derjenigen machen können, die künftig das Geschicks Südtirols und mit ihm wahrscheinlich auch noch das Geschick dieser Region mitbestimmen werden, weil es gibt da noch einiges darüberhinaus zu planen und zu verlangen.

Denken wir nur an eine Entwicklung von der Finanzautonomie hin zu einer Finanzhoheit. Denken wir nur daran, daß es auch ganz gut wäre und für jede andere Selbstverwaltung auf der Welt selbstverständlich ist, daß man auch hinsichtlich Polizeihöhe sich wegentwickelt von gewissen noch heute festzustellenden kolonialen Verhältnissen. Die Schwindsucht ist also von Herrn Langer deshalb so bezeichnet worden, weil wir hier und heute nichts anderes täten, als über Kompetenzen streiten und über Durchführungsbestimmungen feilschen.

Ich glaube aber, wir tun damit besser, als daß wir uns über ideologische Streitigkeiten einlassen würden und selber Sie haben

gesagt, Sie würden dem einen oder anderen Sehhilfen erteilen. Auch haben Sie einmal herübergeschaut zu unserem Fraktionsvorsitzenden Alfons Benedikter, aber ich glaube Herr Langer, Sehhilfen können Sie nicht gut erteilen, denn es ist bekannt, daß Sie auf einem Auge, zumindest ideologisch blind sind. Deswegen ist es schon etwas vermessen, wenn Sie von Ihrer Abgeordnetenbank aus in Richtung der SVP von Sehhilfen reden und es ist auch ein Mangel an Verständnis für die Verhältnisse in einer pluralistischen Demokratie, wenn man gleich von Sehschwierigkeiten redet, wenn man bei einem anderen, andere Meinungen vorfindet, zudem noch Meinungen, die von großen Mehrheiten abgedeckt sind.

Wir in Südtirol - aber ich glaube auch alle anderen redlichen Politiker, das betrifft sicherlich auch die Probleme der Provinz Trient, ich möchte davon keinen ausnehmen - kämpfen und streiten immer auf legale Weise, doch um nichts anderes als um Rechte. Ja, warum sollte man das nicht tun dürfen und warum sollte man der Schwindsucht geziehen werden, wenn man nichts anderes tut, als um Rechte zu kämpfen. Sie haben sich als Ausleger des alten Testaments versucht, ich glaube aber es wäre besser, Sie würden auch etwas über das Neue Testament nachdenken, denn dort gibt es einen gewissen Herrn Pontius Pilatus, der sich einmal eine Schüssel hat hinhalten lassen und seine Hände in Unschuld gewaschen hat und so ähnlich kommt es mir vor, benehmen Sie sich und Ihre Gruppe, wenn Sie immerzu Ihre Hände in Unschuld waschen wollen und immerzu nur in den Mehrheitsparteien diejenigen suchen, die gut genug sind herzuhalten für den Unfrieden, den man hier vorgibt, den ich allerdings nicht vorzufinden vermag, für das schlechte Zusammenleben der Gemeinschaften und Sprachgruppen, den Sie ständig predigen und den ich nur ganz vereinzelt feststellen kann.

Kurzum Nepucat-Nezar gegen Pontius Pilatus, das zumindest war die Meinung, die ich mit Ihrer sonderbaren Bibelauslegung verbunden habe. Im übrigen spreche ich Ihnen durchaus ein Kompliment aus, daß Sie sich neben den - übrigens schon längst veralteten und antiquierten - Gedankengütern des Marxismus-Leninismus auch noch mit den Grundbüchern der christlichen Welt dem Alten und möglicherweise - vielleicht lassen wir uns da bei der nächsten Haushaltsdebatte überraschen - auch mit dem Neuen Testament abgeben. Nicht aber, bitte möchten Sie das tun, um neuen Unfrieden zu stiften, sondern nur um zu suchen, ob es nicht darin Anhaltspunkte gäbe, etwas gerechter mit jenen umzugehen, die für nichts anderes als für ihre verbrieften Rechte kämpfen, wie es ein großer Südtiroler, namens Kanonikus Michael Gamper einmal gesagt hat und ich glaube auch, daß wir dadurch einfach auf der Seite des Rechts auf der

stärkeren Seite sind.

Sie haben auch im Parolenschwulst, den Sie meisterhaft beherrschen, ein völlig neues Wort hinzugefügt und in der Semantik sind Sie und Ihresgleichen ja Meister. Ich habe dieses Mal acht Mal - ich kann mich täuschen - das Wort Tendenzschub gezählt. Es ist sicherlich ein sehr modernes Wort, weil heutzutage ohne Schub nichts weitergeht und deswegen mögen Sie auch auf dieses Wort gekommen sein. Tendenzschub hinsichtlich zunehmender Konflikte im Volkstumskampf und dergleichen mehr. Tendenzschübe auch dahingehend, daß sich in der bösen SVP eine Wachablöse anbahnt, aber ich möchte sagen, Kollege Langer, die Wachablöse in der SVP ist zunächst einmal nicht Ihre Sache, überlassen Sie das ruhig der ordnenden Kraft einer großen Partei, sobald sie mit den Dingen konfrontiert ist, unmittelbar konfrontiert ist, ist sie damit immer noch seit 40 Jahren dank weitestgehender Übereinstimmungen auch bei konträrsten Positionen zurecht und fertig geworden.

Sie hat akzetable Lösungen zu bieten, die nicht darauf aus sind, die Selbstaufgabe unserer Volksgruppe herbeizuführen, was ohne Zweifel der Fall wäre, wenn wir vom ethnischen Proporz abwichen, wenn wir beispielsweise die zweite Sprache als Pflichtfach in den Kindergärten zuließen und dergleichen. Wir fahren mit dem heutigen Autonomiestatut, wenn es auch seine Fehlerhaftigkeiten hat und noch nicht in allen Punkten erfüllt ist, in jenen Punkten, die erfüllt worden sind, redlich gut, und wir hätten schon eher Lust darauf, weiterbauen, als uns einem Baukasten gleich diese Autonomie wieder ab- und weggleiern zu lassen und deswegen möchte ich Sie auch ersuchen mit Ihrem zentnerschweren Schlagwort auch in der internationalen Presse etwas zurückzustehen, Apartheid finde ich weder in Südtirol noch sonstwo weitem in Mitteleuropa.

Die ethnischen Käfige sind mir auch noch nie begegnet, das sind nur willkommene Anlässe, um immer wieder zu schüben, die landestypische Perversion, wie Sie den ethnischen Proporz bezeichnen - und jetzt kommt wieder der Kindskopf und glaubt, er hätte die Pflicht mir irgendwo Nachhilfeunterricht zu geben. Diese ganzen Zentnerworte, sehr geehrter Herr Kollege Langer sind angetan...

(Unterbrechung)

HOSP: ...Ja, mich stört das Plakat nicht, bei mir muß er sich auch nicht entschuldigen, bei mir braucht sich der Herr Franceschini sicher nicht entschuldigen, ich entschuldige mich auch nicht bei ihm und ich habe

auch nicht bestritten, daß wenn er abwesend ist, seine Aufgaben wird zu erfüllen haben. Auch ich oder andere Kollegen, wenn sie abwesend sind, haben ohne Zweifel ihre Aufgaben zu erfüllen. Nur die Art und Weise, ein ganzes Plenum um halb zehn Uhr früh zusammenzustürzen zu lassen und dann abzuhausen, das geht gegen den guten Geschmack und gegen die Auffassung der Mehrheit, habe ich den Eindruck...

Herr Langer, und damit möchte ich zum Schluß kommen, diese ganzen Zentnerworte, die ich Ihnen wieder einmal vorgeworfen habe, bewirken, daß ich mich unwillkürlich neben Ihrem Nebukadnezar an Pontius Pilatus erinnert habe, denn trotz all dieses Öl ins Feuer gießen, waschen Sie offensichtlich immer wieder und immer wieder Ihre Hand in Unschuld, die bösen Anderen sind es, nicht die "Anderen Südtiroler", die für den Unfrieden und weiß Gott für welche anderen Unannehmlichkeiten die Schuld tragen.

Und wenn Sie sagen, daß jüngst auch unser Abgeordneter Riz, indem er für die Zusammenarbeit gesprochen hat, die gleiche Meinung vertreten hätte, wie Sie sie vertreten, dann habe ich dem zwar nichts hinzuzufügen, nur eben daß für mich eben alles nur ein alter Hut, denn ohne Zusammenarbeit mit der italienischen Volksgruppe in Südtirol wären wir ja überhaupt nicht so weit gekommen und es hat ja also in dieser Hinsicht - und ich könnte eine Menge von SVP-Politikern aufzählen, die sich in dieser Hinsicht ja schon viel eher, als Sie Herr Langer geäußert haben und es war auch nicht die Meinung des Dr. Riz, daß er damit weiß Gott eine neue Erfindung in die Welt setzen würde, sondern er hat es einmal mehr ausgedrückt, daß es selbstverständlich zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen, die eine ganze Gemeinschaft angehen, wie beispielsweise in Südtirol, alle in Südtirol lebenden Volksgruppen, auch der Zusammenarbeit aller braucht, nur verschließen sich dieser Zusammenarbeit einige politische Kräfte, andere, und das sind noch die schlimmeren, weil ich zumindest bei den Alternativen eine gewisse Grundehrlichkeit feststelle, die anderen sind für mich deswegen schlimmer, weil sie zwar vorgeben, für die Autonomie einzutreten, aber sehr brav - und das trifft für einige Parteien in bewiesenem Ausmaße zu - ihre verlägerten Arme nach Rom strecken und dort irgend etwas posseln, damit es mit den Durchführungsbestimmungen nicht weitergehe, nur weil eben vereinzelte Gruppierungen - insbesondere die sehr fleißigen und vielleicht auch in kluger Form diese Reaktionen abfangenden Neufaschisten - auf einem aufstrebenden Aste sitzen und hier fleißig mitmischen. Daß Sie es tun, ist weitestgehend verständlich, sie haben auf diesen Augenblick gewartet, aber in die Hand gespielt haben ihnen

gewisse anderen Parteien, nicht zuletzt auch die Alternativen oder Neue Linken, oder wie sie morgen heißen werden, die Panikmacher und Benachteiligungspsychologen.

Die SVP habe zugegeben, daß das Autonomiestatut kein Tabu ist, hat der Herr Langer gesagt. Ich glaube, da haben Sie uns mißverstanden, denn Sie wissen ganz genau, daß es eine Reihe von Artikeln im Autonomiestatut gibt, die vom Autonomiestatut und damit vom Verfassungsgeber selbst in eine Zweitrangigkeit versetzt worden sind, bei dessen Verabschiedung - die sind nämlich veränderbar - nicht auf Grund des Weges, wie man Verfassungsgesetze im Parlament verabschiedet, sondern die sind veränderbar durch gegenseitiges Übereinkommen des Autonomieträgers, in diesem Falle also entweder der Region oder der Autonomen Provinz mit der Regierung in Rom und deswegen sind ja praktisch einige Artikel des Autonomiestatutes schon fast zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens im Jahre 1972 außer Kraft gesetzt worden, weil ja damals auch schon die Steuerreform gleichzeitig in Kraft getreten ist, die gesamtitalienische, und damals bereits jene Mittel, die aus der früheren Mietwertsteuer oder der früheren Familiensteuer oder anderen Steuern eingehoben worden sind, gar nicht mehr im Sinne der einzelnen statutarischer Artikel zur Verteilung gelangt worden sind und gewisse andere Steuereinnahmen mehr, sind ebenfalls unterblieben. Somit ist die rechtliche Lage der Finanzartikel nicht so, wie Sie sie geschildert haben, aber ich glaube, da ist ein Berufenerer hier als ich, nämlich unser Fraktionsvorsitzender Dr. Alfons Benedikter, der Ihnen hinsichtlich der Bestandskraft der Finanzartikel des Autonomiestatutes und der übrigen Artikel, an denen wir allerdings kein Jota ändern wollen und es auch nicht dulden, daß man daran rüttelt. ein erhebliches Maß an Unterschieden ist. Die Toponomastik z.B. die liegt weder auf einem anderen Blatt Papier, denn die Toponomastik ist eine Zuständigkeit des Landtages, wie ich es sehe und die werden wir - hoffe ich - doch angehen. Auf jeden Fall sind zwei und sie ist zwischen den normalen Artikeln des Autonomiestatutes und den Finanzartikeln, wie Sie noch wahrscheinlich im Laufe der Diskussion belehrt werden dürften, ein rießiger Unterschied und damit habe ich aufrißweise das eine oder andere zu dieser Debatte beizutragen versucht, wobei es mir bewußt ist, daß es mir genauso geht wie allen anderen Kollegen, es wird bei Haushaltsdebatten, die Generaldebatten sind, über alles, jedes und jeden geredet nur offensichtlich nicht, sehr geehrter Herr Präsident, das spricht für Sie und Ihre Mannschaft, über den Inhalt der Kapitel dieses Werkes, aber ich glaube bei der Kapiteldebatte wird das eine oder das

andere noch zu hinterfragen sein.

Im großen und ganzen aber bekenne auch ich mich zu dieser Aussprache, die nun ein- oder zweimal im Jahr auch hier stattzufinden hat, damit man ganz offen das sagen kann, wenn auch nur in einer beschränkten Zeit, was einem auf dem Herzen liegt und in diesem Sinne darf ich auch jetzt schon aufhören, um noch vielen anderen Kollegen die Möglichkeit zu geben, das ihre zu dieser Debatte beizutragen.

(Illustrissimo signor Presidente, colleghe e colleghi, riprendo le mie esposizioni dal punto della sospensione per l'intervallo di mezzogiorno e cioè avevo affrontato le preoccupazioni espresse nella sua relazione dal Presidente Bazzanella, riguardanti i continui attacchi sferrati alle autonomie e ho già avuto modo di fare presente come nell'ambito dello Stato si possa constatare una accentuata tendenza al neocentralismo, autonomie per le quali possiamo contare su un ampio consenso, ciò dicasi pure per la minoranza linguistica, rappresentata dai tirolesi di lingua tedesca e ladina che vivono tra il Brennero e Salorno, autonomie che hanno ad adempiere ad un'importante compito connesso con la sopravvivenza di tali minoranze, che altrimenti sarebbero destinate a scomparire.

Per questo motivo noi condividiamo particolarmente le preoccupazioni del Presidente per quanto concerne la limitazione di dette autonomie, limitazione che purtroppo si trova in una fase ascendente, la qual cosa risulta pure dalla sua relazione ed in questo punto condivido pienamente l'opinione del Presidente della Giunta regionale. Tale preoccupazione è naturalmente rivolta soprattutto alle due Province, nel nostro caso all'autonomia della Provincia di Bolzano e parallelamente anche a quella della Provincia di Trento, dato che l'autonomia provinciale è dedotta dal diritto internazionale, qual è l'accordo di Parigi riferendosi all'Alto Adige, della cui importanza ho già avuto occasione di parlarne brevemente, per cui per questa deduzione dal diritto internazionale la priorità a mio avviso spetta alle autonomie delle Province, pur rendendomi conto che automaticamente declasso l'autonomia regionale, ma nessuno ne abbia a male, poichè nel contempo desidero fare presente che condivido l'opinione del Presidente che giustamente giudica l'autonomia regionale anche importante per l'Europa, nel cui ambito siamo collocati, ma soprattutto anche per la collaborazione europea sotto il profilo culturale, tecnico dei trasporti e della tutela dell'ambiente, problemi che possono essere risolti soltanto in un maggiore raggio di azione, vale a dire a livello delle

cosiddette regioni europee, dovendosi a tal proposito ricercare concrete forme nell'ambito dell'Europa unita che oggi è soltanto formale, ma che si spera di poter realizzare in un prossimo futuro.

Desidero inoltre esprimere soddisfazione, come ha già fatto l'oratore che mi ha preceduto, per l'intenzione di avviare concretamente i lavori di preparazione per l'impianto di 22 uffici catastali collegati agli uffici tavolari già esistenti e per quanto concerne l'Alto Adige vorrei pregare insistentemente la Giunta regionale di forzare un po' la bilinguità in questi uffici, dando maggior peso a questo requisito, di quanto è stato possibile fino ad oggi fare, per motivi che non desidero esporre dettagliatamente.

Nelle sue esposizioni il signor Presidente affronta anche la preoccupazione per gli effetti, come egli indica, delle operazioni di voto anche in relazione alla questione, come risulta dalle dichiarazioni, di legittimità dei rilevamenti del censimento. Senza dubbio egli esprime una preoccupazione che riguarda esclusivamente la tutela dei sudtirolesi e la specifica loro autonomia e senza anticipare nulla desidero dire che il partito di maggioranza dei sudtirolesi, cioè il partito di raccolta del S.V.P. segue con diligente attenzione queste cose e più che in altri partiti si sta cercando di trovare mezzi pacifici, che possono contribuire a migliorare la pacifica collaborazione, ma non credo, riferendomi sempre all'Alto Adige, istituendo un quarto gruppo composto da coloro che si sono rifiutati a fare la dichiarazione di appartenenza etnica, ma bensì trovando insieme una soluzione per regolarizzare la posizione di questi rinunciatari, che non sono molti...

(Interruzione)

HOSP: Collega Langer questo è il solito cavallo di battaglia suo e dei suoi facinorosi, poichè soltanto 700 cittadini non avevano provveduto alla dichiarazione in parola, per gli altri casi i motivi erano diversi, ad esempio la cifra dei 4.000 conteneva pure 1.700 giovani, anche lei dovrà confermare questo dato, che non dovevano fare alcuna dichiarazione, dato che immediatamente prima del censimento era stata emanata giustamente una norma di attuazione, secondo la quale i genitori di figli minori non dovevano dichiarare nulla per i propri figli ed inoltre alcuni cittadini che si erano rifiutati a fare tale dichiarazione si sono convinti di scegliere la via all'uopo prevista e che per questo loro comportamento risulteranno perpetuamente segnati per

il signor Langer ed i suoi soci.

Ciò nonostante non intendo affermare che per i rimanenti rinunciatarî non si debba trovare una soluzione per ristabilire i loro diritti civili, non essendo a lungo andare sostenibile che siano esclusi da determinati diritti, previsti dalla Costituzione, ma ritengo che queste siano esperienze dettate dalla pratica che si sarebbero potute evitare se si fosse cercato di lasciare libero corso alle cose, ma in ogni modo non è possibile giungere forzatamente alla sua soluzione, contro la quale la forza determinante in Alto Adige inalzerebbe gli scudi, se si ammettesse un quarto gruppo artificioso riguardo la distribuzione degli agenti, peraltro presenti soltanto in Alto Adige. Chiedo scusa per questa divagazione, ma che riguarda comunque il contesto dell'autonomia e quanto esposto nella dichiarazione del signor Presidente è da intendersi probabilmente in questo modo.

Anch'io sono stato colpito dall'espressione del signor Presidente, della quale giustamente in questi giorni è stato detto che le vere crisi sono sempre crisi dello spirito. Il signor Presidente ha voluto cercare di ammantare così determinati momenti di disagio e in questo punto non si può neppure contraddirlo, almeno a sotto il profilo probatorio, dato che per ogni convivenza, iniziando dalla famiglia fino ai livelli più alti amministrativi e legislativi di un Consiglio regionale, si necessita di uno spirito di collaborazione e ogni tanto anche in questo consesso dobbiamo superare piccole crisi "fatte in casa", se penso al mio collega che usa le scarpe da ginnastica, al signor Franceschini che mi siede di fronte e che rispetto per la sua indolenza e che certamente fa parte della categoria moderna degli uomini politici con le scarpe da ginnastica, che al mattino entra in quest'aula e conta talvolta con aria di insufficienza le teste dei suoi cari e si dilegua poi soddisfatto con leggiadria puerile, dopo aver constatato di essere riuscito a sospendere il Consiglio in forma perfettamente legale...

(Interruzione)

HOSP: Con un simile ragazzo userei altri metodi, mio caro signor Franceschini, ma lasciamo perdere.

Ritengo che non sia corretto comportarsi in questo modo con i colleghi responsabili e comunque attivi, se egli rimanesse in aula avrebbe ragione, ma quel giovane si dilegua poi, si reca da qualche parte lasciando a noi il lavoro, ma ha la soddisfazione di aver buttato

"a mare" la seduta. A prescindere da tutto questo, loro stessi possono notare il miglior esempio di educazione che pone in luce questo uomo politico dalle scarpe da ginnastica.

(Interruzione)

HOSP: Personalmente lascio parlare tutti, signor Franceschini, e pretendo questo anche da lei, friggitore d'aria, senza esperienza.

Credo che una volta all'anno si debba avere l'occasione, per questo si svolgono anche simili discussioni, per evidenziare anche momenti penosi e questo mi stava già da molto tempo sul cuore, avendo assistito alcune volte a simili comportamenti, anche se non rimprovero nessuno per la propria assenza, se non può intervenire alla seduta per motivi giustificati - anch'io talvolta non ho il tempo di presenziare la seduta del Consiglio, ma mi giustifico in tempo utile - noi qui non ci troviamo all'asilo, non siamo qui soltanto per far numero, essendo noi un consesso democraticamente eletto, che deve lavorare per il meglio della nostra comunità.

Il collega Langer ha voluto darci oggi dei segni premonitori ed elevandosi ad interprete e conoscitore del vecchio testamento ha cercato di stabilire un collegamento fra le interpretazioni ominose dei noti segni di fuoco sulla parete, che risalgono ai tempi antichi, e l'Assemblea del mio partito, convocata recentemente per il giubileo della sua fondazione e non si è lasciato sfuggire l'occasione di ascrivere a questo partito nella solita e ben nota sequela di soliti errori compiuti, che non si inseriscono nel concetto del suo raggruppamento politico, ma ciò riguarda lui soltanto. Ha parlato inoltre di "male sottile", dato che oggi null'altro si farebbe che confrontarsi sulle competenze e mercanteggiare sulle norme di attuazione.

Collega Langer, che cos'altro ci rimarrebbe, se non pretendessimo con tutti i mezzi legali a nostra disposizione l'attuazione di questi diritti? Che cosa ci rimarrebbe, se non altro di porre sulla bilancia la forza della nostra comunità per raggiungere almeno quanto ci è stato promesso, ma non vorrei incorrere nell'errore, come da lei indicato nelle sue esposizioni, di rimanere inoperoso dopo l'adempimento dell'autonomia, in quanto ritengo che si deve riporre la fiducia nelle future generazioni, nel senso che sapranno in futuro amministrare questa autonomia che oggi noi prepariamo, in quanto negando a queste future generazioni tale fiducia, significherebbe ritenere

queste incapaci a sviluppare nuove idee, sarebbero prive di queste capacità impulsive e creative, significherebbe allora che l'autonomia raggiungerebbe con l'approvazione delle ultime norme di attuazione la fine corsa, - è un'affermazione che spetta a noi oppure anche a lei - ma non possiamo decidere per coloro che dovranno reggere in futuro la sorte dell'Alto Adige e probabilmente anche di questa Regione, poiché molto vi è ancora da progettare e da richiedere.

Consideriamo lo sviluppo dell'autonomia finanziaria fino a raggiungere una sovranità in tale settore. Pensiamo che sarebbe bene e naturale per ogni auto-amministrazione esistente al mondo, che lo sviluppo dovrebbe comportare una sovranità di polizia, dato che oggi sotto un certo profilo esistono in tal senso ancora condizioni coloniali. Il mal sottile è stato così indicato dal cons. Langer, poiché a suo modo di vedere null'altro faremmo che litigare per le competenze e mercanteggiare per le norme di attuazione.

Ritengo che è comunque meglio operare in questo modo che lasciarsi andare in litigi ideologici e lei stesso l'ha affermato che sarebbe disposto a fornire all'uno o all'altro un aiuto per meglio vedere. Lei ha rivolto il suo sguardo al nostro capogruppo Alfons Benedikter, ma credo, signor Langer, che lei non possa fornire questi aiuti, essendo noto che ideologicamente soffre di cecità ad un occhio. E' presuntuoso pertanto se dal suo banco di consigliere osa parlare così all'indirizzo del S.V.P. ed è una mancanza di comprensione per le condizioni esistenti in una democrazia pluralistica parlare di difficoltà nel vedere se non si condivide l'opinione dell'uno o dell'altro o addirittura opinioni che sono coperte dal consenso della maggior parte della popolazione.

Noi in Alto Adige - ma ritengo che ciò riguardi qualsiasi altro uomo politico onesto, ciò riguarda pure i problemi della Provincia di Trento, non desidero escludere nessuno - lottiamo con mezzi legali per null'altro che per i nostri diritti. Per qual motivo non si dovrebbe poter far tutto questo, perché si deve essere tacciati di essere affetti dal mal sottile se null'altro facciamo che lottare per i diritti? Come interprete del Vecchio Testamento lei ha cercato di stabilire un parallelo, ma le consiglio di fare anche delle considerazioni sul Nuovo Testamento, dove si parla di un certo signor Ponzio Pilato che si è fatto portare una brocca d'acqua per lavarsi pubblicamente le mani, dimostrando così la sua innocenza e mi sembra che anche lei assuma talvolta simili atteggiamenti insieme al suo gruppo politico quando desidera lavarsi nell'innocenza le mani, cercando di attribuire le cause

di discordanze ai partiti di maggioranza, che peraltro non constato nella realtà e nella convivenza fra comunità e gruppi linguistici diversi, come lei va propagando, eccezion fatta naturalmente per alcuni casi singoli.

In breve, Nabucodonosor contro Poncio Pilato, questo almeno mi viene in mente nel collegare la sua particolare interpretazione della Bibbia. Del resto le voglio fare un complimento, dato che lei si occupa oltre che del pensiero antiquato e già superato del marxismo e del leninismo anche dei libri fondamentali del mondo cristiano, del Vecchio Testamento e probabilmente - forse ci serberà la sorpresa alla prossima discussione sul bilancio - anche del Nuovo Testamento. La prego però di fare tanto non per creare nuove discordie, ma per cercare di individuare ivi eventuali punti di riferimento, che le suggeriscano di assumere altri atteggiamenti nei confronti di coloro che null'altro fanno che lottare per diritti già suggellati, tanto per usare un'espressione di un grande sudtirolese che si chiamava Canonico Michael Gamper e ritengo che noi ci troviamo dalla parte del giusto, dunque dalla parte del più forte.

Con una eleganza di parole, che magistralmente lei possiede, ha coniato una nuova parola e nella semantica lei ha dimostrato di essere veramente un maestro. Ho notato, potrei anche sbagliarmi, che lei ha usato per ben otto volte la dizione spinta di tendenza. E' certamente una parola moderna perchè oggigiorno nulla procede senza spinte e probabilmente per questo motivo lei ha coniato questa dizione. Spinta di tendenza riguardo crescenti conflitti nella lotta etnica ecc., spinte di tendenza anche nel senso che in seno al cattivo S.V.P. si sta avvicinando il momento del cambio della guardia, ma a tal proposito collega Langer desidero dire che un eventuale cambio della guardia non riguarda lei, lasci questo problema alla forza ordinativa di un grande partito non appena dovrà confrontarsi con queste cose, le ricordo che da 40 anni, grazie al più ampio consenso è riuscito sempre a risolvere i problemi anche in presenza di posizioni assai contrastate.

Il S.V.P. ha da offrire soluzioni accettabili che non tendono ad inventare un compito fine a se stesso al nostro gruppo etnico, la qual cosa accadrebbe senza dubbio nel caso derogassimo dalla proporzionale etnica e se introducessimo la seconda lingua come materia di insegnamento obbligatoria negli asili. Noi continuiamo a lavorare con l'attuale statuto di autonomia anche se presenta determinati errori e non è completato in ogni suo punto e nei punti in cui è stato completato posso dire che si è dimostrato efficace ed avremmo voglia ora di

continuare ad edificare e non di lasciarci togliere questa autonomia come se fosse da paragonarsi a dei cubi di gioco e per questo motivo la desidero pregare di evitare anche sulla stampa internazionale l'uso di quella pesante parola, apartheid, che del resto non esiste nè nel Sudtirolo e neppure nel mitteleuropa.

Pure le gabbie etniche non sono state da me mai notate, per lei sono occasioni per riacutizzare la situazione parlando di perversione tipica provinciale, così lei intende la proporzionale etnica, ed infine questo bambinone crede di avere il dovere di impartirmi una chissà quale lezione. Queste parole pesanti illustre collega Langer si sono spuntate...

(Interruzione)

HOSP: ... non mi disturba quel cartello, egli non deve darmi spiegazioni, il collega Franceschini non deve giustificarsi davanti a me, anch'io non mi giustifico davanti a lui e non ho mai posto in dubbio che la sua assenza non sia collegata ad impedimenti connessi ai suoi compiti. Infastidisce il suo modo di fare porre in crisi alle nove e mezzo del mattino un Consiglio per poi dileguarsi, è una cosa di cattivo gusto e contraria al concetto di maggioranza, almeno questa è la mia impressione.

Signor Langer vengo quindi alla conclusione del mio intervento. Queste parole pesanti, del peso di un quintale che le ho rimproverato, mi hanno fatto ricordare i Ponzio Pilato ed il suo Nabucodonosor, in quanto nonostante lei versi olio sul fuoco, evidentemente lava le sue mani nell'innocenza, sono gli altri i cattivi, non "gli altri sudtirolesi", a creare tensioni e chissà per quali altri disagi ancora sono da ritenersi responsabili.

Se lei afferma che recentemente anche l'on. Riz, parlando di collaborazione, sarebbe della sua stessa opinione, a ciò ho nulla da aggiungere trattandosi per me di un vecchio cappello, in quanto senza collaborazione con il gruppo italiano dell'Alto Adige non saremmo giunti a questo punto ed in tal senso il Dr. Riz non ha inventato chissà che cosa, ma ha espresso tale pensiero in modo più pregnante, potrei a tal proposito citare una serie di uomini politici del S.V.P. che molto prima di lei si erano espressi in questo modo, poichè la collaborazione fa parte dell'adempimento di impegni giuridici, che interessano la collettività, nel caso dell'Alto Adige interessano tutti i gruppi linguistici che ivi risiedono, soltanto alcune forze politiche si

precludono a questa collaborazione e questi sono i peggiori, mentre nel caso della Lista Alternativa constato una certa onestà di fondo, ma gli altri invece sono peggiori perchè fanno intendere di adoperarsi a favore dell'autonomia, allungando poi le proprie braccia verso la sede romana - ciò riguarda alcuni partiti - per bloccare le norme di attuazione, si tratta di singoli raggruppamenti - in particolare neofascisti diligenti e che in forma molto prudente prendono al balzo tali reazioni - che siedono su un ramo contribuendo diligentemente a creare confusione. E' comprensibile che si comportino in questo modo, hanno atteso per molto tempo questo momento, ma sono stati determinati altri partiti e forse anche la Lista Alternativa o la Nuova Sinistra che hanno porto loro il fianco, quelli che producono il panico o la psicologia della sopraffazione.

L'S.V.P. avrebbe ammesso che lo statuto di autonomia non è un tabù, così ha affermato il collega Langer. Credo che lei non ci abbia compreso, poichè lei sa benissimo che lo statuto di autonomia contiene una serie di articoli che sono stati collocati dallo stesso statuto e quindi dalla costituente in secondo piano al momento dell'approvazione, sono quindi articoli modificabili, senza dover seguire l'iter parlamentare riservato alle leggi costituzionali, mediante un reciproco accordo fra il titolare dell'autonomia, in questo caso la Regione o le due Province, ed il Governo romano e per questo motivo alcuni articoli dello statuto sono stati praticamente abrogati ancora nel 1972, quindi già al tempo dell'entrata in vigore dello statuto, dato che nel contempo era entrata in vigore la riforma fiscale, di modo che determinate imposte non sono state mai ripartite secondo gli articoli dello statuto in quanto abolite come le imposte di famiglia e le imposte sugli affitti. Per questo motivo la situazione giuridica degli articoli finanziari non è quella da lei illustrata, ma credo che in quest'aula sieda una persona più esperta di me, il nostro capogruppo, Dr. Alfons Benedikter, che potrà spiegare l'effetto degli articoli finanziari dello statuto di autonomia e di altre norme, ai quali non intendiamo cambiare nemmeno una virgola e non accettiamo che si tenti di modificarli. La toponomastica per esempio è scritta su un altro foglio, essendo questa una competenza del Consiglio provinciale e mi auguro che quanto prima si affronti anche questo argomento. Comunque tra i normali articoli dello statuto di autonomia e quelli finanziari, come probabilmente sarà erudito ancora nel corso della discussione, esiste una grandissima differenza e ho cercato di indicare, se anche soltanto a grandi linee l'una o l'altra cosa pur essendo consapevole di essermi comportato come

altri colleghi, dato che in questi dibattiti sul bilancio si discute di tutto tranne che del contenuto dei capitoli di quest'opera, il che signor Presidente riguarda lei ed i suoi assessori, ma nel corso della discussione articolata si dovranno chiedere l'uno o l'altro chiarimento.

Tutto sommato mi riconosco in questo dibattito che deve aver luogo una o due volte all'anno anche in questa sede, affinché si possa dire chiaramente, se anche in un tempo ristretto, quanto sta a cuore e quindi è mio desiderio concludere il mio intervento per dare la possibilità anche ad altri colleghi ad arricchire questo dibattito).

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Benedikter. Ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Wir haben vor kurzem dem neuen Präsidenten des Regionalausschusses das Vertrauen ausgesprochen, so wie ich dem bisherigen Präsidenten bescheinigen möchte, daß er im besonderen der Südtirolautonomie gegenüber guten Willen gezeigt hat. Wir werden für den Haushalt stimmen, aber das hindert uns nicht daran, daß wir unsere Pflicht erfüllen und von den Erklärungen des Präsidenten, nicht von den Erklärungen des Abg. Langer, ausgehend, sachlich Stellung nehmen. Ich nehme hier also pünktlich Stellung zu konkreten Fragen und zu einzelnen Stellen der Ausführungen des Präsidenten des Regionalausschusses.

Da ist auf Seite 9 die Rede, daß man unter Umständen den Erlaß von Durchführungsbestimmungen nur für die Regionalfinanz verlangen könnte, wenn sich die Verhandlungen über die Neufassung der Finanzartikel des Autonomiestatutes - über die Neufassung, nicht wahr - zu sehr in die Länge ziehen sollten. Ich möchte dazu nur sagen, nachdem ich für die Provinz Bozen verhandle, und zwar zusammen mit dem Präsidenten Angeli, der die Provinz Trient vertritt, daß voraussichtlich diese Verhandlungen in der ersten Jännerhälfte abgeschlossen werden dürften, so daß es zu dieser Sondermaßnahme nicht gelangen braucht.

Allerdings ist zu sagen, daß die Kommission, die Zwölferkommission als solche, seit Juli nicht mehr zusammenkommt. Sie hat sich ja nicht nur mit den Finanzdurchführungsbestimmungen zu befassen, sie hätte sich mit verschiedenen anderen dringenden wichtigen Durchführungsbestimmungen zu befassen, sie ist aber nicht mehr zusammengetreten.

Auf S.33 kündigt weiters der Präsident den Erlaß einer neuen Gemeindeordnung an. Ich habe, glaube ich, voriges Jahr auch zu dieser Ankündigung Stellung genommen und zwar bin ich der Ansicht, daß es keinen Sinn hat, jetzt eine neue Gemeindeordnung zu erlassen, ich meine

als Regionalrat mit seiner sekundären Zuständigkeit. Wenn wir mit unserer sekundären Zuständigkeit die Reform der Gemeindeordnung vorwegnehmen könnten, dann bitte selbstverständlich, das könnten wir aber nur tun, wenn wir die primäre Zuständigkeit hätten. So sind wir darauf angewiesen, daß der Staat eben diese sogenannte Reform endlich herbeiführt und die Grundsätze festsetzt. Wir haben ja mit der ersten Gemeindeordnung der Region, mit der, die hier in Kraft ist, gegenüber dem Staatsgesetz, dem faschistischen, der faschistischen Gemeindeordnung vom Jahr 1934 ja sozusagen alles herausgeholt, was herauszuholen war. Alles nämlich dort, wo wir behaupten konnten, daß die gewissen Grundsätze des damaligen Gesetzes vom Jahre 1934 durch die demokratische, republikanische Verfassung gefallen sind und wir andere Grundsätze voraussetzen konnten. Aber heute hätte es keinen Sinn, neuerdings die neue Gemeindeordnung zu verabschieden, weil, - wie Pototschnig auf der Tagung vom 21./22. Juni gesagt hat -, es nur armselige Anpassungen werden würden. Wir würden nur der Bevölkerung etwas vormachen, als ob wir in der Lage wären, eine echte Reform der Gemeindeordnung herbeizuführen, ohne die staatliche Reform abzuwarten.

Der Präsident hat Recht, wenn er auf Seite 50 sagt, daß die autonomen Provinzen schon längst hätten - nachdem durch Regionalgesetz diese Gemeindefürsorgekörperschaft abgeschafft worden sind - die Aufgaben dieser Gemeindefürsorgekörperschaft auf die einzelnen Gemeinden oder Gemeindeverbände endgültig übertragen und entsprechend ordnen sollen. Er hat Recht, daß hier ein Versäumnis vorliegt, das selbstverständlich unbedingt innerhalb dieser Legislaturperiode sobald als möglich nachgeholt werden muß.

Auf den Seiten 52 u. 53 ist die Rede von der im Koalitionsabkommen vorgesehenen Durchführung der Durchführungsbestimmungen hinsichtlich der Sozialvorsorge. Gemäß den Durchführungsbestimmungen vom Jahr 1978, im Sinne des Art. 6 des Autonomiestatutes, in dem allerdings nur eine sogenannte drittrangige Gesetzgebungsgewalt vorgesehen ist, sollten die sozialen Vorsorgekörperschaften und auch die Unfallversicherungskörperschaft, die heute halbstaatliche Körperschaften sind, verselbständigt werden, so daß sie auf diese Weise autonom verwaltet werden könnten. Ich bin nicht einverstanden, wenn der Herr Präsident sagt, daß es da verschiedene Schwierigkeiten gibt und daß das noch gut überlegt werden muß und daß wir uns inzwischen mit gewissen Anpassungen begnügen wollen, damit diese Körperschaften besser funktionieren. Wenn wir noch weiter zögern, etwas zu tun, dann vergeht die Legislaturperiode und wir werden gar

nichts erreichen, denn eine Änderung des heutigen Zustandes erreichen wir nur, wenn wir diese Anstalten, diese Körperschaften verselbständigen. Die Errichtung eines autonomen Landesinstitutes für Sozialvorsorge mit der Aufgabe, die Zuständigkeiten des nationalen Institutes zu übernehmen, hätte sicher den Vorteil - ich sage: sicher den Vorteil - daß viele Verfahren über einen eigenen örtlichen Verwaltungsrat mit denselben Zuständigkeiten des römischen Verwaltungsrates schneller abgewickelt werden könnten, da dieser Verwaltungsrat zum Unterschied vom gesamtstaatlichen ja nur für die örtlichen Belange zuständig wäre. Schon das wäre ein Fortschritt. Ich weiß, daß dieses verselbständigte Institut oder diese Anstalt sich im großen und ganzen sowieso wieder an das Staatsgesetz halten müßte, denn die Region könnte mit der drittrangigen Gesetzgebung nur Anpassungen vornehmen. So kann man annehmen, daß die oft auftretenden Schwierigkeiten in der Einhaltung der Zweisprachigkeit, z.B. unter anderem auf allen Vordrucken, überwunden werden könnten. Heute kann das Institut in Bozen eben nicht von selber handeln. Wenn es verselbständigt wird, kann das Problem an der Wurzel, bei der Ausarbeitung der Vordrucke und EDV-Programme, gelöst werden. So könnten z.B. auch heuer wieder, nach so langer Zeit, die auftretenden wesentlichen Verzögerungen bei der Gewährung der Leistungen vermieden werden.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die seinerzeitigen wechselseitigen Krankenkassen von Bozen und Trient besser und gut funktioniert haben, besser als die heutigen Institute, besser als eben der schwerfällige Apparat der gesamtstaatlichen und halbstaatlichen Verwaltung. Diese Erfahrung, die also mit diesen Provinzkrankenkassen gemacht worden ist, spricht für die Zweckmäßigkeit der Errichtung autonomer Landesinstitute.

Ich komme auf Seite 85, wo der Präsident, nachdem er neuerdings betont hat, daß die Autonomie verteidigt werden muß, sagt, daß dieser delikate Bau sonst kein anderes Schicksal als den Verfall und geradezu den Ruin hätte. Ja, sicher, nur muß ich feststellen, daß dies Worte sind und die Taten den Worten noch nicht gefolgt sind. Im Gegenteil, und da muß ich jetzt die Gelegenheit ergreifen und auf alle Vorträge verweisen, die vor kurzem auf der Tagung vom 21./22. Juni hier in Trient gehalten worden sind. Der Regionalausschuß veranstaltete diese Tagung und es ging um die Nachbarschaftsverhältnisse zwischen Italien und Osterreich. Es sind dazu eine Reihe von Universitätsprofessoren eingeladen worden und man hat, wenn man diese Reden durchliest, die glaube ich ja an alle verteilt werden, den Eindruck, daß diese Tagung

veranstaltet worden ist, um die Südtirolautonomie zu bekämpfen. Ich nehme Bezug auf die Erklärungen, auf den Vortrag von Prof. Pototschnig und auch im besondern auf jenen des Völkerrechtlers der Universität Triest, Connetti. Darin sind zwar auch Feststellungen, die durchaus stimmen, enthalten. Wenn es aber um die Südtirolerautonomie geht, da wird eingestimmt in den Chor der Argumente, die derzeit auf gesamtstaatlicher Ebene gegen die Südtirolerautonomie gang und gäbe sind und die eben auch zu den Aktionen der Neufaschisten und der Kommunistischen Partei Italiens geführt haben, wie die Beschlüßanträge im römischen Parlament für die Abschaffung wesentlicher Bestimmungen des Autonomiestatutes.

Ich kann mich jetzt selbstverständlich nicht mit allen Stellen befassen, jedoch möchte ich auf gewisse Äußerungen besonders von Prof. Pototschnig und auch von Prof. Connetti hinweisen. Herr Pototschnig sagt, daß die beiden Provinzen durch die Reform, durch das neue Autonomiestatut, das am 20. Jänner 1972 in Kraft getreten ist, in jeder Hinsicht Regionen geworden sind. Er sagt, daß im neuen Autonomiestatut die auch förmliche Anerkennung enthalten ist, daß der Art. 116 der Verfassung, der die Spezialregionen betrifft, auch praktisch für die Provinzen an der Stelle gilt, an der es heißt: Diesen Regionen werden besondere Formen und Bedingungen der Autonomie zuerkannt. Er sagt, jede Provinz wird eine Region und daß in den Gesetzen - so wie es jetzt üblich ist - , in den Staatsgesetzen, in denen die Regionen im allgemeinen und dann die Provinzen Bozen und Trient genannt werden, die Region Trentino-Südtirol nicht mehr als zuständig erklärt wird, weil sie nicht aufscheint. Er befaßt sich dann mit der Tatsache, daß die Region aber trotzdem übriggeblieben, trotzdem aufrecht geblieben ist und was das für ein merkwürdiges Gebilde ist. Er kommt zu dem Schluß, daß es sich um eine Pflicht handelt, um einen Zwangsverband zwischen den beiden Provinzen, der sich mit der Gesetzgebung auf gewissen Sachgebieten befassen muß. Die beiden Provinzen werden gezwungen, gewisse Funktionen gemeinsam auszuüben, durch eine ganz sonderbare, eine Parallelorganisation, wie er sagt, welche auf beiden Landtagen, die gemeinsam beschließen, aufbaut. Jedoch und jetzt kommt es, diese Reform von 1971 hat der Region Ordnungsfunktionen zuerkannt, wie eben die Gemeindeordnung, die Handelskammerordnung, die Ordnung der Sanitätskörperschaften usw.

Diese Zuerkennung von Ordnungsfunktionen sei nicht zufällig, sondern das sei auf das Wort im Originaltext - der Originaltext des Pariser Vertrages ist ja der englische - das sei auf das Wort "frame"

zurückzuführen, das irrtümlicherweise als "geographischer Rahmen" für die Autonomie übersetzt worden ist. Also ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Behauptung, dieser Standpunkt, der ja auch von Italien bei den Vereinten Nationen vorgetragen worden ist, überwunden worden ist. Dies erfolgte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen, die in ihren Resolutionen vom 31. Oktober 1960 und dann in der darauffolgenden Resolution von 1961 davon ausgeht, daß der Status des deutschsprachigen Elementes in der Provinz Bozen-Bolzano durch einen in Paris am 5. September 1946 unterzeichneten Vertrag zwischen Österreich und Italien geregelt ist. Mit diesem Vertrag wird eine Regelung getroffen, die den deutschsprachigen Einwohnern jener Provinz die volle Gleichberechtigung mit den italienischsprechenden Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutze des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteils zugesteht, d.h. daß die Vereinten Nationen in aller Form festgestellt haben, daß eben der Pariser Vertrag als solcher sich insgesamt - Art. 1, 2 und 3 und nicht nur der Art. 1 - mit dem Status des deutschsprachigen Elementes in der Provinz Eozen befaßt. Das Wort "frame", das englische Wort "frame" ist also zu verstehen - wie es in allen Wörterbüchern, ob man vom klassischen Oxford Wörterbuch ausgeht oder von allen Wörterbüchern der englischen Sprache oder des Amerikanischen - als ein Wort für Gerüst in seinen vielfältigen eigentlichen und übertragenen Bedeutungen, "ein tragendes Gebälk, Gestell, Kerngericht, Strukturgrundlage", also kein "geographischer Rahmen" sondern eben "das tragende Gerüst, die tragende Ordnung eines Grundplanes, eines gesetzlichen Status". Das hätte z.B. ein Pototschnig zur Kenntnis nehmen können, wenn er wissenschaftlich vorgeht.

Pototschnig stellt dann eben fest, daß sich die Provinz laufend regionaler Zuständigkeiten bemächtigt hat und weiter stellt er fest, daß Art. 56 des Autonomiestatutes den Sprachgruppen - bitte, nicht nur der deutschen Sprachgruppe - eine gewisse Befugnis einräumt, Landesgesetze anzufechten. Ebenso gibt Art. 84 den Sprachgruppen die Befugnis, den Haushalt anzufechten, ebenso können Landtagsabgeordnete als Vertreter der Gruppe, wenn die Mehrheit der Landtagsabgeordnete einer Gruppe einverstanden ist, den Haushalt bei der autonomen Verwaltungsgerichtsbarkeit anfechten. Er sagt dann, daß diese Befugnisse der Gruppen, mit der sie einen eigenen Status erhalten, mit der sie als Gruppe eigene Rechte erhalten, über die Verfassung hinausgehe und welches die Legitimierung der Sprachgruppe ist, solche öffentliche Befugnisse auszuüben. Er sagt z.B., daß diese Sprachgruppen aus ihrem

Begriff heraus nicht Träger der Allgemeininteressen sind, sondern Träger der Gruppeninteressen. Selbstverständlich sind sie Träger der Gruppeninteressen, der Interessen der Sprachgruppe. Als ob die Tatsache, daß eine Gruppe, daß Landtagsabgeordnete auch als Träger von Befugnissen für den Schutz der Sprachgruppe auftreten können, gegen die Verfassung verstoßen würde und als ob das etwas durchaus abwegiges wäre.

Auch in diesem Zusammenhang sagt dann Connetti: Die in Kopenhagen zwischen den beiden Außenministern erreichte Übereinkunft hinsichtlich des Operationskalenders bezieht sich nur auf den Operationskalender und nicht auf den Inhalt des Operationskalenders, nicht auf das, was man als Paket bezeichnet. Daher ist das Paket in keiner Weise international völkerrechtlich gesichert - um es kurz zu sagen.

Er bemüht sich, strengt sich hier furchtbar an, nachzuweisen, daß das Paket eine rein interne Angelegenheit Italiens sei, so wie von beiden behauptet wird, daß es den Pariser Vertrag nicht gebraucht hätte, denn das Diskriminierungsverbot sei sowieso im Art. 3 der Verfassung enthalten. Über die Diskriminierung, über das Verbot der Diskriminierung hinaus Sondermaßnahmen zu treffen, sei ja auch im Art. 3 enthalten, in dem es heißt, soziale Gebilde müßten gefördert werden, so daß die Gleichheit aller - unabhängig von der Sprache usw. - sozusagen auch tatsächlich vollzogen werden könne. Es bräuchte eigentlich den Pariser Vertrag nicht.

Es ist eben diese Tendenz da und die ganze Tagung hat die gleiche Tendenz, die man gegenüber den Slovenen hat. Man hat ja erreicht, daß das Londoner Memorandum von 1954 abgeschafft worden und an dessen Stelle der Vertrag von Osimo getreten ist, der nicht mehr Bezug nimmt auf Verpflichtungen Italiens gegenüber Jugoslawien zum Schutz der Slovenen. Man beruft sich vielmehr auf die allgemeinen Grundsätze des Minderheitenschutzes, wie er in den Menschenrechtspakten usw. und in der italienischen Verfassung enthalten ist. Also das ist die Tendenz !

Bitte, es ist mir selbstverständlich klar, daß es jedem Professor unbenommen bleibt, seinen Standpunkt so gut es geht auch wissenschaftlich zu vertreten, aber daß wir eine Tagung in Trient unter der Ägide der Region veranstalten, auf der diese Thesen, diese Standpunkte, offiziell vorgetragen werden, von Professoren wissenschaftlich vorgetragen werden, ist mir nicht klar. Z.B. wurde auch zum Ausdruck gebracht - und das von Völkerrechtlern - daß das Paket selbstverständlich in keiner Weise eine internationale Verpflichtung

sei.

Wir wissen, daß gemäß den Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1960 und 1961 Verhandlungen zwischen Italien und Österreich stattgefunden haben, bei denen eben das Paket und der Operationskalender ausgearbeitet worden sind, die dann von der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei am 22./23. November 1969 gebilligt wurden, Paket und Operationskalender. Die Vorschläge gehen davon aus - das muß gesagt werden - daß die Rechtsauffassungen Österreichs und Italiens über die Durchführung des Pariser Abkommens vom 5. September 1946 aufrechtbleiben, daß die verschiedenen Standpunkte aufrechtbleiben. Jedoch unabhängig von dieser Meinungsverschiedenheit über den Rechtsgrund der Durchführung des Paketes wurde zwischen Österreich und Italien ein Einvernehmen hergestellt - ich betone das, weil ich noch auf eine völkerrechtliche Regel zurückkomme -, daß nämlich die Beendigung des bestehenden Streites und die völkerrechtliche Wirksamkeit des Vertrages die ordnungsgemäße Verwirklichung der im Paket vorgesehenen Maßnahmen für Südtirol voraussetzen. Laut Vertrag sind dann eventuelle weitere Streitigkeiten über die Durchführung des Pariser Vertrages dem Haager Gerichtshof unterworfen. Dieser Standpunkt ist auch von Italien so angenommen worden.

Jedoch sagt eben sowohl Pototschnik als auch Connetti: Nein, das Paket bildet keine Verpflichtung Italiens gegenüber Österreich. Es handelt sich da um Völkerrechtler, die eigentlich wissen müßten, daß Italien mit Gesetz vom 12. Februar 1974 Nr. 112 die Wiener Konvention - weil sie in Wien anläßlich einer Konferenz vereinbart worden ist - über das Recht der Verträge ratifiziert hat. Diese Konvention ist somit auch für Italien bindend. Auf S. 74 heißt es u.a. : Auslegung der Verträge. Ein Vertrag muß ausgelegt werden in gutem Glauben auf Grund der allgemeinen Tragweite, den man den Worten des Vertrages in ihrem Zusammenhang und auch im Hinblick auf den Gegenstand und auf ihren Zweck eben nach einem allgemeinen Wortverständnis zuschreibt, d.h. daß über den Wortlaut des Vertrages als solchen hinaus, diesem Rechnung getragen werden muß und daß jede weitere Vereinbarung zwischen den Parteien dieses Vertrages über die Auslegung des Vertrages oder über die Durchführung der im Vertrag enthaltenen Bestimmungen Bestandteil des Vertrages bildet.

Jede weitere Praxis, die in der Durchführung des Vertrages gehandhabt wird, mit welcher zwischen den Parteien das Einvernehmen festgestellt wird hinsichtlich der Auslegung des Vertrages, glaube ich - d.h. ich bin überzeugt -, sind Bestandteil des Vertrages. Auf diese

Weise ist das Paket, und zwar zusammen mit dem Art. 89 , zusammen mit dem Art. 100, zusammen mit dem Proporz, zusammen mit der Gleichstellung der deutschen Sprache, die in der Region als offizielle Sprache anerkannt wird, also diese Bestimmungen des neuen Autonomiestatutes sind gemäß dem Völkerrecht in aller Form Bestandteil auch des Pariser Vertrages und damit völkerrechtlich gewährleistet.

Dagegen sagt Connetti, daß die Anwendung der internen italienischen , von Seiten Italiens bisher bereits fast vollständig hinsichtlich des Pakets getroffenen Maßnahmen keine internationale Verpflichtung darstellt, sofern der Pariser Vertrag nicht etwas dazu aussagt.

Ich schließe hiermit, indem ich zum Ausdruck bringe, daß wenn wir - die beiden Provinzen und die Region - gemeinsam die Autonomie, die tatsächlich bedroht ist, verteidigen wollen, das nicht nur durch Erklärungen im Regionalrat erfolgen kann, sondern durch tatsächliche Handlungen, indem z.B. auch offiziell im Regionalrat und ebenso im Landtag gegen alle diese Angriffe Stellung genommen wird. Diese Angriffe laufen nur darauf hinaus, die Autonomie entweder ihrer internationalen, völkerrechtlichen Garantie zu berauben oder sie auszuhöhlen, um eben das zu verhindern, was heuer auf der Tagung in Rom am 21./22. Jänner gesagt worden ist, daß eben die Autonomien, ob Spezialautonomien oder Normalautonomien, herabgemindert werden auf den Status von Großgemeinden.

Noch kurz - ich habe nicht die Absicht, Stellung zu den Ausführungen des Abg. Langer zu nehmen. Abg. Langer fühlt sich - also das möchte ich kurz sagen - fühlt sich als Menetekel und irgendwie bis zu einem gewissen Punkt möchte ich ihm sogar recht geben, daß er ein Menetekel darstellt. Ich möchte sogar sagen, es wäre zum 12. Mai nicht gekommen, wenn es nicht dieses Menetekel Langer gegeben hätte. Langer sagt dann auch - und das sei eines der größten Eigentore, das die Südtiroler Volkspartei eben geschossen hätte - daß wir uns widersetzen , den Unterricht der zweiten Sprache nicht schon in den Kindergärten zuzulassen.

Herr Langer, Sie beziehen sich immer wieder auf das, was bei den Vereinten Nationen als Verletzung der Menschenrechte hingestellt wird. Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß die große Mehrheit der Vereinten Nationen, die ja aus Staaten, großen, kleinen und kleinsten Staaten der Dritten Welt gebildet ist, einen Berichterstatter ernannt hat, dessen Bericht vom viertwichtigsten Organ der Vereinten Nationen, dem Wirtschafts- u. Sozialrat, genehmigt worden ist. Dieser Bericht soll

vom Generalsekretär der Vereinten Nationen verbreitet werden, indem er an alle Regierungen, an alle Organisationen jeglicher Art, die mit den Vereinten Nationen irgendwie zu tun haben, gesandt wird, und zwar als Vorbereitung von Grundsätzen, die die Vereinten Nationen demnächst in ihrer Eigenschaft als Organ, das auch Völkerrecht herausbildet, verabschieden sollen.

Ich lese nur folgenden Absatz dieses Berichtes: "Zweisprachige Erziehung - das soll weltweit gelten für die sogenannten einheimischen oder autochthonen Bevölkerungen - zweisprachige Erziehung muß in der Erziehung in der einheimischen Muttersprache bestehen, soweit wie möglich durch einheimische Lehrer von derselben Volks- und Sprachgruppe erfolgen - haben wir im Art. 19 - solange, bis die Kenntnis der Muttersprache einschließlich Lesen und Schreiben..... erworben worden ist. Dieser Unterricht sollte allgemein wenigstens während der gesamten Grundschule andauern und nur wenn eine solide Grundlage erworben worden ist, sollte behördlich die Amtssprache als zweite Sprache oder Fremdsprache dazu unterrichtet werden. Unterricht in der Amtssprache sollte erst in den darauffolgenden Stufen erfolgen." So soll es nach Ansicht des viertwichtigsten Organs der Vereinten Nationen, das für diese Dinge zuständig ist, weltweit gelten.

(Recentemente abbiamo espresso al nuovo Presidente della Giunta regionale la fiducia e desidero certificare al Presidente uscente che per quanto riguarda l'autonomia sudtirolese in particolare egli ha dimostrato buona volontà. Noi voteremo a favore del bilancio, ma ciò non ci impedisce ad adempiere al nostro dovere, prendendo oggettivamente posizione in merito alle dichiarazioni del Presidente e non a quelle del cons. Langer. Intendo quindi prendere puntualmente posizione su alcune questioni concrete e singoli passi della relazione del Presidente della Giunta.

A pag. 9 si parla che a certe condizioni si potrebbe richiedere l'emanazione delle norme di attuazione, che riguardino soltanto la finanza regionale, qualora le trattative per la nuova formulazione del nuovo articolo finanziario dello Statuto di autonomia dovesse protrarsi ancora per lungo tempo. A tal proposito desidero affermare, dato che sono io a condurre le trattative per la Provincia di Bolzano, insieme al Presidente Angeli, che rappresenta la Provincia di Trento, che probabilmente queste trattative si concluderanno entro la prima metà di gennaio, per cui non sarà necessario richiedere questa norma particolare.

Si deve tuttavia dire che la Commissione dei 12 come tale non si riunisce più dal mese di luglio. Questa non deve soltanto occuparsi delle norme finanziarie, dovrebbe affrontare anche altre urgenti ed importanti norme di attuazione, ma non è stata più convocata.

A pag. 33 il Presidente annuncia inoltre un nuovo ordinamento dei comuni. Mi sembra che già l'anno scorso abbia avuto modo di prendere posizione su questo annuncio e cioè sono dell'opinione che non ha senso che il Consiglio regionale con sua competenza secondaria approvi ora un nuovo ordinamento dei Comuni. Se con questa nostra competenza potessimo anticipare la riforma dell'ordinamento dei comuni, sarei senz'altro d'accordo, ma ciò sarebbe possibile soltanto se possedessimo la competenza primaria. Stando alla situazione attuale dobbiamo attendere lo Stato, che egli provveda finalmente a questa riforma, stabilendo i principi fondamentali.

Con la prima riforma attuata dalla Regione, che è attualmente in vigore, abbiamo assunto dalla legge statale, dall'ordinamento fascista dei Comuni del 1934 tutto quanto che per noi era attuabile. Abbiamo assunto tutto di quanto potevamo affermare che determinati principi fondamentali della legge del 1934 erano caduti con l'avvento della Costituzione democratica e repubblicana, presumendo altri principi. Oggi però non avrebbe senso approvare il nuovo ordinamento dei Comuni, poiché, come ebbe ad affermare nel corso della conferenza del 21-22 giugno Pototschnig, riusciremmo soltanto ad attuare alcuni poveri aggiustamenti. In tal caso daremmo alla popolazione soltanto l'impressione di essere nella condizione di riformare l'ordinamento dei Comuni, senza dover attendere la riforma nazionale.

Il Presidente a pag. 50 afferma giustamente che le Province autonome avrebbero dovuto già da tempo trasferire definitivamente i compiti dei disciolti ECA ai singoli comuni o loro consorzi, regolamentando tali funzioni, dato che questi enti erano stati eliminati con legge regionale. Egli ha ragione ad affermare che si è in ritardo e ciò va recuperato non appena possibile ancora entro questa legislatura. A pag. 52-53 si parla inoltre dell'accordo di coalizione che prevede l'attuazione di norme concernenti la previdenza. Ai sensi delle norme di attuazione dell'anno 1978 e dell'art. 6 dello Statuto di autonomia, in cui è previsto tuttavia un potere legislativo terziario, gli enti previdenziali ed anche l'I.N.A.I.L., che attualmente sono enti parastatali, dovrebbero essere resi autonomi, dimodoché si possano amministrare autonomamente. Non concordo con il Presidente quando egli afferma che a tal proposito esistono diverse difficoltà e che il tutto

debba essere meglio considerato e che nel frattempo dobbiamo accontentarci con determinati adeguamenti per far meglio funzionare questi enti. Se noi indugiamo ulteriormente passerà anche questa legislatura e non riusciremo a ottenere nulla, poiché un mutamento delle attuali condizioni potrà essere raggiunto soltanto rendendo indipendenti questi istituti, questi enti. Un istituto provinciale autonomo per la previdenza, con il compito di assumere le competenze dell'istituto nazionale, sarebbe senz'altro di grande vantaggio, dato che molte procedure di competenza del Consiglio di amministrazione, potrebbero essere definite celermente da un consiglio di amministrazione locale, munito degli stessi poteri di quello romano, dato che questo consiglio di amministrazione dovrebbe occuparsi unitamente delle esigenze locali, a differenza di quello nazionale, che deve provvedere alle necessità dell'intero territorio. Già questo sarebbe un progresso. Sono a conoscenza che questo istituto cosiddetto autonomo dovrebbe attenersi più o meno comunque alla legislazione statale, poiché la Regione con il suo potere legislativo terziario potrebbe attuare soltanto adeguamenti. Si può così supporre che le difficoltà sorte per rispettare la bilinguità, ad esempio su tutti gli stampati, potrebbero essere superate. Oggi l'istituto di Bolzano non può agire in proprio. Se diventasse autonomo il problema potrebbe essere risolto alla radice, al momento dell'approntamento degli stampati e dei programmi di informatica. In questo modo si riuscirebbe ad esempio evitare essenziali ritardi, come si sono verificati anche quest'anno, nelle varie prestazioni.

E' sempre stato indicato che le casse mutue di malattia di Bolzano e Trento hanno sempre funzionato bene, meglio degli attuali istituti, meglio dell'apparato pesante dell'amministrazione nazionale e parastatale. Questa esperienza che era stata fatta con le casse mutue provinciali testimonia la finalità dell'istituzione di istituti provinciali autonomi.

Vengo ora a pag. 85, dove il Presidente, dopo aver nuovamente sottolineato che l'autonomia deve essere difesa, afferma che diversamente questa costruzione delicata andrebbe incontro a nessun'altra sorte che alla decadenza ed alla rovina. Certamente ma devo constatare che queste sono parole, ma non sono seguiti i fatti. Anzi, a tal proposito devo cogliere l'occasione per accennare a tutte le relazioni svolte recentemente nella conferenza del 21-22 giugno a Trento. La Giunta regionale organizzò questa conferenza sui rapporti di vicinato tra l'Italia e l'Austria. Sono stati invitati molti professori

universitari e leggendo i vari interventi, che saranno distribuiti a tutti, si evince l'impressione che questa conferenza sia stata organizzata per avversare l'autonomia sudtirolese. Mi riferisco alle dichiarazioni contenute nella relazione del prof. Pototschnig ed in particolare a quella svolta dal giurista di diritto internazionale dell'Università di Trieste, dal prof. Connetti. Ivi si riscontrano constatazioni rispondenti anche alla realtà. Ma quando si tratta dell'autonomia sudtirolese si affermano in un coro unanime gli argomenti, che attualmente si usano a livello nazionale contro l'autonomia della Provincia di Bolzano e che hanno prodotto le iniziative dei neofascisti e del P.C.I., come le mozioni al Parlamento romano per l'abrogazione di essenziali norme dello Statuto di autonomia.

Non posso affrontare naturalmente tutti questi punti, ma desidero indicare determinate espressioni in particolare del prof. Pototschnig e del prof. Connetti. Il prof. Pototschnig afferma che le due Province, grazie alla riforma entrata in vigore con il nuovo statuto di autonomia il 20 gennaio 1972 sono diventate in ogni senso regioni. Egli afferma che lo Statuto di autonomia contiene anche il formale riconoscimento che l'art. 118 della Costituzione, riguardante le regioni a statuto speciale, ha valore anche praticamente per le Province ove recita: A queste Regioni si riconoscono particolari forme e condizioni di autonomia. Egli continua quindi che ogni provincia diviene così una regione e che nelle leggi dello Stato - come si è soliti a fare - in cui si menzionano le regioni in generale e le province di Trento e Bolzano, la Regione Trentino-Alto Adige non viene più dichiarata competente, in quanto non menzionata. Egli affronta poi il dato di fatto che la Regione è rimasta comunque viva, ciò che la rende una struttura assai curiosa. Conclude poi il suo intervento che si tratta di un dovere, di un tetto coercitivo tra le due Province, che deve legiferare in determinate materie. Le due Province sono costrette ad esercitare insieme determinate funzioni, tramite una particolare organizzazione parallela, come egli afferma, che è basata sui due Consigli provinciali che deliberano comunemente. Tuttavia, ed ora vengo al punto, questa riforma del 1971 ha riconosciuto alla Regione funzioni di ordinamento, come appunto l'ordinamento dei comuni, della Camera del commercio, degli enti sanitari ecc.

Questa attribuzione di funzioni ordinarie non è avvenuta in modo casuale, ma il motivo va ricercato nel testo originale dell'accordo di Parigi, che è stato redatto in lingua inglese, dove si usa la parola "frame" che, erroneamente, è stato tradotto come "cornice geografica"

per l'autonomia. Dunque senza prendere atto che questa affermazione, questo punto di vista è stato fatto notare anche dall'Italia davanti alle nazioni unite è già stato superato. E ciò è avvenuto attraverso l'assemblea generale dell'ONU che nelle sue risoluzioni del 31 ottobre 1960 ed in quella successiva del 1961, che ha presupposto come lo stato dell'elemento di lingua tedesca nella Provincia di Bozen-Bolzano risultasse regolamentato da un accordo firmato tra Austria ed Italia a Parigi il 5 settembre 1946. Con questo accordo si regolamenta di riconoscere agli abitanti di lingua tedesca di quella provincia la piena parificazione con gli abitanti di lingua italiana nell'ambito di particolari misure a tutela del carattere etnico e dello sviluppo culturale ed economico della parte di popolazione di lingua tedesca, vale a dire che le Nazioni Unite hanno stabilito in tutta forma che l'accordo di Parigi come tale comprende gli articoli 1, 2 e 3 e non soltanto l'art. 1, occupandosi dello stato dell'elemento di lingua tedesca nella Provincia di Bolzano. La parola inglese "frame" è quindi da interpretarsi, come lo si trova in tutti i vocabolari, in quelli classici di Oxford o in tutti gli altri vocabolari della lingua inglese o americana, come struttura nei suoi vari essenziali e traslati significati, "una struttura portante, impalcatura, nocciolo, base di una struttura", dunque non si tratta di una "cornice geografica", ma della "struttura portante l'ordinamento portante di un progetto di fondo, di uno stato giuridico". Di tale particolare Pototschnig avrebbe potuto tenerne conto, se intendeva procedere scientificamente.

Pototschnig constata inoltre che la Provincia si appropria correntemente di competenze regionali e che l'art. 56 dello Statuto di autonomia riconosce ai gruppi linguistici - dunque non soltanto al gruppo linguistico tedesco - una certa funzione di impugnare leggi provinciali. Anche l'art. 84 concede ai gruppi linguistici la facoltà di impugnare il bilancio e così anche i consiglieri provinciali, quali rappresentanti del gruppo interessato, possono provvedervi, se la maggioranza dei consiglieri provinciali appartenenti ad un gruppo linguistico fossero favorevoli, ebbene in tal caso anche i consiglieri provinciali possono impugnare il bilancio davanti alla giustizia amministrativa. Egli afferma inoltre che queste potestà dei gruppi, con le quali ottengono un proprio stato, vale a dire che acquisiscono propri diritti come gruppo supererebbe addirittura la Costituzione che rappresenta la legittimazione del gruppo linguistico nell'esercizio di simili pubbliche potestà. Egli afferma ad esempio che questi gruppi linguistici per il loro concetto non sono titolari dell'interesse

generale, ma titolari degli interessi di gruppo. Naturalmente sono titolari degli interessi di gruppo, cioè degli interessi del gruppo linguistico, come se il fatto che un gruppo, che i consiglieri provinciali anche come titolari della potestà di tutelare un gruppo linguistico venissero a trovarsi così operando in contrasto con la Costituzione e come se tale azione potesse risultare digressiva.

Anche a tal proposito Connetti afferma: l'accordo raggiunto a Copenhagen tra i due ministri degli esteri sul calendario operativo si riferisce soltanto a quest'ultimo e non al suo contenuto, non a quanto si indica come pacchetto. Per questo motivo il pacchetto non risulta in nessun modo ancorato al diritto internazionale, tanto per dirlo in breve.

Egli si premura, con non pochi sforzi a dimostrare che il pacchetto è da considerarsi una questione meramente interna dell'Italia come entrambi affermano, per cui non sarebbe stato necessario l'accordo di Parigi, dato che il divieto di discriminazione sarebbe già di per sé contenuto nell'art. 3 della Costituzione. L'art. 3 della Costituzione prevede per altro al di là del divieto testè menzionato la facoltà di emanare norme speciali nel punto dove si legge che si devono favorire strutture sociali onde attuare la parità fra tutti i cittadini indipendentemente dalla lingua ecc., per cui l'accordo di Parigi in sostanza non sarebbe stato a tal proposito indispensabile.

Si è palesata quindi la tendenza che ha impregnato l'intera conferenza, di atteggiamento assunto nei confronti degli sloveni. Si è riusciti ad abrogare il memorandum di Londra del 1954, sostituendolo con l'accordo di Osimo che non si riferisce più agli impegni dell'Italia nei confronti della Jugoslavia in materia di tutela degli sloveni. Si fa un esplicito riferimento ai principi fondamentali della tutela delle minoranze, come contenuto nei patti per i diritti dell'uomo ecc. e nella Costituzione italiana. Dunque questa è la tendenza!

Per me è naturalmente chiaro che ogni professore è libero di sostenere per quanto possibile anche scientificamente il proprio punto di vista, mentre non mi è chiaro che si organizzi una conferenza a Trento sotto l'egida della Regione, in cui si illustrano ufficialmente ed in modo scientifico da professori questi tesi e punti di vista. Ad esempio è stato anche posto in luce, e ciò da esperti di diritto internazionale, che il pacchetto non costituisce in nessun modo un impegno internazionale.

Sappiamo che ai sensi delle risoluzioni dell'assemblea generale delle Nazioni Unite degli anni 1960-61 si sono svolte

trattative tra l'Italia e l'Austria, nel corso delle quali sono stati elaborati il pacchetto ed il calendario operativo, approvati poi dal congresso provinciale del S.V.P. nei giorni 22 e 23 novembre 1968. Le proposte partono dal presupposto, ciò va detto, che i concetti giuridici austriaci e italiani sull'attuazione dell'accordo di Parigi del 5 settembre 1946 rimangono inalterati e fermi i rispettivi punti di vista. Tuttavia indipendentemente da questa diversità di opinioni sul motivo giuridico dell'attuazione del pacchetto l'Austria e l'Italia hanno concordato - sottolineo questo particolare, perché ritornerò sulla regolamentazione ai sensi del diritto internazionale - che la conclusione dell'attuale vertenza e l'efficacia internazionale dell'accordo premettono l'attuazione a sensi degli ordinamenti delle norme contenute nel pacchetto a favore dell'Alto Adige. Stando all'accordo eventuali e ulteriori vertenze sull'attuazione dell'accordo di Parigi sono soggette alla Corte internazionale di Haag. Questo punto di vista è stato accolto anche dall'Italia.

Tuttavia Pototschnig come pure Connetti affermano: no, il pacchetto non costituisce nessun impegno dell'Italia nei confronti dell'Austria. Trattasi di esperti di diritto internazionale che dovrebbero sapere che l'Italia ha ratificato con legge del 12 febbraio 1974, n. 112 la convenzione di Vienna, così denominata in quanto concordata a Vienna in occasione di una conferenza, convenzione che riguarda il diritto degli accordi. Questa convenzione è vincolante anche per lo Stato italiano. A pag. 74 di tale documento si legge fra l'altro: interpretazione degli accordi. Un accordo deve essere interpretato in buona fede sulla base della portata generale, che si ascrive alle parole dell'accordo, in relazione allo stesso e anche in relazione all'oggetto e scopo secondo la generale intelleggibilità della parola, vale a dire che al di là della lettera dell'accordo come tale si deve tener conto di tutto questo e che ogni ulteriore accordo tra le parti, per l'interpretazione dell'accordo stesso o per la sua attuazione delle norme ivi contenute, costituisce parte integrante di quanto convenuto.

Ogni ulteriore pratica a cui si ricorre nell'attuazione dell'accordo, con cui tra le parti si conviene l'interpretazione, credo cioè ne sono convinto, fa parte integrante dell'accordo. In questo modo il pacchetto, ivi compresi l'art. 89, l'art. 100, la proporzionale, la parificazione della lingua tedesca, che in Regione è riconosciuta come lingua ufficiale, dunque queste norme del nuovo Statuto di autonomia sono formalmente secondo il diritto internazionale parti integranti dell'accordo di Parigi e pertanto garantite a livello internazionale.

A tanto controbatte Connetti che l'applicazione di misure interne italiane, cioè l'attuazione quasi completa delle norme riguardanti il pacchetto operata da parte dell'Italia non rappresenta un impegno internazionale, dato che l'accordo di Parigi nulla afferma a tal proposito.

Concludo il mio intervento facendo presente che, se noi, le due Province e la Regione, intendiamo difendere insieme l'autonomia che è effettivamente minacciata, il Consiglio regionale e i Consigli provinciali devono prendere posizione contro questi attacchi, che mirano o a togliere all'autonomia la sua garanzia internazionale oppure a svuotarla e per evitare tutto questo si è svolta a Roma il 21, 22 gennaio una conferenza in cui è stato affermato che le autonomie, sia quelle speciali o a statuto ordinario, sono declassate allo stato di comuni metropolitani.

Ancora brevemente. Non ho intenzione di prendere posizione in merito alle esposizioni del cons. Langer. Il cons. Langer, lo dico brevemente si sente come un segno premonitore ed in certo qual senso gli voglio dare addirittura ragione, perché egli è un segno premonitore. Vorrei dire che non saremmo mai giunti al 12 maggio, se questo segno premonitore Langer non fosse mai esistito. Langer afferma pure che ci contrapponiamo all'insegnamento della seconda lingua sin dalla scuola materna e che ciò rappresenta uno dei più gravi autogol del S.V.P.

Signor Langer lei si richiama spesso a questo dato di fatto che le Nazioni Unite indicano come lesione dei diritti dell'uomo. Desidero nuovamente ricordare che la stragrande maggioranza delle Nazioni Unite, formata da paesi grandi piccoli e dei più piccoli stati del terzo mondo ha nominato un relatore, la cui relazione è stata approvata dal 4° organo in ordine di importanza delle Nazioni Unite, dal Consiglio economico e sociale. Questa relazione deve essere divulgata dal segretario generale delle Nazioni Unite, mediante invio a tutti i governi, ad organizzazioni di qualsiasi genere che trovansi in certo qual modo connessi alle Nazioni Unite, come lavoro preparatorio dei principi fondamentali che le Nazioni Unite dovranno approvare prossimamente nella loro qualità di organo, che produce il diritto internazionale.

Leggo soltanto il seguente passo di questa relazione: "Educazione bilingue - deve valere in tutto il mondo per le cosiddette popolazioni autoctone - l'educazione bilingue deve consistere nell'educazione nella madrelingua, per quanto possibile per mezzo di un maestro autoctono, appartenente allo stesso gruppo etnico e linguistico

- questo concetto è espresso nel nostro art. 19, finchè la conoscenza della madrelingua, ivi compreso leggere e scrivere ecc., sia completamente acquisita. Questo insegnamento dovrebbe perdurare in linea generale almeno per tutto il corso di studi elementare e soltanto quando sarà acquisita una solida base, si dovrà ufficialmente insegnare la lingua ufficiale come seconda lingua o lingua straniera. L'insegnamento della lingua ufficiale dovrebbe avvenire soltanto nei successivi gradi di istruzione". Secondo il 4° organo in ordine di importanza delle Nazioni Unite, competente in materia, queste indicazioni dovrebbero acquisire valore mondiale).

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Rella. Ne ha facoltà.

RELLA: Signor Presidente, cari colleghi, rinuncio a ripetere quanto affermato sul ruolo della Regione e sulla posizione del mio e degli altri partiti, espressa 20 giorni or sono, in occasione dell'elezione del Presidente della Giunta regionale e sui quali temi ogni sette giorni, in quest'aula, ognuno ribadisce le proprie posizioni con la monotonia del calendario.

Del resto nella relazione della Giunta regionale, cioè nelle dichiarazioni del suo Presidente, non vi sono considerazioni o proposizioni nuove al riguardo, che motivino un riesame della tematica generale del ruolo dell'ente Regione, semmai più pregnanti e propositive avrebbero dovuto essere nei documenti accompagnatori del bilancio le risposte alla considerazione sul calo di credibilità della Regione presso l'opinione pubblica e di una progressiva disaffezione della gente. Se cala il consenso, noi osserviamo, vi sarà certamente una responsabilità di chi l'ha gestita. Nemmeno in questo bilancio, pur in presenza di alcune sottolineature delle carenze dell'attività dell'ente, troviamo un solo momento di autocritica da parte di chi governa la Regione.

Eppure la stessa Giunta regionale riconosce, a partire dalla situazione finanziaria e dalle difficoltà operative conseguenti, che si è giunti al livello di guardia, con ritardi nei rapporti col Governo al di là di ogni limite lecito, ridotti alla politica del lesinare, sono queste affermazioni testuali che mi auguro non verranno polemicamente rinfacciate a una durezza di giudizio da parte del P.C.I. Tanto è che la Giunta regionale giunge a paventare di vedersi costretta, dopo 12 anni, a chiedere di definire in proprio la norma finanziaria.

Ma questo, signor Presidente della Giunta regionale, se mi

segue, la definizione della norma finanziaria è un atto dovuto, previsto dallo Statuto, non una possibilità residuale da muovere quasi ad avvertimento altrui.

Riteniamo perciò, come abbiamo puntualmente sottolineato ad ogni scadenza principale, che per tale definizione la Regione debba muoversi subito, certamente concordando con le Province la strategia di fondo, ma comunque deve agire con tempestività.

Un credito di 63 miliardi e 700 milioni, sugli 83 miliardi e 510 milioni della competenza è pari all'80%, ma sottolineiamo che i residui attivi ammontano a 76 miliardi e quindi pari al 92, 93% dell'intero bilancio e costituisce un blocco potenziale dell'attività totale per tutto l'esercizio. Se occorre l'esposizione sulle Province, a far sopravvivere la Regione in questa situazione asfittica, salita a 49 miliardi, non vi è dubbio che ciò intacca la capacità e il ruolo della Regione e che porta alla politica della lesina passiva, ad una politica ben diversa da quella attiva del rigore.

Il deficit è calato da 8 miliardi e mezzo a due miliardi; noi sottolineiamo come fatto positivo questa riduzione, ma siccome ciò è in buona parte casuale e strutturale, è dovuto al fatto che nell'86 non ci saranno tornate elettorali di competenza della Regione, il problema dell'emergenza e della strozzatura delle funzioni regionali rimane.

Primo e principale impegno quindi deve essere quello di rompere il cerchio e di superare la barriera fraposta alla Regione, penalizzata in pieno dalla mancata definizione della norma finanziaria, a differenza delle Province che comunque anche con l'attuale normativa transitoria sono garantite e ben dotate.

Poc'altro, egregi colleghi, dice in sé il bilancio che voteremo stasera ed opportunamente il Presidente della Giunta regionale, nelle sue dichiarazioni, si è soffermato sull'elencazione dei problemi e sui disegni di legge in corso o in fase di elaborazione.

La parte centrale riguarda l'ordinamento dei comuni, che comprende otto temi principali, l'autonomia statutaria, l'elezione diretta del sindaco, il sistema dei controlli, le forme di collaborazione intercomunale, la definizione delle funzioni degli enti locali, i servizi di tesoreria, lo status degli amministratori, il sistema elettorale regionale e comunale. Non si tratta di novità, sono cinque o sei anni che questi, come altri otto temi ora sottolineati dal Presidente, si annunciano come iniziativa.

Ma per qualcuno in particolare si verifica l'altalena delle spinte e delle ritirate nelle varie stagioni politiche e in questo

spirito ci pare di dover leggere anche l'intervento del collega e capogruppo della S.V.P., il quale sottolineando che la Regione dispone di una competenza concorrente e non primaria in tema di ordinamento delle autonomie, afferma che merita rinunciare all'adozione di una propria iniziativa di riforma dell'ordinamento, in quanto ci troveremmo costretti a rincorrere la definizione della normativa che adotteranno i due rami del Parlamento.

Non è al riguardo importante tanto il fatto che siamo in presenza di un testo concordato e unitario definito dalla Commissione bicamerale e già depositato per il voto al Senato, che traccia le linee definite in oltre dieci anni di confronto su questi temi, è importante semmai ricordare che più volte da parte della Provincia autonoma di Bolzano sono state assunte iniziative, sulle quali la Provincia, - possiamo parlare delle due Province o della Regione - disponeva di competenza non primaria e sulle quali vi sono state anche forzature rispetto all'impostazione delle leggi di ordinamento generale. Potrei ricordare al riguardo il fatto più clamoroso delle iniziative assunte dalla Provincia di Trento, relativamente alla elezione di un organo di un nuovo livello nell'ordinamento locale, non previsto dalla Costituzione e questa è la forzatura che giustamente si è trovata in conflitto con la norma a cui doveva attenersi.

Molte sono state sul piano generale, sul piano politico, sul piano ordinamentale le forzature adottate in questi anni nei confronti delle stesse competenze, oppure i ritardi, ed ecco dove trova origine questa altalena delle spinte e delle ritirate nelle varie stagioni politiche.

Per cui riteniamo necessario che questo processo, relativo alla ridefinizione dell'ordinamento delle autonomie debba essere sviluppato, certamente tenendo conto dell'impostazione di carattere generale data a livello nazionale dalla Commissione bicamerale e assunta con un'adesione unitaria.

In ogni caso ci troveremo semmai a dover adeguare successivamente, in quelle particolarità di conflitto, la nostra normativa, ma proprio per ricordare che i tempi della riforma nazionale sull'ordinamento delle autonomie, così come quello sulla riforma della finanza locale, sono lunghissimi ed è dell'altro giorno la sottolineatura delle associazioni che si occupano delle autonomie e la denuncia dei tempi troppo lunghi anche per quanto concerne la attuazione della nuova normativa nazionale.

Quindi credo che su questa strada dovremmo proseguire, però

sulla questione dell'ordinamento dell'autonomia vorremmo fare un paio di osservazioni, in primo luogo sull'elezione diretta del sindaco, Osserviamo che rispetto a un certo interesse, espresso da un vasto fronte delle forze politiche a livello nazionale, che ha visto modificate anche delle posizioni, tra le quali quelle del P.C.I., che è sempre stato nettamente contrario a un'ipotesi di questo tipo, ma che ha ridefinito la propria posizione, motivandola ampiamente e credo sia nota a tutti; in vista di questa modificazione dell'ordinamento, vorremmo sottolineare che per quel che riguarda la nostra Regione, la nostra particolare situazione, l'ipotesi di un'elezione diretta del sindaco rappresenta un pericolo, a nostro giudizio in particolare in Alto Adige, là dove l'elezione diretta rischia di diventare un'ulteriore occasione e tassello di esasperazione di tipo nazionalistico, quando più che su temi politici e sociali si verrebbero a determinare schieramenti per il sindaco tedesco o ladino o il sindaco italiano.

E' un tema questo molto delicato, oltretutto non è su questa strada che si compie un progetto e processo di più definita democrazia ed efficienza, così anche sul ricorrente tema della riforma del sistema elettorale, sulla barriera cosiddetta di tipo tedesco.

A nostro giudizio è un progetto questo non nuovo delle due forze maggiori che mira a quei premi di maggioranza che va a solo loro vantaggio, assorbendo i voti delle forze minori, voti preziosi e forze minori preziose nell'articolazione democratica della nostra piccola, quanto complessa realtà.

Vorremmo essere chiari a questo riguardo, noi confermiamo che non accetteremo la modificazione dell'assetto e del rapporto proporzionali che garantiscono le regole del gioco democratico previsto dalla Costituzione. Prendiamo perciò atto positivamente del più prudente procedere della Giunta su questo terreno e della sua dichiarazione esplicita di voler ripensare questo tema in un più approfondito e generale confronto con tutte le forze politiche.

Così nel campo dell'assistenza e della previdenza confermiamo la nostra opposizione ad ogni progetto di provincializzazione degli istituti previdenziali e assistenziali. Ci pare di cogliere tendenze differenziate all'interno della maggioranza e perciò anche una più prudente opposizione della Giunta. Ma al di là del rischio di un enorme e insopportabile appesantimento della situazione finanziaria che deriverebbe, a nostro giudizio, dalla provincializzazione degli enti e dal rischio di trasformare anche questi settori in enormi ulteriori carozzoni clientelari, posto che di esperienze di peggioramenti dai

filtri dell'autonomia ne abbiamo non poca, confermiamo la nostra proposta che da anni formuliamo. Non desideriamo istituti provincializzati, ma iniziative atte a garantire un più efficiente e fluido funzionamento tra le sedi locali e la sede centrale, dell'INPS in particolare, al servizio dell'esigenza della popolazione locale e diciamo no quindi a carrozoni nuovi.

Pare che ci sia in tal senso una nuova e miglior disponibilità della Giunta regionale e quindi ancora una volta ne prendiamo atto. Del resto di simili contraddizioni e ripensamenti positivi ricca è la recente vita di questo Consiglio. Ricordo ad esempio il rifiuto della maggioranza, l'incomprensibile rifiuto della maggioranza per l'indizione di una conferenza regionale sul credito che avevamo proposto due mesi fa e la presenza oggi della stessa proposta nelle dichiarazioni del Presidente e nella relazione della Giunta regionale.

Per altri aspetti troviamo invece una sola pura elencazione di problemi senza proposte accompagnatorie; è il caso di un fantomatico riordino degli enti comunali di assistenza, sui quali la Regione non ha più competenza in materia, avendole delegata alle Province. Non riusciamo quindi a comprendere il significato dell'annuncio di un'iniziativa per il riordino degli enti di assistenza, dato che si parla anche degli ECA, delle IPAB, ma che significato ha tutto questo? L'elencazione dei problemi o di intenzioni per titoli non è sufficiente.

Esprimiamo invece un giudizio positivo per le iniziative e l'azione che è in corso sul catasto geometrico numerico, importante anche ai fini della futura autonomia impositiva, per la cui adozione sappiamo quanto sia già in corso a livello parlamentare.

Sottolineamo infine la necessità di un'iniziativa attorno alla questione dell'accordino.

A nostro parere non basta giustificare, in queste relazioni, la volontà di puntare sulla qualità degli scambi a fronte del blocco dei volumi degli scambi attorno ai 64 miliardi definiti per l'85 e immutati per l'anno 1986.

A noi pare non accettabile riconfermare da anni in bilancio inalterato l'impegno finanziario per l'attività dell'apposito comitato, poichè questa particolare, preziosa funzione e competenza della Regione merita un'iniziativa attiva.

Spazi quindi, Presidente e colleghi, ce ne sono e sono spazi vivi, la loro utilizzazione dipende dalla volontà politica, dal superamento di posizioni che sono spesso rigide e dipende anche dal coinvolgimento del Consiglio nel ruolo attivo della Regione.

Non da oggi le Giunte regionali e i loro Presidenti concludono le loro dichiarazioni e relazioni con la volontà di fare "un tuffo nel piano europeo", con iniziative in particolare nelle associazioni e loro attività dell'arco alpino. Noi concordiamo sulla opportunità e sulla necessità di tali iniziative, anche se notiamo stridere l'incapacità di risolvere in modo progressivo la convivenza all'interno della Regione da parte di chi propone le iniziative di convivenza e di collaborazione a livello europeo, ma rileviamo in particolare che mai il Consiglio regionale è stato coinvolto, sia preventivamente, per fornire indirizzi sulle iniziative, come a posteriori con l'informazione su computers, che i consiglieri apprendono spesso solo dalla stampa. Questioni strutturali quindi, iniziative settoriali, vita piena e democratica dell'istituzione, sono i cardini sui quali si muove il nostro giudizio, che pur rilevando qualche tenue novità positiva che abbiamo sottolineato, rimane critico e negativo sulla rinuncia dell'ente ad affrontare il ruolo attivo e le iniziative della Regione in questi tempi, che sono particolarmente impegnativi anche sullo stesso piano della positiva convivenza tra i gruppi.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Achmüller. Ne ha facoltà.

ACHMÜLLER: Erlauben Sie, daß ich am Beginn meiner Ausführungen ganz kurz auch zu dem was Abg. Langer gesagt hat, Stellung nehme.

Abg. Langer hat die Frage aufgeworfen, indem er sich vor allem zur SVP gewandt hat, wo die heutige Autonomiebegeisterung sei, wo die anfängliche positive Grundstimmung sei und wo ein überzeugendes Ziel noch festzustellen sei. Nun, Abg. Langer ist sehr viel in der Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt und ich muß ihm sagen, daß die Darstellung der Autonomie aus seiner Sicht nicht gerade dazu beigetragen hat, die Begeisterung für dieselbe zu erhöhen.

Ich will mich jetzt aber nicht in eine Polemik einlassen. Die Antwort auf seine Frage ist die: Unser Ziel bezüglich Autonomie war das Los von Trient, was 1957 verkündet und inzwischen auch erreicht worden ist. Wir haben heute eine neue und eine bessere Autonomie erreicht, die auch der Abg. Langer im großen und ganzen mitakzeptiert, und er hat auch lobende Worte dafür gefunden. Heute geht es darum, diese Autonomie zu verwirklichen und dies ist sicher nicht ein sehr leichtes Unterfangen. Dazu braucht es nicht so sehr eine Euphoriestimmung - die anfängliche Euphoriestimmung ist vielleicht abgeklungen und das ist bei der Verwirklichung jeden Projektes so - bei der Durchführung braucht es mehr

Sachverstand und Verantwortungsbewußtsein.

Es geht uns darum, dafür zu sorgen, daß die Menschen in unserem Lande, im ganzen Gebiete dieser Region einen relativen Wohlstand haben, daß sie in Frieden miteinander leben können und daß hier Recht und Gerechtigkeit gewahrt werden, daß die jungen Leute heute einen Arbeitsplatz bekommen, daß sie die Möglichkeit einer Ausbildung haben, die eine Zukunft gibt, daß den einzelnen, die nicht über das Notwendige zum Leben verfügen, ein Mindesteinkommen gewährleistet wird, daß die sanitäre Betreuung gewährleistet wird und ähnliches.

Ich gebe zu, daß es bei der Verwirklichung der Autonomie und insbesondere gewisser Bestimmungen auch Schwierigkeiten gibt, die zu Reaktionen geführt haben, vor allem zu Reaktionen in der italienischen Bevölkerung Südtirols. Solange nur Durchführungsbestimmungen in Kraft getreten sind, die den wirtschaftlichen Bereich betreffen haben, die auch im wesentlichen eine Verbesserung der finanziellen Situation gebracht haben, hat es kaum Schwierigkeiten gegeben. Erst als jene Bestimmungen in Kraft getreten sind, die im speziellen den Schutz der ethnischen Minderheiten beinhaltet haben, ist eine gewisse Kritik aufgekommen, eine gewisse Oppositionsstimmung gegenüber der neuen Autonomie. Die italienische Bevölkerung fühlte sich in zunehmendem Maße benachteiligt, diskriminiert, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, in gewissem Sinne auch von Rom verraten. Aus dieser Sicht sind die Reaktionen sicherlich auch verständlich, verständlich auch deshalb, weil es sich um einen Abbau von Privilegien gehandelt hat, die bisher oder bis dahin vorhanden gewesen sind, und ein Abbau von Privilegien ist ein schmerzlicher Prozeß. Nur können wir aus dem Grund, weil dies schmerzlich ist, jetzt nicht auf Rechte, die uns zustehen, auf den Proporz etwa, verzichten. Der Grund dafür liegt darin, daß wir der Ansicht sind, daß dieses System im Grunde auch gerechter ist, als die Situation vorher, als die Handhabung vorher, waren doch 80 oder 90% der Stellen und der Wohnungen der italienischen Volksgruppe zugefallen. Wir sind der Meinung, daß, wenn die Autonomie als Statut von beiden Seiten, von seiten der Minderheit und von seiten des italienischen Staates akzeptiert worden ist, man auch dazu stehen muß, und zwar auch in den Details unter der Devise: "pacta servanda sunt". Das gilt natürlich für alle und nicht nur für gewisse Bestimmungen. Ich bin im übrigen der Meinung, daß diese Bestimmungen sicherlich, wenn man es für notwendig befinden sollte, auch abänderbar sind. Warum denn auch nicht? Nur bestehen wir darauf, wenn es zu Abänderungen kommen sollte, daß diese mit unserer Zustimmung erfolgen. Es geht nicht an, wenn einfach über

unsere Köpfe hinwegentschieden wird. Dann kann man mit einer Abänderung unsererseits nicht einverstanden sein und Abg. Langer darf sich nicht wundern, daß wir dann unsere Zustimmung zu diesem Paket eben irgendwie in Frage stellen.

Abg. Langer hat weiters den Vorwurf gemacht, daß wir zu keinem Abschluß kommen wollen. Wir haben viel eher den Eindruck, daß man von Rom aus nicht zu einem Abschluß kommen will, denn wir sind der Meinung, je schneller man dort weitermacht, desto schneller kommen wir zu einem Abschluß. Die Durchführungsbestimmungen zur Gleichstellung der deutschen Sprache sind nun schon seit über 2 Jahren in der Schublade des Ministerratspräsidiums, obwohl sie einstimmig von der Zwölferkommission verabschiedet worden sind. Ich glaube hier wird evident, wo die Verzögerungen liegen. Hier kann man nicht uns Verzögerungstaktik vorwerfen. Also man mache in Rom weiter und man wird schneller zu einem Abschluß kommen. Unsere Anstrengungen werden auf alle Fälle dahin gehen, die noch offenen Probleme so rasch wie möglich einer zufriedenstellenden Lösung zuzuführen. Wir werden aber natürlich weiterhin die Rechte, die wir uns bis heute gesichert haben, gegenüber Rom verteidigen. Dies zu Langer und nun zum Bericht des Präsidenten.

Ich bin der Meinung, daß es sich wohl um eine umfassende, aber in seinem Inhalt nüchterne und realistische Betrachtung der Dinge handelt. Präsident Bazzanella baut keine Luftschlösser, verfällt nicht in den Fehler mancher seiner Vorgänger, von einer neuen Region zu träumen, welcher nach Ansicht mancher dieser Vorgänger unbedingt eine neue Identität gegeben werden müsse. Bazzanella läßt auch durchblicken - und das ist auch tatsächlich so -, daß heute die eigentliche politische Macht ja nicht bei der Region liegt, sondern bei den Provinzen. Dieser Umstand hat ja im Grunde auch den personellen Wechsel im Präsidium des Regionalausschusses notwendig gemacht.

Bazzanella hat auch das politische Gespür dafür, daß sich eine neue Zusammenarbeit zwischen den Trentinern und den Südtirolern auf einer anderen Ebene zu entwickeln beginnt, wo vielleicht eine bessere Aussicht auf Erfolg besteht, als im Rahmen der Region, nämlich zwischen den beiden Provinzen. Dort ist man von vornherein gleichberechtigt. Dort braucht niemand zu befürchten, daß er vom andern bevormundet oder überstimmt wird, und dort kann jeder seine Unabhängigkeit wahren. In diesem Sinne ist sicherlich auch der Besuch von Präsidenten Angeli beim Landeshauptmann Magnago zu interpretieren, bei welchem der Wille zu einer besseren Zusammenarbeit zum Ausdruck gekommen ist.

Auch die von Präsident Bazzanella zitierte Konferenz über das

Thema: "Die Alpen und die EWG-Agrarpolitik", an welcher hochrangige Vertreter beider Provinzen teilgenommen haben, war sicherlich ein Beispiel dafür, wie fruchtbare und konstruktive Zusammenarbeit gepflogen werden kann. Nach diesem Vorbild ließen sich ähnliche Veranstaltungen und Initiativen gemeinsamen Interesses auch in anderen Bereichen, wie Kultur, Wirtschaft und - wie Sie angedeutet haben - im Transportwesen und Umweltschutz und ähnlichem, durchführen. Die Mitarbeit der beiden Provinzen innerhalb der Arge-Alp ist gewiß auch dazu angetan, diese Zusammenarbeit zu fördern, weil auch hier beide Provinzen auf eine gleiche Ebene gestellt werden.

Wenn sich nun - wie ich annehme - die Zusammenarbeit zwischen den Südtirolern und den Trentinern mehr auf die Provinzebene verlegen wird, so heißt das nicht, daß wir uns nicht auch Gedanken machen sollen über die Rolle und die Zukunft der Region, was ja heute zur Debatte steht. Die Region ist nun einmal auch Mittel der Autonomieregelung und sie hat darin auch eine eigene Funktion.

In diesem Rahmen - in dem ihr gesetzten Rahmen - hat sie sicherlich ein Recht darauf, in die Lage versetzt zu werden, den ihr vorbehaltenen Aufgaben nachzukommen. Und wenn ich sage in diesem Rahmen, dann verstehen wir von der SVP darunter folgendes: Keine neuen Kompetenzen für die Region auf Kosten der Provinzen.

Ich hoffe, daß die Trentiner Kollegen für diese unsere Haltung nach den negativen Erfahrungen, die wir in früheren Jahrzehnten mit der Region gemacht haben, Verständnis haben. Wenn die Region aber in die Lage versetzt werden soll, den ihr vorbehaltenen Aufgaben in zufriedenstellender Weise nachzukommen und diese zu erfüllen und auch die einzelnen Sachgebiete entsprechend zu verwalten, dann müssen die notwendigen Finanzmittel dafür vorhanden sein, bzw. es muß dafür gesorgt werden, daß sie hereinfließen.

Ich wiederhole sicher hier einiges, was bereits Vordredner gesagt haben, aber es ist so und Präsident Bazzanella hat ja in seinem Bericht aufgezeigt, daß die derzeitige Finanzsituation ziemlich trostlos ist. Es ist verständlich, daß er auch seine Sorge und seinen Unmut zum Ausdruck bringt und es ist auch eine Tatsache, daß auf diese Weise kein Ermessensspielraum mehr vorhanden und der Haushalt von vornherein festgeschrieben ist.

Nun, wir wissen, daß die Geldsorgen der Region wie auch der beiden Provinzen mit der noch nicht erfolgten Finanzregelung zusammenhängen. Doch während die beiden Provinzen bisher über die jährlichen Verhandlungen über den veränderlichen Anteil relativ gut über

die Runden gekommen sind, war die Region dazu verurteilt - im wahrsten Sinne des Wortes - von der Hand in den Mund zu leben und die Defizite bereits seit längerer Zeit durch Verwaltungsüberschüsse der vergangenen Jahre abzuzahlen. Außerdem ist sie auch auf das Entgegenkommen der beiden Provinzen angewiesen, denen gegenüber sie schon etwas größere Schulden auf jenen Gebieten angehäuft hat, auf denen den Provinzen die Verwaltung übertragen worden ist, z.B. Genossenschaftswesen, Feuerwehrwesen u.ä.

In diesem Zusammenhang möchte ich mein Bedauern auch darüber zum Ausdruck bringen, daß die Finanzverhandlungen bis heute noch nicht zu einem positiven Abschluß gekommen sind. Den Vorschlag, der seitens der Südtiroler Landesregierung dem Schatzministerium übermittelt worden ist und der auch vom Trentiner Landesausschuss unterstützt wird, finde ich gut. Er würde - sollte er angenommen werden - die Finanzautonomie vor allem der Provinzen, aber sicherlich auch der Region erweitern, weil erstens die Mittel etwas aufgestockt würden, zweitens, weil durch eine Bindung der Steuereinnahmen die alljährlichen schwierigen Finanzverhandlungen mit dem Staat über den veränderlichen Anteil wegfielen und daher eine bessere Planung und ein effizienterer Einsatz der Mittel ermöglicht würde und drittens auch die Entscheidungsfreiheit über den Einsatz der Mittel erweitert würde. Heute sind bekanntlich ein Teil der Mittel in gewissen Bereichen zweckgebunden.

Wir wollen hoffen, daß zutrifft, was unser Fraktionssprecher Benedikter vorhin gesagt hat, daß man bald zu einem Abschluß kommt in diesen Verhandlungen, zu einem positiven Abschluß und ich möchte den Präsidenten der Region ersuchen, daß er auch von seiner Warte aus das möglichste tut und sich mit Nachdruck für eine Lösung in diesem Sinne einsetzt. Ich habe nicht den Eindruck, daß es einen Sinn hätte, jetzt von der Region aus vorzupreschen und auf eine einseitige Lösung als Region hinzuarbeiten.

Ja, wir erwarten uns allerdings nicht nur vom Präsidenten des Regionalausschusses, daß er sich um die Finanzfragen kümmert, sondern daß er sich darüberhinaus - wie sein Vorgänger es auch verschiedentlich getan hat - in anderen Sachgebieten und bei allen sich ihm bietenden Gelegenheiten, vor allem gegenüber der Zentralregierung, für unsere Autonomie stark macht; daß er bei den verschiedenen Treffen und Anlässen - auch bei den Treffen der Präsidenten der Regionen - dafür eintritt, daß er diesen ins Gewissen redet, daß er sich vehementer als bisher für die Verteidigung der regionalen Autonomien einsetzt, daß er dem heute in Italien im Gang befindlichen Aushöhlungsprozess der Befugnisse der

Regionen mit Entschiedenheit entgegentritt und entgegenwirkt.

Wir alle wissen, daß es Rückverweisungen am laufenden Band gibt und dies oft mit fadenscheinigen Begründungen. Beharrungsbeschlüsse nützen oft nicht viel, weil die Zentralregierung hier am längeren Hebel sitzt. Sie weiß, sie kann das entsprechende Gesetz nur zum Verfassungsgerichtshof bringen, dort wird es dann jahrelang auf Eis gelegt, es dauert jahrelang - bis zu 7 Jahre -, bis man endlich zu einem Urteil kommt. Wollen die Regionen nun diese langen Wartezeiten nicht in Kauf nehmen und oft ist dies einfach undenkbar, weil man Lösungen braucht, dann sind sie gezwungen, vor der Verabschiedung der einzelnen Regionalgesetze Verhandlungen mit der Zentralregierung darüber zu führen, ob der Inhalt eines Gesetzes in einer gewissen Fassung Aussicht hat, genehmigt zu werden oder nicht.

Dies ist heute praktisch die einzige Möglichkeit, um die regionalen Zuständigkeiten zu verwirklichen, was zur Folge hat, daß oft nicht mehr Gesetze verabschiedet werden können, die dem eigentlichen Willen des regionalen Gesetzgebers entsprechen, sondern welche sich von vorne- herein nach den Vorstellungen der Zentralregierung, im besten Fall jedoch nach einem zwischen dem Amt der Zentralregierung und dem jeweiligen Regionalassessor oder Landesrat präventiv ausgehandelter Kompromiß richten.

Es ist klar, daß auf diese Weise die Zuständigkeiten des Regionalrates - also des regionalen Gesetzgebungsorganes - und natürlich in unserem Falle auch der Landtage, untergraben werden. Diese haben sozusagen nur mehr im nachhinein zu ratifizieren. Es heißt, wenn wir das nicht so und so verabschieden, dann geht es in Rom nicht durch. Die Zentralregierung kann also unsere Autonomie weiter oder enger auslegen, je nachdem, ob sie uns mehr oder weniger wohlgesinnt ist.

Auch im Parlament ist die Stimmung gegenüber den regionalen Autonomien nicht viel besser. Die Verfassung von 1948 sieht zwar ganz präzise Verpflichtungen für das Parlament vor. So heißt es z.B. im Punkt 9 der Übergangsbestimmungen zur Verfassung von 1948, das Parlament hat innerhalb von 3 Jahren - das wäre innerhalb des Jahres 1951 gewesen - die staatliche Gesetzgebung den Erfordernissen und den den Regionen zuerkannten Gesetzgebungsvollmachten anzupassen. Diesem Auftrag im Sinne der Aufteilung der Gesetzgebungsbefugnisse zwischen Staat und Regionen ist das Parlament bis heute noch nicht nachgekommen. Ganz im Gegenteil, das Parlament regelt mit einfachen Staatsgesetzen Kompetenzen, die in die Zuständigkeit der Regionen fallen würden - selbst dann, wenn diese die primäre Gesetzgebungskompetenz haben. Primäre Gesetzgebungskompetenz

aber bedeutet, daß die Region oder das Land zuständig sind, bestimmte Sachgebiete gesetzlich zu regeln, unabhängig davon, wie der Staat die Angelegenheit im anderen, im Restterritorium des Staates regelt. Zu beachten sind dabei - und das will ich nicht verschweigen - die Grundsätze der Verfassungsmäßigkeit und der allgemeinen Rechtsordnung, die nationalen Interessen und die grundlegenden Bestimmungen der staatlichen Reformgesetze.

Das Parlament mißachtet aber die primären Gesetzgebungsbefugnisse. Es verhindert, daß Regionen ihre Zuständigkeiten für Sonderregelungen ausnützen, indem es oft mit einem einzigen Artikel ein bis ins letzte Detail gehende Staatsgesetz als Reform erklärt, als Reformgrundsatz in allen Einzelheiten. Das geht einfach zu weit!

Hierbei wird oft auch nicht unterschieden zwischen den Regionen mit Spezialstatut und den Regionen mit Normalstatut, die ja kompetenzmäßig in den meisten Bereichen viel weniger weitreichende Zuständigkeiten haben als wir. Somit sind wir hier auch einem Nivellierungsprozeß ausgesetzt, welcher daraufhinzielt, alle Regionen in den gleichen Topf zu werfen und gleich zu behandeln. Leider ist dieser Prozeß auch auf das Verschulden der Regionen selbst zurückzuführen. Diese denken oft selbst zu wenig autonomistisch und sie verteidigen ihre Autonomie nicht mit dem nötigen Nachdruck.

Ich habe den Eindruck, daß es auch in unseren Reihen Kollegen gibt, die bei jeder Gelegenheit darauf achten, daß wir ja nicht in unseren Forderungen etwas über den Rahmen dessen hinausgehen, was das Autonomiestatut vorsieht. Da werden wir sofort von unseren eigenen Kollegen zur Ordnung gerufen. Sicher, es ist vielleicht eine rechtliche Berechtigung vorhanden, aber wenn wir uns als Vertreter einer autonomen Körperschaft verstehen, dann sollten unsere Interessen doch in die Richtung gehen, daß wir versuchen, eher auf eine Ausweitung, auf eine extensive Auslegung unserer Kompetenzen zu achten. Wir sollten uns nicht selber zu den Wächtern des Zentralstaates machen und uns sozusagen in unseren Kompetenzen einschränken.

Ja, ich habe hier einige Ausführungen grundsätzlicher Natur gebracht, sie stammen nicht von mir, es sind viel gewichtigere Leute, bzw. auch Vertreter des nationalen Parlamentes und sogar des Verfassungsgerichtshofes, die diese Meinungen teilen. Ich kann hier nur den Ausspruch des Abg. Bonifacio, der, glaube ich, einmal Justizminister und Präsident des Verfassungsgerichtshofes gewesen ist, zitieren: "Die tendenzielle Ausrichtung der letzten Jahre entfernt sich zunehmend von

einer wirklich autonomistischen Dezentralisierung, wie sie von der Verfassung vorgeschrieben wäre und zwar mittels einer zunehmenden Verwaltung der Regionen". Gemeint ist durch die Regierung sowie eine Aushöhlung der Kompetenzen der fünf Regionen mit Spezialstatut. Ich verweise auch auf den Bericht, den der derzeitige Präsident des Verfassungsgerichtshofes Paladin auf der Tagung der Regionen gehalten hat, wo er auch von einem neuen Zentralismus gesprochen hat; ich zitiere: "In breve, tutto ciò fa concludere che ci troviamo in presenza di un nuovo centralismo - nuovo centralismo determinato dalla convergenza a d'un complesso di spinte, sia burocratiche, partitiche e corporative, sia provenienti in particolar modo da coloro che governano la finanza pubblica intese a ridimensionare le autonomie regionali..." usw. Ich glaube dieser Bericht dürfte bekannt sein, aber wer ihn noch nicht gelesen hat, der sollte ihn einmal durchlesen. Ich glaube, daß wir hier mit unserer Meinung hinsichtlich Neozentralismus, neozentralistischer Tendenzen, nicht allein dastehen.

Nun, unser Einsatz für die regionale Autonomie hat auch aus europäischer Sicht eine Bedeutung. Europa ist vielleicht bis heute noch nicht zustande gekommen, weil man oft an den Nationalismen der Nationalstaaten gescheitert ist.

Regionen haben oft viel mehr Gemeinsamkeiten als Nationalstaaten, über die Grenzen hinweg sogar, nicht wahr. Daher sollte die Tendenz dahingehen, die Nationalismen der Nationalstaaten gerade über einen engeren Zusammenschluß der Regionen zu überwinden.

Es ist erfreulich, daß sich auf europäischer Ebene in letzter Zeit in dieser Richtung etwas rührt und daß so etwas wie das Erwachen eines regionalen Bewußtseins feststellbar ist. So tagte beispielsweise im Jänner 1984 erstmals eine Konferenz der Regionen Europas in Straßburg, welche vom europäischen Parlament veranstaltet wurde. Jetzt vor kurzem, im November 1985, fand in Straßburg auf Initiative des Europarates die Generalversammlung der Regionen Europas statt. An dieser Regionalversammlung hat die große Mehrheit der Regionen Europas teilgenommen, in einigen Fällen sogar die Gesamtheit der Regionen eines Landes. Für unsere Region war Präsident Sembenotti und meine Wenigkeit anwesend.

In der Diskussion kam der starke Wille zum Ausdruck, daß die Regionen beim Aufbau Europas und bei der Ausrichtung und Gestaltung europäischer Politik, welche ja in Zukunft immer mehr Auswirkungen auch auf das Leben der Bürger haben wird, ein entscheidendes Wort mitreden wollen. Dieser Wille kam auch in der verabschiedeten Resolution zum

Ausdruck, worin insbesondere die Notwendigkeit einer internen regionalen Zusammenarbeit auf allen relevanten Gebieten unterstrichen wurde. Ebenso wurde bekräftigt, daß es endlich ein gemeinsames institutionalisiertes Vertretungsorgan der Regionen der europäischen Gemeinschaft braucht, denn diesem Organ soll die Aufgabe übertragen werden, die gemeinsamen Interessen der Regionen gegenüber den europäischen Institutionen zu vertreten. Es wurde vereinbart, daß diese Aufgabe zunächst der Rat der Regionen Europas wahrnehmen soll.

Bisher waren die Regionen nur im Rat der Gemeinden, welcher später abgeändert worden ist - zumindest dem Namen nach - im Rat der Gemeinden und Regionen Europas vertreten, sie haben jedoch eine untergeordnete Rolle gespielt. Die Interessen der Gemeinden und Regionen sind nun einmal nicht gleicher Art, sie sind unterschiedlicher Natur. Die Gemeinden sind in erster Linie Verwaltungsorgane, während die Regionen auch eine Gesetzgebungstätigkeit abzuwickeln haben. Wollen die Regionen also ihre Rolle wahrnehmen, brauchen sie ein eigenes Organ. Welches Organ das nun morgen sein wird, das soll dahingestellt sein. Auf alle Fälle war bei dieser Konferenz auch die Rede von einer eventuellen zweiten Kammer neben dem Europäischen Parlament, einer zweiten Kammer der Regionen. Aber bitte, das ist noch Zukunft und darüber haben wir uns heute nicht zu unterhalten.

Heute ist noch der Rat der Regionen Europas das Gremium, das die Interessen der Regionen gegenüber den europäischen Instanzen wahrzunehmen hat. In diesem Zusammenhang möchte ich den Vorschlag machen, daß auch die Region Trentino-Südtirol, so wie auch die beiden Provinzen diesem Rat der Regionen Europas beitreten. Ich bin nämlich der Meinung, daß es unseren Beitrag braucht und daß wir auf den Weg nach Europa schneller weiterkommen, wenn auch alle Regionen Europas an einem Strick ziehen. In diesem Sinne mein abschließender Appell an alle Kolleginnen und Kollegen, aber vor allem an Sie, Herr Präsident: Setzen wir uns dafür ein, daß unsere Autonomie in allen unseren Bereichen verwirklicht wird. Versuchen wir, diese junge Autonomie nicht jetzt schon - bevor sie überhaupt definitiv zum Tragen gekommen ist - durch oft leichtfertige und destruktive Kritik zunichte zu machen. Verteidigen wir diese Autonomie nach außen, vor allem gegenüber zentralistischen Tendenzen auf Staatsebene und leisten wir auch unseren Beitrag im Hinblick auf ein gemeinsames Europa, auf ein Europa der Regionen, welches den Erfordernissen der Bürger letztlich am besten gerecht werden kann.

(Mi si permetta di prendere brevemente posizione all'inizio di questo mio intervento in merito alle dichiarazioni del cons. Langer.

Il cons. Langer ha chiesto dove sia, rivolgendosi all'S.V.P., l'attuale entusiasmo per l'autonomia, dove sia andato a finire l'iniziale atmosfera positiva ed in quale parte si possa oggi trovare ancora uno scopo persuasivo. Ora il cons. Langer è assai impegnato nella sua opera pubblica e devo dire che il suo concetto dell'autonomia non ha certamente contribuito ad aumentare l'entusiasmo per la stessa.

Non desidero lasciarmi andare in polemiche. La risposta è la seguente: riferito all'autonomia il nostro scopo fu il "Los von Trient" proclamato nel 1957 che nel frattempo è stato anche raggiunto. Disponiamo ora di una nuova e migliore autonomia che anche il cons. Langer accetta a grandi linee, essendosi espresso a tal proposito con parole di lode. Oggi si tratta di concretizzare questa autonomia, la qual cosa non è un'impresa facile. Non è necessario in questa fase notare un tono tanto euforico - l'euforia iniziale si è forse un po' spenta, come accade nella realizzazione di qualsiasi progetto - poichè nell'attuazione sono necessari maggiore cognizione di causa e senso di responsabilità.

A noi interessa fare in modo che le persone che vivono nella nostra provincia e nel territorio di questa regione possano godere di un relativo benessere, vivere insieme pacificamente, che vedano garantiti i loro diritti e la giustizia, che i giovani possano ottenere oggi un posto di lavoro, che abbiano la possibilità di un'istruzione, che garantisca un futuro, che ai singoli sprovvisti del necessario per vivere sia garantito un reddito minimo, che si provveda all'assistenza sanitaria ecc.

Io ammetto che nella realizzazione dell'autonomia e nell'attuazione di determinate norme si sono incontrate anche difficoltà, che hanno prodotto reazioni, soprattutto da parte della popolazione di lingua italiana dell'Alto Adige. Finchè entravano in vigore norme di attuazione concernente il settore economico, che hanno portato un essenziale miglioramento della situazione finanziaria, difficoltà ne sono pressochè sorte. Non appena però sono entrate in vigore norme che contenevano particolarmente la tutela della minoranza etnica si è notato una certa critica, una certa atmosfera di opposizione nei confronti della nuova autonomia. La popolazione di lingua italiana si è sentita svantaggiata, discriminata e se è lecito usare questa espressione, anche tradita da parte romana. Da questo punto di vista le reazioni sono anche comprensibili, perchè si è trattato di limitare

privilegi esistenti fino a quel momento, e la limitazione di questi comporta sempre una fase dolorosa. Per il motivo che simili provvedimenti sono dolorosi non possiamo rinunciare a diritti che ci spettano, alla proporzionale ecc. Il motivo va ricercato nel fatto che siamo dell'opinione come questo sistema in definitiva sia più giusto della situazione esistente precedentemente, di come si era amministrato la cosa pubblica nei periodi antecedenti, in cui l'80 o il 90% dei posti di lavoro e delle abitazioni sociali era stato assegnato al gruppo linguistico italiano. Siamo dell'opinione che, se l'autonomia come statuto è stata accettata da entrambi le parti, vale a dire dalla minoranza e dallo Stato italiano, questa vada sostenuta e cioè anche nei dettagli sotto il motto: pacta servanda sunt. Ciò vale naturalmente per tutte e non per determinate norme. Sono del resto dell'opinione che questi provvedimenti sono certamente modificabili, qualora ne sorgesse la necessità. Per quale motivo non si dovrebbero modificare? Soltanto noi insistiamo, qualora si dovesse giungere ad apportare modifiche che queste avvengano con il nostro consenso. Non è possibile che si decida senza interpellarci, in tal caso non potremmo concordare su determinate modificazioni e il cons. Langer non si meravigli se ponessimo in discussione il nostro consenso a questo pacchetto.

Il cons. Langer ci ha rimproverato inoltre che non intendiamo addivenire alla conclusione della vertenza, mentre noi abbiamo piuttosto l'impressione che è Roma a non voler concludere, essendo noi dell'opinione che più speditamente si procede nell'attuazione, più celermente si può giungere alla conclusione. Le norme di attuazione sulla parificazione della lingua tedesca giacciono già da due anni in un cassetto della Presidenza del Consiglio dei ministri, sebbene fossero state approvate all'unanimità dalla Commissione dei 12. Credo che qui sia evidente la causa dei ritardi. In questo caso non ci si può rimproverare una tattica con effetto ritardatario. Roma quindi proceda ed il termine della conclusione si avvicinerà. Le nostre premure tenderanno senz'altro ad avviare a soluzione i problemi ancora aperti nel più breve tempo possibile ed in modo soddisfacente, ma difenderemo naturalmente nei confronti di Roma i diritti assicuratici fino ad oggi. Tanto volevo dire in merito alle dichiarazioni del cons. Langer e quindi vengo alla relazione del Presidente.

Sono dell'opinione che si tratta di una relazione ampia ma nel suo contenuto è una semplice e realistica osservazione delle cose. Il Presidente Bazzanella non costruisce castelli campati in aria, non cade nell'errore di qualche suo predecessore sognando una nuova regione alla

quale, stando a qualche presidente che lo ha preceduto, si doveva dare una nuova identità. Bazzanella lascia intravedere - le cose stanno effettivamente in questi termini - che oggi il vero potere politico non gravita sulla regione, ma sulle due Province e questa circostanza ha reso necessario in definitiva il cambio avvenuto recentemente in seno alla Presidenza della Giunta regionale.

Bazzanella ha anche senso politico, nota che una nuova collaborazione sta sviluppandosi tra i trentini ed i sudtirolesi spostata naturalmente su di un altro piano, che forse permetterà un miglior successo che non nell'ambito della Regione, cioè tra le due Province. In tale sede ci si trova già a priori in parità. Ivi nessuno deve temere di essere soppraffatto dall'altro ed ivi ognuno può conservare la propria indipendenza. In questo senso va interpretata la visita che il Presidente Angeli ha fatto al Presidente della Giunta provinciale Magnago, nel corso della quale è stata espressa la volontà di una maggiore collaborazione.

Anche il Presidente Bazzanella ha citato la conferenza sul tema: "Le Alpi e la politica agraria della CEE" ai quali hanno partecipato alti rappresentanti delle due province, la qual cosa è stato certamente un esempio come si possa svolgere un fruttuoso e costruttivo lavoro di collaborazione. Secondo questo esempio si potrebbero organizzare manifestazioni ed iniziative di comune interesse anche in altri settori, quali sono la cultura, l'economia, e come lei ha indicato, in quello dei trasporti e della tutela dell'ambiente ecc. La collaborazione delle due Province in seno alla Arge Alp contribuisce certamente a favorire questa collaborazione, perché anche in questo caso le due Province sono collocate su uno stesso piano.

Se quindi, come presumo, la collaborazione fra i sudtirolesi e i trentini si sposterà a livello provinciale, ciò non significa che non dovremmo occuparci del ruolo e del futuro della regione, sulla qual cosa in sostanza oggi si sta discutendo. La Regione è una parte integrante nella regolamentazione dell'autonomia e nella quale ha da svolgere anche una propria funzione. In quest'ambito, in questa cornice ad essa imposta, ha certamente il diritto di essere messa in condizione di poter adempiere ai compiti ad essa riservati. Se dico in questa cornice, noi del S.V.P. intendiamo quanto segue: nessuna nuova competenza alla Regione a spese delle Province.

Spero che i colleghi trentini abbiano comprensione per questa nostra posizione che assumiamo nei confronti della Regione per le esperienze negative fatte nei decenni precedenti. Se la Regione deve

essere posta nella condizione di adempiere in modo soddisfacente ai compiti ad essa riservata e di amministrare anche le singole materie di sua competenza si dovrà fare in modo che venga anche dotata dei necessari mezzi finanziari.

Certamente io sto ripetendo diversi argomenti già affrontati da oratori che mi hanno preceduto, ma purtroppo, come ha indicato il Presidente Bazzanella nella sua relazione, l'attuale situazione finanziaria è piuttosto desolante. È comprensibile che egli esprima la sua preoccupazione ed il suo disappunto ed è anche un dato di fatto che questa situazione non permette spazio per operare in modo discrezionale, dato che il bilancio prevede a priori soltanto spese obbligatorie.

Sappiamo che le preoccupazioni per i mezzi finanziari della Regione come anche delle due Province sono connesse alla regolamentazione finanziaria non ancora sopraggiunta. Mentre le due Province sono riuscite finora a superare relativamente bene il problema, per mezzo delle trattative condotte annualmente sulla quota variabile, la Regione è stata condannata, nel vero senso della parola, a saltare dal fuoco nella brace, pagando già da tempo i deficit con i disavanzi degli anni precedenti. Inoltre dipende dalla considerazione delle due Province, nei confronti delle quali ha già accumulato non pochi debiti nei settori, nei quali le rispettive amministrazioni sono state trasferite alle Province, come ad esempio la cooperazione, il servizio antincendi ecc.

A tal proposito desidero esprimere anche il mio dispiacere per la mancata definizione delle trattative riguardanti la finanza. La proposta trasmessa dalla Giunta provinciale di Bolzano al Ministero del tesoro, che viene sostenuta pure dalla Giunta provinciale di Trento mi appare buona. Qualora venisse accettata, amplirebbe l'autonomia finanziaria soprattutto delle Province, ma certamente anche della Regione, poiché in primo luogo i mezzi verrebbero in certo qual modo aumentati e poiché con il vincolo al gettito fiscale verrebbero eliminate le difficili trattative con lo Stato sulla quota variabile, ciò permetterebbe una migliore pianificazione, un impiego più efficiente dei mezzi finanziari ed infine anche la potestà decisionale sull'impiego di questi mezzi risulterebbe ampliata. Come noto, attualmente una parte dei mezzi finanziari stanziati sono predestinati a determinati settori.

Speriamo che quanto affermato dal nostro capogruppo Benedikter, che queste trattative si concluderanno presto positivamente si concretizzi e a tal proposito vorrei pregare il Presidente della Regione di voler fare quanto in suo potere per sostenere con vigore la

soluzione da noi prospettata. Non credo una soluzione unilaterale che a favore della Regione abbia senso.

Dal Presidente della Giunta regionale non ci attendiamo soltanto che si occupi delle questioni finanziarie, ma che intervenga anche in altri settori ad ogni occasione a favore della nostra autonomia, come ha fatto diverse volte il suo predecessore; che ad ogni occasione ed incontri - anche negli incontri dei Presidenti delle Regioni - intervenga a sostegno in modo più efficace della difesa dell'autonomia regionale, contrastando con decisione la tendenza che sta sorgendo in Italia, o meglio il processo di svuotamento delle competenze regionali

Noi tutti sappiamo che le leggi vengono rinviate in serie e spesso con motivazioni artificiose. Deliberazioni di sostegno non servono spesso a molto, dato che il Governo centrale ha maggiori possibilità a disposizione. Il Governo sa che può impugnare la legge davanti alla Corte costituzionale, dove viene congelata per molti anni, poichè una sentenza impegna molto tempo, fino a sette anni. Se le regioni non sono disposte ad accettare tempi di attesa così lunghi e talvolta è impensabile che si possa attendere così tanto, poichè le soluzioni sono necessarie, queste sono costrette ad intavolare vere e proprie trattative con il governo centrale ancor prima dell'approvazione dei singoli provvedimenti legislativi per esaminare se il contenuto di una legge avrà la possibilità di ottenere anche il visto del Governo.

Questo è oggi l'unico modo per attuare le competenze regionali, ma ciò significa che spesso non si possono approvare leggi rispondenti alla vera realtà del legislatore regionale, bensì leggi che rispondono alle immaginazioni del governo centrale e nel caso migliore ad un compromesso trovato preventivamente tra l'ufficio governativo ed il rispettivo assessore regionale o provinciale.

Anche in Parlamento non spira un miglioramento nei confronti delle autonomie regionali. La Costituzione del 1948 prevede impegni precisi per il Parlamento. Al punto 9) delle norme di attuazione alla costituzione del 1948 si legge che il Parlamento deve adeguare in tre anni - sarebbe stato l'anno 1951 - la legislazione statale alle esigenze ed alle deleghe legislative conferite alle Regioni. Il Parlamento non ha finora tenuto fede e non ha provveduto a ripartire le competenze legislative tra Stato e regioni, anzi il Parlamento regola con legge semplice competenze che spetterebbero alle Regioni, soltanto nel momento in cui queste dispongono della competenza legislativa primaria. Disporre della competenza legislativa primaria significa che la Regione

o la Provincia sono competenti in una determinata materia avendo la facoltà di regolamentare con propria legislazione determinati settori, indipendentemente da come lo Stato nel suo rimanente territorio intende legiferare a tal proposito. Si devono comunque in tal caso osservare - non intendo omettere questo particolare - i principi fondamentali della Costituzione e dell'ordinamento giuridico generale, gli interessi nazionali e le norme fondamentali delle leggi di riforma dello Stato.

Il Parlamento però non si attiene alle competenze legislative primarie. Esso ostacola l'impiego da parte delle Regioni delle proprie competenze per creare regolamentazioni speciali, dichiarando spesso con un unico articolo una legge dello Stato minuziosamente dettagliata come riforma, come principio fondamentale. Questo è troppo.

Spesso non si fa alcuna distinzione tra Regioni a statuto speciale e Regioni a statuto ordinario, che sotto il profilo delle funzioni godono nella maggior parte dei settori competenze più ristrette delle nostre. In questo modo siamo esposti ad un processo riformatorio che tende di fare di tutte le regioni un fascio, trattandole alla stessa stregua. Purtroppo questa tendenza va ricercata anche nelle colpe delle stesse regioni. In queste il pensiero autonomistico spesso non è sviluppato e non difendono con la necessaria determinatezza la loro autonomia.

Ho l'impressione che anche nelle nostre fila vi siano colleghi che in ogni occasione prestano la massima attenzione, affinché le nostre richieste non superino la cornice imposta dallo Statuto di autonomia. In tal caso alcuni nostri colleghi ci richiamo subito all'ordine. Certamente sarà anche giustificato sotto il profilo giuridico, ma se noi ci sentiamo rappresentanti di un ente autonomo, i nostri interessi dovrebbero tendere piuttosto ad un ampliamento, ad una interpretazione estensiva delle nostre competenze. Non dovremmo essere noi stessi le guardie dello Stato centrale limitandoci per così dire nelle nostre competenze.

Ho fatto alcune esposizioni di natura fondamentale che non sono mie proprie, poichè persone più influenti di me, quali sono i rappresentanti del Parlamento nazionale o addirittura della Corte costituzionale, hanno espresso questa opinione; posso soltanto citare un'affermazione dell'on. Bonifacio, che ha ricoperto la carica di ministro della giustizia, se non erro, e fu anche presidente della Corte costituzionale: "L'ordinamento tendenziale degli ultimi anni si allontana in modo crescente da una decentralizzazione autonomistica vera e propria, come sarebbe prevista dalla Costituzione e cioè per mezzo di

una crescente amministrazione delle Regioni". Qui si intende naturalmente il Governo, nonché lo svuotamento delle competenze delle cinque Regioni a statuto speciale. Ricordo anche la relazione svolta dall'attuale Presidente della Corte costituzionale, Paladin, alla conferenza delle Regioni, nel corso della quale egli ha parlato di un nuovo centralismo; cito testualmente: "In breve, tutto ciò fa concludere che ci troviamo in presenza di un nuovo centralismo - nuovo centralismo determinato dalla convergenza di un complesso di spinte, sia burocratiche, partitiche e corporative, sia provenienti in particolar modo da coloro che governano la finanza pubblica, intese a ridimensionare le autonomie regionali..." Credo che questa relazione sia nota a tutti, ma a chi non ha avuto modo di leggerla consiglio di farlo. Mi sembra pertanto che non siamo soli a esprimere questa opinione in merito al neocentralismo ed alle tendenze neocentralistiche.

Il nostro impegno per l'autonomia regionale è importante anche sotto il profilo europeo. L'Europa unita non ha fino ad oggi ancora trovato la propria forma, in quanto questa è spesso fallita di fronte ai nazionalismi ed ai paesi nazionali.

Le regioni hanno spesso più cose in comune degli stati nazionali, addirittura al di là di ogni confine. Per questo motivo si dovrebbe tendere a superare i nazionalismi e gli stati nazionali proprio per mezzo di una più stretta unificazione delle Regioni.

E' una soddisfazione poter notare che in quest'ultimo periodo qualcosa si sta muovendo in tal senso a livello europeo, si assiste al risveglio di una certa coscienza regionale. Per la prima volta nel gennaio 1984 si è svolta una conferenza delle Regioni d'Europa a Strasburgo, organizzata dal Parlamento europeo. Recentemente, nel novembre 1985 per iniziativa del Consiglio europeo ha avuto luogo l'assemblea generale delle Regioni europee. Era presente la grande maggioranza di tutte le Regioni ed in certi casi addirittura la totalità delle Regioni di un paese. La nostra Regione era rappresentata dal Presidente Sembenotti e dal sottoscritto.

In questa discussione è stata espressa una forte volontà di costruire l'Europa e di codeterminare gli orientamenti della politica europea, che in futuro avrà sempre maggiori effetti sulla vita dei cittadini. Questa volontà è stata espressa anche nella risoluzione finale, in cui è stata in particolar modo sottolineata la necessità di una collaborazione regionale interna in tutti i settori di una certa rilevanza. E' stato inoltre sottolineata la necessità di istituzionalizzare finalmente un organo rappresentativo delle Regioni

della comunità europea, che avrebbe il compito di rappresentare gli interessi comuni delle Regioni nei confronti delle istituzioni europee. E' stato concordato che questo compito dovrà essere assunto per il momento dal consiglio delle Regioni.

Finora le Regioni erano rappresentate soltanto nei Consigli dei Comuni, che più tardi è stato trasformato, almeno per quanto riguarda la denominazione, in Consiglio dei Comuni delle Regioni d'Europa, dove queste assumono un ruolo subordinato. Gli interessi dei Comuni e delle Regioni non possono essere identici, essendo di natura diversa. I Comuni sono in primo luogo organi amministrativi, mentre le Regioni devono svolgere anche un'attività legislativa. Se le Regioni vogliono svolgere un proprio ruolo, abbisognano di un organo proprio, non importa di quale tipo. In ogni caso nel corso di questa conferenza si è parlato anche di istituire una seconda Camera delle Regioni accanto al Parlamento europeo. Questo però riguarda il futuro e quindi oggi non è il caso di discuterne.

Attualmente è ancora il Consiglio delle Regioni d'Europa a sostenere gli interessi delle Regioni nei confronti delle istanze europee. A tal proposito desidero proporre che vi aderiscano anche la Regione Trentino-Alto Adige e le due Province autonome. Sono infatti dell'opinione che sarebbe necessario anche il nostro contributo e potremmo abbreviare la strada verso l'Europa, se tutte le Regioni si unissero a questa cordata. In tal senso rivolgo il mio conclusivo appello a tutti le colleghe e colleghi ma soprattutto a lei, signor Presidente: impegnamoci, affinché la nostra autonomia venga realizzata in tutti i settori di nostra competenza, cerchiamo di non distruggere questa giovane autonomia con critiche spesso sconcordate e distruttive, ancor prima che possa operare definitivamente nella sua pienezza. Difendiamo questa autonomia verso l'esterno, soprattutto verso tendenze centralistiche che si notano a livello nazionale e diamo anche il nostro contributo guardando all'Europa unita, ad un'Europa delle Regioni, che in definitiva può meglio soddisfare le esigenze dei cittadini).

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. Boesso, ne ha facoltà.

BOESSO: Egregi colleghi, io faccio fronte a questa formalità di prendere la parola per riguardo alla persona del Presidente e dell'alta carica che ricopre, perchè non c'è nemmeno il numero legale in quest'aula, per cui mi dovrei rifiutare di parlare, come dovrebbero fare i miei colleghi, ogni volta che si verifica tale situazione, per rispetto

all'istituzione. Come mia consuetudine sarò breve.

Manca il 50%, io vedo un vuoto completo, ma va bene anche il 50%; non sono un uomo di parte, faccio delle constatazioni nel senso che per rispetto alla nostra istituzione qualsiasi consigliere dovrebbe rifiutarsi di parlare ogni volta che non c'è il numero legale in sala, sarebbe più serio e non la multa, come avete detto di avere istituita, semmai la revoca dello stipendio io dico, anche quando manco io. Perché non è che io pedico bene e razzolo male, il provvedimento si applica prima con Rolando Boesso, a titolo di esempio, se vi sono manchevolezze.

Detto questo, ripeto che tutti i consiglieri dovrebbero rifiutarsi di parlare quando manca il numero legale e direi anche quando non c'è la maggioranza degli assessori presenti, come l'altro giorno che su 14 ce ne era uno a Bolzano! Questa è una questione di stile e voi capigruppo lo dovreste dire ai vostri, io quando ho parlato con Agrimi ho finito il mio compito, lei ne deve convincere 21, e democristiani altrettanti.

Signor Presidente, io ho letto attentamente le sue 86 pagine di relazione, sono molto ponderate e ho visto il suo sforzo. Mi fermo alle pagg. 40, 41 e 42 per un esempio di chiarezza, dove si parla del problema, il più pesante e di impegno per la sua legislatura, che riguarda la possibile riforma elettorale. Lei ha citato il tentativo, peraltro fallito della Sardegna; sa che in Sicilia sta andando per aria il pentapartito perché Lauricella vorrebbe introdurre quel famoso 4%? Lei sa benissimo cosa sta succedendo; afferma che non vuole la dispersione dei voti.

Presidente Bazzanella, voi democristiani in quest'aula siete in 21, l'S.V.P. sono in 21, ma che cosa vi preoccupate della dispersione dei voti dei piccoli, siete due bestioni grossissimi, 21 e 21, andate per la vostra strada e state tranquilli e lasciate a noi la preoccupazione del repubblicano, di un esponente del P.P.T.T. in più o in meno, ma perché volete tutelarci affinché non si disperdano i voti, perché ci volete affossare con la vaselina!

Caro Presidente i 21 democristiani che siedono qui dentro, con i 15 consiglieri spersi e ci metto anche i repubblicani e il P.P.T.T., siamo 15 lasciando via P.S.I., P.C.I., M.S.I. e S.V.P., siamo in 21 e 15 sono 36 e se abbiamo la volontà politica della pluralità, di rispettare i piccoli ecc. in 36 qui dentro non si cambia nulla, se invece siete schiavi di accordi. Se l'S.V.P. vuol far sparire Meraner e voi democristiani volete eliminare la figura politica di Crespi o Cadonna, abbiate il coraggio di dirlo, non desideriamo queste

espressioni politiche nei Consigli regionale e provinciali.

Si deve avere chiarezza e pudore. Lei sa che il P.R.I. ha avuto 26 mila voti, non sono proprio preso dalla sparizione, ma difendo i deboli, anche se sono un mezzo debole anch'io, considerando la situazione in prospettiva di Bolzano.

Queste cose le potevo dire nel suo ufficio, sarebbe stato molto più sbrigativo, ma le dico qui per formalità.

21 democristiani e 15 delle forze sparse fanno 36 e nulla si tocca del sistema elettorale regionale se abbiamo questa volontà, se invece vogliamo affossare qualcuno chiamate a raccolta gli alleati e noi staremo alla finestra a guardare cosa succede.

Mi rivolgo agli amici del S.V.P. e dico che fanno benissimo a difendere tenacemente, come ha detto Magnago a Merano, con inflessibilità, come ha ripetuto ieri sull'"Alto Adige" nell'edizione di Bolzano. Io condivido quello che dice, precisi nelle richieste, inflessibili nel difendere, ma devono dire a loro volta che i nostri interessi ce li lascino tutelare a noi del gruppo etnico italiano, perchè noi non vogliamo padrini, come loro non devono essere tutelati dalla D.C. trentina, essendo loro abbastanza forti, intelligenti, capaci e hanno soldi; si autotutelino, lo sanno fare benissimo e non hanno bisogno dei democristiani di Trento. E siccome qui dentro vi sono 18 democristiani trentini, questi devono vigilare perchè il fatto...

(Interruzione)

BOESSO: Allora cambio i numeri, Fedel non è bene informato.

Detto questo, dott. Bazzanella, lei non doveva tollerare che in questa Giunta Angeli, lei l'ha solo ereditata, fosse stata diminuita la rappresentanza del nostro gruppo linguistico nella sua Giunta. Nel dopoguerra abbiamo avuto sempre i Bertorelle, i Molignoni, i Balzarini, sono a conoscenza che ideale sarebbe una Giunta di tre del S.V.P. per Bolzano e di 4 trentini per risolvere il vostro bimonio; ma non è così che si tutela la Regione voluta da De Gasperi, suo illuminato maestro, dott. Bazzanella. Io che ho i capelli bianchi ho seguito la vicenda De Gasperi perchè in quello che faceva allora era affiancato dal conte Sforza, esponente del mio partito, nella sua qualità di Ministro degli Esteri. Ho conosciuto Carandini personalmente, che si è battuto per l'autonomia a Londra ed è venuto poi a Bolzano a fare ricche tavole rotonde per far capire l'utilità dell'autonomia e ovviamente ho conosciuto Ugo La Malfa. Anche se noi alla spartizione di questo

Consiglio, appena nato, non abbiamo partecipato, abbiamo dovuto rimanere in aticamera perchè in quei tempi eravamo un partito di opinione.

Ritengo, dott. Bazzanella, che lei si chiami un democristiano di Bolzano in Giunta, non dico di chiamare il repubblicano, si chiami il socialista!

Io dico che se nel dopo guerra ci sono sempre stati due assessori, chiamiamoli altoatesini o tirolesi, ed anche in questa Giunta ci devono essere, dato che crediamo nella Regione e nel mio intervento dell'altro giorno ho detto: "difenda le prerogative e se gliele toccano le minacciano, si dimetta". Noi crediamo nella Regione e dirò che dal mio punto di vista politico vedo una tutela della minoranza in campo regionale e nell'ampio rispetto dei diritti spettanti al S.V.P., perchè purtroppo questo partito in provincia di Bolzano è spesso schiavo del suo elettorato.

Sono convinto che i signori che siedono qui accanto certe cose non le farebbero, o ce le concederebbero, se non avessero paura di perdere, come probabilmente perderebbero, dei voti nel contado altoatesino e allora noi speriamo nella Regione, dove questo fatto non influisce, vogliamo essere presenti come rappresentanti di lingua italiana di Bolzano...

(Interruzione)

BOESSO: No è uno, due a uno, devono rimanere sempre due, rispettare la consuetudine. Malignoni mi ha detto che si può stare in tutte e due le Giunte, Balzarini altrettanto, per cui abbiamo dei precedenti illustri. Io credo che non sarete alla prima legislatura, queste cose le conoscete.

Se mi danno la possibilità io entro in Giunta sia qui che là, ci penserò, rifletterò, domanderò al mio partito e poi darò la risposta. Io sono un uomo che ragiona secondo un criterio e non a schemi fissi, guardo, esamino e non mi vergogno di quello che dico.

Per le autonomie, hanno scomodato Pototschnig, l'ONU ecc. Sembenotti lo sa, signori, se avessimo avuto un ufficio stampa che funzionasse, se questa Regione avesse un miglior ufficio stampa, si sarebbe saputo che io rappresentavo in quell'occasione la Provincia autonoma di Bolzano, ma siamo sprovvisti di simile servizio; non dovrò farle io le circolari?

Perchè, signori consiglieri, di ciò che è stato votato al convegno dei Presidenti di Firenze, al convegno dei Presidenti di Roma

in difesa delle autonomie di tutta la Repubblica, che veramente sono minacciate da un centralismo, qui il Sudtirolo non c'entra. Lo Stato da una parte vede le Regioni spendaccione e cattive amministratrici, mentre dall'altra i regionalisti vogliono difendere le loro conquiste. Pertanto, se ci fosse un ufficio stampa nella Provincia autonoma di Bolzano, sarebbe stato mio compito dire: caro giornalista diffondi queste conclusioni - e chiedo a Sembenotti se non è vero, perché presiede questa illuminata assemblea - diffondi queste notizie almeno ai signori consiglieri, perché io sono certo che quasi la totalità dei signori colleghi non hanno quel documento, che noi per ore abbiamo dibattuto prima a Firenze e poi a Roma. Anche l'amico Sembenotti, l'illustre Presidente, ha preso la parola in questo senso, ha detto le sue idee in difesa del Consiglio regionale. Io a Strasburgo mi sono azzardato di chiedere lo studio della seconda lingua, a momenti mi mangiavano e dovrò rispondere ad un'interrogazione in Consiglio provinciale. Io ho chiesto solo di studiare il problema in campo europeo, per adeguarmi poi ai risultati dello studio, che mi dicano, abbiamo studiato per due, tre o sei mesi e questo è il risultato.

(Interruzione)

BOESSO: Pertanto noi abbiamo partecipato sempre in forma costruttiva a Firenze e a Roma. A Venezia non ho potuto andare, perché era concomitante il congresso del S.V.P. e ritenevo doveroso partecipare come atto di fiducia nell'autonomia, non sono un "mangiatirolesi", ho ritenuto opportuna la mia presenza, per cui non mi sono recato a Venezia. C'è stato Benedikter e credo abbia sentito le stesse lamentele che con Sembenotti abbiamo sentito a Firenze e a Roma su questo assalto alle Regioni da parte dello Stato.

Pertanto io sono per la difesa delle regioni.

Ho concluso, lei ha capito, signor Presidente, il mio accenno a pag. 40, 41 e 42; a pag. 42 lei promette, io la prendo di parola perché so che lei è una persona seria, un confronto a tutte le forze politiche, ma confronto vuol dire non fare come si è fatto molte altre volte, trovarsi di fronte a dei pateracchi consegnatici nel migliore dei casi 12 ore prima della discussione.

Detto ciò, ho fiducia in questo colloquio esteso ai 15 consiglieri pocanzi citati e penso pertanto che l'ordinamento dei comuni lei fa bene accennarlo, anche se venisse migliorato non dovrebbe spaventare il capogruppo del S.V.P. E' senz'altro da migliorare, perché

lei Presidente sa meglio di me che contiene dei madornali errori e sviste. Siamo qui per migliorarci, non per comprimere l'S.V.P., siamo qui per migliorare democraticamente l'ordinamento - leggi comuni - perchè la sua esperienza prima e ultima del 12 maggio suggerisce un opportuno miglioramento, ma nessuno deve spaventarsi, perchè se noi peggiorassimo le cose, sarebbe giusto preoccuparsi, ma un miglioramento fa sempre bene, avendo lei stesso affermato essere giuste le sue intenzioni. Se infine dovesse essere schiavo di un'alleanza bicolore, allora, dott. Bazzanella, le offrirò la mia assistenza morale; saremmo in due e loro in 21, ma con l'assistenza morale ci si fa la birra.

Comunque stia certo che avrà questa mia assistenza, prosegua per la sua strada e dopo la sua replica le diremo, se il P.R.I si asterrà o voterà a favore di quanto lei ha detto, perchè nelle sue pagine c'è uno sforzo concreto per migliorare quello che è l'istituto Regione.

Io la ringrazio per lo sforzo che ha fatto per illuminarci prima del voto. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. Montali, ne ha facoltà.

MONTALI: Signor Presidente, signori consiglieri, io sono tentato di cominciare, come ha cominciato il collega Boesso, salvo poi andare per altre strade. Io vorrei cominciare così proprio, perchè stiamo discutendo il bilancio di questa Regione, sappiamo benissimo che non parleremo di cifre, nessuno ne ha parlato e mi è facile prevedere che anche durante la discussione articolata di cifre ne parleremo ben poco.

Il collega Boesso ha esordito dicendo di fare una discussione quasi per un atto di rispetto, per un atto formale, per un atto procedurale, per un cerimoniale nei confronti del Presidente Bazzanella, il quale ci ha dedicato 86 pagine molto diligenti e dicendo diligenti vorrei ricordargli, anche se non è presente, che in occasione della sua dichiarazione al momento della sua nomina, della sua elezione a Presidente della Regione io ebbi, credo presuntuosamente con molto garbo, a fargli alcune critiche circa le virgole che erano state dimenticate e che davano dei sensi veramente incongruenti a tutta una serie di paginette della sua dichiarazione.

A proposito delle 86 pagine di questa dichiarazione devo dargli atto che ha steso una specie di sintesi piuttosto precisa di tutte quelle che sono le incombenze, quelle poche incombenze che restano ancora alla Regione e sulle quali la sua amministrazione si impegna nel

presentare questo bilancio, non dico alla realizzazione, ma allo sforzo per arrivare all'attuazione. Delle sue 86 paginette, proprio per dedicargli quell'attenzione che alcuni hanno espresso all'inizio del discorso, salvo poi dimenticarsene nel corso degli interventi, di quelle sue 86 paginette io avrei addirittura, per comodità di citazione, per comodità anche di antitesi dialettica ove ne sia bisogno, avrei fatto una sintesi ridotta ad una paginetta che mi serve per ricordarmi i punti che abbiamo ritenuto qualificanti dal punto di vista programmatico e quindi degni di essere affrontati.

Qui vorrei tornare un momentino indietro, perchè dopo aver dedicato , riassumendo in una pagina queste osservazioni, sono stato invece colpito, e credo altri assieme a me, dal fatto che qui della Regione si è parlato molto, molto poco, delle necessità che la Regione ha di rivalutare se stessa, di riottenere competenze e attraverso quali strumenti, perchè altrimenti enunciare solamente la necessità che altre competenze siano riacquisite sarebbe poca cosa, io della Regione ho sentito parlare molto poco e mi sembra che tranne l'intervento del collega Rella tutti gli altri interventi e tranne quello di Fedel, che ho trovato più conseguente sulla materia di cui trattiamo, abbiamo sentito una serie di interventi che hanno trattato delle grosse problematiche non finanziarie, non con i rapporti con la Regione, ma delle grosse problematiche politiche di fondo della Provincia di Bolzano. Talchè mi sono anche posto la domanda, se dovevo continuare a fare un intervento in sede di bilancio regionale secondo quella che era il mio modesto punto di vista, o se dovevo espatriare anch'io o rientrar in patria, che forse sarebbe meglio e trattare in polemica con i colleghi dell'S.V.P. tutte le tematiche che sono state qui rispolverate come se non fosse già sufficiente l'arena pubblica del Consiglio provinciale di Bolzano per affrontarle come le stiamo affrontando ogni seduta, ad ogni spron battuto.

Ho voluto rimanere fedele a quell'impostazione e cioè riferirmi alla sua relazione, signor Presidente, tenuto anche conto che se considerazioni politiche che investano tutte le varie problematiche che abbiamo sentito qui accennare, sollevare e dibattere, queste tesi di fondo potranno anche essere affrontate concretamente dal mio capogruppo.

Io mi sono permesso di riassumere il significato del bilancio che lei ci ha presentato, ma soprattutto il significato di quelle che sono le prospettive, di quelle che sono le strade aperte, di quelle poche strade aperte che sono lasciate alla Regione, partendo da quella che è la sua presentazione del bilancio che lei ha dovuto purtroppo

esaurire in due magre paginette e di più non poteva fare, partendo dal concetto di una rigidità di bilancio non modificabile, quindi è un bilancio che è lì e non lo tocca nessuno e che impedisce, mi è piaciuta questa sua dizione, ogni filosofia della spesa e che sia vero questo, lo accerta il fatto che qui dentro forse sarò l'unico a tentare una filosofia della spesa, nessuno ne parlerà. Dopo di che la sua enunciazione mi pare che migliore conferma non potrebbe avere.

E indubbiamente, affrontando il bilancio della Regione, 80 miliardi che poi diventano, come con molta modestia lei ricorda, 51 perché i 28 miliardi del catasto sono una specie di entrata e uscita condizionata, mi ricorda che siamo in 70 consiglieri regionali a discutere, ovvero a non discutere su questi 51 miliardi, quando nel mio comune fino a ieri l'altro, quando ero consigliere comunale discutevamo un bilancio di 80 miliardi, circa quasi il doppio, pur essendo il mio comune il capoluogo della Provincia di Bolzano.

Indubbiamente di fronte a questa rigidità non modificabile, tutti i discorsi sulle cifre, sugli impegni, sulla filosofia della spesa vengono facilmente a cadere. Lei ha tentato un esame, anzi è riuscito facilmente a fare un esame di questa rigidità non modificabile e ha trovato che tutto dipende, queste sono le sue parole, dalla mancata emanazione delle norme finanziarie, quelle che anche in Provincia di Bolzano - e credo anche per la Provincia di Trento - per il famoso articolo 78 dello Statuto comportano ritardi, ostacoli e necessariamente vie d'uscita secondarie nella stesura dei bilanci delle due Province.

Lei dice che sono stati 12 anni inutili nell'attesa di questa precisazione definitiva delle norme finanziarie dipendenti dall'applicazione dell'art. 78, e Benedikter non più tardi di alcuni minuti fa, ci ha ricordato che, dovendo tutto dipendere dal lavoro delle Commissioni, la Commissione dei 12 non si riunisce addirittura dal mese di luglio.

A pag. 9, da questa prima considerazione, lei arriva ad un'altra considerazione e cioè lega all'impossibilità che le due Province ottengano queste benedette norme e dice che se continuerà così la Regione dovrà decidersi a chiedere le norme finanziarie solo per lei, da che dovrei presumere che oggi l'emanazione delle norme finanziarie complessive o comunque della Regione sono un po' ancorate, sono congelate dalle trattative relative alle norme delle due Province.

Lei afferma che se le due Province non riusciranno a venire fuori dai loro problemi, sarà il caso, anzi lei se lo auspica, che la Regione chieda l'emanazione di norme esclusive per quanto le compete.

Poi c'è una serie di considerazioni che io ho voluto notare nella parte, non dico, centrale della sua relazione, ma quando fa riferimento ad una serie di vicende nell'ambito della Regione che lei chiama inedite ma "significative", fa riferimento ad una certa alimentazione, "alimentazione artificiosa" della tensione e credo qui volesse riferirsi in particolar modo alle eventuali tensioni politiche in provincia di Bolzano e a tutta una serie di considerazioni che, dice lei Presidente, infittisce o aiuta ad infittire la schiera dei pessimisti sulla Regione e sul ruolo della Regione.

Mi consentirà che quando leggiamo parole di questo genere non abbiamo la coda di paglia e ci permettiamo di riferire queste sue considerazioni a fatti precisi, a orientamenti politici precisi, particolarmente in provincia di Bolzano e visto che non abbiamo mai guardato con occhio docile e bovino il problema del regionalismo e delle regioni, visto che non lo guardiamo bene neanche oggi perchè proprio oggi, verificiamo i malanni che la Regione ha creato nel tessuto dello Stato, pensiamo che questa allusione ai pessimisti nei confronti della Regione e del suo ruolo tocchi anche alla nostra parte politica.

Oggi, signor Presidente, qui di pessimisti sul ruolo della Regione, mi sembra che lei è stato sicuramente attento a tutta una serie di interventi - se può essere ragionevole che questi pessimisti esistano nel campo delle opposizioni o di una certa opposizione, dovrebbe stupirsi molto di più che allora questa schiera di pessimisti possa annidarsi, guarda caso, nella maggioranza che regge le sorti di questa Regione, maggioranza da lei capeggiata.

Io spero con mano ferma e con idee chiare, anche se solo il tempo non le ha consentito di dimostrarci queste sue qualità. Allora quando i componenti di questa maggioranza le dicono quello che hanno detto il cons. Hosp, il cons. Pahl, il cons. Benedikter, il cons. Achmüller, io mi domando se non è il caso che lei, attraverso le componenti della sua maggioranza, non cerchi di far sparire questo pessimismo al quale si è riferito a pag. 19. Nei confronti di questo pessimismo noi, che pessimisti siamo stati e continuiamo ad esserlo, ci sentiamo dei piccoli scolaretti, perchè il nostro pessimismo fa riferimento a considerazioni generali della collocazione della Regione e delle sue funzioni nell'ambito del funzionamento dello Stato e non fa riferimento al piccolo cabotaggio settimanale, intorno alla problematica della Regione, delle autonomie, della presenza delle Province in forma di antitesi alla Regione, quando dovrebbero essere il completamento del concetto regionale, altrimenti non si vede cosa serva veramente la

Regione, se le interpretazioni sono quelle che abbiamo sentito dare dai componenti della sua maggioranza.

Nella parte finale della sua dichiarazione abbiamo, e ho qui sintetizzato i punti, prendendone atto con soddisfazione e senza dei pregiudizi critici, i punti che lei ha voluto indicare, a nome dell'amministrazione, quali obiettivi per il lavoro che ancora aspetta nell'ambito delle competenze a questa Regione. E per prima la revisione dell'ordinamento degli uffici e del personale, poi dell'informatica ai fini di un punto essenziale per quello che la Regione vuole rappresentare e cioè il miglior funzionamento con gli strumenti che ha e con quelli che può acquisire. Poi è passato alla necessità di dare un aspetto coordinato al settore dell'ordinamento dei comuni, pur ricordando lei che questa è competenza secondaria per la Regione, pur ricordando che attualmente è giacente al Senato tutta una serie di proposte e di normative, per cui potrebbe essere non in linea almeno con il calendario una iniziativa regionale che non trovasse ancora corrispondenza tra quelle che saranno le decisioni di carattere statale.

Ma anche qui, a proposito dell'ordinamento dei comuni, lei ha subito sentito il parere contrario sul possibile intervento della Regione in questo campo, il parere contrario espresso dal cons. Benedikter.

Andiamo avanti. Abbiamo registrato con particolare simpatia il punto che lei ha voluto dedicare alla previsione che si arrivi e che la Regione si adopererà in questo senso, che si arrivi all'elezione diretta del sindaco nei comuni. Ci fa piacere che per bocca sua la Regione prenda iniziative di questo genere e vuol dire che la petizione particolare, che il M.S.I. ha raccolto in tutta Italia per nomina del sindaco direttamente da parte della popolazione, non doveva essere proprio un'iniziativa strampalata o totalitaria, o non si sa quale altro tipo di aggettivo potremo meritarcene secondo il vocabolario del cons. Pahl, vuol dire che questa petizione nazionale è in linea su quelle che sono anche aspirazioni dei partiti depositari della democrazia.

Poi viene la parte - e mi pare questo sia un settore indubbiamente delicato e oggetto di attenzione da tutte le parti politiche, e a dir questo basterebbero tutte le proposte di legge che sono state già depositate, altre le abbiamo ricevute questa mattina e forse altre ne arriveranno - cioè i punti 5, 6 che lei ha dedicato alla composizione organica della legislazione elettorale nei due settori, quello per le elezioni regionali e quello per le elezioni comunali.

Qui abbiamo sentito i pareri, gli avevamo sentiti in

Commissione, li risentiremo nelle Commissioni legislative quando i progetti di legge arriveranno all'esame e cioè il solito problema della soglia, il problema dell'utilizzazione dei resti e altre iniziative che non riterremo veramente degne di essere affrontate qui dentro, tenuto conto che se ne parlerà a "iosa" quando le leggi arriveranno in Commissione, però visto che il cons. Boesso e il cons. Pahl hanno voluto anticipare una loro opinione, non so facendo quale grosso servizio alla sua ex collega Eva Klotz, diremo anche noi che veramente non riusciamo a capire questo della soglia elettorale, che potrà essere fissata a 5, 4, 3, 2,5, non so quale sarà la proposta, sia così sostenuta dai due partiti che hanno questa assoluta maggioranza e non parliamo della maggioranza del S.V.P. nei comuni dell'Alto Adige dove addirittura decine e decine di comuni non vedono la presenza di nessun altro partito che non sia quello di maggioranza, non si capisce tutta questa apprensione, tutta questa smania di assecondare, questa forse è la verità, gli intendimenti della D.C., espressi anche in una proposta di legge della Giunta nei confronti di questa soglia e anche delle modalità per l'utilizzazione dei resti.

E' passato citando un espresso articolo dello Statuto, signor Presidente, alle facoltà che ha la Regione di formazione di istituti provinciali per prestazioni previdenziali e qui, se lei mi consente faccio riferimento esplicito a quanto detto dal collega Benedikter, che vede favorevolmente questa creazione di un'INPS regionale o addirittura di un'INPS provinciale da aggiungere a quella specie di baraccone pauroso che è l'INPS nazionale, ma quando tutto questo favore nei confronti di questa possibilità, il cons. Benedikter fa riferimento banale all'uso dei moduli bilingui, allora capisco che effettivamente non è il grosso problema degli istituti che dovrebbero facilitare tutta la nostra organizzazione previdenziale, ma sono piccole cose che non migliorano affatto quella che è la situazione della sanità.

Avevo saltato uno dei suoi punti che lei ha dedicato all'impegno per la riforma della legge sanitaria e in effetti lei avrà senz'altro preso atto che nell'ambito della riforma sanitaria ci stiamo comportando in assenza assoluta, in carenza assoluta di regolamenti di norme che attualmente regolano la sanità in Italia. Abbiamo le assemblee scadute nei comuni dopo le elezioni del 12 maggio, nel Trentino abbiamo situazioni che hanno dovuto essere regolamentate o in qualche modo rapezzate con una legge apposita, ci sono qui comprensori che hanno provveduto a rinnovare le nomine, ci sono altri che non l'hanno fatto, a Bolzano tutte le assemblee oggi sono decadute e non si riuniscono più in

attesa di un qualche cosa, indubbiamente, signor Presidente, da parte della Regione, per quanto sono le sue competenze derivanti la legge del 30 aprile dell'80; questo è un settore nel quale il suo impegno programmatico avrà bisogno di essere sviluppato con la massima urgenza, coordinando tutte quelle che sono iniziative che attualmente vengono prese a carattere sparso, come se le Unità sanitarie locali fossero dei poveri enti abbandonati, dato che ciascuno ritiene di poter dare l'interpretazione giuridica alle proprie legalità e costituzione.

Questo era il giudizio che abbiamo voluto riassumere sulla sua relazione, un giudizio che per molte parti ci trova consenzienti, come ci trova consenzienti la citazione che ha fatto, e credo sia stato l'unico a farla, il collega Fedel, quando richiamandola per ben due o tre volte, e ho piacere di farlo anch'io, la possibilità che è data alla Regione dall'art. 103 dello statuto di autonomia, le ricorda che modificare questa legge non significa peggiorarla, ma forse migliorarla; quelli che urlano contro l'attentato che si farebbe allo Statuto chiedendo delle modifiche si dimenticano che queste modifiche sono addirittura previste dallo Statuto e l'art. 103 offre al Consiglio regionale l'opportunità di revisione di determinate norme.

Quindi nell'esame che abbiamo fatto della sua relazione, signor Presidente, abbiamo trovato motivi di validità, di concretezza, il che peraltro non ci consente di guardare al bilancio della Regione, che resta pur sempre un documento politico, di gestione, affidato a forze politiche nell'ambito delle quali noi come gruppo del M.S.I. restiamo all'opposizione, non ci consente di prendere una posizione favorevole.

E qui potrebbe finire il nostro intervento, se come mi ero promesso all'inizio non avessimo voluto registrare alcuni riferimenti che io ho già citato, quando i pessimisti nei confronti della Regione ci dicono, lo ha detto Pahl, che non riconosce questa istituzione regionale, queste sono le parole testuali che ho ricevuto dal traduttore - collega Pahl non è colpa mia - e qui io non sono d'accordo completamente con il collega Boesso e nemmeno con il collega Pahl, nel senso che dovremmo creare un ufficio stampa della Regione e fino qui andrebbe tutto bene, se l'ufficio stampa della Regione fosse a servizio dell'informazione pluralistica, ma secondo Pahl invece dovrebbe avere la funzione di rispondere a tutti i mass media nazionali quando interpretano la Regione in un modo che al cons. Pahl non piace. Per cui non si capisce bene chi dovrebbe dirigere questo ufficio della Regione, che dovrebbe comportarsi sempre nel modo inteso dal cons. Pahl se

vorrebbe essere un ufficio produttivo e concreto.

Una dichiarazione veramente molto delicata, molto grave che il cons. Pahl ha fatto, quando, riferendosi alle questioni delle sentenze e ne rileva alcuni aspetti proprio nella sua relazione il Presidente della Giunta, delle sentenze a proposito della vicenda, che è inutile ripetere, il cons. Pahl dice che la Regione non ha fatto niente, che si è presentata come un imputato indifeso, mentre avrebbe dovuto rispondere in tutti i modi alle situazioni che si sono create, qui non ho veramente la toga del colore più adatto per difendere la Regione, ma mi pare che questo non risponda a verità, mi sembra che risposte ai ricorsi siano state date, se la memoria non mi tradisce. Questa potrebbe essere solo un'inesattezza del cons. Pahl, quando invece dice, che non possiamo accettare le ingerenze del Consiglio di Stato in queste vicende, perché colpisce l'autonomia.

Egredi signori, se desideriamo pensare che come consiglieri regionali, rappresentanti di un istituto qual è la Regione, possiamo rifiutare tutto, l'ingerenza del Consiglio di Stato, l'ingerenza prima dello Stato, poi quello della Corte costituzionale; l'organizzazione giuridica del nostro paese non prevede comunque l'intervento del Consiglio di Stato come ingerenza, come se fosse un organismo che entra con il grimaldello in casa nostra, se non ci fossero stati i ricorsi di un tale Zanetti, i cittadini avverso l'operazione di carattere pubblico, il Consiglio di Stato, cons. Pahl, stia tranquillo che non si sarebbe ingerito, ma una volta che è chiamato a sentenziare su disfunzioni degli organi, su disfunzioni di determinati enti e istituzioni locali, ritenere ingerenza la risposta del Consiglio di Stato, mi sembra quanto meno un'affermazione piuttosto pesante!

Anche per quanto ha detto Hosp vorrei citare alcune considerazioni, di cui prendiamo atto, non voglio fermarmi alle solite considerazioni sui diritti inalienabili del gruppo strappato ingiustamente ecc. ecc. Prendiamo atto invece di una sua considerazione che noi abbiamo sempre anticipato, pensando magari che la nostra considerazione fosse maligna, fosse dettata da pregiudizi, il cons. Hosp ci viene a dire che non vogliamo concludere il discorso, per cui vogliamo lasciare ai giovani che verranno questo grosso patrimonio di contenzioso che non finirà mai.

Questa previsione noi l'abbiamo prospettata diverse volte, perché la chiusura di questa vertenza toglierebbe indubbiamente al S.V.P. qualsiasi altra possibilità di revanscismo, di tensione, una volta tanto lo vogliamo dire anche noi.

Non mi permetto di entrare nelle considerazioni che sono state fatte a proposito di alcuni interventi del collega Langer, il quale non ha certo bisogno della mia difesa, ma c'è un'altra considerazione che ha fatto Hosp e cioè quella che noi non permetteremmo mai che questa autonomia ci sia tolta pezzetto per pezzetto. Io vorrei che il cons. Hosp, con molto garbo, con molta tranquillità, come io gli ho detto queste cose, ci citasse il primo pezzetto che sia mai stato tolto all'autonomia che hanno ottenuto.

Una battuta, se mi consente cons. Hosp, quando riferendosi spesso anche a noi ha parlato di altri che non vogliono l'autonomia e la bloccano, ma ha detto altri e l'ha ripetuto, che hanno una longa manus a Roma. Io spero che questo sia vero Hosp, se si riferiva a noi, sarebbe un grosso elogio, una grossa constatazione di forza politica, se noi avessimo una longa manus a Roma, io mi auguro che lei sia stato buon relatore, sempre che la frase fosse riferita a noi.

Un'ultima cosa, l'intervento del cons. Benedikter, che richiede una puntualizzazione, è accanto al Presidente e quindi in una posizione importante, è una posizione di riguardo, ma io le risponderò con estrema umiltà...

(Interruzione)

MONTALI: Sorvegliando il cons. Benedikter mentre sfogliava tutti i suoi fogli mi sembrava, nel vedere le sottolineature con quei bellissimi evidenziatori di color giallo, che consultasse le pagine gialle, perché quando parla il cons. Benedikter siamo nel giallo più completo.

Il cons. Benedikter ha la facoltà, qualsiasi argomento si tratti, di coinvolgere in un cocktails pauroso l'organizzazione delle Nazioni Unite, oggi non l'ha fatto ma normalmente lo fa, l'accordo De Gasperi Gruber, lo Statuto, le leggi dello Stato, la Corte costituzionale, il Consiglio di Stato quando gli danno ragione - quando gli danno torto naturalmente si guarda bene dal sottolinearlo in giallo - e da questo pot-pourri di sentenze, di citazioni, evidenziando le citazioni di convegni dove qualcuno gli dà ragione e sottolineando dove gli danno torto, l'osare di un qualcuno a dare torto al cons. Benedikter! Qui vi è da fare una specie di considerazione, quando si fanno i convegni, ne abbiamo avuto un esempio in quello che è stato organizzato sulla toponomastica - e lo riferisco perché ero presente - gli illustri professori di Università, chiamati dall'estero ecc., non possono permettersi di esprimere un parere che sia contrario a quello

del cons. Benedikter, altrimenti il convegno non ha significato. Egli è il depositario delle interpretazioni, addirittura della lingua inglese, oggi non ci si può riferire alla lingua inglese con interpretazione diversa, da quella data dal cons. Benedikter e ce ne ha dato un piccolo esempio alcuni minuti fa.

Da questa posizione - è la posizione che ha investito poi l'intervento del cons. Pahl - si rivolge agli altri, tutti quanti siamo padroni delle nostre opinioni, ma la presunzione di essere i depositari del verbo, io lo dico con garbo ai colleghi, disturba chi vi ascolta, perché vuol dire che partite dal presupposto, che le opinioni degli altri non vi interessano, non siete disposti a valutarle, non siete disposti, ma che dico ad accettarli, stavo quasi pronunciando una parola veramente blasfema.

Questo dicevo del collega Benedikter ed è un po' il concetto che ci rende estranei al colloquio, perché noi cerchiamo di mettere sul tavolo quelle che sono le nostre opinioni, concedendo agli altri di non dividerle, anzi riconoscendo il merito agli altri quando ci mettono in dubbio la validità delle nostre, ma non possiamo accettare il verbo, il verbo viene da molto lontano, qualcuno oggi non so, se propriamente o impropriamente, ha ricordato la bibbia, il vecchio e il nuovo testamento; non facciamo nelle nostre dichiarazioni accostamenti che sarebbero veramente fuori luogo, e non potrebbero mai raggiungere gli obiettivi che si pongono le persone che ricorrono a questi riferimenti, a meno che non parlino tanto per parlare e non considerando la discussione un tentativo di trasmettere qualche cosa agli altri. Noi invece, volendo trasmettere qualche cosa agli altri, anche sbagliando, implicitamente dichiariamo che siamo disposti ad accettare, che ci troviamo in fase di possibile accettazione delle tesi altrui, altrimenti sarebbe un dialogo tra sordi, è un dialogo che non avrebbe significato.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Tomazzoni. Ne ha facoltà.

TOMAZZONI: Grazie signor Presidente. Io dichiaro subito che il nostro gruppo vota contro questo bilancio e tuttavia non voglio fare in modo che il bilancio non venga votato. Siccome siamo arrivati a un'ora tarda ed è importante che il bilancio della Regione sia posto in votazione, farò un intervento brevissimo, solo per rendere noto al Presidente della Giunta e alla Giunta stessa la nostra posizione sui quattro, cinque argomenti programmatici che sono contenuti nella relazione.

Il primo è il problema dei rapporti finanziari con lo Stato.

Brevissimamente dico che non sono d'accordo con la tesi espressa dal collega Benedikter di attendere per andare insieme alle Province. Siccome io non sono ottimista come il collega Benedikter e non ritengo che la regolamentazione dei rapporti finanziari o la trattativa tra Stato e Province possa concludersi entro gennaio.

La Regione d'altronde non può sopravvivere a lungo, così strangolata com'è con un bilancio non solo striminzito, ma anche insicuro, certo solo di residui altissimi e quindi invitiamo il Presidente della Giunta di procedere per conto proprio, di definire tale questione al più presto, indipendentemente dal comportamento delle Province.

Il secondo punto riguarda il problema dell'ordinamento dei comuni. Qui invece concordo con il collega Benedikter, vale a dire che non ritengo opportuno approvare una legge di ordinamento dei comuni, prima che sia varata la legge nazionale, che detta i principi generali, avendo noi solo competenza secondaria in questo settore. Nel frattempo si tratterebbe di operare affinché la legge nazionale conceda ritagli di spazi, i più larghi possibile, per poter adattare questi principi alla nostra situazione.

Per quanto riguarda l'accento che il Presidente fa a pag. 37, a una più ampia autonomia statutaria dei comuni, con possibilità di rappresentare e di sperimentare nuove forme di partecipazione della collettività locale alla gestione della vita amministrativa e di articolare la rappresentanza locale in forme anche diverse da quelle del comune tradizionale, posso anche condividere tale proposta, ma non ne comprendo bene il contenuto, per cui prego il Presidente di voler chiarire meglio questo passo della sua relazione.

In linea di principio la partecipazione la condivido, però non so come si possa attuare. Sono per la partecipazione la più larga ed ovunque possibile e nei termini possibili, però non è chiaro che cosa voglia dire questa espressione.

Per quanto riguarda la elezione diretta del sindaco, anche qui in linea di principio si può essere d'accordo, però teniamo presente che un discorso è quello che si fa a livello nazionale, un altro è quello che si deve fare in una Regione come la nostra, continuiamo a dire che ha peculiarità sue e quindi anche un ordinamento speciale. Mi pare abbastanza pericoloso il fatto di mettere in lizza in Alto Adige non la tal persona o la tal altra, ma l'italiano o il tedesco, il che potrebbe veramente aggravare la divisione linguistico-etnica della popolazione...

(Interruzione)

TOMAZZONI: La rotazione non viene votata direttamente, ma indirettamente. Quindi una certa attenzione a questi problemi per non approfondire spaccature già esistenti, abbastanza grosse, che si dovrebbero invece cercare di colmare, va fatta anche da parte delle forze di maggioranza e della D.C.

Anche per quanto riguarda il problema IPAB, il Presidente fa un lieve accenno, ma confesso di non comprenderne la proposta concreta, vorrei fosse precisata. Mentre per il problema ECA, è vero che la Regione ha delegato le Province di legiferare, ma poiché le Province non hanno svolto questo compito e assunto la delega la Regione dovrebbe riprendersi la sua competenza ordinamentale, pari a quelle dei comprensori, delle U.S.L. Noi la avevamo duramente avversata a suo tempo, perché prevedevamo quello che puntualmente è avvenuto, tanto è vero che avevamo fatto inserire nella legge persino i termini entro i quali le Province dovevano legiferare, peraltro interpretati come termini ordinatori e non perentori.

Il Presidente sfiora poi il problema dei trasporti, ma non dice qual è la posizione della Giunta su questo enorme problema in un momento, in cui si stanno operando grosse scelte a livello nazionale, cioè nel piano nazionale ed europeo, anche al di là del Brennero in Austria ed in Germania e soprattutto la Germania cerca nuovi sbocchi sui mari. Su questo punto la relazione è carente.

Il discorso sarebbe lunghissimo, ma è evidente che la Regione non può estraniarsi da questo problema, deve dire la sua perché è una questione vitale anche per la nostra Regione, per una serie di considerazioni che sono ovvie, però stiamo perdendo tempo, stiamo perdendo occasioni grossissime per indecisioni, per meschinerie, perché anche sui problemi dei trasporti si è voluto innestare il problema etnico linguistico e siccome la cecità è arrivata a tal punto da condizionare lo sviluppo di una Regione, stiamo toccando veramente il fondo.

Il problema INPS. Non sono d'accordo su un ente locale, pur non negando il problema, posto anche dal collega Benedikter, che riguarda, come del resto in altri settori, l'accelerazione delle pratiche. Pur avendo le Province competenza nel settore delle visite mediche per gli invalidi civili, la Provincia di Trento presenta arretrati di 4, 5 anni. Non conosco la situazione in Provincia di Bolzano, ma basta dire che il minimo vitale, pur essendo competenza

della Provincia, viene erogato con 9, 10 mesi di ritardo, quindi è un problema generale; sono d'accordo, bisogna accelerare le pratiche e trovare modi di collaborazione con l'INPS per offrire ai cittadini, in termini meno lunghi, quanto spetta loro per diritto.

Per quanto riguarda l'istituto di studi cooperativistici finanziato dalla Regione, siamo pienamente d'accordo, però se è finanziato dalla Regione ne deve essere pure gestito, non vorremmo fosse finanziato dalla Regione e poi scisso in due tronconi. Dovrebbe la Regione svolgere questa competenza se non altro di studi cooperativistici se non svolge altra attività nel campo cooperativistico. Anche sulla revisione della legge sul personale concordiamo che ci saranno da modificare alcune cose, però la proposta del Presidente è estremamente generica, dice che c'è da rivedere la legge 15 del personale e dell'organizzazione dei servizi, omettendo di fornirci qualche dettaglio.

Ho concluso il mio esame e non voglio aggiungere altro, anche se avrei da fare alcune considerazioni generali. Solo per quanto riguarda questo profilo europeo, di cui tutti hanno parlato anche oggi e ne parla pure il Presidente, avrei avuto piacere di sentire qualcosa della legge da noi presentata da quasi due anni, che attende la presa di posizione della Giunta. Di volta in volta si chiede il rinvio, perchè la Giunta deve ancora esprimersi in merito. Ci sembra una legge che va nella direzione da tutti desiderata, verso l'uropeismo che sta diventando una parola che ha centomila significati e dietro la quale si nascondono le cose più strampalate come quelle della collega Eva Klotz, che cita addirittura l'accordo dell'Irlanda che non è certamente nato dal popolo, trattandosi di una imposizione dall'alto, di un accordo per cogestire il problema dell'Irlanda e che nel contempo chiede la possibilità dell'autodecisione per il popolo.

Sentiamo le cose più strane in questo Consiglio.

Vorrei concludere con una considerazione. Certi problemi come quello dell'occupazione, quello della sanità, dell'ambiente e così via, problemi fondamentali, centrali, quelli veri della nostra popolazione della Regione, che sono problemi della popolazione di un ambiente alpino, li trattiamo sempre, signor Presidente della Giunta, fuori della Regione nell'Arge Alp, nell'Alpe Adria di qua e di là, mentre in Regione non li trattiamo mai. I veri problemi non arrivano quasi mai in quest'aula. Siamo presi da questa forma maniacale del problema etnico linguistico che sembra offuscare qualsiasi possibilità di individuare i problemi reali, quelli, per i quali la Giunta ha fiducia o vorrebbe

poter aver fiducia nelle istituzioni e nelle persone che le rappresentano.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Meraner. Ne ha facultà.

MERANER: Sehr geehrte Herren Präsidenten! Wenn wir den Bericht zu diesem Haushaltsvoranschlag 1986 für die Region durchlesen, dann kommen wir immer wieder zu Stichworten wie: die Geldmittel reichen nicht aus, um die Aufgaben zu erfüllen, die die Region an und für sich hätte. Der Haushalt ist in einem hohen Ausmaße erstarrt, so daß praktisch fast kein Freiraum mehr bleibt, wirkliche Entscheidungen für die Zukunft zu fällen. Der Pegelstand, heißt es, Herr Präsident, hat die Gefahrenzone überschritten und so ist dieser Bericht über weite Teile ein einziges Klagelied ähnlich jenem - um einmal vom alten ins neue Testament überzuwechseln - der Klageweiber des neuen Testamentes. Und dieses Klagelied zieht sich wie ein roter Faden quer durch diesen ganzen Bericht.

Der Hauptgrund für diese Klagen - so sagen Sie selbst - sei die schleppende Finanzverhandlung. Lassen Sie mich aber in bescheidener Weise hinzufügen, daß auf alle Fälle das, was wir heute vorliegen haben, das Ergebnis der Politik der letzten 10 Jahre ist. Die Institution Region ist in Gefahr und wenn demokratische Institutionen in Gefahr sind, dann ist die nächste Stufe die, daß die Demokratie selbst in Gefahr ist.

Nach dieser eher pessimistischen und negativen Einleitung Herr Präsident, möchte ich Ihnen aber zuerkennen, daß Sie sich trotz allem, trotz der enormen Schwierigkeiten, die sich darbieten, ehrlich bemüht haben, in ihrem Bericht ein Programm aufzuzeigen, ein Maximalprogramm würde ich sagen, angesichts der bescheidenen Geldmittel, die zur Verfügung stehen, das auf einer verhältnismäßig realistischen Basis beruht. Sie haben eine Reihe von positiven Ansätzen aufgezeigt, die auch von Vorrednern bereits gewürdigt worden sind und auch meinerseits volle Würdigung verdienen.

Ich möchte an erster Stelle das Problem des Grundbuchs und des Katasters nennen. Sie haben sich vorgenommen, in dieser Legislaturperiode diese Bereiche teilweise zu reformieren, auf alle Fälle aber zu koordinieren und vor allen Dingen sowohl technisch als auch personalmäßig angemessen auszurüsten. Wenn Sie diese Aufgabe während dieser Legislaturperiode erfüllen, dann, glaube ich hat die Region eine Leistung erbracht, von der man auch in Zukunft mit Achtung

reden wird und die der Region wenigstens einen Teil jener Berechtigung wieder zurückgibt, den sie in den letzten Jahren sicher weitgehendst verloren hat.

Sie schneiden das Problem der Personalordnung an. Sicherlich auch ein überfälliges und sehr wichtiges Problem, das reformbedürftig ist. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang die Bitte an Sie zu richten, im Zuge dieser Reform und vor allen Dingen im Zuge der praktischen Anwendung darauf zu achten, daß der Proporz auch im Bereich der Region eine gerechte Anwendung findet. Eine Anwendung, die bis jetzt noch nicht Platz gegriffen hat, und ich wende mich hier an die Herren Abgeordneten des MSI, um einmal klarzustellen, daß es einfach nicht statthaft ist, immer wieder Klagelieder von Diskriminierung, von Razismus, in diesem Bereich anzustimmen.

Wir wissen doch, daß gerade in diesem Sektor auch im Bereich der Region sicher die deutsche Sprachgruppe bei weitem - meine Damen und Herren - bei weitem benachteiligt ist, aber nicht nur in der Region, auch in der Provinz Bozen, wo im Bereich der Angestellten des Staates die italienische Sprachgruppe z.Z. etwa 400 Stellen mehr besetzt als ihr laut Proporz zustünden

Im Bereich der Landesverwaltung ist der Proporz einigermaßen gegeben, aber auch dort ist es so, daß in den oberen Rängen die italienische Sprachgruppe sicher überproportionell vertreten ist, erst in den untersten Chargen ist die deutsche Sprachgruppe stärker vertreten. So sehen wir, daß in der höheren Laufbahn, also in der Laufbahn A die deutsche Sprachgruppe 5,7% weniger besetzte Stellen hat, als ihr zustünden, die italienische Sprachgruppe 8,25% mehr. In der B-Laufbahn hat die deutsche Sprachgruppe 7% weniger, die italienische Sprachgruppe 10% mehr. Erst in der D-Laufbahn finden wir für die deutsche Sprachgruppe ein Plus von 5% und für die italienische ein Minus von 3%. Aber auch insgesamt, bei der gesamten Stellenbesetzung, schlägt der Proporzpegel zugunsten der italienischen Sprachgruppe aus.

Ich will hier nicht postenmäßig genau aufrechnen und sagen, es ist nur dann gerecht, wenn jeder genau seinen Prozentsatz hat. Ich möchte aber klarstellen, daß es demagogisch und undemokratisch ist, wenn man in einem Bereich - obwohl man ganz genau weiß, daß man bereits Vorteile hat - der Bevölkerung klarmachen will, daß man benachteiligt wird.

Wie ich durch die Unterbrechungen feststellen muß, sollen diese Äußerungen nicht nur an die faschistische Partei gerichtet sein, sondern auch an die Vertreter so mancher anderen Partei, die während

meiner Ausführungen lauthals protestierten.

Was die Regelung der Finanzen betrifft, glaube ich, ist es ein gefährlicher Weg, die Finanzbestimmungen für die Region, abgekoppelt von den beiden Provinzen, alleine durchzuführen. Ich habe zwar Verständnis dafür, daß Sie Herr Präsident Bazzanella, als Leiter der Exekutive in der Region, das Bedürfnis haben, endlich wenigstens gleich behandelt zu werden wie die Provinzen, daß Sie die Probleme sehen und andererseits feststellen, daß in ungerechter Weise die entsprechende Finanzierung eben wegen der Nichtdurchführung dieser Finanzbestimmungen nicht gegeben ist. Ich habe Verständnis für dieses Vorhaben, doch würde ich davor warnen, weil ich glaube, daß langfristig gesehen unter dem Strich für beide, Region und Provinzen, mehr Nachteile als Vorteile herauschauen würden.

Mit Genugtuung habe ich zur Kenntnis genommen, daß Sie ein besonderes Augenmerk auch der Reformierung und Neuregelung der Sozialfürsorge, soweit die Region dafür zuständig ist, widmen wollen.

Was die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Institutionen, insbesondere zwischen der Institution Region und der Bevölkerung anbelangt, wäre anzuregen, daß vielleicht in periodischen Abständen der Regionalrat - die Mitglieder des Regionalrates - zu Aussprachen mit Vertretern der Presse zusammenkommen, um so eine gemeinsame Basis zu finden, die dazu führt, daß die Berichterstattung nicht tendenziös, sondern objektiver und vielleicht in manchen Bereichen auch etwas positiver ausfällt, denn die Bevölkerung sieht nun einmal die Institution so, wie sie von der Presse dargestellt wird, und das ist leider nicht immer die positivste Seite.

Was die Förderung der Zweisprachigkeit in der Region betrifft, bin ich der Meinung, daß es sich auch hier um ein sehr wichtiges - um nicht zu sagen vorrangiges - Problem handelt, Herr Präsident. Mag es nun anderen passen oder nicht, ich will hier nochmal explizite meine Meinung wiederholen, daß es nämlich vernünftig wäre, dem Regionalrat nochmals ein Gesetz vorzulegen, das erlaubt, daß die Kinder der italienischen Sprachgruppe in den Kindergärten die deutsche Sprache erlernen können, wenn sie es wünschen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir im Bereich der deutschen Volksgruppe diese Notwendigkeit haben, und hätten wir sie, dann sollte auf alle Fälle das Recht gewahrt werden, in unserem Bereich so zu entscheiden, wie wir es für gut und vernünftig finden. Was für uns recht ist, muß für die anderen auch billig sein. Ich erachte es als eine äußerst schädliche und intolerante Haltung, wenn wir den Mitbewohnern - den italienischen Mitbewohnern - in diesem Lande

verbieten, ihre Kinder zu einem bestimmten Zeitpunkt die deutsche Sprache erlernen zu lassen, wenn es die Eltern der Kindern wünschen.

Was im Programm fehlt, das ist ein Hinweis auf die Erbauung der Straße von Laurein nach Proveis. Ich muß das bemängeln, Herr Präsident, zumal der von der Südtiroler Volkspartei - ihrem größten Koalitionspartner - gesetzte definitive Termin für die Durchführung dieses Projektes bereits seit Monaten verfallen ist. Ich würde sie inständig ersuchen, in Ihrer Replik gerade zu diesem Problem detaillierte Angaben über die Gründe der Verzögerung und über die Aussichten einer zukünftigen Verwirklichung zu machen.

Es kann nicht ausbleiben, daß ich auch zu Ihrem Vorhaben kurz Stellung nehme, das Wahlgesetz zu erneuern. Ich habe mit Genugtuung festgestellt, daß Sie Herr Präsident, diesen Passus sehr zögernd, ja ich würde sagen fast schamhaft, in Ihr Programm aufgenommen haben, denn da heißt es: Wegen der Einheitlichkeit des Sachgebietes muß man freilich an dieser Stelle auch von den Gesetzen über die Wahl des Regionalrates und der Gemeinderäte sprechen. Ich habe Verständnis, Herr Präsident, daß Sie an Abmachungen der Koalition gebunden sind und daß Sie deshalb diese Vorhaben auch in dieses Programm aufnehmen mußten.

Ich sage Ihnen dazu, daß ich überhaupt nichts dagegen habe, daß diese Gesetze vorgelegt und diskutiert werden. Es gibt nichts auf dieser Welt, was nicht noch verbesserungswürdig und möglich wäre, zu verbessern, sicherlich auch dieses Wahlgesetz, deshalb soll es vorgelegt werden, es soll demokratisch diskutiert werden. Wir sollen gemäß dem Auftrag, den wir alle über den Parteien hinweg von unseren Wählern erhalten haben, gemeinsam in kultivierter und demokratischer Weise diskutieren und uns bemühen, ein möglichst gutes Wahlgesetz zu bekommen. Aber wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß bei der Diskussion dieses Gesetzes Argumente zählen und daß der Recht bekommt, der Recht hat und nicht der, der nur die Macht auf seiner Seite hat.

Wie ich mir die Ausführungen einiger Abgeordneter heute vormittags und am frühen Nachmittag angehört habe, so ist in mir der Verdacht wach geworden, Herr Präsident, daß in diesem Zusammenhang möglicherweise die Region für provinzielle Intrigen und Machenschaften mißbraucht werden sollte. Ich behaupte das vorweg nicht, ich sage nur dieser Eindruck ist in mir erweckt worden und ich bitte Sie, überall dort, wo dies Wirklichkeit werden sollte, ganz energisch einen Riegel vorzuschieben. Ich glaube, daß Sie dies allen Abgeordneten dieses Hauses der Institution Region und nicht zuletzt der Bevölkerung dieser Region schuldig sind.

Im übrigen glaube ich, daß die Opposition solche Gesetze nicht so sehr zu befürchten braucht. Man wird sich umstellen, gegebenenfalls. Die Opposition wird sich zusammenschließen. Ich erachte das - im Gegenteil - als eine sehr positive Entwicklung. Vielleicht kann das, was die Opposition aus eigener Kraft noch nicht in ausreichendem Maße erreicht hat, die Mehrheit ermöglichen, nämlich einen breitesten Zusammenschluß der oppositionellen Kräfte in unserem Lande. Sollte dies nicht gelingen und sollte der eine oder andere von uns eben nicht mehr in dieses Parlament kommen, ja dann um Gottes Willen, dann ist das doch keine Katastrophe, dann wird er politisch - wenn er will - trotzdem weiterarbeiten. Er wird außerhalb dieses Parlaments in die extraparlamentarische Opposition gehen, die sowieso an Bedeutung ständig zunimmt, während die demokratischen Institutionen leider dauernd an Bedeutung verlieren.

Merkwürdig ist es allerdings schon, daß man erst nach so vielen Jahren verstanden hat, daß das eigene Gesetz durchaus nicht in Ordnung ist, und man wird den Verdacht nicht ganz los, daß man auch diesmal - wie schon öfters - ein Gesetz pro tempore und ad personam machen will. Das sind immer die schlechtesten Gesetze, aber die Erfahrung lehrt, daß dies immer wieder vorkommt und der Kollege Hosp könnte sicher - parteiintern zumindest - ein Lied davon singen.

Ich habe durch die Stellungnahmen insbesondere der Abgeordneten Pahl und Hosp den Eindruck gewonnen, daß das Ziel dieses neuen Wahlgesetzes nicht darin besteht, mehr Demokratie, sondern weniger Pluralismus zu schaffen. Hier wird politischer Egoismus und Eigenbrötelei wirksam. Man hat offensichtlich Angst, daß einem die Felle der eigenen Schafe davonschwimmen. Ich bin der Meinung, daß große Herden die meisten Schafe haben - schwarze auch, auch ein paar rote, Kollege Achmüller, insofern bunte.

Es wäre wohl zielführender und vernünftiger, wenn die Regierungsparteien eine bessere Politik machen würden, dann müßten sie weniger schlechte Gesetze machen. Aber ich wiederhole noch einmal, daß diese Gesetze, diese Wahlgesetze, ruhig vorgelegt werden sollen und es wäre sinnvoll, wenn sie nach einem Leitsatz Moliers ausgearbeitet würden, der zu einem seiner politischen Gegner einmal gesagt hat: "Ihre Meinung ist genau das Gegenteil der meinigen, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, daß Sie sie wenigsten sagen dürfen".

Wenn wir nach diesem Leitsatz diese Gesetze vorbereiten, diskutieren und verabschieden, dann, glaube ich, braucht sich niemand vor solchen Gesetzen zu fürchten, denn dann werden wir sicher unter dem

Strich etwas besseres machen, als wir jetzt haben. Ich gelöre zu jenen, die sich vor diesen Gesetzen nicht fürchten.

(Illustrissimi signori Presidenti, leggendo la relazione a questo bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1986 della Regione, si notano i ritornelli: i mezzi finanziari sono insufficienti per adempiere ai compiti che la Regione dovrebbe di per sé svolgere. Il bilancio è talmente rigido da non lasciare spazi per vere e proprie decisioni proiettate nel futuro. Il livello, così si legge signor Presidente, ha superato il limite di guardia e pertanto questa relazione in gran parte è un unico lamento, per trasferirci nel nuovo testamento, delle donne piangenti, come si legge in quei sacri libri. Questo lamento è presente come un filo conduttore in tutta la relazione.

Il motivo principale di questi lamenti, come lei stesso afferma, va ricercato nelle lente trattative sulla finanza. Mi si permetta di aggiungere modestamente che tutto quanto oggi si presenta ai nostri occhi è il risultato della politica degli ultimi dieci anni. L'istituto Regione è in pericolo e quando si rischiano le istituzioni democratiche, si è ad un passo da porre in pericolo anche la democrazia.

Dopo questa introduzione piuttosto pessimistica e negativa, desidero riconoscere che lei, signor Presidente, ciononostante, nonostante le grandi difficoltà che incontra, si è veramente premurato ad indicare in questa relazione un programma, un programma di massima, vorrei dire, considerando i mezzi finanziari modesti a disposizione, un programma che si basa su una piattaforma proporzionalmente realistica. Lei ha indicato una serie di principi positivi, che sono stati onorati dagli oratori che mi hanno preceduto e che sono degni anche della mia considerazione.

Innanzitutto desidero menzionare il problema del libro fondiario e del catasto. Lei si è fissato come meta di riformare parzialmente questi due settori in questa legislatura o comunque di coordinarli e di dotarli adeguatamente sia sotto il profilo tecnico che del personale. Se lei riuscirà nel corso di questa legislatura in questo suo intento, credo che la Regione avrà compiuto un'opera della quale si parlerà anche in futuro con rispetto e che restituirà alla Regione almeno in parte quella giustificazione ampiamente persa in questi ultimi anni.

Lei affronta il problema dell'ordinamento del personale, che è certamente importante e già da tempo abbisogna di una riforma. Mi si permetta a tal proposito di rivolgerle una preghiera, di voler osservare

nell'ambito di questa riforma e soprattutto della pratica applicazione, che anche negli uffici regionali la proporzionale possa trovare una giusta attuazione, che non ha ancora avuto luogo e mi rivolgo ai signori consiglieri del M.S.I. per chiarire come non sia possibile intonare sempre canzoni di lamento sulla discriminazione e sul razzismo in questo settore.

Sappiamo che proprio in questa materia la lingua tedesca è di gran lunga svantaggiata, signore e signori, ma non soltanto qui nell'ente Regione, ma anche in Provincia di Bolzano, dove nell'ambito dell'impiego statale il gruppo linguistico italiano occupa ad esempio 400 posti in più di quanti gli spetterebbero secondo la proporzionale.

Nell'ambito dell'amministrazione provinciale la proporzionale è in certo qual modo equa, ma anche in quel caso accade che nei livelli funzionali superiori il gruppo di lingua italiana è rappresentato in maniera sovraproporzionata, mentre soltanto ai livelli inferiori è maggiormente rappresentato un gruppo linguistico tedesco. Notiamo infatti che nelle carriere superiori, diciamo di gruppo A), il gruppo linguistico tedesco è svantaggiato del 5,7%, mentre il gruppo linguistico italiano ricopre posti in più pari all'8,25%. Nelle carriere di concetto, vale a dire del gruppo B), il gruppo linguistico tedesco dispone del 7% di posti in meno e quello italiano del 10% in più. Soltanto nelle carriere ausiliarie del gruppo D) il gruppo di lingua tedesca registra un 5% in più e un 3% in meno quello di lingua italiana. Ma anche dal punto di vista globale i posti ricoperti dal gruppo linguistico italiano danno come risultato una proporzionale a suo vantaggio.

Non intendo fare un calcolo con il bilancino ed affermare che giustizia sarà fatta soltanto dal momento che l'uno o l'altro gruppo etnico avrà raggiunto la sua vera percentuale, ma desidero chiarire che è demagogico e non democratico dimostrare alla popolazione di trovarsi in svantaggio, pur sapendo che in un determinato settore ci si trova in posizione di vantaggio.

Come ho potuto constatare dai richiami pervenutimi da altri banchi, queste mie espressioni non vanno rivolte soltanto al partito fascista, ma anche ai rappresentanti di qualche altro raggruppamento, che ha voluto protestare a voce alta nel corso di questo mio intervento.

Per quanto riguarda la regolamentazione delle finanze credo sia assai pericoloso richiedere l'attuazione di una norma finanziaria unilaterale per la sola Regione, staccandosi così dalle trattative delle due Province. Comprendo, Presidente Bazzanella, che come guida

dell'esecutivo della Regione lei avverta la necessità di essere almeno trattato alla pari delle due Province, che avverte i problemi, constatando che ingiustamente non è garantito il relativo finanziamento per la mancata attuazione di queste norme finanziarie. Ho comprensione, ribadisco, per questa sua proposta, ma oso richiamarla, poiché ritengo che proiettando il problema nel futuro, sia per la Regione come pure per le due Province sarebbero maggiori gli svantaggi e non i vantaggi.

Con soddisfazione ho preso atto che lei intende porre particolare attenzione alla riforma ed al riassetto del settore previdenziale, per quanto di competenza della Regione.

Per quanto riguarda il miglioramento dei rapporti tra le istituzioni ed in particolare della Regione e la popolazione, sarebbe da attuare un'iniziativa, affinché il Consiglio regionale, cioè i vari consiglieri, si incontrassero periodicamente con la stampa per trovare una base comune, onde evitare che le notizie non vengano pubblicate in modo tendenzioso, ma in maniera più obiettiva e forse in certi settori anche con accenti un po' più positivi, dato che la popolazione vede l'istituzione come le viene descritta dalla stampa e purtroppo questo non è sempre l'aspetto positivo.

Per quanto riguarda l'incremento della bilinguità nella Regione, sono dell'opinione che anche in questo caso trattasi di un problema molto importante, per non dire prioritico. Piaccia o non piaccia desidero nuovamente ripetere esplicitamente la mia opinione, che sarebbe ragionevole presentare al Consiglio regionale nuovamente una legge che permetta ai bambini di lingua italiana, che frequentano le scuole materne, di imparare la lingua tedesca, se lo desiderassero. Sono dell'opinione che noi del gruppo etnico tedesco avvertiamo in questo settore la necessità, e se l'avvertissimo in ogni caso il diritto dovrebbe essere comunque garantito, di decidere le cose nostre secondo il nostro punto di vista e ciò che è giusto per noi deve essere equo anche per gli altri. Considero un atteggiamento estremamente deleterio e intollerante vietare a dei nostri concittadini di lingua italiana di far imparare ai loro figli la lingua tedesca in un preciso momento della loro vita, quando lo desiderano i genitori.

Ciò che è stato omissso nel programma riguarda la costruzione della strada che da Lauregno conduce a Proves. Devo sottolineare questa carenza, signor Presidente, tanto più che il termine definitivo posto dal S.V.P., suo partner di Giunta, per l'attuazione di questo progetto è già da mesi scaduto. La pregherei insistentemente di volermi fornire dati dettagliati nella sua replica su questo problema e di chiarire i

motivi del ritardo e le possibilità reali che vi sono per la futura realizzazione di questa arteria stradale.

Non posso fare a meno di prendere brevemente posizione in merito al suo progetto di modificare la legge elettorale. Ho constatato con soddisfazione che lei, signor Presidente, ha assunto questo passo con esitazione nel suo programma, direi quasi con un po' di vergogna, poiché si legge: per l'unitarietà delle materie a questo punto si deve naturalmente parlare anche delle leggi sulla elezione del Consiglio regionale e dei Consigli comunali. Comprendo, signor Presidente, che lei è vincolato ad accordi di coalizione e che pertanto si è visto costretto ad inserire questo intendimento anche nel suo programma.

Posso dirle di non essere minimamente contrario, affinché queste leggi vengano presentate e discusse. Nulla a questo mondo vi è che non necessiti di miglioramenti o che non si possa migliorare e quindi anche questa legge elettorale può essere migliorata e per questo motivo ci venga pure sottoposta all'esame per una discussione democratica. Fedeli al mandato che noi tutti, al di là dell'appartenenza all'uno o all'altro partito, abbiamo ottenuto dai nostri elettori, dobbiamo discuterne in modo educato e democratico e premurarci, affinché si approvi la miglior legge elettorale. Ma premessa essenziale è che in questa discussione valgano gli argomenti e che si dia ragione a chi ha ragione e non soltanto al più forte.

Avendo udito le esposizioni di alcuni consiglieri questa mattina e nel primo pomeriggio, mi è sorto il dubbio, signor Presidente, che a tal proposito la Regione dovrebbe essere possibilmente usata per intrighi e giochi di potere a livello provinciale. Non è questa una affermazione, ma la mia impressione e la prego di opporsi energicamente a qualsiasi tentativo in tal senso. Credo che lei debba questo innanzitutto a tutti i consiglieri dell'istituzione Regione, come pure a tutta la popolazione del territorio regionale.

Del resto credo che l'opposizione non debba temere simili leggi. "Se il caso lo richiedesse si cercheranno altre soluzioni. L'opposizione si raggrupperà." Simili espressioni mi sembrano tutt'altro che positive. Quanto l'opposizione con propria forza non è riuscita a concludere in misura sufficiente, vi riuscirà forse la maggioranza, cioè ad operare la più ampia unificazione delle forze di opposizione della nostra Provincia. Qualora non si riuscisse e se uno o l'altro consigliere non dovesse più essere presente in questo parlamento, pazienza, non sarà una catastrofe, se egli desidera potrà continuare comunque la propria opera politica. Si porrà al di fuori di questo

parlamento nell'opposizione extraparlamentare, che assume sempre una maggiore importanza, mentre le istituzioni democratiche tendono purtroppo sempre di più a perderla.

E' curioso dover constatare che soltanto dopo così lunghi anni si è capitò che la propria legge non è consona allo scopo e non si riesce a togliersi completamente il dubbio che anche in questo caso, come è accaduto altre volte, si desidera fare una legge pro tempore e ad personam. Queste sono sempre le leggi peggiori, ma l'esperienza ci insegna che cose simili accadono continuamente ed il collega Hosp, per quanto riguarda l'interno del suo partito, potrebbe certamente cantare una propria canzone.

Con la presa di posizione in particolare dei cons. Pahl e Hosp ho avuto l'impressione che lo scopo di questa nuova legge elettorale non sia quello di aumentare la democrazia, ma di diminuire il pluralismo. Qui si pongono in luce egoismo e carattere asociale. Si teme evidentemente di perdere le pelli delle proprie pecore. I grandi greggi hanno il maggior numero di pecore, anche nere, alcune rosse collega Achmüller, pertanto di colore variopinto.

Sarebbe più consono allo scopo e più ragionevole, se i partiti di maggioranza ponessero in atto una politica migliore, per non essere costretti a fare leggi per così dire cattive. Ribadisco nuovamente, si presentino con tranquillità queste leggi regionali e sarebbe ragionevole se fossero elaborate secondo un pensiero di Molier, che ad un suo avversario politico ebbe a dire: "La sua opinione è esattamente il contrario della mia, ma impegnerei la mia vita, affinché lei la possa almeno dire".

Se noi prepariamo, discutiamo ed approviamo ques e leggi tenendo presente tale pensiero, credo che nessuno debba temere simili provvedimenti, in quanto il prodotto sarà senz'altro migliore di quanto ora stiamo facendo. Faccio parte di quel gruppo che non teme queste leggi).

PRESIDENTE: Signori consiglieri, era previsto un'interruzione per le ore 18.00, per riprendere i lavori in seduta notturna. E' stata avanzata la proposta di continuare la discussione ed evitare così la notturna.

Credo di poter accettare la proposta, per cui la seduta prosegue.

La parola al cons. Ferretti.

FERRETTI: Signor Presidente, signori colleghi, cercherò di essere breve

nella consapevolezza che il vario dibattito ha già dato un grande contributo alla relazione del Presidente della Giunta regionale, a testimonianza che vi è un'attenzione intorno alla Regione, ma soprattutto vi è un'attenzione intorno all'esposizione condotta dal Presidente della Giunta regionale diversa dal passato e, ci pare di capire, estremamente realistica, ma anche produttiva, nonostante talune stonate note di sfiducia o talune intromissioni improprie di argomenti, come abbiamo sentito fare dall'ultimo intervenuto, in una sede dove più adeguatamente si devono trattare i temi propri o di politica generale della Regione, piuttosto che scendere in argomentazioni di carattere demagogico e deviante, in rapporto alle questioni sul tappeto.

Noi consideriamo questo bilancio e la relazione del Presidente Bazzanella il bilancio e la relazione della consapevolezza dei contenuti, ma anche del momento storico in cui vive la nostra Regione. Un bilancio in cui con rara chiarezza viene indicato qual è il percorso da compiere nei tempi medio-brevi e quali sono i risultati conseguiti in questi ultimi anni, non solo dalla Regione, ma da una presa di coscienza di livello regionale diffusa anche a livello di opinione pubblica. Ed ha ragione il Presidente quando dice che di fronte a una Regione ufficiale, talvolta esitante, qualche volta impacciata o ritrosa circa gli spazi reali da percorrere in forme di collaborazione, di intesa, di scandaglio, di cui pure ha fatto una ricca messe di esempi e altri ne potrebbero essere effettuati, vi è poi una Regione dei cittadini che riesce a produrre fatti di collegamento, di confronto che sono indicativi innanzitutto della vivezza dell'istituto regionale, ma anche della consapevolezza che la Regione ha di sé stessa, cioè di una comunità di storia, non solo di confini, di cultura e quindi di una potenzialità di lingue e di culture non ancora compiutamente percorse, ma sicuramente presenti con più consapevolezza rispetto al passato.

Voglio credere che questo risultato, constatato dal Presidente, oltre ad essere un risultato reale e foriero di ulteriori sviluppi, sia dovuto alla continuità con cui la Regione ha saputo proporre con insistenza il proprio ruolo, anche in momenti in cui la normalità di quest'oggi non era così scontata. Non possiamo dimenticare che solo qualche anno fa, come in tempi recenti, in presenza di enunciazioni europee o della proclamazione della centralità dell'istituto regionale, rispetto a una situazione geografico e politica circostante, tutte queste cose venivano da talune parti politiche stigmatizzate, se non contestate.

L'aver continuato su una certa strada e l'aver coinvolto le

Province - io cito due esempi, mi permetta il collega Bazzanella, che ci riguardano - in attività collegate - ricordo quelle condotte assieme alla Provincia di Trento e al Tirolo nel campo delle arti figurative e quindi in collegamento col collega Zelger e con il collega assessore alla cultura di Trento - in attività comuni ed anche nei colloqui recenti che stanno estrinsecandosi nel settore della cultura, testimonia una presenza dell'istituzione, interessandone anche la base.

Sicuramente non è merito solo della maggioranza, ma è merito anche delle opposizioni, che, attraverso articolazioni e di partito e di associazioni culturali, riescono a dare un maggiore respiro, è merito anche di questa Assemblea. Talvolta noi stessi nei corridoi diciamo: si parla soprattutto di Bolzano all'interno del Consiglio regionale, delle tematiche che scaturiscono sempre più la proporzionale, dei rapporti tra la Regione e la Provincia, ma soprattutto è la Provincia di Bolzano che ha qualche cosa da dire, sui problemi del bilinguismo, che sono emersi anche oggi. Ebbene io non ritengo inutile questo dibattito, anche se talvolta deborda, non in modo strumentale, ma in modo culturale politicamente valido, su tematiche che riguardano più una provincia che l'altra, perché credo che questa sia la zona anche di informazione ufficiale e sia il megafono per un'informazione esterna non casuale e sistematica.

Mi pare che la relazione di Bazzanella contenga queste consapevolezza e anche quando Bazzanella, con prudenza, ma fermezza, compie un'analisi delle riforme portate avanti dalla Regione e non recepite pienamente dalle Province, introduce un elemento di stimolo, se non vogliamo chiamarlo di controllo, ma di vivacità e di attenzione, che tornano di vantaggio per un'interpretazione più coerente e più coordinata della Regione per le responsabilità che implicitamente può avere, come madre di determinate leggi, anche rispetto alla loro attuazione poi affidata alle due Province.

Anche di questo ci compiacciamo, nulla è enfatizzato, nulla è portato avanti in modo da diventare elemento di frizione. tutto è posto per una riflessione che non sia casuale, ma costruttiva. Ecco perché ho detto che questa è un'analisi della consapevolezza, ma anche del realismo, pur essendo a poche settimane da un dibattito che è stato lungo, forse più acceso di quello di quest'oggi, per l'insediamento del Presidente, che ha preso non tanto e non solo possesso dell'ufficio, ma dei problemi della Regione, sciorina e ricorda quelli che sono gli impegni più eclatanti che ancora sono da portare avanti. Tra questi impegni c'è la legge per la riforma delle elezioni regionali e c'è un

discorso, che non può essere accantonato in modo troppo veloce, di rinnovamento della politica delle elezioni comunali.

Voglio limitarmi a dire che ritengo indispensabile una riforma della legge elettorale e, come è negli accordi di Giunta che si arrivi alla definizione di un quorum, affinché i partiti che entrano in questo Consiglio regionale godano di un minimo di suffragio popolare, che li renda attendibili e che li renda portatori non solo di opinioni personali, ma di ampi strati della popolazione.

Qualche minuto fa noi abbiamo potuto renderci conto, sentendo il cons. Meraner, che cosa può accadere quando uno rappresenta poco più di se stesso e della propria figura riflessa nello specchio; diventa elemento che fomenta contraddizioni, nel caso in cui rappresenti solo se stesso - adesso il cons. Meraner non c'entra più - diventa persona che può malamente interpretare le leggi, che quando fa dei riferimenti sulla proporzionale rischia di capire fischi per fiaschi e che dimentica l'esistenza non solo delle tabelle, ma dello Statuto, delle norme di attuazione, dell'art. 45 e 46, dell'art. 14 e - chi conosce le norme di attuazione capisce anche quello che dico, forse non chi mi dovrebbe intendere - cioè produce nel momento in cui sembra contestare tensioni.

Noi vogliamo, desideriamo, in nome della vera democrazia e non dell'individualismo o del soggettivismo o del partigianesimo o delle accorporazioni, come avviene in Austria, in Germania, negli Stati Uniti e in tanti altri paesi che noi prendiamo ad esempio - e non voglio citare quello che accade oltre Cortina, dove tutto è addirittura determinato - che chi entra in questo Consiglio sia portatore di valori multipli, che riflettano la società. Quindi chiediamo un quoziente, pur sapendo di dover condurre un confronto per il quale ci siamo impegnati comunque non solo con le forze di maggioranza, ma non ci accontenteremo del 4% della Sicilia, faremo delle proposte anche più avanzate, su cui poi cercheremo la sintesi, e più avanzate significa un quoziente più elevato, in maniera tale che...

(Interruzione)

FERRETTI: Non può accadere che un partito che ha meno di 6 mila voti sia rappresentato qui con un consigliere borioso e che un partito che ha quasi 30 mila voti, cioè 5 volte tanto, sia qui rappresentato da tre consiglieri! Non so a quale ti riferisci, probabilmente non ci riferiamo alla stessa cosa, 27 è pur sempre meno di 30 mila.

Questa è la situazione esistente e quando citiamo queste cifre

si può intendere cosa stia accadendo all'interno di questo Consiglio regionale e all'interno del Consiglio provinciale. So che sarà una battaglia dura e non semplice, ma sarà condotta in nome della democrazia e non del frammentarismo, in nome dei collegamenti e del confronto e non della frammentazione soggettiva, che addirittura si verifica all'interno di questo Consiglio in modo funzionale alle indennità che vengono attribuite o alle soggettività che nascono successivamente alle elezioni.

Va detto anche questo. E qualcuno batte le mani, qualcuno si meraviglia e qualche altro si scandalizza, ma "excusatio non petita" con quello che segue.

Ecco quindi che quando il Presidente, in un momento che noi riteniamo tra i più significativi della vita di un anno della Regione, ricorda questi temi, compie un atto non solo di proposta democratica, ma anche di contributo ad un dibattito, che non si può esaurire in una sola sede e quindi noi riteniamo che questo sia estremamente costruttivo per la vita di questa Regione. Come riteniamo costruttivo il rapporto che viene delineato di un collegamento costante tra le due Province e la Regione - il Presidente lo ha delineato particolarmente per la norma finanziaria - perché riteniamo che le Province senza la Regione non siano compiute nella rappresentanza autonomistica, come pure la Regione senza le Province. Ma naturalmente questo collegamento sia per la Regione che per le Province e anche rispettivamente tra di loro non può e non deve essere un collegamento di sudditanza e di adeguamento, deve essere un collegamento dinamico, di confronto, di pari dignità e di pari valore, in maniera tale che ognuno riesca a temperare la propria esigenza e la propria visione della vita con l'esigenza e la visione della vita, in questo caso del problema, dell'altro ente; quindi in un rapporto dinamicamente dialettico, funzionalizzato, finalizzato al raggiungimento del massimo dei risultati possibili. Adesso parlo della norma finanziaria, avendo presente quello che nell'intervento svolto in merito all'elezione del Presidente avevo chiamato il senso dello Stato, cioè sapendo che questa è una Regione inserita nella Repubblica italiana, di cui deve vivere i momenti positivi e quelli meno positivi con una partecipazione che non si può mai estraniare dalla vita del paese né in senso utilitaristico, né in senso strumentale.

Ecco quindi che anche sotto questo profilo noi condividiamo, appoggiamo, riteniamo che questa sia una linea di condotta, riconosciuta valida anche da altri intervenuti prima di me, da perseguire.

Debbo dire poi - e di qui la mia soddisfazione e della mia

parte politica per il dibattito di oggi - che mi è parso di cogliere dall'intervento di qualche collega del S.V.P., del cons. Achmüller in particolare, alcuni cenni di apertura e di maggiore coinvolgimento e corresponsabilizzazione che per me, che forse sono disattento alla vita locale, stanno a significare quel processo di maturazione - naturalmente dal nostro punto di vista, non sono affatto polemico, non è una valutazione di qualità, è un'espressione di diversificazione che noi abbiamo notato all'interno del S.V.P. anche attraverso alcuni segnali, vedi atteggiamenti assunti dall'on. Riz in alcune occasioni, vedi lo stesso Benedikter che si presenta ad alcune manifestazioni e fa prendere posizioni, sia pure da noi non compiutamente condivise su alcune tematiche, vedi la proporzionale, vedi il Presidente Magnago che si rivolge, attraverso il giornale che solitamente non aveva molto gradito, l'"Alto Adige", alla popolazione di lingua italiana per dire alcune cose - vedi l'intervento costante degli Arbeitnehmer all'interno del S.V.P. per un'apertura verso una democrazia più partecipata e consapevole da parte del gruppo di lingua tedesca verso i problemi del gruppo di lingua italiana - sui problemi del gruppo di lingua tedesca.

Tutti questi segnali e l'intervento di oggi del cons. Achmüller che, se ho capito bene, parla di possibilità di intervenire sulle norme di attuazione, purchè ci sia largo assenso e un coinvolgimento - e mai per quello che ci riguarda abbiamo parlato in modo diverso - multiplo e dei gruppi linguistici e delle forze politiche, fa intendere questa affermazione: siamo in presenza di una visione dell'autonomia non più come un fatto statico e codificato perennemente, ma come un fatto dinamico, adattabile alla società e del resto abbiamo già visto che le norme di attuazione sono state modificate, adattandosi alla società; valga per tutti l'esempio della 752, quando è intervenuta la modifica dello stato giuridico del pubblico impiego. Oggi Achmüller non ha enucleato nessun esempio, nè io lo voglio fare, ma sembra crescere una sensibilità che fa delle norme di attuazione non un qualcosa di statico e codificato, ma un qualche cosa di vissuto e vivibile, per cui nel tempo, io non so che cosa e come, se l'adesione sarà ampia e quindi se ne parlerà nelle dovute sedi, queste norme possono cambiare.

Non è un cenno di speranza, ma di mentalità che sopravviene e a noi, che queste cose le abbiamo dette da sempre e mai abbiamo preteso di vedere nelle norme qualche cosa di fermo, nè qualche cosa che furbescamente può venire modificato, fa piacere. Ma questo è un segnale che fa piacere perchè apre gli spiragli anche su ciò che rimane ancora

da approvare. Se questo, anzichè essere l'atteggiamento di una persona o di una parte politica, fosse l'atteggiamento del partito che raccoglie la stragrande maggioranza dei voti del gruppo di lingua tedesca, credo che le norme che rimangono da approvare, la norma sull'uso della lingua in particolare, potrebbe essere vista con occhi diversi, nella misura in cui si raggiungesse la consapevolezza che questa norma non è destinata a fermarsi e cristallizzarsi per decenni, grazie a Dio nulla di ciò che appartiene all'uomo è eterno, ma nel tempo, qualora certi effetti dirompeni, da alcuni paventati, da altri neppure intravvisti, effettivamente esistessero, potrebbe modificarsi.

Questo è un segnale che io interpreto oltre le stesse intenzioni di Achmüller, ma lo voglio qui dire esplicitamente, perchè è solo su una strada di reciproca comprensione, di capacità di capire anche il punto di vista dell'altro, che noi riusciamo a costruire quei confronti e quelle intese che altrimenti sono destinate a fallire. Ci pare che tutta la costruzione del discorso del Presidente Bazzanella sia in questo senso, anche quando parla di problemi minori, quando interviene sui problemi del personale, del catasto, dell'organizzazione migliore che potrebbero avere determinati enti, tutto è finalizzato in funzione di una collaborazione non solo istituzionale, ma anche umana e quindi politica migliore.

Noi abbiamo voluto rilevare questi aspetti di positività e questi segnali di novità proprio perchè ci sembra che è troppo facile rilevare ciò che non funziona. Sono solito dire che uno che sta bene non si vede, uno che ha un'unghia incarnata si sente urlare, ma è solo un'unghia incarnata non è che sia la fine del mondo, e così talvolta anche in questo consesso l'ipercriticità propria di ognuno di noi fa esasperare situazioni, quando, stando attenti, si potrebbero cogliere degli spazi di collaborazione e di confronto e quindi, spero, anche di intesa ben superiori ai leitmotiv che talvolta noi esprimiamo.

Ci pare che la costruzione del discorso del Presidente Bazzanella sia di questa valenza e quindi noi diciamo che come partito apprezziamo questo intervento, che ha promosso, sollecitato - il Presidente Bazzanella avrà visto che non è accaduto come altre volte, non ci sono stati degli interventi fortemente critici o esasperati, tranne qualcuno - ad una maggiore consapevolezza da parte di tutti di quello che è il ruolo e di quella che è la parte che può svolgere la Regione.

Certo il bilancio è poca cosa, 51 miliardi in effetti, con una rigidità che impedisce molti movimenti, ma direi che se già dai

dibattiti, se già dal confronto escono dei risultati, se effettivamente si troverà quella forma di collegamento, che abbiamo poi definito dinamica e finalizzata in un rispetto equilibrato di ciascuno dei ruoli e finalizzata a conseguire risultati ottimali con uno spiccato senso dello Stato, saluteremo questi risultati; la Regione, come già altre volte abbiamo avuto modo di dire, non si dimostrerà inutile. Se poi si saprà intervenire affinché la democrazia diventi anche ai livelli istituzionali non frammentaria, ma più consapevole di sé, non rappresentativa di pochi interessi, ma più rappresentativa di interessi multipli, costringendo quindi a sintesi forze che strumentalmente si dividono presso l'opinione pubblica e si congiungono poi nelle aule, allora credo che anche attraverso questi nuovi strumenti, che è palesemente la legge regionale che introdurrà il quorum, noi avremo costruito migliori rapporti tra le popolazioni.

Noi ci ritroviamo in questa relazione e crediamo che questa sia la strada da percorrere nei prossimi tre anni, in maniera da produrre effetti che rimangano nel tempo.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Casagranda. Ne ha facoltà.

CASAGRANDA: Grazie signor Presidente. Il cons. Fedel questa mattina aveva tracciato dettagliatamente le linee del nostro gruppo.

Intervengo puramente su questo bilancio, anche se ben poco vi sarebbe da dire, in quanto l'entità finanziaria si aggira sui 51 miliardi contro quasi i 2.800 miliardi delle due Province autonome, tanto per evidenziarne la differenza.

Sarò quindi brevissimo in considerazione dell'ora piuttosto tarda. Ho sentito l'intervento del cons. Achmüller che ho seguito con particolare attenzione e mi è piaciuto quando ha affermato che è Roma a non augurarci l'autonomia, dato che il Governo allunga un po' troppo la mano sulle nostre autonomie locali.

Anche a livello provinciale ho avuto modo di dire queste cose e purtroppo sono i partiti di maggioranza i primi colpevoli, che nulla fanno per difendere l'autonomia. Caro cons. Achmüller, vorrei che lei venisse un giorno ad assistere ai lavori del Consiglio provinciale di Trento e constatare di persona come si amministra qui l'autonomia.

Quante parole ha speso per l'autonomia il capogruppo cons. Ferretti? Ci siamo resi conto tutti che quanto ha detto è vergognoso, ha infatti affermato che intende eliminare tutti i piccoli partiti per rimanere evidentemente soli in questo consesso. Questo ha detto il

capogruppo democristiano e questo ripeto è vergognoso, perché egli misura forse la gente ed i partiti soltanto dall'"ammucchiata".

Caro collega Ferretti, nel tuo discorso hai misurato la gente e gli esponenti dei partiti solo dall'"ammucchiata", o facciamo parte dell'"ammucchiata", allora possiamo governare e comandare. Che cosa vuole che faccia Meraner o il buon Casagrande che sono soltanto esponenti di un piccolo partito, per cui è meglio eliminarli! Questo lei in sostanza ha detto e non può smentire.

Del resto anche da pag. 41 traspare questo nostro intendimento.

Signor Presidente della Giunta regionale, abbiamo avuto l'esperienza già nel 1983, quando il secondo partito della Provincia di Trento doveva essere eliminato dall'allora Presidente Pancheri, al quale non ho più avuto modo di dire quanto sto dicendo ora. Con un colpo di mano, con una legge regionale voleva eliminare il secondo partito della Provincia, partito molto autonomista.

Nelle dichiarazioni lei ha scritto che non intende eliminare soltanto il P.P.T.T., ma quasi tutti i partiti minori.

Ho piacere che la stampa, la gente abbia sentito il discorso dell'esponente democristiano, caro Ferretti, nella mia breve carriera politica non ho mai sentito un sifatto discorso. Vorrei rammentarle che l'autonomia è stata conquistata lettera dopo lettera, non è sorta come crede lei spontaneamente, lei si è trovato improvvisamente consigliere, mentre qualcuno l'ha difesa e ha lottato per l'istituto autonomo, lo sanno anche gli esponenti del suo partito.

Consideriamo il caso del vostro segretario Robol, che era per l'autonomia, sono venuti i ministri, i senatori da Roma per cacciarlo via, avendo dimostrato di essere troppo autonomista! Hanno commissariato il partito, caro capogruppo della D.C.! Questo è accaduto e avete il coraggio di affermare che questa sarebbe la sede dell'autonomia.

E' venuto Piccoli da Roma, sono venuti gli onorevoli e hanno detto: tu caro Robol devi sparire e in fretta!

Non era mio intendimento di prendere la parola, ma ho visto che nella relazione, caro Presidente, le cose sono messe piuttosto male.

Apprezzo anche quanto di nuovo si cerca di fare in Regione, però signor Presidente lei deve essere il Presidente di tutti, non il Presidente dei grossi partiti, lei è stato eletto anche con i voti dei partiti minori, se lei ben rammenta, saprà che anche noi abbiamo dato il voto al Presidente Bazzanella, però non proponga leggi, come ha tentato di fare il suo predecessore, che mirano a distruggere

l'autonomia dei partiti.

Se la Giunta e lei Presidente avete queste idee, attuatele subito e non attendete come nel 1983 la vigilia della campagna elettorale, e ciò nell'interesse della Provincia, ma questa volta non staremo zitti, informeremo la stampa nazionale e la nostra autonomia finirà su tutti i giornali d'Italia. Grazie.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Cadonna, ne ha facoltà.

CADONNA: Sinceramente avevo qualche perplessità ad intervenire, stanti la scarsa valenza della Regione nel contesto politico, economico e la capacità di intervento dell'ente regionale. Evidentemente mi ha stupito, fino ad un certo punto, avendo ottenuto una spiegazione a un quesito che mi ero posto in passato, sul crollo della D.C. in Alto Adige che nelle elezioni amministrative è stata superata dal M.S.I., ma anche a livello provinciale ha tre consiglieri contro due. Se facessimo le elezioni con lo sbarramento zero oggi andrebbe a 5 il M.S.I. e ad 1 la D.C. Mi stupisco, ma, come già detto, ho ottenuto oggi l'attesa spiegazione e non mi stupisco più, dopo aver sentito certi suoi rappresentanti, che non sono nemmeno in grado di fornire risposte elementari, in quanto da una divisione logica, il 4% è uno sbarramento, il quoziente, che Ferretti voleva proporre, rappresenta invece il 2,8% per cui non conosce nemmeno la matematica della prima elementare.

Penso che sarebbe logico porre un 15% per costringere le opposizioni ad aggregarsi e proporre seriamente l'alternativa democratica al Governo moderato e conservatore imperante, sia in Regione che in Provincia. Simili condizionamenti favoriscono la costituzione, l'accorpamento, l'aggregazione di forze che altrimenti per una serie di motivi storici e culturali non si porrebbero mai seriamente come movimento alternativo alla conduzione clericofascista dell'attuale amministrazione provinciale e regionale.

Se il frazionamento deriva, secondo Ferretti, dall'identità, credo che il compagno Tonelli come il sottoscritto ed altri, offre certamente un maggior contributo di chiunque esponente dello scudo crociato nel sostenere l'attività politica.

Stia attento Ferretti che se noi applichiamo lo sbarramento del 10% in Alto Adige avremmo soltanto due partiti, l'S.V.P. e l'M.S.I., stia attento perché la condizione della D.C. in Alto Adige è peggiore del più piccolo partito, sia per credibilità, che per capacità di proposte, del più piccolo partito presente oggi nei Consigli provinciali

di Trento e di Bolzano, valendo il suo partito praticamente zero, e ciò dicasi pure dei suoi rappresentanti. Stia attento quindi nel fare certe affermazioni da ragazzino ambizioso, però ignorante.

Ritengo che la relazione del Presidente della Regione Trentino-Alto Adige presenti i connotati di una relazione di circostanza, in cui prevale il pianto greco a proposito della scarsità finanziaria lamentata che determinerebbe una condizione strutturale di inferiorità dell'ente Regione rispetto alle Province. Tale ansia di maggior manovra, suscita una certa perplessità, tenuto conto del fatto che la Regione, per statuto, opera in limitatissimi settori, connessi con l'ordinamento, poco incisivi rispetto alla politica economica e sociale, la cui gestione è affidata alla Provincia.

Se la Regione intendesse valersi effettivamente di queste funzioni ordinamentali, nei settori della sanità e dei comuni ed assumere le competenze derivanti dalla legge dello Stato 833, notevole sarebbe la valenza regionale.

Sconcerta inoltre la speranza esternata dal Presidente della Giunta regionale, che il sacrificio a cui è chiamata la Regione, possa essere superato ignorando quasi la prevalenza istituzionale, politica e amministrativa delle due Province sulla struttura regionale, fatti salvi gli aspetti precedentemente indicati.

Il Presidente Bazzanella, nella sua relazione, ricca di luoghi comuni, fa intendere di non essere del tutto convinto che anche la nostra realtà sociale è divenuta più complessa, riconoscendo, autonomia permettendo, che anche la nostra Regione fa parte della penisola italiana e quindi se per determinati settori le altre regioni piangono certamente la Regione non ride nel suo complesso. I grossi mali che contrassegnano le altre realtà si possono ritrovare anche nella nostra, in quanto disonestà, malgoverno, disoccupazione, pressapochismo politico e conflittualità permanente non mancano.

Nella sua relazione il Presidente Bazzanella ci ha indicato alcuni esempi significativi di crescente collaborazione tra stati di realtà diverse, a dimostrazione del fatto che in fondo gli uomini si muovono per rendere più agevoli i loro rapporti sociali e commerciali, a far cadere le tradizionali barriere che li dividono.

La cosa ci pare tutt'altro che agevole, se da un lato si impugna l'arma dell'autonomia in termini formali quando si presentano le relazioni ufficiali, e dall'altro la si utilizza in termini strumentali nella gestione di un potere che sempre più tende a consumarsi arpicciato su se stesso, fino a costringere chi lo gestisce da troppo tempo ad

escogitare stratagemmi sempre nuovi, magari sotto forma di sbarramenti elettorali, per contenere emorragie di consensi che prima o dopo dovranno manifestarsi nella concreta realtà.

Questa assenza di reali proposte operative evidenzia maggiormente la necessità di definire finalmente uno strumento politico che sia in grado di tradurre le reali esigenze della società, della popolazione del Trentino-Alto Adige in una proposta concreta; lo strumento potrebbe essere l'ipotesi di un gruppo alternativo all'attuale conduzione moderata della società trentina. Ciò significa affrontare veramente la crescente domanda di concretezza, rispetto alle proposte puramente ideologiche, affermando che il nodo nella questione sta proprio nel tentativo di certi partiti di attuare una riforma delle rispettive strutture interne, tale da tradurre in progetto i segni evidenti del cambiamento sociale.

Per questo gruppo l'esigenza di operatività politica dovrebbe significare proprio lavorare nella direzione più pragmatica possibile, allo scopo di produrre e mettere a disposizione della popolazione delle vere e proprie linee operative, anziché limitarsi, come spesso avviene per certe forze politiche, ad indicare soltanto delle linee interpretative.

D'altronde le analisi più recenti, vedi CENSIS, ISTAT, ecc., non lasciano dubbi sulla crisi anche di quella vitalità spontanea, che aveva caratterizzato a modo proprio lo sviluppo economico e sociale della nostra Regione negli ultimi 10 o 15 anni; l'azione politica pubblica non riesce più a tenere il passo con la società e non è in grado certamente di gestirne i cambiamenti, di assicurare un'accettabile qualità della vita, riconoscendo alle forze politiche di governo profonde responsabilità per uno stato gonfio e cedevole da un lato e non funzionale dall'altro. A ciò si aggiunga il comportamento dei partiti maggiori D.C. ed S.V.P. e dei sottopartiti, inteso la costellazione dei partiti minori, che hanno cessato di svolgere una funzione a favore della collettività per diventare un centro di potere e di interessi privati.

Questo movimento dovrebbe cogliere nella sua essenza i principi autonomistici della nostra terra, ma nel rispetto degli stessi e in una fase di progressiva internazionalizzazione dei popoli e delle questioni che li riguardano e non con chiusure tipo U.A.T.T., S.V.P., P.P.T.T.. Non possiamo non opporci alla provincializzazione della scuola, sia nel Trentino, sia in Alto Adige, in quanto questa non rappresenterebbe un avanzamento autonomistico, ma significherebbe per

D.C. e S.V.P. sviluppare con la filosofia del bastone e della carota una politica coatta, una lotizzazione premeditata del personale insegnante operante nelle scuole, la cui funzione diventerebbe quella della cinghia di trasmissione a sostegno dell'ideologia del potere dei partiti dominanti.

Lo stesso terziario, in parte emerso e in parte sommerso, benchè in posizione espansiva come nel resto del paese, non è certamente in grado di contrastare la disoccupazione sempre crescente, derivante dall'espulsione di forze lavorative dei settori primario e secondario.

Certamente sia a Trento che a Bolzano non possiamo avvallare il ricorso in eterno per rispondere a problemi della cassa integrazione, strumento ormai snaturato nella sua funzione originaria, se contemporaneamente non poniamo allo studio nuovi sistemi per reinserire nel circuito produttivo i lavoratori espulsi e quelli in attesa di espulsione e, per quanto riguarda l'Alto Adige, mi riferisco anche alla proporzionale etnica riferita a parametri non oggettivi e non rispondenti alla realtà.

Maggiore considerazione dovrebbe essere rivolta all'offerta del lavoro femminile, sia nel Trentino che in Alto Adige, che a livello nazionale rappresenta ormai circa un terzo dell'occupazione globale, ma con la tendenza ad espandersi nella componente della disoccupazione.

Si dovrà porre attenzione ai problemi degli anziani che sempre meno vedono associate le condizioni di dequalificazione ed emarginazione, soprattutto in Alto Adige, a causa del miglioramento dei livelli culturali e professionali, oltre a porre in atto una più oculata tutela del territorio, affinché non si verifichino nuove tragedie tipo Stava.

L'elemento preoccupante riguarda comunque la modalità di intervento degli organi regionali e provinciali e anche nazionali, i quali non hanno scelto la strada della programmazione per lo sviluppo, bensì quella del fiscalismo esagerato, della compressione discriminata di consumi dei privati, del trasferimento progressivo delle quote di oneri sociali dal pubblico al privato.

Gli stessi "affossatori" della filosofia dello stato sociale, ormai stanno mutando opinione, e vediamo la stessa Inghilterra, essendosi resi conto del fatto che non è certo nello stato assistenziale in sé il virus dell'indebitamento pubblico, quanto piuttosto nella pessima gestione e conduzione dell'attività degli organi pubblici di governo, Stato, Regioni, Province.

D'altronde non poteva che verificarsi quello che si è

verificato, tenuto conto del lento, ma inesorabile processo di lottizzazione che ha visto le maggiori forze politiche dell'arco costituzionale, e anche di maggioranza assoluta o relativa nelle Province di Trento e Bolzano dividersi letteralmente i vari settori dell'economia, del lavoro, delle istituzioni, della cultura, riproducendo fedelmente una matrice di gestione del potere, non in linea con i tempi, ma di taglio ottocentesco, recando grave danno alla collettività e soprattutto nei ceti meno protetti della popolazione. Se da un lato tutto questo può aver contribuito, negli anni passati, a quell'economia sommersa, che secondo alcuni addetti ai lavori avrebbe salvato la patria, dall'altro non si può ignorare che tale situazione ha creato effetti dirompenti sul mercato del lavoro ufficiale, impedendo il regolare deflusso della disoccupazione esplicita con le nuove opportunità di reinserimento attraverso corsi di riqualificazione e di informazione più appropriati di quelli attualmente svolti sia in Provincia di Trento che in quella di Bolzano.

Se a tutto ciò aggiungiamo il fenomeno della disoccupazione giovanile, circa i due terzi dei disoccupati, 26 mila in Regione, ci rendiamo conto dell'impotenza che trasuda dalle forze di governo ogni qualvolta queste si accingono ad affrontare il problema tanto da costringerli ad invocare il Governo, data la esplicita e palese impotenza degli amministratori locali di fronte al fenomeno della crisi occupazionale ed industriale.

Mentre ci avviciniamo con scarse convinzioni e assai modesti mezzi a quella che da tempo viene definita l'era post-industriale, già iniziata in Svezia, in Inghilterra, negli Stati Uniti, nella Germania, anche in qualche paese dell'est europeo, si prosegue in una direzione della cosa pubblica in forma quanto meno clientelare e in taluni casi forse anche criminale - questa è la mia opinione personale - lasciando che il Paese, la Provincia e la Regione nel nostro caso, vada letteralmente alla deriva, rifuggendo qualsiasi forma di confronto diretto con le forze attive sui problemi che riguardano i diversi ambiti del mondo della produzione e i complessi comparti della società.

I partiti che gestiscono il potere addebitano per abitudine le difficoltà del mondo economico e sociale e ai grandi processi di cambiamento in atto. A noi pare si tratti in questa circostanza dell'ennesima strumentalizzazione di comodo per scaricare sull'imponderabile responsabilità fin troppo individuabili. Non saremo certo noi a nascondervi le complessità dell'evoluzione economica e sociale che stiamo vivendo, il crescente peso di fattori terziari sulle quote di

prodotti, ma non riteniamo nè opportuno, nè possibile e se vogliamo neppure conforme allo spirito costituzionale, far pagare il prezzo di questi cambiamenti alle componenti sociali meno tutelate, rinunciando così all'obiettivo di una crescita armonica e a una pacifica convivenza fra le popolazioni di questa regione, il che è dimostrato anche da ricerche compiute da istituti di tutto riguardo.

Credo pertanto che volendo dare una risposta alla richiesta di pacifica convivenza della Regione fra le popolazioni che provengono da etnie diverse, dovremmo certamente imboccare una nuova strada e riuscire a comprendere quali siano le esigenze e far convivere la gente senza steccati, sbarramenti, patentini, garantendo alle popolazioni locali il lavoro, la precedenza nei posti di lavoro, ma certamente non andando oltre, come sta avvenendo nella nostra regione, che a fronte di disponibilità concrete di posti di lavoro, annoveriamo una disoccupazione, che in certe zone è maggiore di quella nazionale.

Se le forze politiche di maggioranza intendono percorrere la via della pacificazione a livello comportamentale e della ripresa della prosperità e dell'economia del reddito, dovranno rivedere gli attuali comportamenti, indicando un nuovo corso.

Sta comunque di fatto che le forze dell'opposizione devono costituire un polo di attrazione e di speranza e di proposta tale, affinché la popolazione della Regione possa avere la concreta possibilità di giungere all'alternativa, gli elettori lo desiderano, non certamente grazie agli sbarramenti voluti da qualche boss locale trentino o altoatesino, che non ha nulla da dividere con la volontà della gente, dell'elettorato e sembra che in Alto Adige i 23 mila voti all'M.S.I. alle ultime elezioni amministrative abbiano dato una valutazione oggettiva su certi comportamenti. Questo esito non rappresenta gli interessi di Mitolo che siede in Consiglio provinciale a Bolzano e qui in Consiglio regionale, sono esigenze e volontà che non si identificano nell'ideologia marxista o fascista o liberale, ma si tratta di una presa di posizione per contrastare le oppressioni, non solo economiche, ma a tutti i livelli a carico della popolazione in Alto Adige, oppressioni che si fanno sentire anche nel Trentino, essendo questo, a mio avviso, il nuovo orientamento.

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare, per la seconda volta, il cons. Boesso. Ne ha facoltà.

BOESSO: Signor Presidente, prima per aderire alla proposta che ha fatto

il Vicepresidente del Consiglio regionale Achmüller ed io in qualità di Vicepresidente del Consiglio provinciale di Bolzano sono d'accordo che la Regione e le due Province autonome aderiscano alla richiesta pervenuta, di far parte in forma ufficiale del Consiglio regionale d'Europa.

Il motivo più importante per il quale ho preso la parola è rappresentato dalle dichiarazioni irresponsabili del capogruppo della D.C., avendo egli affermato che qualcuno con 6 mila voti siede boriosamente in questo consesso. A parte che il capogruppo smentisce anche irrispettosamente lo stesso Presidente di una Giunta regionale, che con più criterio ha scritto le pagine 41, 42, 43, promettendo un incontro e soprattutto una decisione di non decimare i partiti minori, è pretestuoso pretendere che la D.C., questo è il concetto, grazie ad un resto grosso di 6 mila voti si veda da scudo crociato con consensi espressi a favore di altre forze politiche. E' inammissibile!

La legge-truffa del 1953, peraltro respinta dagli elettori italiani, dovrebbe aver insegnato che cosa significa toccare la pluralità; ci mettiamo infatti un momento a fare un fronte di opinioni contro questa canaglia, visto che non ci si accontenta di un eventuale 4%!

Noi incominceremo subito a schierarci all'opposizione, non ci interessano le Presidenze dei Consigli provinciali e le Vicepresidenze, non ci interessa la Giunta di Bolzano, i repubblicani, e posso parlare anche per i liberali, non ci mettono un momento a schierarsi all'opposizione, se lei non smentisce il suo capogruppo, se non ci darà la certezza! Io mi dimetto domani mattina da Vicepresidente del Consiglio provinciale se lei non ci darà certezza, se non smentirà quel provocatore, peraltro terrorizzato dal fatto che io entri in Giunta.

Ma non sa quanto costa al mio partito andare in Giunta, quando starebbe meglio fare il Presidente e fare il patriarca benedicendo e votando contro all'occorenza, ed infine parlare male del S.V.P. dalla posizione di Presidente!

A noi costerebbe un sacrificio, ma un uomo irresponsabile che come capogruppo dà del borioso a me, merita di essere cacciato dalla Giunta e mi dichiaro disponibile a prendere il suo posto. Sul piano personale gli rimango amico, ma sul piano politico non si può discutere con una persona che non si accontenta del 4%. Vuole fare per caso piazza pulita?

Guardi che il P.R.I., Presidente, ha avuto il 7% al e ultime elezioni, pertanto non siamo tanto allarmati, ma non ne condividiamo il

concetto.

Pertanto io la invito, signor Presidente, a presentare un documento a sostegno di quanto ha scritto, chiarendo che il signor capogruppo ha parlato a titolo personale e non a nome della D.C. sul punto della riforma della legge elettorale.

La ringrazio.

MERANER: Es gibt Leute, die verstehen eine gewisse Sprache nicht. Folglich ist es vielleicht angebracht, den Ton zu wechseln und deshalb muß man fragen quousque tandem SVP, wirst du dich noch am Gängelband des Nationalisten Nr. 1 Ferretti herumführen lassen?

Der Ton und der Stil, in dem Ferretti vorhin zu uns gesprochen hat erinnert sehr deutlich an jenen, der in den 30iger Jahren in der Bundesrepublik Deutschland tonangebend war. Er, genau er, der der erste Verantwortliche, der allererste Verantwortliche für die Klimaverschlechterung sowohl in der Region, als insbesondere der Provinz Bozen ist, er, der europaweit auf Kosten der Region und der Provinz herumgefahren ist, um das Klima gegen uns anzuheizen, er, der die Unzufriedenheit den Bürgern in unserem Lande aufoktroziert hat, der Menschen unzufrieden und unglücklich gemacht hat, er, der Unfriedenstifter Nr. 1, dieser Mensch möchte uns noch Demokratie lehren. Nein, meine Damen und Herren, so geht das nicht. Wir wollen uns in aller Form von diesem Tolomei der 80iger Jahre distanzieren.

(Ci sono persone che non comprendono una certa lingua, per cui è forse il caso di cambiare tono per chiedere quousque tandem S.V.P., ti lascerai condurre a guinzaglio dal nazionalista numero uno Ferretti?)

Il tono è lo stile, con cui Ferretti si è rivolto a noi ci ricorda chiaramente colui che negli anni '30 dava il "la" nella Repubblica federale tedesca. Egli, proprio egli, che è il primo responsabile, anzi il primissimo responsabile per il peggioramento del clima sia in Regione ed in particolare in Provincia di Bolzano, proprio egli che ha viaggiato per tutta l'Europa a spese della Regione e della Provincia per arroventare il clima contro di noi, egli che è la causa dell'insoddisfazione dei cittadini nella nostra Provincia, egli che ha reso infelici le persone, l'autore numero uno delle discordie, questa persona vorrebbe erudirci in democrazia. No, signore e signori, così non va. Noi desideriamo distanziarci formalmente da questo Tolomei degli anni '80.)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Tretter. Ne ha facoltà.

TRETTETTER: Brevissimamente, signor Presidente, anche perché mi trovo in difficoltà dopo aver sentito alcuni degli ultimi interventi; cercherò di attenermi alle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale esposte in occasione della discussione del bilancio di previsione per l'esercizio 1986.

Con 51 miliardi, un impianto contabile rigido, sappiamo che - e lo dichiara anche il Presidente - minima è la possibilità di adempiere in misura non dico adeguata, ma perlomeno dignitosa ai suoi compiti istituzionali.

Ebbi modo, signor Presidente, a nome del gruppo Unione autonomisti trentino tirolese, quando lei aveva chiesto la fiducia al Consiglio, di esprimere un voto di fiducia, nella speranza che il Presidente della Giunta regionale, dott. Gianni Bazzanella, mantenga fede alle sue dichiarazioni, che ci erano piaciute. La Regione per noi autonomisti trentini è un importante momento di incontro, pur nel rispetto delle diversità esistenti. Anche recentemente si sono tenuti incontri, spero proficui, i massimi esponenti delle due Province hanno discusso temi, problemi e problematiche, che meritano sicuramente una seria riflessione, nella comune difesa della nostra specificità, perché noi da sempre siamo convinti del ruolo della Regione. Abbiamo anche seguito con molto interesse l'iniziativa intrapresa dal Presidente della Giunta provinciale di Trento - e qui sarò ripetitivo -, sperando che si affrontassero una volta per sempre, di comune accordo, alcune tematiche autonomistiche e alcuni problemi di ordine economico, culturale ed ambientale.

Abbiamo sostenuto più di una volta che non possono finire a Salorno alcuni nostri problemi, di noi trentini ed è un messaggio che invio altrettanto agli amici autonomisti di Bolzano.

E' vero che dobbiamo affrontare con serietà, buon senso e tanto realismo i vari problemi, cercando di analizzare le ragioni di malessere esistenti in questa piccola regione, ma per far questo sono estremamente convinto - e sarò ripetitivo - che occorre serietà, onestà e anche tanta tolleranza, signor Presidente. E mi agganciò anch'io alle ultime dichiarazioni del capogruppo della D.C., del collega Ferretti, che non ho potuto sentire, ma che mi è stato riportato; è chiaro che noi analizzeremo questo problema seriamente e con una certa urgenza all'interno degli organi del nostro partito.

Rimane sempre importante e urgente individuare le vere cause

della conflittualità - e qui si dovrebbe fare un lungo discorso - che hanno tenuto divisi in questi ultimi anni in particolare tre gruppi linguistici. Fare tutta la cronistoria penso che sarebbe un ripetere quanto noi abbiamo sostenuto con calore anche in un recente intervento, signor Presidente, però dovrebbe individuare con urgenza - questo è un messaggio che mando a lei, ebbi modo di definirlo uomo intelligente e sensibile, non ritratto mai quanto ebbi modo di dichiarare proprio poco tempo fa - le vere cause della conflittualità, nodi che vanno sciolti con molta pazienza, ma anche, direi, con impegno e buona volontà, signor Presidente della Giunta regionale.

Noi trentino tirolese da sempre - e non è la prima volta che lo sostengo con convinzione e con calore forse, perché noi trentini tirolese abbiamo un patrimonio di costume, di regole, di comportamenti e di modelli comportamentali che da sempre sono espressione di un popolo, che io ebbi modo di definire ordinato e civile - intendiamo, signor Presidente, lavorare attraverso la proposta, il confronto, intendiamo conservare questi valori e le nostre tradizioni, pur accettando e vivendo le nuove realtà, i mutamenti in questo contesto socio-economico, per cui è chiaro che cerco di vivere realisticamente alcuni problemi.

E' sui giovani che dobbiamo porre la nostra primaria attenzione. Essi rimangono i nostri diretti interlocutori per poter recuperare l'immagine delle nostre istituzioni autonomistiche, immagine che rischia di togliere alcuna credibilità. Su questo argomento tante volte mi esprimo con convinzione e con coraggio, in particolare in Consiglio provinciale di Trento. Ritourneremo quanto prima, signor Presidente, sull'argomento che non sta a cuore soltanto al cons. Benedikter, ma sta a cuore anche a noi, autonomisti trentino tirolese, parlo delle comunicazioni e delle telecomunicazioni. In merito a questo specifico argomento non ci dobbiamo nascondere dietro al dito, ma con tutte quelle persone di buona volontà che vorranno affrontare seriamente questo importante argomento, è chiaro che trova in noi autonomisti trentini la massima e ampia disponibilità. Per quanto concerne l'Accordo - e mi rivolgo anche al Vicepresidente della giunta regionale, collega Oberhauser - è chiaro che dobbiamo potenziare questi scambi, ci vuole un impegno costante - e qui potrei elencare alcune iniziative, che abbiamo intrapreso a suo tempo, cercando di porre dei paracarri, dei controlli - e dobbiamo potenziare questo accordo preferenziale anche nel futuro. Questo vuole essere proprio un incoraggiamento, un messaggio, che mando al Vicepresidente Oberhauser, perché è troppo importante, dobbiamo migliorarlo, ci vuole sicuramente

la collaborazione delle due Camere di commercio, ma non riporto qui adesso quanto lei, signor Presidente, ebbe modo di dichiarare. Anche il volume di affari fissato dalla commissione italo-austriaca per il 1986 va sicuramente potenziato, ma su questo argomento, in chiave propositiva, avremo modo di presentare alla Giunta regionale una nostra proposta.

Ecco perché, signor Presidente, lei deve continuare a porre a confronto la nostra relata regionale con quella di altre Regioni, che hanno con essa alcune affinità. Ho notato che lei ha intrapreso molte iniziative, l'ultima molto interessante, quella di portare a Trento i massimi esperti, i nostri rappresentanti alla C.E.E., i nostri assessori provinciali all'agricoltura per cercare di capire quel mondo che tante volte vive emarginato, non capito, non aiutato, almeno per quanto riguarda in particolare la Provincia di Trento. Ben diverse sono le zone svantaggiate in Provincia di Bolzano. Peccato che quel giorno non ho potuto essere presente, ma ho avuto notizia che è stato veramente interessante, qualificante, continui su questa strada, valorizzando alcune iniziative per cercare di superare un po' alla volta i confini.

Nelle sue dichiarazioni, signor Presidente condivido anche alcune direttive, che rendono ad uniformare il sistema creditizio. Questo però - e lo voglio sottolineare - nel rispetto e nella difesa di una relata che abbiamo consolidato e prodotto nella nostra Regione; parlo delle casse rurali, delle aziende di credito radicate nel tessuto socio-economico della nostra regione.

Ho avuto anche modo di confrontarmi con l'assessore Ladurner Parthanes su alcune realtà provinciali e devo dire che ho trovato la massima sensibilità e disponibilità. Fa piacere per un autonomista trovare uomini disponibili a capire anche la nostra relata provinciale, che non è facile e vorrei che altrettanto venisse fatto forse da qualche altro assessore regionale, che non ho avuto modo di mettere alla prova, ma comunque ne avrò modo, sollecitando appunto alcune problematiche che abbiamo tentato di fotografare a livello provinciale. perciò, parlando di queste aziende di credito, non dobbiamo sicuramente portare avanti quel discorso adeguando alcune direttive CEE, ma difendere questa realtà, lei la deve difendere, dobbiamo fare un certo tipo di protezionismo. E' chiaro che esistono altre istituzioni pubbliche che vanno difese e potenziate, non parlo solo delle casse rurali, ma di tutta la realtà creditizia a livello regionale, anche perché non vorrei essere frainteso. Sappiamo che si intende uniformare queste aziende tipiche alle direttive del mercato comune e sono in parte anche

preoccupato. Ma avremo modo di parlarne, anche perché il mio intervento, essendo tardivo, risulta in certo qual modo mutilato e non vorrei ripetere quanto già detto ampiamente da altri colleghi.

E' chiaro, signor Presidente, che noi autonomisti trentini vogliamo portare avanti un discorso di proposta concreta, per recuperare il merito, l'imprenditorialità, la managerialità, purchè questa abbia una certa trasparenza e venga premiata anche dall'ente pubblico. La buona volontà va premiata, collega Langer, e qui dobbiamo sicuramente uscire dall'istituzione Regione, ma è per dire che dobbiamo forse riprendere - e qui ci vuole una scelta politica anche coraggiosa, perchè abbiamo trascurato, collega Langer, il premiare il merito ossia la professionalità, la managerialità. Di fatto la situazione di Bolzano non la conosco, se non indirettamente, ma è un po' diversa da quella trentina. Noi abbiamo condotto, forse 20 anni fa, una politica sbagliata; all'ora non si poteva prevedere che nel Trentino, spendendo migliaia di miliardi, espropriando centinaia e migliaia di ettari, per portare avanti una politica industriale, si verificasse l'attuale situazione di circa 20 mila disoccupati, 6 mila cassaintegrati, 6 mila giovani senza lavoro. Noi vogliamo portare avanti un discorso non di chiusura, ma un certo tipo di protezionismo, economico, culturale e dobbiamo avere il coraggio, ripeto, di fare alcune scelte.

MITOLO: (Interrompe)

TRETTER: E' chiaro che il terziario lo abbiamo trascurato, ma dobbiamo essere realisti, caro Mitolo, qui abbiamo una Provincia, in cui si doveva cercare di comprendere che lo spopolamento della montagna e la chiusura delle botteghe-scuola, erano questi i pilastri portanti dell'economia trentina e penso anche dell'economia altoatesina, avrebbero contribuito a degradare questo settore. Ma in ogni modo su tale argomento avremo spazio e modo di farci sentire in Consiglio provinciale, noi a Trento e voi a Bolzano. Fa bene la Giunta ad avanzare progetti e proposte, onde promuovere alcune ricerche di collaborazione non solo con l'Arge Alp, ma anche con altre Regioni italiane dell'arco alpino.

Signor Presidente, la Regione si muove e si deve muovere per cercare di capire come può intervenire a favore - anche questo è un argomento molto importante, che urge alcune risposte - delle povertà sociali: il mondo dell'emarginazione e il mondo della droga. Noi sappiamo che quasi tutto è sostenuto dal volontariato e qui potrei fare

degli esempi, ma per questo argomento penso che il tempo è troppo esiguo.

In ogni modo concludo, signor Presidente, dicendo che votiamo il bilancio, anche se ebbi modo di dire all'inizio del mio intervento che 51 miliardi è un impianto contabile molto rigido, per cui non possiamo sicuramente nè apportare delle modifiche nè addentrarci nei vari capitoli. Votiamo il bilancio sperando che ancora una volta lei possa continuare con coraggio, con serenità a mantenere fede a quanto lei ha dichiarato e riesca anche a valorizzare, gestire, unire questa Regione alla quale noi autonomisti trentino tirolese abbiamo sempre dato fiducia, abbiamo sempre creduto e continueremo a credere, però è chiaro che dobbiamo inventare qualcosa, perchè al di fuori di alcuni interventi, che io ebbi modo di sentire, traspaiono pochissime proposte per cercare di rilanciare, di valorizzare questa istituzione.

Perciò noi votiamo, signor Presidente, questo bilancio nella speranza che lei possa, ripeto, tenere fede e finchè non avremo dimostrazioni contrarie, continueremo a crederle.

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare per la seconda volta il cons. Fedel.

FEDEL: Signor Presidente, signori colleghi, non era mia intenzione intervenire per la seconda volta, se non fossimo stati costretti per dovere d'ufficio, come dir si suole, dopo l'intervento del Capogruppo regionale della D.C., il collega Ferretti.

Interveniamo evidentemente stando solo a quelle che sono state le argomentazioni da lui esposte, secondo me in una forma fuori luogo, se mi è consentito, ma riteniamo che egli abbia espresso le proprie volontà, capacità e gli obiettivi che intendeva colpire. Se comunque obiettivi volevacentrati, ebbene vi è riuscito, ha tolto il lenzuolo e adesso possiamo vedere chiaramente la vera intenzione della Giunta regionale nei confronti dei partiti della minoranza.

Mi sia consentito, ancorchè se non temo evidentemente, perchè credo che sia una illusione, la mia non vuole essere una sfida, il pensare che leggi-truffa possono ancora passare in un Consiglio, qual è il Consiglio regionale della Regione Trentino-Südtirol. Non credo che si possano far valere, ma tanto per erudire coloro che magari avessero ancora i tappi nelle orecchie, ricordiamo che abbiamo una Costituzione, uno Statuto di autonomia, che è parte inscindibile della Costituzione italiana. Pertanto ricordo e leggo, signor Presidente del Consiglio, signor Presidente della Giunta, l'art. 2 della Costituzione: "La

Repubblica riconosce e garantisce i diritti inviolabili dell'uomo" e non vado oltre. Qui sono stati minacciati i diritti inviolabili dell'uomo.

Coincidenza vuole che anche l'art. 2 dello Statuto di autonomia, anch'esso legge fondamentale e costituzionale, recita: "Nella Regione è riconosciuta parità di diritti ai cittadini " e non vado oltre, per non offendere la vostra memoria e la vostra conoscenza, perchè conoscete gli art. 2 della Costituzione e dello Statuto a memoria e quindi il dover ricordarvi queste cose potrebbe sembrare un nostro irrispettoso intervento nei vostri confronti.

Questa mattina in un intervento abbastanza equilibrato, anche su questa delicata materia dei comuni, delle leggi elettorali, lei sa benissimo che il nostro costato è ancora pieno di piaghe per leggi elettorali truffa approvata da questo Consiglio, mi sia consentito questa espressione alla vigilia di Natale, ma non credevo che si avesse il coraggio di giungere a tanto in questa sede.

La sua relazione comunque, signor Presidente, ha portato in luce un certo equilibrio, però il capogruppo della D.C. ha tirato via il enziolo e ci ha fatto vedere quali saranno le effettive intenzioni. E' questo un atto di sfiducia nei confronti della giunta regionale, sia ben chiaro, amico e collega Ferretti, la boria con la quale ti sei espresso per me non voleva essere un messaggio a noi, ma voleva essere un messaggio di sfiducia alla giunta regionale; contrariamente a quanto si supponeva ha dimostrato di non avere intelligenza politica, perchè ha scoperto le carte prima del tempo, dandoci lo spazio quindi di giocare di anticipo.

Noi diciamo che secondo il nostro punto di vista è politicamente immorale che una Regione, che è nata su un equilibrio per la difesa delle minoranze, purchè etnico-linguistiche, ma minoranze sempre, proponga leggi contrarie alle minoranze. Sia chiaro, stiamo attenti, perchè il parallelismo calza, non si può insistere sulla difesa delle minoranze, come noi sempre abbiamo fatto sotto il profilo etnico-linguistico, ma vanno difese pure le minoranze politiche, in quanto sempre di minoranza si tratta. Collega Benedikter, al di là di quello che può dire il Pototschnig, ho riconosciuto qualche passaggio molto interessante, nel suo commento di Pototschnig, sia ben chiaro, non mi inchino al professore universitario, però le dico che comunque il quadro internazionale, per quanto riguarda la Regione c'è ed esiste e deve esistere ed è utile a tutti e due i partners, ma siamo prudenti in quanto il tempo, se le cose diversamente andranno, mi darà ragione. Comunque sia, se l'intervento di Ferretti dovesse essere il segno di un

clima mutato fra maggioranza e minoranza, sarebbe un segno grave e decadente, non si vedrebbe più pertanto la valenza e l'invocazione dell'accordo Degasperi-Gruber, cioè la valenza della difesa delle minoranze etnico-linguistiche, perchè questa Regione intenderebbe sopprimere le minoranze politiche e gli stessi trentini sono oggi all'interno della Regione per se stessi una minoranza, cari colleghi! Ed allora anche noi dovremmo invocare determinate salvaguardie, ma comunque sia, rimane altamente positivo il fatto che in questa sede si possano esprimere le varie opinioni. Sì, certo, è una noia, lo comprendo, sentire quel consigliere che "rompe", ecc., può essere una noia, ma qualche volta può essere anche un momento di riflessione, un momento positivo, se su molte cose si potrebbe forse anche soprassedere, ma se su 100 almeno è una indovinata, allora le minoranze hanno portato un contributo al miglioramento di una situazione difficile e delicata, che cerchiamo di sottacere, pur sapendo che cosa bolle in pentola. Pertanto definiamo quel certo atteggiamento, chiedo scusa, grave ed irrispettoso dei principi democratici e delle cognizioni democratiche che noi abbiamo e alle quali crediamo. Diciamo subito ai partiti maggiori che è la buona amministrazione che vi fa mantenere i voti e non le leggi-truffa, ripeto, la buona amministrazione, la saggia amministrazione, l'onestà del vostro comportamento e non le leggi-truffa, che possono conculcare i diritti delle minoranze politiche ed etniche, ma un giorno o l'altro la pensola ribollirà e ci troveremo nuovamente al punto di partenza.

Pertanto sia ben chiaro che con un giudizio civile e morale siamo contrari all'intervento del cons. Ferretti.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Achmüller)

PRESIDENTE: Das Wort hat abg. Langer.

La parola al cons. Langer.

LANGER: Signor Presidente della Giunta, purtroppo devo chiedere la parola per la seconda volta, in particolare dopo che l'intervento del Capogruppo del S.V.P., cons. Benedikter, ha messo a nudo alcune cose che a nostro giudizio meritano una replica da parte sua e influenzeranno tra l'altro il nostro atteggiamento di voto.

In particolare mi riferisco ad alcuni adempimenti statutari. Lei in questa sua relazione al bilancio parlava esplicitamente del fatto che per quanto riguarda la condizione finanziaria della Regione si attende il varo di norme di attuazione in materia finanziaria e la

Giunta addirittura ipotizzava la possibilità che la Regione chiedesse appunto l'emanazione delle norme per la sola Regione.

Ora ci è noto che lo Statuto, all'art. 107, se non ricordo male, prevede che le norme di attuazione vengano elaborate da parte di commissioni che noi abbiamo da tempo contestato, ma che per ora esistono. A noi interesserebbe conoscere il punto di vista della Giunta a questo proposito. Si vuole cominciare a prescindere dalle Commissioni dei 12 e dei 6 per emanare le norme di attuazione; ne prendiamo atto ben volentieri, ma allora procediamo a pensionare queste Commissioni. Prendiamo atto che il cons. Benedikter ci ha annunciato che da tempo la Commissione dei 12 non si riunisce, che questa sede, statutariamente prevista, anche se con un limite temporale da lungo tempo scaduto, di fatto è messa fuori uso.

Allora ci siamo detti: forse siamo di fronte ad un'altra ipotesi, quella dell'art. 104 dello Statuto, che prevede che le norme del titolo VI° e quelle dell'art. 13 possono essere modificate con legge ordinaria dello Stato, su concordi richieste del Governo e per quanto di rispettiva competenza della Regione o delle due Province. Allora pensiamo che forse ci troviamo nel campo di questa norma, cioè che la Regione e rispettivamente le due Province avanzano delle richieste al Governo, il Governo fa conoscere il suo punto di vista e poi si procede con l'iter legislativo ordinario, però ricordiamo che le leggi le fa il Parlamento e che i partners del Parlamento sono i Consigli. Non è immaginabile, non è accettabile che la discussione sul punto in un certo senso più importante per la vita di un ente autonomo, cioè il suo finanziamento, la sua dotazione finanziaria, continui a venire a porte chiuse in modo segreto, clandestino, rispetto agli organi che poi dovrebbero gestire questa autonomia. Noi abbiamo letto negli ultimi tempi più volte sui giornali le più contrastanti ipotesi di finanziamento della Regione o delle due Province, che sono in discussione e chi ne tratta. Anzi, non più tardi di ieri pomeriggio o di due pomeriggi fa in una Commissione legislativa a Bolzano, il cons. Benedikter aveva difficoltà a precisare chi stava trattando. Diceva: noi, la Giunta provinciale, cioè no, noi nella Commissione dei 6, cioè no noi; alla fine rimaneva un noi che è un plurale mai stasis, con il quale cercava anche di mettersi in salvo rispetto contestazioni all'interno del proprio partito, perché non si poteva neanche dire che era il partito che stava trattando. Allora noi vorremmo da lei, signor Presidente della Giunta, anche una risposta, che qui riteniamo insufficientemente precisata, su chi sta affrontando oggi il problema

della definizione delle norme finanziarie ed in quali sedi istituzionali avviene questo, perché se noi abbiamo legittimamente sempre protestato contro il procedere clandestino delle Commissioni dei 6 e dei 12, tanto più protesteremo, se addirittura siamo in presenza dell'elaborazione di una legge ordinaria, della quale il Consiglio può e potrà avere notizia leggendo la Gazzetta Ufficiale, quando sarà uscita. Questo è un aspetto che volevo precisare.

Già che qui si ricorda continuamente la necessità di non modificare o disapplicare arbitrariamente lo Statuto, ricordo anche che lo Statuto - e lo abbiamo ricordato altre volte in quest'aula - all'art. 84 prevede una procedura ben precisa per l'approvazione dei bilanci in caso di contestazione di ordine etnico, cioè prevede la possibilità di richiedere la votazione per capitoli separati. In questo caso è previsto - e mi rivolgo anche al signor Presidente del Consiglio - che esiste un organo apposito, cioè una Commissione composta di 4 consiglieri regionali o provinciali eletta dal Consiglio e così via. Questa Commissione tutt'ora non esiste, allora da questo punto di vista anche lo Statuto è una fisarmonica che di volta in volta si applica e non si applica come pare e piace. Questo è un punto, a nostro giudizio, importante.

Sulla questione invece della legge elettorale, che è stata sollevata in modo così pesante dal Capogruppo della D.C., avevamo pensato di non parlarne in sede di bilancio, anche perché pensavamo di essere di fronte ad un atteggiamento pacato e cauto della Giunta regionale. Però, se il partito a cui appartiene il Presidente della Giunta regionale, per bocca autorevole del suo Capogruppo, fa delle affermazioni così sicure e così drastiche e se analoghe affermazioni in tempi recentissimi sono state udite dalla bocca del Capogruppo del S.V.P. in sede provinciale e quindi dai due partners di coalizione, capirete che ci si preoccupa e che si vorrebbe sentire dal Presidente della Giunta una risposta in merito agli intendimenti della Giunta. Alcuni intendimenti annunciati dalla Giunta sono stati delegittimati dall'intervento del cons. Benedikter; ad esempio la riforma comunale, che era stata uno dei punti qualificati del programma di questo esercizio di bilancio, ha avuto un veto esplicito alcune ore fa dai banchi del Capogruppo del S.V.P.

Allora, se le cose che sono scritte non si potranno fare, ci sorge il sospetto che vengano fatte invece delle cose che qui non ci sono scritte, cioè quella riforma falcidia della legge elettorale.

Da questo punto di vista mi permetto di fare osservare che

oggi alcune anomalie, rispetto alla D.C. che si registrano nel nostro territorio regionale non sono tanto dovute all'eccessivo pluralismo di forze politiche, ma piuttosto ad una innaturale formazione di blocchi, che spesso soffocano la dialettica politica. Noi questo lo abbiamo detto già altre volte, abbiamo anche rilevato ancora al momento della costituzione della Giunta regionale al suo inizio, ancora con il Presidente Angeli, che parlare di queste norme capestro, di queste soglie di accesso alla rappresentanza in sede di Consiglio regionale, ha un'ulteriore implicazione non appena si va a toccare il territorio di una popolazione plurilingue, in cui molte delle formazioni politiche si rivolgono ad un solo gruppo linguistico, o di lingua tedesca o di lingua italiana. Allora pensate un po' che cosa vuol dire stabilire una clausola, per esempio del 5% o comunque superiore al 4%, come si è espresso il Capogruppo della D.C., rispetto ad una popolazione che nel suo insieme oggi costituisce circa il 29% del totale della popolazione, parlo di quella di lingua italiana e tra i votanti costituirà forse il 31% tra gli aventi diritto al voto! Se si stabilisse una clausola del 4 o del 5%, il pluralismo politico della comunità linguistica italiana nel Sudtirolo verrebbe cancellato ope legis. Capisco che ci sia una notevole spinta alla corporativizzazione etnica, cioè che si vogliono sostanzialmente i partiti etnici, però consentite almeno che questo avvenga per libera scelta degli elettori e non perché qualcuno glielo prescrive per legge.

Su questo chiederemo quindi che il Presidente Bazzanella nella sua replica, visto che tanti consiglieri l'hanno sollevato dopo l'intervento del Capogruppo democristiano, si pronunciasse in modo non sfuggente.

PRESIDENTE: Das Wort hat Abg. Rella.

La parola al cons. Rella.

RELLA: Signor Presidente, riteniamo molto gravi le affermazioni perentorie pronunciate dal Capogruppo della D.C., Ferretti, relativamente alla questione del sistema elettorale. C'è da chiedersi quale sarà il futuro della Giunta provinciale di Trento e quantomeno delle giunte comunali del Trentino, posto che con le affermazioni non dubbiose, non nebulose fatte dal Capogruppo Ferretti, vi siano una serie di forze marchiate per l'estinzione, attraverso un procedimento, che diventa il timbro autoritario e antidemocratico. C'è anche da chiedersi come possa parlare di convivenza e di processi prudenti, richiamando i colleghi, quando esprimono in tono magari forzato le loro convinzioni,

le loro idee, a maggiore prudenza, chi fa affermazioni perentorie, autoritarie e antidemocratiche nella prospettiva operativa, quali sono state quelle del Capogruppo della D.C.

C'è da chiedersi anche quale sia la verità, se quella della Giunta regionale, rappresentata dal suo Presidente o quella del Capogruppo democristiano, Ferretti. La Giunta regionale afferma in modo preciso a pag. 44: "Come si vede, questo disegno di legge non contiene proposte per un nuovo metodo di ripartizione dei seggi tra le liste dei candidati o per la introduzione di una soglia o sbarramento percentuale ai fini della partecipazione alla ripartizione dei seggi. Ho già espresso prima la motivazione che fa soprassedere la Giunta prima di assumere decisioni in merito", allargando evidentemente alla consultazione di tutte le forze e avvertendo la delicatezza e il rischio del procedere su una strada quale quella di uno sbarramento nella nostra piccola e complessa realtà istituzionale e politica.

Riteniamo che la proposta formulata dal Capogruppo della D.C. sia quella che giustamente può essere definita come tentativo di legge-truffa.

Ci aspettiamo una precisa e non nebulosa risposta da parte della Giunta regionale al riguardo e comunque avvertiamo che un colpo di mano quale quello paventato dall'intervento del Capogruppo della D.C., che ha dimostrato di compattare le minoranze, porterà ad assumere quanto meno l'impegno di mobilitare ben più ampie forze e schieramenti contro una iniziativa di questo tipo, che comunque non passerà.

Ci attendiamo in ogni caso, rispetto alle prudenti affermazioni del Presidente della Giunta, che abbiamo apprezzato, una precisa e non nebulosa precisazione e smentita. Grazie.

PRESIDENTE: Das Wort hat Abg. Ferretti.

La parola al cons. Ferretti.

FERRETTI: Signor Presidente e colleghi, voglio ribadire quello che ho detto, leggendo anche correttamente quanto è scritto, affinché non si abbia l'impressione che la lettura strumentale, ai fini anche di opinioni politiche, della relazione del Presidente Bazzanella, possa mettere in contraddizione la D.C. con il suo Presidente.

Ribadisco che i concetti da me espressi sono contenuti nell'accordo di coalizione, che è noto a questo Consiglio da un anno e mezzo e più, quindi non ho detto nulla di nuovo. Ribadisco quello che ho detto, che l'introduzione di un metodo che ci porti a livello europeo

esige che si conduca una riflessione globale sulla rappresentanza all'interno di questo Consiglio, in maniera tale da evitare la frammentazione e quasi la conduzione a personalismi della rappresentanza all'interno del Consiglio, perchè abbiamo casi - io non ho fatto nomi e cognomi, poi tutti si possono sentire offesi, appartiene alla sensibilità personale - di rappresentanze estremamente ridotte e di poco superiori al 2%, per quello che ricordo a mente e quindi anomali rispetto ad un contesto di rappresentanza che deve essere qualificata e attendibile, in maniera che le idee siano il risultato di una sintesi che si riflette in modo attendibile all'interno dell'opinione pubblica.

Il Presidente parla di questo problema, collega Rella, a pag. 41 e ora leggo, poi citerò a pag. 44, perchè non vorrei che in un'interpretazione che non va controllata venisse fuori che il Presidente afferma due cose in sè contrastanti.

Il Presidente a pag. 41 ricorda l'accordo di coalizione. Dice testualmente che per le elezioni regionali sarà modificato il sistema elettorale, al fine di assicurare una minore dispersione dei voti espressi dagli elettori, garantendo l'assegnazione dei seggi ai partiti e associazioni politiche che abbiano conseguito almeno un quoziente intero", che più o meno corrisponde al 3% dei voti. E io ho detto che il mio partito è dell'avviso che si debba partire da un quoziente anche superiore al 4%, previsto da Lauricella per la regione Sicilia, senza sottrarsi ad un confronto, non solo con le forze di maggioranza - prego verificare il testo stenografico se qualcuno ha dei dubbi - ma anche in un confronto con le opposizioni, come correttamente il Presidente ricorda.

A pag. 43 il Presidente fa un'altra affermazione, che anche la Commissione di convalida ha rilevato che nascono dei problemi interpretativi e quindi dice: "Questo disegno di legge si basa soprattutto sulle raccomandazioni che la Commissione regionale di convalida ha espresso nella relazione sul proprio operato, accennando alle difficoltà incontrate nella valutazione della posizione dei singoli consiglieri, nella delimitazione della propria competenza e nella individuazione di una precisa procedura per la trattazione di alcuni casi. Altri spunti, non meno importanti, la Giunta regionale ha tratto da alcuni disegni di legge in materia elettorale" ecc. ecc.

E' nell'insieme di una serie di valutazioni che la Giunta dice: noi abbiamo consapevolezza che questo è un problema delicato, un problema su cui deve rimanere aperto il confronto, siamo in presenza di altri disegni di legge. Ma il concetto che vale è il concetto

dell'accordo di legislatura, presente a questo Consiglio da una ventina e più mesi. Questo voglio dire, perché con troppa faciloneria e ai sensi di un interesse politico proprio da più parti ho visto il tentativo di cercare di mettere in contraddizione quanto da me è stato detto rispetto a ciò che, con più esattezza anche perché scritto, è stato detto dal Presidente della Giunta.

Quindi non posso che ribadire questa tendenza del mio partito a fare in modo che le rappresentanze all'interno del Consiglio regionale - e non ho parlato della legge comunale - abbiano come riferimento un quorum, ho anche indicato la misura, ma sono perfettamente consapevole che il mio è un partito, all'interno del Consiglio regionale, che non possiede la maggioranza assoluta, che ha un accordo di legislatura, quindi deve necessariamente confrontarsi certamente con le forze che costituiscono la maggioranza, ma anche con le altre parti. In un consesso democratico come questo non mancheranno certamente le occasioni di confronto e anche le argomentazioni che mi auguro solide ed efficaci sul piano della portata istituzionale e legislativa e non così vane, come altre volte mi è parso di sentire e tutti noi avremo il tempo per prepararci.

PRESIDENTE: Wenn sich niemand mehr zu Wort meldet in die Generaldebatte, dann schlieÙe ich hiermit die Generaldebatte ab und erteile das Wort zur Replik dem Präsidenten Bazzanella.

Se nessuno interviene nella discussione generale, la dichiaro conclusa e concedo la parola per la replica al Presidente Bazzanella.

BAZZANELLA: Grazie, signor Presidente.

Signori consiglieri, al termine di questa discussione, che ci ha visti impegnati per quasi nove ore, su dichiarazioni che erano di supporto al bilancio di previsione per il 1986, sento il dovere anzitutto di ringraziare tutti coloro che sono intervenuti nella discussione, esprimendo i loro consensi sull'impianto globale della relazione, sullo spirito che la informa e sulle proposte legislative e operative che enuncia. Ma il ringraziamento va in egual misura a quanti, pur apprezzando determinati obiettivi che ci prefiggevamo di raggiungere con l'azione di governo, sono stati critici in linea generale, non facendo peraltro mancare suggerimenti, indicazioni ed ipotesi di lavoro in determinati settori, che nascono da analisi della situazione e che io, come i colleghi di Giunta, abbiamo ascoltato con attenzione e con interesse.

Voglio sottolineare che questo ringraziamento è rivolto, dato che la mia replica dovrà essere per ovvi motivi molto contenuta e dovrà esprimersi per grandi capitoli, ai consiglieri della maggioranza, Pahl, Hosp, Achmüller, Benedikter, Ferretti e quindi ai cons. Tretter, Langer, Fedel, Tonelli, Klotz, Rella, Boesso, Montali, Tomazzoni, Meraner, Casagrande e Cadonna, e non è il solito ringraziamento a rituale di pragmatica che un Presidente non può fare a meno di adempiere in circostanze di questo genere, né è un atto di pura cortesia parlamentare. Lo esprimiamo con tutta sincerità, perché ci è parso di raccogliere nel corso della discussione non solo un apprezzamento per lo sforzo che si è tentato di fare nel presentare una relazione il più completa possibile nel breve tempo a disposizione, ma soprattutto perché in quest'aula, attraverso le varie voci che si sono espresse, ci sembra si sia manifestata in generale una volontà di dialogo di ragionevole riguardo per le opinioni e le posizioni dei vari schieramenti, più che un clima di lacerazioni e di scontri.

In questo senso il Consiglio regionale ha risposto in maniera positiva alla funzione essenziale che tutti gli riconoscono, quella di essere appunto la sede idonea per dibattiti utili a verificare, a mantenere, ad alimentare il senso dell'autonomia, le necessità della sua difesa, l'esigenza del suo sviluppo, l'aggiornamento con i tempi, nel rispetto del suo impianto qual è stabilito dallo Statuto del '71.

Detto questo, così per brevi capi, come avevamo accennato prima, riteniamo di dover sottolineare alcune posizioni, le quali, partendo da presupposti e premesse che non sono accettabili, hanno tuttavia dimostrato una volontà di esame del programma della Giunta non solamente critico e non privo di qualche spunto, che potrà in alcuni casi essere tenuto presente nell'azione della Giunta.

Certo, valutazioni globali espresse da alcune forze politiche sulla situazione specifica e sociale appaiono esasperate e tendenti ad essere unilaterali, comunque il Consiglio regionale ha rappresentato un'ulteriore occasione per il confronto fra tesi anche lontane e contrapposte e che rappresentano nel suo insieme un elemento positivo.

L'impegno della Giunta su questo fronte peraltro sarà una piena difesa, come è stata richiamata da più parti, dei valori autonomistici non solo estendendo le competenze, ma anche ribattendo le tesi autonomistiche e attivandosi anche sul fronte della strumentazione della stampa, tramite gli opportuni canali. Nelle mie dichiarazioni non credo di essere stato né troppo ottimista nella diagnosi sulla situazione regionale né troppo pessimista. Esistono ombre ma esiste

anche qualche luce, che spinge alla speranza e all'impegno.

Il richiamo all'esigenza di alcuni disegni di legge verrà tenuto presente dalla Giunta regionale, che procederà con speditezza nella definizione degli stessi e nella loro presentazione al Consiglio.

In particolare, sulle elezioni regionale, dopo i chiarimenti che sono stati apportati nell'ultima parte del discorso e in seguito a qualche espressione che forse ha chiosato in maniera non eccessivamente elegante la parte del dibattito, che era stata contraddistinta da posizioni di estrema comprensione nell'estremo rispetto delle varie posizioni - mi riferisco in particolare al cons. Cadonna - riteniamo che la precisazione, la rilettura di quanto affermato da noi nella nostra relazione, vada ad essere sottolineata e riconfermata in sede di replica e spetterà alla Giunta successivamente tendere a portare le forze politiche ad una sintesi d'insieme, che, nel rispetto di quelli che sono stati gli accordi sottoscritti all'inizio della legislatura, tenga conto delle singole posizioni.

Il Capogruppo della D.C. ha sottolineato, credo, questo fatto; altre forze politiche hanno delineato un dissenso marcato su questi elementi. Peraltro vi è un dato di fatto, che rivolgersi a delle menti di civiltà, con riguardo specifico a situazioni nazionali del Nord, deve corrispondere a un giudizio di recepimento globale di quello stato e di quella attenzione di come si sviluppa la vita democratica e non può servire per alcune azioni ed essere disdettato per altre.

Nel riconfermare conseguentemente quelle che sono state le modalità, che noi abbiamo delineato, di confronto attento non solo all'interno delle forze di maggioranza, ma anche all'esterno, al fine di arrivare ad una posizione sufficientemente univoca, la Giunta ritiene peraltro che il problema debba essere posto, è stato posto e debba trovare una sua definizione. La strumentazione successiva sarà a livello consiliare, nell'espressione delle Commissioni e nell'espressione più ampia del Consiglio. Già oggi, credo, un passo di chiarimento è stato sviluppato, si tratterà di proseguire su questa via e sull'intendimento di come le singole forze politiche intendono porsi nella logica di quello che è stato il patto iniziale di legislatura.

Sul problema delle norme di attuazione, sempre per grandi capitoli in tema finanziario, vorrei, dopo un attento esame e un attento prestamento di attenzione a quello che molti consiglieri hanno espresso, ricordare come la norma di attuazione in tema finanziario, per quanto concerne la Regione sia di diversa definizione e si pone in diverso modo rispetto alle due Province. Le due Province hanno definizioni loro

proprie specifiche, che attendono una attenta considerazione e abbiamo sentito dalla voce del Capogruppo del S.V.P., collega Benedikter, che non dovrebbe passare molto tempo entro il quale le due Province dovrebbero trovare una sua precisa definizione. Peraltro le modalità con le quali si pone la norma finanziaria della Regione, implicano il ricorso a quella che è probabilmente la strumentazione dell'art. 106, perché si tratta solo di ridefinire la posizione dell'IGE in termini di IVA e stabilire la quantità della stessa, che subentra alla definizione precedentemente percentualizzata in termini di IGE. Quindi sono strumentazioni diverse.

E' comunque da sottolineare, - e lo riconfermo - che se abbiamo recepito quella che è stata la valutazione espressa da alcuni consiglieri, che hanno portato una visione anche di moderazione in questa espressione, di accelerazione, che la Giunta regionale voleva dare ed intende dare alla materia, questo implica tuttavia il sottolineare una responsabilità che la Giunta regionale ha nei confronti della quota-parte di spettanza amministrativa e la necessità conseguente di dotarsi delle risorse finanziarie necessarie e strettamente indispensabili al suo essere.

Questo peraltro non vuol dire che la Giunta regionale abbia la volontà di creare difficoltà specifiche al contesto delle due Province, perché se è stata auspicata una specifica collaborazione su un' ampia gamma di tematiche ed è stata prospettata una serie di atti positivi, in cui le due Province e la Regione, a titolo di pari dignità, possono procedere, altrettanto nel rispetto reciproco credo debba esserci un procedere di pari passo su questa materia.

Vi sono poi i problemi qui accennati, relativi all'art. 103, da parte di alcuni consiglieri, sui quali la Giunta intende ribadire gli impegni di una adeguata tutela del gruppo linguistico ladino e delle isole linguistiche presenti nel territorio della regione. Peraltro questa tematica evidentemente sarà oggetto di attenta considerazione, anche al fine di andare a definire ipotesi di lavoro specifiche.

Sul problema della difesa dei valori autonomistici vi è stata già una presa di posizione da parte del sottoscritto in apertura del discorso. La vogliamo ribadire e si tradurrà di volta in volta sia in atti concreti sia nell'esercizio del potere legislativo che ci è proprio, contrastando specificatamente le tendenze di centralizzazione, che più consiglieri hanno qui manifestato, da parte dello Stato.

Sul problema relativo alla riforma delle autonomie comunali, vi è una volontà da parte della Giunta regionale di voler concorrere in

maniera determinante a quello che è anche il disegno che è in via di maturazione a livello nazionale. Noi riteniamo che, se è giustificata la presa di posizione che evidentemente la nostra competenza è tale che non ci permette di spostare oltre i termini di quelle che sono le definizioni apportate dall'amministrazione centrale, peraltro una attenta considerazione della materia ed una sua potenziale definizione in sede regionale, riteniamo di poter adeguare anche il confronto in sede nazionale nella strumentazione più consona, dandoci la possibilità di percorrere vie che ci sono proprie, anche per l'affermazione dei valori autonomistici più volte ricorsi.

In tema di problematica di istituti previdenziali, noi ritorniamo a rivolgerci a quelli che sono stati i termini di prudenza usati in sede di esposizione della nostra relazione, anche se, attraverso un'attenta rivisitazione di quelli che sono, in termini di prospettiva, gli aspetti di natura giuridica e gli aspetti di natura finanziaria, non ci possono far decampare da una volontà di una gestione autonoma di questi istituti. Attenzione peraltro dovrà essere posta su questi aspetti, anche perché ciò, che ci potrebbe confortare su quella che vuole essere una via di accelerazione e di autonoma gestione di questi istituti, non divenga poi un effetto boomerang a livello generale di formazione delle particolari funzioni espletate dagli enti sopra menzionati.

Riconfermiamo poi quanto abbiamo espresso in termini di ECA e in termini di IPAB, per i quali sarà cura della Giunta regionale andare nella formazione potenziale di disegni di legge, che in materia ordinamentale rientrano nelle proprie competenze e che potrebbero trovare una loro più attenta definizione.

Circa poi la volontà di presenza della nostra Regione, in collaborazione con le due Province, nel più ampio contesto di discorso europeo, crediamo di poter sottolineare quella sollecitazione che il Consiglio ha voluto porre all'attenzione della Giunta, ed è certamente nello spirito del nostro impegno quello di sorreggere l'idea di un'Europa, che, attraverso anche l'impegno specifico delle Regioni, possa trovare una sua attuazione ed una sua presenza, che recenti movimenti degli Stati nazionali hanno decisamente delineato in maniera non congrua o in una maniera, che non lascia spazio a facili ottimismo. Per questo accettiamo ben volentieri quello che è stato l'impegno di essere presenti e di partecipare al Consiglio delle Regioni d'Europa, come qui ci è stato indicato.

Dobbiamo infine riconoscere che la preoccupazione espressa da

molti consiglieri, intervenuti nel dibattito, relativamente al deterioramento del clima di convivenza dei tre gruppi linguistici presenti nel Sudtirolo, è determinata da fattori complessi e da responsabilità politiche, anche di non recente data. Di qui l'invito rivolto dalla Giunta regionale ai partiti democratici a creare idonee sedi di incontro e di chiarimento ed a evitare esasperazioni che non giovano a nessuno. Solamente - noi riteniamo - operando unitariamente nel quotidiano, rimanendo nello spirito imposto dalla costituzione e dallo Statuto speciale, si possono creare occasioni di incontro e si evitano posizioni di scontro.

La Giunta sottolinea l'esigenza di chiudere il "pacchetto" con l'emanazione delle norme di attuazione residue, fondato sul pieno rispetto dello Statuto speciale e con l'intendimento di dare piena attuazione alle norme dello Statuto speciale, peraltro entro questo filone.

Un appello infine ci sia concesso rivolgere ai giovani, affinché non rimangano spettatori disinteressati alle vicende degli enti autonomi, ma si dispongano a collaborare per avere un clima di convivenza. Occorre però, a nostro avviso, che la classe politica sia disposta a rispondere prontamente ai tanti giovani che chiedono lavoro, professionalità, possibilità di creare nuovi nuclei familiari, con la disponibilità di una abitazione, di una società rispettosa dei valori culturali e spirituali della nostra generazione.

Con questo, ben compreso di non aver risposto integralmente a quella profondità a cui è arrivato il dibattito di oggi, ritenendo però che nello sfilarsi di quella che sarà l'attività della Giunta, vi sarà sui singoli argomenti la capacità di porsi nei confronti di questo Consiglio in maniera attenta e producendo le documentazioni relative per la definizione delle singole posizioni, come l'abbiamo peraltro ampiamente designato nella nostra relazione, ringrazio ancora tutti coloro che hanno inteso portare il loro contributo ed eventualmente lascerei la parola a qualche collega della Giunta, se ritenesse di dover precisare elementi di valenza assoluta emersi nella relazione. Grazie.

(Assume la Presidenza il Presidente Sembenotti).

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata. E' approvato a maggioranza con 29 voti favorevoli, 8 contrari e 3 astenuti.

Art. 1

Sono autorizzati l'accertamento e la riscossione, secondo le leggi in vigore delle tasse istituite dalla Regione, la riscossione nei confronti dello Stato dei tributi erariali devoluti alla Regione a sensi dello Statuto approvato con legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5 modificata con legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1 ed il versamento nella cassa della Regione delle somme e dei proventi dovuti per l'esercizio finanziario dal 1 gennaio al 31 dicembre 1986, giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.

Art. 1

Zur Feststellung und zur Vereinnhahung gemäß den geltenden Gesetzen der von der Region eingeführten Steuern, zur Vereinnahung der Staatssteuern vom Staate, die auf Grund des mit Verfassungsgesetz vom 26. Februar 1948, Nr. 5, abgeändert mit Verfassungsgesetz vom 10. November 1971, Nr. 1, genehmigten Statutes an die Region abgetreten werden, sowie zur Einzahlung der der Region gemäß beigeschlossenem Voranschlag der Einnhmen für die Finanzgebarung vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1986 zustehenden Beträge und Erträgnisse in die Kassa der Region wird ermächtigt.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 1. Risulta approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 3 astensioni.

Art. 2

E' approvato in lire 83.510.000.000 in termini di competenza ed in lire 84.814.000.000 in termini di cassa il totale generale della spesa della Regione per l'anno finanziario 1986.

Art. 2

Der allgemeine Gesamtbetrag der Ausgaben der Region für das Finanzjahr 1986 in Höhe von 83.510.000.000 Lire, was die Kompetenz betrifft, und in Höhe von 84.814.000.000 Lire, was die Kassa betrifft, wird genehmigt.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 2. Risulta approvato a maggioranza con 6 voti contrari e 2 astensioni.

Art. 3

E' autorizzato l'impegno e il pagamento delle spese della Regione per l'esercizio finanziario 1986 in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

Art. 3

Die Bereitstellung und die Zahlung der Ausgaben der Region für die Finanzgebarung 1986 werden entsprechend dem beigeschlossenen Voranschlag der Ausgaben bewilligt.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 3. Risulta approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 2 astensioni.

Art. 4

Per l'anno finanziario 1986 le somme che si iscrivono in dipendenza di speciali disposizioni legislative, che demandano alla legge di bilancio di fissarne l'importo, sono autorizzate nell'ammontare indicato nell'annesso allegato n. 1.

Per il medesimo esercizio i pagamenti corrispondenti sono determinati nelle autorizzazioni di cassa dei pertinenti capitoli di spesa.

Art. 4

Für das Finanzjahr 1986 werden die Beträge, die im Zusammenhang mit gesetzlichen Bestimmungen eingetragen werden, welche dem Haushaltsgesetz die Festlegung ihrer Höhe übertragen, in dem in der Beilage 1 angegebenen Ausmaß bewilligt.

Für dieselbe Gebarung bleiben die entsprechenden Zahlungen in den Kassaermächtigungen der betreffenden Ausgabenkapitel inbegriffen.

Ha chiesto la parola il cons. Langer. Ne ha facoltà.

LANGER: Ich möchte nur aus einem ganz spezifischen Grund das Wort ergreifen. Es geht um die Ausgaben und zwar geht es um das Personal.

In der Beilage, also im Begleitbericht, den wir ja heute nicht verlesen haben, weil er als verlesen vorausgesetzt wurde, sind detaillierte Informationen über das Regionalpersonal enthalten, die es verdienen, kurz in Erinnerung gerufen zu werden, auch weil sie bestimmte Illusionen - von mir aus - bezüglich Proporz ja sehr deutlich widerlegen. Die Region ist eine Körperschaft, bei der seit mehr als 25 Jahren der Proporz legal eingeführt ist, also der Sprachgruppenproporz bei der Personalaufnahme und zwar gekoppelt an die Zusammensetzung des Regionalrates, die Region ist eine Körperschaft, die in den allermeisten dieser 25 Jahre von der SVP mitverwaltet und mitregiert wurde und zwar an höchstverantwortlicher Stelle, die SVP ist die stärkste Fraktion im Hause, die Region ist eine Körperschaft, der man gewiß nicht vorwerfen kann, sie würde bei Einstellungen oder Ausschreibungen oder so etwas eine Diskriminierung zu Ungunsten der einen oder der anderen Sprachgruppe vornehmen.

Ich glaube, daß man von der Region nicht annehmen kann, daß sie bei Ausschreibung der Wettbewerbe oder bei Durchführung der Wettbewerbsprüfungen irgend jemand diskriminiert oder diskriminieren wolle und trotz dieses Zustandes läßt sich eben nicht per Gesetz der Proporz herleiführen. Wir lesen hier beispielsweise von den 386 Angestellten die sogenannte, also der Region eigene Funktionen ausüben, ungefähr 76,7% italienischer Muttersprache sind, 22,5% deutscher Muttersprache und 0,8% ladinischer Muttersprache, was eh im großen und ganzen irgendwo hinsieht, hingegen bei den anderen 220 Angestellten, die Delegiertenfunktionen ausführen, ist es halt so, daß 85,5% italienischer Muttersprache sind oder zumindest so hier geführt werden und nur ein kleiner Prozentsatz - also nicht ganz 15% - deutscher Muttersprache sind und wie gesagt - ohne daß dabei irgendeine Politik der Diskriminierung durchgeführt würde - sehen wir es als vorrangig an, daß Leute diskriminiert werden, d.h. daß man also keine Hindernisse aufbaut, keine ungerechtfertigten Privilegien oder Bevorzugungen, aber man kann sicher nicht die Leute zwingen, in den öffentlichen Dienst zu gehen und wenn wir hier die Angaben sehen, die uns die Regionalregierung, die ja eben aus DC und SVP besteht, näher anschauen, dann sehen wir daß z.B. im letzten Jahr - obwohl dieses Ungleichgewicht mehrmals beklagt wurde - sich im ganzen 10 Stellen ausgeschrieben wurden, zu denen sich, - von diesen 10 Stellen waren 2 für italienischsprachige Bewerber reserviert, - 6 für deutschsprachige Bewerber und 2 für ladinischsprachige Bewerber.

Gemeldet haben sich 45 Konkurrenten, von denen 40 italienischer Muttersprache waren, d.h. 22,5 Anwärter pro ausgeschriebenen Posten, von denen 4 deutscher Muttersprache waren, d.h. 0,66 Anwärter pro ausgeschriebenen Posten und 1 ladinischsprachiger Bewerber, d.h. 0,5 Anwärter pro ausgeschriebenen Posten für diese Sprachgruppe.

Dann steht hier, gewonnen haben diese Ausschreibung insgesamt 5 Bewerber, die allesamt italienischer Muttersprache sind, ich würde mich interessieren, wieviele von denen auch eingestellt worden sind, ob alle 9 oder nur einige. Aber ich möchte das als....

(Unterbrechung)

LANGER:...ja 9 haben den Wettbewerb gewonnen, aber ich möchte wissen, ob die auch eingestellt worden sind oder nicht. Jedenfalls ist es ein Zeichen dafür, daß wenn man dem Problem mit etwas weniger Verkrampfung gegenüberstehen würde, und wenn man die Garantie hat, daß keine Bevorzugung oder keine Benachteiligung stattfindet und niemand also auf Grund seiner Muttersprache diskriminiert wird, oder ihm unzumutbare Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, daß sich halt dann auch je nach Nachfrage und Interesse bei bestimmten Stellen - denken wir z.B. an die Waldaufseher der Provinz Bozen - bei bestimmten Stellen, aus bestimmten sozialen Gegebenheiten, mehr Bewerber der einen Muttersprache bewerben und bei anderen Stellen halt manchmal mehr Bewerber einer anderen Muttersprache, aber daß man deswegen, daraus nicht ableiten darf, es würde diskriminiert, denn dann müßten wirklich sagen, was tun dann die Kollegen Oberhauser, Ladurner, Parthanes und von Egen in der Regionalregierung.

Ich mute ihnen durchaus zu, eine wirksame Garantie zu sein, daß nicht diskriminiert wird. Ich glaube, daß kann man ihnen wirklich zumuten, wenn sie es nicht sein sollten, dann hätte ihre Partei sie sicher schon zur Ordnung gerufen, d.h. also das ist ein Beispiel dafür, wie in einer relativ entkrampften Situation halt eben doch nicht unbedingt alles genau so geht, wie es nach dem Feingewicht sein sollte und es ist deswegen kein Unglück, wenn die Region imstande ist - und da legen auch wir wert darauf - ihre Dienste in beiden Sprachen für ihre Kundschaft befriedigend abzuwickeln. Wenn das noch nicht der Fall ist, dann muß man das verbessern, durch Sprachkurse und alles mögliche, aber das kann man, man kann die Leute nicht durch Dienstverpflichtung - statt Militärdienst - Dienst bei der Region oder so etwas einführen.

(Desidero chiedere la parola per un motivo ben preciso. Si tratta delle spese e precisamente del personale.

Dall'allegato della relazione accompagnatoria, peraltro qui non letto, poiché per letto è stato dato, risultano informazioni dettagliate sul personale della Regione, degne di essere brevemente menzionate, poiché forniscono una chiara risposta a certe illusioni, almeno così mi sembra, riguardo la proporzionale. La Regione è un ente, nel quale la proporzionale etnica è stata legalmente introdotta da più di 25 anni, prendendo per base la proporzionale etnica risultante dalla composizione del Consiglio regionale. La Regione è un ente che per la maggior parte di questi 25 anni è stato coamministrato ai più alti livelli dal S.V.P., questo partito è il gruppo consiliare più forte di questo consesso, pertanto la Regione è un ente, al quale non si può rimproverare che nei bandi di concorso o nelle assunzioni abbia fatto o faccia discriminazioni a svantaggio dell'uno o dell'altro gruppo etnico.

Credo che della Regione non si possa presumere che nei bandi di concorso, oppure nella loro attuazione abbia discriminato o intenda discriminare qualcuno e nonostante questa circostanza non si riesce ad attuare con legge la proporzionale etnica. Leggiamo qui ad esempio che dei 386 dipendenti preposti alle funzioni proprie della Regione, circa il 76,7% appartiene al gruppo linguistico italiano, il 22,5% a quello di lingua tedesca ed il 0,8% a quello di lingua ladina, e fin qui le percentuali grosso modo corrispondono, mentre invece nel caso dei 220 dipendenti preposti alle funzioni delegate alla Regione, l'85,5% appartiene al gruppo linguistico italiano, almeno così risulta da questa documentazione, e soltanto una piccola percentuale, quasi il 15% appartiene al gruppo di lingua tedesca e tutto ciò senza che si sia posta in atto una qualsivoglia politica discriminatoria. Per noi è innanzitutto importante che non si discriminino persone, che non si creino ostacoli o privilegi ingiustificati, ma comunque non si possono costringere le persone ad assumere un servizio pubblico e se osserviamo questi dati fornitici dalla Giunta regionale, formata dalla D.C. e dal S.V.P., notiamo che in quest'ultimo anno, sebbene questo squilibrio sia stato più volte lamentato, sono stati posti a concorso in tutto 10 posti, dei quali 2 erano riservati a candidati di lingua italiana, 6 a quelli di lingua tedesca e 2 erano riservati ai ladini. Si sono presentati 45 candidati, dei quali 40 di madrelingua italiana, pari a 22,5 candidati per posto, 4 appartenenti al gruppo linguistico tedesco, pari a 0,66 candidati per posto e infine un candidato del gruppo etnico ladino, pari al 0,5 candidati dei posti riservati a questo gruppo.

Si legge inoltre che i vincitori sono stati 5, tutti appartenenti al gruppo linguistico italiano, e a tal proposito vorrei sapere quanti di questi sono stati assunti, se tutti 9 o soltanto alcuni. Vorrei porre questo...

(Interruzione)

LANGER: Sì, 9 sono stati vincitori e desidero sapere se questi sono stati assunti o meno.

Comunque ciò significa che, osservando il problema con animo un po' più disteso, essendoci la garanzia di nessuna preferenza o discriminazione sulla base della propria madrelingua o che non si pongono a nessuno difficoltà tali da non raggiungere il proprio scopo, in certi casi per determinati posti diverso è l'interesse, consideriamo ad esempio il caso delle guardie forestali in Provincia di Bolzano, per determinati posti, in cui spesso sono in gioco anche realtà sociali, si presentano in maggior numero candidati di un gruppo linguistico, mentre in altri casi ancora il maggior numero dei candidati è rappresentato dall'altro gruppo linguistico. Da simili dati non si deve dedurre sempre una eventuale discriminazione, altrimenti dovremmo chiederci che cosa facciano i colleghi Oberhauser, Ladurner Parthanes e von Egen in Giunta regionale.

Ammetto senza difficoltà che queste persone rappresentino una efficace garanzia contro qualsiasi discriminazione. Ritengo che ciò si debba loro riconoscere, poiché se non così fosse, il loro partito li avrebbe già richiamati all'ordine. Ho citato questi esempi per indicare che in una situazione relativamente distesa non tutto si svolge secondo il bilancino, come dovrebbe essere, ma non è una sfortuna se la Regione riesce - anche per noi questo è importante - a svolgere i propri servizi in certo qual modo in ambedue le lingue disfacenti a favore della propria clientela. Se non è dato ancora questo caso, si devono porre in atto dei rimedi, corsi linguistici o altre iniziative, dato che non è possibile costringere la gente ad assumere servizio in Regione, in alternativa al servizio militare.)

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola sullo stesso articolo? La parola al Presidente della Giunta.

BAZZANELLA: Grazie, signor Presidente. Credo che quel clima che avevamo inteso di delineare venga immediatamente disdettato con tentativi

abbastanza surrettizi di assumere prese di posizione, soprattutto a tarda ora.

La determinazione che la Giunta aveva fatto era precisata in quello che era stato il concorso stesso, per cui chiari elementi erano stati individuati, quindi non vediamo come si possa costituire una polemica laddove non ce ne devono essere.

Quindi, in quanto tali, le nuove assunzioni sono state fatte nelle modalità previste dalla Giunta e concordate obiettivamente da tutti i componenti della Giunta. Grazie.

PRESIDENTE: Se nessun altro chiede la parola, pongo in votazione l'art. 4. E' approvato a maggioranza con 7 voti contrari.

Art. 5

Per l'anno finanziario 1986 le somme che si assegnano alle Province Autonome di Trento e di Bolzano in forza di disposizioni legislative che prevedono la delega alle Province medesime dell'esercizio delle funzioni amministrative, sono fissate nell'importo indicato nell'annesso allegato n. 2.

Art. 5

Für das Finanzjahr 1986 werden die Beträge, die den autonomen Provinzen Bozen und Trient kraft gesetzlicher Bestimmungen zugewiesen werden, welche die Übertragung der Ausübung der Verwaltungsbefugnisse auf die Provinzen vorsehen, in dem in der Beilage 2 angegebenen Ausmaß festgesetzt.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 5. Risulta approvato a maggioranza con 7 voti contrari e 3 astensioni.

Art. 6

Per le finalità previste dalla legge regionale 16 agosto 1984, n. 3 è autorizzata la spesa di lire 7.200.000 quale quota di associazione all'ISAPREL per l'anno 1986.

Art. 6

Für die im Regionalgesetz vom 16. August 1984, Nr. 3 vorgesehenen Zwecke wird zur Ausgabe in Höhe von 7.200.000 Lire als Mitgliedsbeitrag an die ISAPREL für das Jahr 1986 ermächtigt.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 6. Risulta approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 6 astensioni.

Art. 7

Per le finalità previste dalla legge regionale 25 novembre 1982, n. 10, è autorizzata, nell'esercizio 1986, la spesa di lire 150.000.000 che si iscrive al cap. 1650 dell'annesso stato di previsione della spesa.

L'importo di lire 150.000.000 è ripartito in parti eguali fra le due delegazioni provinciali UNCEM di Bolzano e Trento.

Art. 7

Für die im Regionalgesetz vom 25. November 1982, Nr. 10 vorgesehenen Zwecke wird in der Gebarung 1986 zur Ausgabe in Höhe von 150 Millionen Lire ermächtigt, die im Kap. 1650 des beigeschlossenen Voranschlages der Ausgaben eingetragen wird.

Der Betrag von 150 Millionen Lire wird in gleichen Teilen unter den zwei Landesdelegationen der UNCEM von Bozen und Trient aufgeteilt.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 7. Risulta approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 5 astenuti.

Art. 8

Per le finalità previste dalla legge regionale 2 settembre 1978, n. 17, è autorizzata, nell'esercizio 1986, la spesa di lire 4.600 milioni che si iscrive al cap. 1750 dell'annesso stato di previsione della spesa.

L'importo di lire 4.600 milioni è assegnato per lire 2.300

milioni alla Provincia Autonoma di Bolzano e per lire 2.300 milioni alla Provincia Autonoma di Trento.

Art. 8

Für die im Regionalgesetz vom 2. September 1978, Nr. 17 vorgesehenen Zwecke wird in der Gebarung 1986 zur Ausgabe von 4.600 Millionen Lire ermächtigt, die im Kap. 1750 des beiliegenden Voranschlags der Ausgaben eingetragen wird.

Vom Betrag von 4.600 Millionen Lire werden 2.300 Millionen Lire der autonomen Provinz Bozen und 2.300 Millionen Lire der autonomen Provinz Trient zugewiesen.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 8. Risulta approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 6 astensioni.

Art. 9

Per le finalità previste rispettivamente dalle leggi regionali 11 settembre 1961, n. 8, 2 gennaio 1976, n. 1 e 9 dicembre 1976, n. 14, è autorizzata, nell'esercizio 1986, la spesa di lire 250.000.000, 1.500.000.000 e 565.000.000 che si iscrive rispettivamente al cap. 1920, 1930 e 1940 dell'annesso stato di previsione della spesa.

Per il medesimo esercizio i pagamenti corrispondenti sono fissati nelle autorizzazioni di cassa dei pertinenti capitoli di spesa.

Art. 9

Für die in den Regionalgesetzen vom 11. September 1961, Nr. 8, vom 2. Jänner 1976, Nr. 1. und vom 9. Dezember 1975, Nr. 14 vorgesehenen Zwecke wird in der Finanzgebarung 1986 zur Ausgabe von 250 Millionen Lire, 1.500 Millionen Lire und 565 Millionen Lire ermächtigt, die jeweils in den Kap. 1920, 1930 und 1940 des beiliegenden Voranschlags der Ausgaben eingetragen wird.

Für dieselbe Gebarung bleiben die entsprechenden Zahlungen in den Kassaermächtigungen der betreffenden Ausgabenkapitel gestgelegt.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 9. Risulta approvato a maggioranza

con 6 voti contrari e 5 astensioni.

Art. 10

La facoltà di assumere impegni di spesa a carico del capitolo di spesa n. 2130 dell'esercizio finanziario 1986 è subordinata all'accertamento sul capitolo n. 900 dell'entrata di una somma eccedente l'importo di lire 7.716.800.000, non inferiore all'ammontare degli impegni da assumere.

Art. 10

Die Möglichkeit, Ausgabenbereitstellungen zu Lasten des Kap. 2130 der Ausgaben der Finanzgebarung 1986 vorzunehmen, hängt von der Feststellung einer den Betrag von 7.716.800.000 Lire übertreffenden Summe im Kap. 900 der Einnahmen ab, der nicht geringer als die Höhe der vorzunehmenden Bereitstellungen sein darf.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 10. Risulta approvato a maggioranza con 9 voti contrari e 3 astensioni.

Art. 11

I capitoli di spesa a favore dei quali è data facoltà di iscrivere somme con decreti da emanare in applicazione degli articoli n. 20 e n. 21 della legge regionale 13 aprile 1970, n. 6, sulla contabilità generale della Regione, sono quelli riportati nell'annesso elenco n. 1.

Art. 11

Die Ausgabenkapitel, zu deren Gunsten die Möglichkeit gegeben ist, Summen mit Dekreten einzutragen, die in Anwendung der Art. 20 und 21 des Regionalgesetzes vom 13. April 1970, Nr. 6 über das allgemeine Rechnungswesen der Region zu erlassen sind, sind jene, die im Beiliegenden Verzeichnis Nr. 1 angeführt sind.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 11. Risulta approvato a maggioranza con 6 voti contrari e 5 astensioni.

Art. 12

Con decreti del Presidente della Giunta regionale, previa deliberazione della Giunta medesima, viene provveduto alla istituzione di appositi capitoli aggiunti per le entrate e per le spese da effettuare in conto residui e per le quali non esistano in bilancio i capitoli corrispondenti. Con i medesimi decreti è determinata l'autorizzazione di cassa per i capitoli di cui al presente comma.

Con decreti del Presidente della Giunta regionale previa deliberazione della Giunta medesima, sono integrate le dotazioni di cassa dei capitoli concernenti spese di cui agli articoli n. 20 e n. 21 della legge regionale 13 aprile 1970, n. 6 sulla contabilità generale della Regione, limitatamente ai maggiori residui risultanti alla chiusura dell'esercizio 1985 rispetto a quelli presuntivamente iscritti nel bilancio 1986.

Dei decreti di cui al presente articolo sarà dato conto al Consiglio regionale in occasione della presentazione del disegno di legge di approvazione del rendiconto generale.

Art. 12

Mit Dekreten des Präsidenten des Regionalausschusses werden, nach Beschluß des Ausschusses, eigene Zusatzkapitel für die Einnahmen und für die Ausgaben eingerichtet, die auf Rechrung Rückstände durchzuführen sind und für die im Haushalt nicht die entsprechenden Kapitel vorhanden sind. Mit denselben Dekreten wird die Kassaermächtigung für die in diesem Absatz vorgesehenen Kapitel festgesetzt.

Mit Dekreten des Präsidenten des Regionalausschusses werden, nach Beschluß des Ausschusses, die Kassadotationen der Kapitel betreffend Ausgabe, nach den Art. 20 und 21 des Regionalgesetzes vom 13. April 1970, Nr. 6 über das allgemeine Rechnungswesen der Region, beschränkt auf die höheren Rückstände, die sich bei Abschluß der Gebarung 1985 gegenüber den im Haushalt 1986 veranschlagten ergeben, ergänzt.

Die in diesem Artikel genannten Dekrete werden dem Regionalrat bei der Vorlegung des Gesetzentwurfes über die Genehmigung der allgemeinen Rechnungslegung unterbreitet.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 12. Risulta approvato a maggioranza con 6 voti contrari e 5 astensioni.

Art. 13

Al maggior onere di lire 200 milioni risultante dalla differenza tra le variazioni introdotte nello stato di previsione della spesa e quelle introdotte nello stato di previsione dell'entrata si fa fronte, a sensi dell'art. 2 della legge regionale 27 novembre 1981, n. 8, con una corrispondente aliquota del fondo iscritto al cap. 670 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario 1985.

Art. 13

Die Mehrausgabe von 200 Millionen Lire, die sich aus der Differenz zwischen den im Voranschlag der Ausgaben und den im Voranschlag der Einnahmen eingeführten Änderungen ergibt, wird im Sinne des Art. 2 des Regionalgesetzes vom 27. November 1981, Nr. 8 mit einem entsprechenden Anteil des im Kap. 670 des Voranchlages der Ausgaben für die Finanzgebarung 1985 eingetragenen Betrages gedeckt.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 13. Risulta approvato a maggioranza con 6 voti contrari e 5 astensioni.

Art. 14

Sono approvati in termini di competenza rispettivamente di cassa i seguenti quadri generali riassuntivi del bilancio della Regione per l'esercizio finanziario 1986.

Art. 14

Die allgemeinen zusammenfassenden Übersichten über den Haushalt der Region für die Finanzgebarung 1986 werden, was die Kompetenz und die Kassa betrifft, genehmigt.

Nessuno chiede la parola.

Pongo in votazione l'art. 14. Risulta approvato a maggioranza con 7 voti contrari e 3 astensioni.

Dichiarazioni di voto? La parola al cons. Ziosi.

ZIOSI: Signor Presidente e colleghi consiglieri, intervengo in sede di dichiarazioni di voto per marcare una posizione del P.C.I., insolita sotto certi aspetti.

Dico subito che in circostanze normali il gruppo consiliare comunista si sarebbe posto in posizione negativa, come ha fatto tradizionalmente, mantenendo comunque in ogni caso una posizione di rispetto nei confronti dell'istituzione, perché sappiamo occupare il nostro ruolo di minoranza, di opposizione, cerchiamo di svolgerlo nel modo migliore possibile, forse non sempre con il rigore e la chiarezza necessari, ma certo sempre tentando in qualche modo di assumere un atteggiamento coerente. Anche in questo stesso dibattito, soprattutto se lo colleghiamo a quello che abbiamo svolto in occasione dell'insediamento del nuovo Presidente, abbiamo tentato di portare il contributo, di cui siamo capaci.

Però credo che in questo dibattito sia intervenuto un elemento di novità, che, nonostante i tentativi di chiarimento, è costituito dalla posizione espressa dal Capogruppo della D.C. nei confronti della riforma elettorale. Noi non ci scandalizziamo nel vedere, in modo anche ricorrente, farsi strada l'idea di uno sbarramento che in qualche modo liquida, decapita le minoranze consiliari.

Resta comunque il fatto che un tipo di posizione di questo genere sia assolutamente pericolosa e, per parte nostra, non ci può vedere consenzienti.

Credo che non si possa essere consenzienti non solo per preoccupazioni di carattere politico, ma anche perché questo tipo di ipotesi di proposta politica viene calata in una società che ha fin troppi elementi di compattazione, per cui credo che arrivare ad intervenire anche a livello politico, compattandolo ulteriormente non significa fare solo interessi di bottega, significhi soprattutto dare un duro colpo all'arricchimento, al pluralismo, di cui deve arricchirsi la società regionale.

Quindi, con questa dichiarazione politica voglio rivendicare al gruppo consiliare comunista una posizione per certi aspetti insolita, che è quella di non partecipare alla votazione, perché riteniamo che di fronte a questo tipo di posizione estremamente pericolosa, debba essere chiaro che la maggioranza si assuma fino in fondo le proprie responsabilità. Per questo il gruppo comunista - lo annuncio ufficialmente - non parteciperà alla votazione su questo bilancio.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Langer. Ne ha facoltà.

LANGER: Ich möchte im Namen der Fraktion, der Grünen Alternativen ankündigen, daß wir uns nicht an der Abstimmung zu diesem Regionalhaushalt beteiligen werden. Die Antwort, die der Präsident des Regionalausschusses vor ein paar Minuten auf meinen letzten Diskussionsbeitrag gegeben hat, sichtlich auch Frucht eines Mißverständnisses - mag sein - aber auch die Tatsache, daß er auf die vorigen Fragen überhaupt nicht einmal eingegangen ist, hat uns einen Vorgeschmack von der Haltung gegeben, die der Fraktionssprecher der Democrazia Cristiana angekündigt hat, nämlich Abschaffung einiger politischer Kräfte in diesem Haus.

Außerdem muß ich sagen, daß wir hier feststellen haben müssen, daß hier tatsächlich die Finanzverhandlungen, zu denen wir eine Antwort vom Präsidenten erwartet hätten, geheim und außerhalb des Statutes geführt werden, weder auf den Weg über den Erlaß der Durchführungsbestimmungen mit Einschaltung der entsprechenden Kommissionen, noch auf dem anderen Weg, daß Regionalrat und Landtage auf gesetzgeberischen Weg, bzw. im besonderen der Regionalrat als Organ einer Gesetzgebungsinitiative mit einbezogen wird.

Zudem müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß der Art. 84 des Autonomiestatutes nur in einem Punkt angewandt wird, nämlich daß wenn nicht die Abgeordneten aus beiden Provinzen mindestens in ihrer Mehrheit dem Regionalhaushalt zustimmen, daß dann ein Sonderorgan zusammentreten muß, sich seine Sitzungsgelder damit verdient, daß der Haushalt abgesegnet wird. Alle anderen Garantien, die im Art. 84 des Statutes vorgesehen sind, die sind bis jetzt nie funktionsfähig gemacht worden, d.h. es fehlen noch die Voraussetzungen und eine derartige Position der souveränen Mißachtung des Autonomiestatutes auf der einen Seite und der Haltung, daß man sich unliebsamer Kräfte einfach entledigen möchte, indem man sie durch Wahlreformen abschafft, beantworten wir auch mit einem Akt der Nichtteilnahme an der heutigen Abstimmung.

(A nome del gruppo consiliare Lista Alternativa-Lista Verde, desidero annunciare che non parteciperemo alla votazione di questo bilancio regionale. La risposta fornitaci dal Presidente della Giunta regionale alcuni minuti fa in seguito al mio ultimo intervento, forse per timore di un malinteso, ma anche il fatto che non è minimamente entrato nel merito delle domande poste negli interventi precedenti ci hanno dato un saggio della posizione annunciata dal capogruppo della

D.C., vale a dire dell'intendimento di eliminare alcune forze politiche presenti in questo consesso.

Devo inoltre affermare che abbiamo dovuto constatare come le trattative per la norma finanziaria, in merito alle quali attendevamo una risposta da parte del Presidente, siano condotte segretamente e fuori dal contesto dello Statuto, nel senso che non si rispetta il solito iter riservato all'emanazione di norme di attuazione con preventive proposte da parte delle rispettive commissioni, né si segue l'iter del coinvolgimento del Consiglio regionale e dei Consigli provinciali e soprattutto del Consiglio regionale, quale organo di iniziative legislative.

Dobbiamo inoltre prendere atto che l'art. 84 dello Statuto di autonomia viene applicato soltanto in un punto e cioè nel caso in cui la maggioranza dei consiglieri delle due Province non approva il bilancio del Consiglio regionale, si convoca un organo speciale, che guadagna così gettoni di presenza, per dare al bilancio la propria benedizione. Tutte le altre garanzie previste dall'art. 84 dello Statuto, non sono state finora rese operanti, vale a dire per mancanza delle necessarie premesse ad una simile posizione di sovrana inosservanza dello Statuto di autonomia da una parte ed alla posizione, che si vorrebbe liberarsi di forze politiche poco gradite, eliminandole per mezzo di riforme elettorali, rispondiamo con un atto di non partecipazione alla odierna votazione.)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Fedel. Ne ha facoltà.

FEDEL: Signor Presidente, onorevoli colleghi, vi dirò che con dispiacere ed amarezza il nostro gruppo non parteciperà alla votazione, perché so che questo atteggiamento, che avrà una certa ripercussione al di fuori di quest'aula, risulta probabilmente a favore degli antiregionalisti, mentre noi siamo regionalisti. Ma abbiamo capito, nel contesto del dibattito e soprattutto di certe dichiarazioni che forse vale la pena di essere in un momento particolare anche impopolari, per ristabilire la valenza di determinati principi e di determinati valori messi in discussione, oggi qui dentro, cioè la rappresentanza, come specificata dall'art. 2 della Costituzione e dall'art. 2 dello Statuto speciale di autonomia.

Quindi ribadisco ancora con dispiacere ed amarezza che contribuiremo, affinché oggi il bilancio della Regione magari non venga approvato. Sappiamo che questo potrebbe portare acqua agli

antiregionalisti, ma determinati sacrifici, determinati valori e determinati principi vanno fatti valere, perché questi vivono al di qua e al di là di una giornata o di una dimostrazione, come è stata quella di oggi. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Boesso.

BOESSO: Egregi colleghi, ho sentito la risposta del Presidente della Giunta e lo ringrazio assicurandogli ovviamente la mia stima, ma il nostro gruppo politico è assai allarmato da quanto è stato dibattuto in tema elettorale in quest'aula e comunico che anche noi non parteciperemo alla votazione. Faccio presente fin d'ora che potrà subentrare un'altra decisione non appena avremo comunicazioni dalla Presidenza su come verranno avviate le discussioni su questa legge.

Signor Presidente, se volete uccidere la rappresentanza repubblicana in Provincia di Bolzano, è meglio che ce lo dite con tre anni di anticipo, affinché ci tuteliamo e cerchiamo di prendere quel quorum, quel 5, quel 6, l'1% che andate farneticando per sbarrare la strada al nemico, di modo che ci coalizzeremo contro la D.C., contro l'S.V.P., contro tutti coloro che parlano del 3, 4, 5, 6%.

Dobbiamo tutelare le minoranze, anzi se volete avere un premio di generosità date un compenso elettorale a coloro che sono deboli, che non ce la fanno, incoraggiateli e fateli sedere anche in avvenire in quest'aula. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Meraner.

MERANER: Ja, es ist klar Herr Präsident, daß ich unter diesen Voraussetzungen auch an der Abstimmung nicht teilnehmen werde, denn wenn der Generalissimus der DC schon meint, daß es uns nicht braucht, dann soll er jetzt zusehen, wo er seine Mehrheiten herkriegt.

(E' chiaro, signor Presidente, che a queste condizioni anch'io non parteciperò alla votazione e siccome il generalissimo della D.C. ritiene non necessaria la nostra presenza, veda egli stesso come ottenere le sue maggioranze.)

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede di intervenire? La parola al cons. Mitolo.

MITOLO: Per molti versi in modo interessante, per molti versi debbo dire sinceramente piuttosto squallido, arriviamo alle dichiarazioni di voto in un clima, che non mi sembra di poter definire proprio del tutto idilliaco. Siamo stati tentati anche noi di abbandonare quest'aula più che mai sorda e grigia - scusate il riferimento -ma, viceversa, mi sembra che proprio per l'atteggiamento che è stato tenuto fin qui, in particolare dalle forze di maggioranza, valga la pena che rimanga qualcuno a testimoniare il dissenso profondo, il no a questo istituto, a questo sistema e a questo modo di governare.

Un no che nasce da premesse di carattere generale, che deriva da una concezione, da una filosofia che voi ben conoscete ed alla quale noi siamo sempre stati fedeli e abbiamo difeso con coerenza, con passione e con tenacia, pagando un prezzo, che non è possibile non definire altissimo nel corso di questi 40 anni. Un no che vuol dire, in particolare a chi regge le sorti di questa Regione, non certo disprezzo personale, scarsa considerazione, mancanza di valutazione delle virtù, dell'intelligenza, delle capacità di coloro che reggono, ma che vuol dire, in primo luogo e soprattutto, l'esigenza di mutare completamente dalle radici questo istituto e di ritornare a considerare, nell'ambito del quadro più generale, una riforma istituzionale di tutto lo Stato, che venga realizzata con lo spirito degli anni 2000, e che tocchi necessariamente e l'istituto della Regione e l'istituto delle Province.

La consistenza del bilancio preventivo della Regione per l'esercizio finanziario 1986, come tutti possono constatare dalle cifre presentate nella relazione tecnica, è di preoccupante esiguità non solo nei suoi valori assoluti, ma soprattutto in relazione alla possibilità di adempiere in misura, non dico adeguata, ma perlomeno dignitosa ai suoi compiti istituzionali. Quando un Presidente di Giunta regionale esordisce in una relazione accompagnatoria al bilancio in questi termini, voi capite che chi ha sempre criticato, chi ha sempre testimoniato in quest'aula una contrarietà al tipo di istituto, al tipo di riforma che sono nati fin dal 1948, non può evidentemente che votare contro. Quando in una relazione come quella del nostro Presidente si dice: se non interviene in tempo ravvicinato l'emanazione delle norme di attuazione finanziarie, annuncio una reale difficoltà, se non una vera e propria impossibilità, per l'ente di poter rispondere ai fini per i quali è stato pensato, organizzato e costituzionalmente garantito, chi è sempre stato all'opposizione non può evidentemente che votare contro, perché vede realizzato, provato dalle stesse ammissioni dei sostenitori dell'istituto, quanto da noi da sempre è stato detto, da sempre è stato

evidenziato, messo in risalto in ogni occasione.

Quindi è con piena coscienza che noi votiamo contro questo bilancio privo di significato, che si regge in particolare addirittura su un contributo di 42 miliardi su 83 iscritti, che competerebbe restituire alle Province autonome di Bolzano e di Trento. Tutto è fittizio, tutto è campato per aria e a nulla valgono certe espressioni forzate di ottimismo, in qualche modo portate qui nella discussione odierna, che peraltro ha messo in risalto, primo, come dicevo, la inconsistenza di questo ente, talché si può dire che esso è una costruzione abnorme, addirittura una sovrastruttura; secondo, non c'è nemmeno identità di vedute, tanto che ancora una volta, in particolare su una delle riforme prospettate dal Presidente nella relazione, assai importante, sull'ordinamento dei comuni, è già stata preannunciata avversione da parte dell'esponente di maggior rilievo e di maggior peso del S.V.P.; terzo, con l'annuncio da parte del Capogruppo della D.C. dell'atteggiamento che questo partito, che certamente sa di poter contare sull'appoggio indiscutibile del S.V.P., sul varo della legge elettorale, che tenderà a cancellare, soprattutto nella Provincia di Bolzano, la presenza delle minoranze politiche, in qualche modo ha attentato addirittura al vero e proprio concetto di democrazia, che tante volte qui in questa Assemblea si è voluto difendere.

Ecco quindi che per questi tre motivi specifici e per i motivi di ordine generale, la mia parte politica annuncia voto contrario e restiamo in aula soli, proprio per testimoniare ancora una volta la nostra contrarietà a questo tipo di istituto, nell'auspicio e nella speranza che in seno al Parlamento nazionale si possa arrivare quanto prima ad una riforma generale istituzionale, che coinvolga non solo le Province e la Regione, ma lo Stato tutt'intero.

PRESIDENTE: Qualcun altro vuole intervenire? Nessuno.

Allora, prima di passare alla distribuzione delle schede, avverto che, indipendentemente dall'esito della votazione, alla fine della seduta faremo un piccolo brindisi al bar del Consiglio.

La votazione avverrà separatamente per Province.

Esito della votazione.

Consiglieri della Provincia di Bolzano:
votanti 2) - maggioranza richiesta 18
sì 18
no 2.

Consiglieri della Provincia di Trento:
votanti 13 - maggioranza richiesta 18
sì 13.

Alla votazione hanno partecipato complessivamente 33 consiglieri, per cui ci troviamo di fronte alla mancanza del numero legale.

A sensi dell'art. 81, dovremmo concordare la data di convocazione del Consiglio.

(Interruzione).

PRESIDENTE: Io non lo convoco tra l'ora e arrivo all'ultimo punto, il quale dice: "In caso di scioglimento della seduta per mancanza di numero legale, il Presidente, previa consultazione con i consiglieri presenti, stabilirà la data della ulteriore convocazione, che in ogni caso dovrà essere effettuata entro i successivi 8 giorni".

Pertanto io propongo di riconvocare il Consiglio per lunedì alle ore 10.30.

La parola al cons. Langer.

LANGER: Grazie, Presidente. Io vorrei fare la controproposta di convocare il Consiglio tra l'ora. Visto che la grande maggioranza degli assenti è di Trento, non mi sembrerebbe così impossibile che la maggioranza si sforzi a precettare i necessari consiglieri per il voto.

(Interruzione).

PRESIDENTE: A questo punto la seduta è tolta e ci ritroveremo lunedì alle ore 10.30. Comunque il Consiglio sarà riconvocato con telegramma. Grazie.

(Ore 21.13).

ALLEGATI



CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE

REGIONALRAT TRENTINO - SÜDTIROL

IX^a Legislatura - Anno 1985

Trento, 5 dicembre 1985

Al Signor

PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE

T R E N T O

N. 61

INTERROGAZIONE

E' in regola con le norme antincendio la Sala di Rappresen-
tanza della Regione della città di Trento - Piazza Dante, 16?

In svariatissime occasioni, la Sala di Rappresentanza del
Consiglio regionale sita in Piazza Dante, 16, viene adibita per mani-
festazioni pubbliche e/o spettacoli culturali.

Non mi risulta però che sussistano adeguate uscite di sicu-
rezza, estintori, manichette antincendio, etc.

Vista l'importanza della Sala e della sua utilità alla co-
munità regionale si interroga il Presidente della Giunta regionale per
sapere:

- 1) E' in regola con le norme in vigore, la Sala di Rappresentanza del-
la Regione - sede di Trento, Piazza Dante, 16?
- 2) Eventualmente quando e come si intende procedere ad un suo adegua-
mento, onde evitare spiacevoli situazioni in caso di incendio e/o
pericolo?

A norma di Regolamento si chiede risposta scritta.

F.to: IL CONSIGLIERE REGIONALE

Roberto FRANCESCHINI

Pervenuta alla Presidenza
del Consiglio regionale il



CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE REGIONALRAT TRENTINO - SÜDTIROL

9. Gesetzgebungsperiode - 1985

Trient, 5. Dezember 1985

Nr. 61

An den Herrn
Präsidenten des Regionalrats
Dr. Guido SEMBENOTTI
T R I E N T

A N F R A G E

Werden die Bestimmungen über den Brandschutz im Repräsentationsraum der Region in der Stadt Trient, Danteplatz Nr. 16, eingehalten?

Bei den verschiedensten Gelegenheiten wird der Repräsentationsraum des Landtages, Danteplatz Nr. 16, für öffentliche Veranstaltungen und/oder kulturelle Darbietungen benützt.

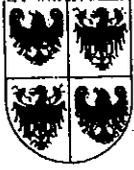
Unterfertigt ist jedoch nicht bekannt, daß es entsprechende Notausgänge, Feuerlöscher, Schläuche usw. gibt.

Angesichts der Wichtigkeit des Saales und seiner Nützlichkeit für die Allgemeinheit in der Region erlaubt sich Unterfertigt der Herr Präsidenten des Regionalausschusses zu befragen, um zu erfahren:

1. Werden die geltenden Bestimmungen im Repräsentationsraum der Region, Danteplatz Nr. 15, Trient, eingehalten?
2. Wann und wie werden gegebenenfalls entsprechende Vorrichtungen vorgesehen, um unerfreuliche Situationen bei Brand und/oder Gefahr zu vermeiden?

Auf Grund der Geschäftsordnung wird um schriftliche Beantwortung gebeten.

RRA Roberto Franceschini
Grüne Liste - Alternative Liste



Regione Trentino - Alto Adige

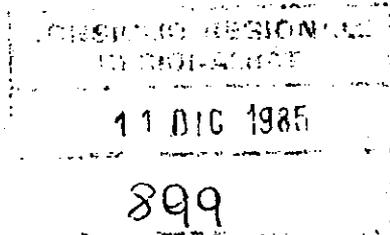
IL PRESIDENTE
della Giunta regionale

Trento, 9 dicembre 1985

Prot. 1336/G/I/3

Region Trentino - Südtirol

DER PRÄSIDENT
des Regionalausschusses



Egregio Signore
Roberto Franceschini
Consigliere regionale
Via Lung'Adige M. Apuleio
T R E N T O

e, p.c. Egregio Signore
dott. Guido Sembenotti
Presidente del Consiglio
regionale
T R E N T O

Faccio riferimento alla interrogazione rivolta
dalla S.V., recante la data 5 dicembre 1985 e il n. 61, in
ordine al problema della applicazione delle misure an-
tincendio relativamente alla sala di rappresentanza sita
nel palazzo della Regione in Trento, Piazza Dante.

A proposito ritengo di informare la S.V. che nel
corso del corrente anno la scrivente amministrazione ha
sollecitato una visita di controllo da parte del servizio
provinciale antincendi.

Tale visita è avvenuta e sono state individuate
alcune carenze rispetto alla vigente normativa relativa
alle misure di protezione contro gli incendi.

In particolare è stato prescritto il cambiamento
dei tendaggi che si trovano nella sala che devono essere
ignifughi nonchè l'agibilità dell'uscita di sicurezza sita
nell'angolo sud-ovest della sala stessa.

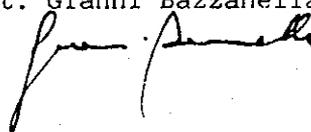
La Giunta regionale ha incaricato il proprio uf-
ficio tecnico di adottare le misure necessarie in modo gra-
duale, cioè senza compromettere l'uso della sala di rappre-

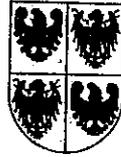
sentanza e tenendo conto delle prescrizioni tecniche più significative.

Posso assicurare la S.V. che l'adeguamento completo della sala di rappresentanza, ampiamente utilizzata per conferenze, dibattiti e mostre, sarà portato avanti e completato nel corso dell'anno 1986.

Distintamente.

- dott. Gianni Bazzanella -





CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - SÜDTIROL

Region Trentino-Südtirol
DER PRÄSIDENT
des Regionalausschusses

Trient, 9. Dezember 1985
Prot.Nr. 899 Reg.Rat

vom 11. Dezember 1985

Prot. Nr. 1336/G/1/3

Herrn
Roberto Franceschini
Regionalratsabgeordneter
Lung'Adige M. Apuleio
T R I E N T

und zur Kenntnis :

An den Herrn
Präsidenten des Regionalrates
Dr. Guido SEMBENOTTI
T R I E N T

Ich beziehe mich auf die Anfrage, die Sie mit Datum vom 5. Dezember 1985, Nr. 61 an mich gestellt haben und die das Problem der Anwendung von Maßnahmen für den Brandschutz im Repräsentationsraum im Regionalgebäude in Trient, Danteplatz, betrifft.

In diesem Zusammenhang teile ich Ihnen mit, daß im Laufe dieses Jahres die Regionalverwaltung eine Kontrolle durch den Landesbrandschutzdienst beantragt hat.

Diese Kontrolle ist vorgenommen worden, und dabei wurden einige Mängel im Vergleich zu den geltenden Bestimmungen über Brandschutzmaßnahmen festgestellt.

Im besonderen wurde der Austausch der Vorhänge, die sich im Saal befinden, vorgeschrieben, da sie aus feuerhemmenden Material sein müssen; des weiteren die Benutzbarkeit des Notausganges, der sich in der südwestlichen Ecke des Saales befindet.

Der Regionalausschuß hat sein technisches Amt beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen schrittweise zu treffen, so daß die Benützung des Repräsentationsraumes nicht beeinträchtigt wird und die wesentlichsten technischen Vorschriften berücksichtigt werden.

Ich kann Ihnen versichern, daß die vollständige Anpassung des Repräsentationsraumes, der viel für Tagungen, Diskussionen und Ausstellungen verwendet wird, im Laufe des Jahres 1986 vorwärtsgebracht und beendet werden wird.

Mit den besten Grüßen

- Dr. Gianni Bazzanella -